

7. Sitzung

am Donnerstag, dem 11. Dezember 1986, 9.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	235, 266, 271, 274, 295, 300, 315
Geburtstagswünsche für Abg. Neder	235
Aussprache über die Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten	
Hiersemann (SPD)	235
Bäumer (DIE GRÜNEN)	248
Dr. Merkl (CSU)	252
Dumann (CSU)	252, 255, 278, 306
Tandler (CSU)	255
Dr. Seebauer (SPD)	266, 276
Dr. Huber Herbert (CSU)	268
Kamm (DIE GRÜNEN)	271
Niedermayer (CSU)	274
Dr. Magerl (DIE GRÜNEN)	277
Gürteler (CSU)	279
Loew (SPD)	281
Wengenmeier (CSU)	284
Müller Karl Heinz (SPD)	285
Böhm (CSU)	288
Frau Scheel (DIE GRÜNEN)	290
Frau Stamm (CSU)	293
Frau Jungfer (SPD)	295
Frau Psimmas (DIE GRÜNEN)	298
Freller (CSU)	301
Frau Pausch-Gruber (SPD)	303
Frau Meier (SPD)	305
Meyer Otto (CSU)	308
Frau Paulig (DIE GRÜNEN)	310
Frau Haas (SPD)	312
Dr. Schosser (CSU)	314
Schluß der Sitzung	315

um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Aussprache zur Regierungserklärung wird im ersten Programm des Hörfunks und im Bayerischen Fernsehen live übertragen. Das Fernsehen sendet nur den ersten Durchgang live und zeichnet den übrigen Teil auf. Die Aufnahmegenehmigung wurde, Ihre Zustimmung vorausgesetzt, erteilt.

Meine verehrten Damen, meine Herren! In Ihrer aller Namen darf ich vor Eintritt in die Tagesordnung einen Glückwunsch aussprechen.

Seinen 47. Geburtstag feiert heute unser Kollege **Neder**.

(Beifall)

Ich darf Ihnen dazu im Namen des Hohen Hauses und persönlich alle guten Wünsche aussprechen, Herr Kollege **Neder**.

Ich darf Sie noch über das Ergebnis der gestrigen Sitzung des Ältestenrats informieren. Wie Sie heute der Presse entnehmen können, hat Herr Vizepräsident Dr. Rothmund im Ältestenrat folgende Erklärung abgegeben – er hat mich ermächtigt, sie auch hier vorzutragen –:

Mit dem Satz „Ich bitte den Kollegen Tandler, Platz zu nehmen“ wollte ich keineswegs in beleidigender Weise den Kollegen Tandler zurachtwaisen. Wenn dies so verstanden wurde, so tut mir das leid.

Meine Damen, meine Herren, wir kommen zurück zu Tagesordnungspunkt 7:

Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten.

Wir beginnen mit der **Aussprache**. Als erster hat das Wort der Herr Abgeordnete **Hiersemann**.

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 01 Minuten

Präsident Dr. Heubl: Meine Damen, meine Herren! Ich eröffne die 7. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Hörfunk und Fernsehen des Bayerischen Rundfunks, das ZDF und Pressefotografen haben

Hiersemann (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Jede neue Legislaturperiode eines Parlaments schafft die Chance des Neuanfangs und der Neubestimmung. Parlament und Regierung haben die Möglichkeit, Fehlentwicklungen der vergangenen vier Jahre zu korrigieren. Weder die

(Hiersemann [SPD])

Staatsregierung noch die CSU hat diese Chance genutzt.

(Abg. Asenbeck: Aber ihr!)

Ganz im Gegenteil! Sowohl hinsichtlich der Trennung des Kultusministeriums als auch bei der Einsetzung von zwei Staatssekretären im Innenministerium wurde gegen die Bayerische Verfassung verstoßen. Daran können auch die Beschönigungs- und Verbrämungsversuche des ministeriellen „Verfassungselastikers“ in der Staatskanzlei nichts ändern.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dem bayerischen Ministerpräsidenten war die Verhinderung jedweder Diskussion in der CSU-Fraktion wichtiger als der von ihm verlangte Respekt vor der Bayerischen Verfassung.

(Zustimmung von der SPD und den GRÜNEN)

Dieser Vorgang, Herr Präsident, könnte allerdings Anlaß für eine Neuerung in diesem Hause sein. Es gibt bisher die Verfassungsmedaille in Gold und in Silber. Vielleicht schaffen wir für Herrn Staatsminister Stoiber eine neue Stufe, nämlich die Verfassungsmedaille am Gummiband.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die CSU-Fraktion, die sich alles einfach gefallen ließ, hat damit auch noch die letzten Rudimente parlamentarischer Selbstachtung aufgegeben.

(Abg. Karl Heinz Müller: Sehr richtig!)

Sie hat sich zum bedingungslosen Vollstrecker des Willens der Exekutive degradiert.

(Zuruf von der CSU: Haben Sie sonst nichts zu bieten?)

Auch der Stil in diesem Haus hat sich nicht geändert. Dies hat gerade die Aktuelle Stunde am Dienstag wieder in erschreckender Weise gezeigt. Anstatt die Auseinandersetzung in der Sache zu suchen, flüchtet sich die CSU in Diffamierung politisch Andersdenkender.

Welches Parlamentsverständnis bei der CSU und bei der Staatsregierung vorhanden ist, hat auch Herr Staatsminister Stoiber in der gestrigen Fragestunde in erschreckender Weise deutlich gemacht. Wer dem Parlament mit einem derartigen Ausmaß an Arroganz gegenübertritt wie gestern Herr Stoiber, dem fehlt es nicht nur am nötigen Respekt vor dem Parlament insgesamt, der hält auch die Opposition nicht etwa für einen zentralen und fundamentalen Bestandteil der parlamentarischen Demokratie, sondern allenfalls für ein hinzunehmendes Relikt der Verfassung, für das an sich keine Notwendigkeit besteht.

(Zustimmung von der SPD)

Nein, meine Damen und Herren von der CSU, dies war kein guter Anfang der neuen Legislaturperiode! Wir sollten uns alle zusammen – ich betone: alle zusammen – bemühen, in den vor uns liegenden Jahren in diesem Haus zu einem anderen, zu einem besseren Stil zu kommen.

(Zurufe von der CSU, u. a.: Tun Sie das!)

– Sehen Sie, das ist es, was ich an Ihnen so schätze: zur Selbstkritik unfähig und nur zur Kritik anderer fähig. Das ist typisch!

(Zustimmung von der SPD – Abg. Dr. Vogele: Diese Arroganz!)

In gleicher Weise, wie eine neue Legislaturperiode neue Chancen eröffnet, gilt dies auch für die Regierungserklärung zu Beginn dieser Legislaturperiode.

(Abg. Leeb: Sehr richtig!)

Hier besteht für die Regierung die Möglichkeit, den Kurs der vor uns liegenden vier Jahre vorzuzeichnen und neue Akzente zu setzen.

(Abg. Leeb: Ist das nicht geschehen?)

– Herr Kollege Leeb, seit wann gehören denn Sie zu der schnellen Truppe in diesem Haus?

(Frau Abg. Stamm: Lassen Sie doch einmal diese persönlichen Angriffe!)

– Frau Kollegin Stamm, sollte Ihnen entgangen sein, daß wir gestern die zweieinhalbstündige Rede des Ministerpräsidenten mit großer Aufmerksamkeit und ohne Zwischenrufe verfolgt haben?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vielleicht sind Sie in der Lage, einmal der Opposition zuzuhören.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Abg. Leeb: Sie haben gestern ein Schweigebot erteilt!)

– Nein, es wurde kein Sprechverbot erteilt. Ich meine nur, es gibt gegenseitige Höflichkeiten. Wenn die Opposition mit dem Ministerpräsidenten höflich umgeht, steht es der Regierungsfraktion nicht schlecht an, auch dem Oppositionsführer gegenüber entsprechend aufzutreten.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe gesagt, daß eine Regierungserklärung Chancen eröffnet, Fehlentwicklungen zu korrigieren und neue Akzente zu setzen. Das ist in Ihrer Regierungserklärung, Herr Ministerpräsident, ohne Frage in einigen Passagen geschehen. Es gibt dabei viele Aussagen, denen wir ablehnend gegenüberstehen. Es gibt aber auch Gemeinsamkeiten. Ich bin allerdings voller Zweifel, ob diese Gemeinsamkeiten auch dann noch halten werden, wenn wir in den kommenden vier Jahren die Unverbindlichkeiten vieler Allgemeinplätze in Ihrer Regierungserklärung in konkretes Handeln umsetzen müssen. Diskussionswürdig ist aber manches in Ihrer Regierungserklärung ohne jeden Zweifel.

(Hirseman [SPD])

Um so enttäuschender ist es, daß Sie einmal mehr der Versuchung nicht widerstehen konnten, Teile Ihrer Regierungserklärung zu Bundestagswahlkampfzwecken zu mißbrauchen. Daß Sie dabei trotz vier Jahren liberal-reaktionärer Bundesregierung in Bonn immer noch das CSU-Märchen von der Erblast zur Rechtfertigung Ihrer Politik benötigen, hat uns nicht gewundert; denn hätte die Bundesregierung die Erfolge, die Sie meinen, würden sie für sich selbst sprechen.

(Zurufe von der CSU: Tun sie auch!)

Das ganze Ausmaß der Erfolglosigkeit aber zeigt sich allein schon darin, daß Sie, Herr Ministerpräsident, gezwungen waren,

(Abg. Vollkommer: Jetzt erzählen Sie Märchen!)

sich zu falschen Zahlen und zu falschen Bezugsgrößen zu flüchten.

(Abg. Dr. Wilhelm: Das wäre ja das erste Mal!)

Falsch ist Ihre Behauptung, die Politik der von Sozialdemokraten geführten Bundesregierung habe über 2 Millionen Menschen zu Arbeitslosen gemacht. Wahr ist vielmehr, daß der Höchststand der Arbeitslosigkeit während unserer Regierung 1,8 Millionen betrug, während es Ihrer Regierung in keinem Monat ihrer Regierungstätigkeit gelungen ist, die Zahl unter 2 Millionen zu drücken. Dies ist die Wahrheit.

(Abg. Karl Heinz Müller: So ist es! – Zustimmung von der SPD)

Wenn Sie die Behauptung aufstellen, daß die Zahl der Beschäftigten seit Ende 1983 um 600 000 angestiegen ist, so ist dies ohne Frage richtig, verschweigt aber, daß Sie Ende 1983 bereits ein Jahr im Amt waren. Der richtige Bezug wäre der vom Oktober 1986 zum Oktober 1982, also zu dem Jahr, in dem wir noch regierten. Im Oktober 1986 aber gab es immer noch 102 000 Arbeitsplätze weniger als im Oktober 1982, dem größten Rezessionsjahr. Wenn das Ihre Erfolge sind, dann muß ich sagen: Sozialdemokraten pfeifen auf solche Erfolge.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU – Abg. Herbert Huber, Landshut: Glauben Sie wirklich, daß das jemand glaubt?)

– Da geht es nicht um ein Glauben, sondern einfach um Zahlen. Ich bin der Meinung, Sie müßten in der Lage sein, sie zur Kenntnis zu nehmen.

Sie haben versucht, das Bild einer überaus erfolgreichen Bundesregierung zu zeichnen. Das Erfolgreichste an dieser Bundesregierung haben Sie jedoch vergessen, Herr Ministerpräsident, nämlich ihre Propagandamaschinerie. Denn die Bilanz der Regierung sieht völlig anders aus, als Sie sie darzustellen versuchten. Zu den Arbeitslosen habe ich bereits einiges gesagt.

Die Bundesregierung war angetreten, Wohlstand für alle zu schaffen. Die Sozialhilfekosten belie-

fen sich im Jahr 1982 auf 16,3 Milliarden DM und stiegen im Jahr 1985 auf 20,8 Milliarden DM. Dies ist der absolute Minusrekord seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Versprochen und nicht gehalten!

Die Bundesregierung war angetreten, die freie Unternehmertätigkeit zu fördern. Im Jahre 1985 sind rund 14 000 Unternehmen zusammengebrochen. Diese Zahl steigt 1986 weiter an. Versprochen und nicht gehalten!

Die Bundesregierung war angetreten, die Belastung der Arbeitnehmer zu senken. Die durchschnittliche Abgabebelastung der Arbeitnehmer ist von 39,3 Prozent im Jahre 1981 auf 42,7 Prozent im Jahre 1985 gestiegen. Das ist die höchste Abgabebelastung seit 1949. Die Arbeitnehmer zahlen heute die höchste Lohnsteuerquote, die höchsten Rentenversicherungsbeiträge und die höchsten Krankenversicherungsbeiträge seit 1949.

(Zustimmung von der SPD)

Versprochen und nicht gehalten!

Die Bundesregierung war angetreten, die Subventionen abzubauen. Die Steuersubventionen sind von 28,5 Milliarden DM im Jahr 1982 auf 44,5 Milliarden DM für das Jahr 1985 gestiegen. Das sind die höchsten Subventionen seit 1949. Versprochen und nicht gehalten!

(Beifall bei der SPD)

Die Bundesregierung war angetreten, die Staatsverschuldung abzubauen. Die Finanzlücke des Bundeshaushalts, also die Ausgaben, die nicht durch ordentliche Einnahmen gedeckt sind, belaufen sich für die Jahre 1983 bis 1987 auf 185 Milliarden DM. Das ist die größte Finanzierungslücke eines Bundeshaushalts, die eine Bundesregierung in einem Fünf-Jahres-Zeitraum seit 1949 je zu verantworten hatte. Versprochen und nicht gehalten!

(Beifall bei der SPD)

Die Bundesregierung ist nicht, wie Sie meinen, eine Bundesregierung der Erfolge, sondern eine Bundesregierung nicht gehaltener Versprechungen, eine Bundesregierung der Pannen, der Skandale und der Peinlichkeiten.

(Oho! bei der CSU – Beifall bei der SPD – Abg. Herbert Huber, Landshut: Ein arabischer Märchenerzähler!)

Es ist gleichzeitig eine Bundesregierung, die das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland in Ost und West durch eigene Fehlleistungen immer wieder erheblich geschädigt hat, wie gerade die neuere Entwicklung zeigt.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, ich stimme Ihrer gestrigen Äußerung ausdrücklich zu, daß die Wahl am 25. Januar von schicksalhafter Bedeutung sein wird.

(Abg. Regensburger: Für die SPD!)

(Hiersemann [SPD])

– Wenn über ein Schicksal entschieden wird, dann insbesondere über das Schicksal des Herrn Ministerpräsidenten, nämlich ob er nach Bonn geht oder nicht, und zwar endgültig.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU,
u. a.: Sie glauben noch an den
Weihnachtsmann!)

Die Politik dieser Bundesregierung darf nicht fortgesetzt werden. Wir brauchen eine andere Bundesregierung, eine Bundesregierung, die endlich Ernst macht mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die den sozialen Frieden wiederherstellt, die den Umweltschutz nicht den Kapitalinteressen unterordnet und die das Ansehen der Bundesrepublik in Ost und West wiederherstellt.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch von der
CSU)

Sie behaupten schließlich in den bundespolitischen Passagen Ihrer Regierungserklärung, die Bürgerinnen und Bürger stünden vor der Wahl, ob die Politik an historischer Erfahrung und Vernunft ausgerichtet bleibt oder ob sie zum dritten Mal in diesem Jahrhundert in die Irrationalität abgleitet.

(Abg. Vollkommer: Sehr richtig!)

Herr Ministerpräsident, ich weise die hiermit implizit erhobenen Verdächtigungen und Verleumdungen mit Empörung und auch Verbitterung zurück.

(Beifall bei der SPD)

Eine derartige Unterstellung gegenüber Sozialdemokraten ist der Gipfel der Unverschämtheit.

(Abg. Vollkommer: Er verträgt die Wahrheit
nicht!)

Sozialdemokraten trifft weder Schuld noch Mitschuld an den beiden Weltkriegen dieses Jahrhunderts. Sozialdemokraten waren die einzigen, die 1933 im Reichstag und im Bayerischen Landtag gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt haben. Auf welcher Seite standen damals eigentlich die Abgeordneten des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei?

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Wir erlauben niemandem, Herr Ministerpräsident, derartige Verdächtigungen zu verbreiten – auch Ihnen nicht, Herr Strauß. Keinem Ihrer Amtsvorgänger wäre eine derartige Beleidigung und Diffamierung der Sozialdemokratie in den Sinn gekommen. Sie, Herr Strauß, haben sich damit selbst disqualifiziert.

(Beifall bei der SPD – Abg. Regensburg: Ist das ein Still!)

Der Herr Ministerpräsident hat nach eigener Erklärung in seiner Rede Schwerpunkte der Landespolitik erörtert. Ich muß mich angesichts der Redezeit ebenfalls auf Schwerpunkte beschränken.

Wir beobachten nach wie vor mit großer Sorge die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, auch bei

uns in Bayern. Bayern ist keine Insel der Seligen; auch bei uns gibt es Tausende von Menschen, die Arbeit suchen, aber keine finden. Wir bestreiten nicht, daß es in Bayern weniger Arbeitslose gibt als im Bundesdurchschnitt. Wir nehmen dies dankbar zur Kenntnis und wir freuen uns darüber. Dennoch liegt die Arbeitslosigkeit auch in Bayern im Jahr 1986 höher als im Rezessionsjahr 1982.

(Abg. Vollkommer: Schwarzmalerei!)

– Das ist nicht Schwarzmalerei, sondern ist die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit. Lesen sollten Sie doch wenigstens können!

(Beifall bei der SPD)

Das ist ein drastisches Zeichen dafür, daß sich die Massenarbeitslosigkeit auch in Bayern trotz konjunktureller Erholung verfestigt hat.

Zwischen Oktober 1985 und Januar 1986 stieg die Arbeitslosigkeit in Bayern um 55,2 Prozent – mehr als in allen anderen Bundesländern. Die saisonale Anfälligkeit auf den regionalen Arbeitsmärkten ist in Bayern seit Jahren am stärksten ausgeprägt. Dies wird von der CSU-Wirtschaftspolitik tatenlos hingenommen. Den Arbeitslosen in diesen Gebieten ist nicht mit Parolen wie „Bayern vorn“ oder „Bayerns Wirtschaft ist Spitzenreiter“ geholfen, sondern die Menschen in diesen Gebieten brauchen endlich eine Politik, die Arbeitsplätze schafft, und dies in allen Landesteilen Bayerns.

(Beifall bei der SPD)

Der Herr Ministerpräsident hat in seiner gestrigen Regierungserklärung behauptet, die Ergebnisse konservativer Wirtschaftspolitik in Bayern kämen allen Landesteilen zugute.

(Abg. Vollkommer: Sehr richtig!)

Stetig und nachhaltig sei die bisherige regionale Strukturpolitik gewesen.

(Abg. Vollkommer: Sehr richtig!)

– Darauf habe ich gewartet, daß das kommt. Wissen Sie, das einzige, was seit Jahrzehnten stetig und nachhaltig war, war der Propagandaaufwand der CSU-Strukturpolitik und sonst nichts.

(Widerspruch von der CSU)

Die Kaufkraftunterschiede je Einwohner zwischen Süd- und Nordbayern, die sich von 1970 bis 1982 vervierfacht haben, nehmen weiter zu. Die Bevölkerung in Nordostbayern nimmt ab, in Südbayern nimmt sie zu. Die Lohndrift zwischen Nord- und Südbayern verschärft sich. Die öffentlichen Investitionen bei Hochschulen betragen in München pro Jahr und pro Erwerbstätigen 1988 DM, in Mittelfranken 1400 DM und im Grenzland und in überwiegend strukturschwachen Gebieten 667 DM.

(Abg. Vollkommer: Würden Sie es umgekehrt machen?)

Die Mittel für die außeruniversitäre Forschung belaufen sich in München pro Jahr und pro Erwerbstätigen auf 147 DM, in Mittelfranken auf 2 DM und im Grenz-

(Hirseman [SPD])

land auf 0 Pfennig. Die Arbeitslosigkeit im Januar und Februar dieses Jahres betrug in Kötzing 45 Prozent, in Viechtach und Waldkirchen weit über 30 Prozent, in Starnberg und München dagegen nur 5 bzw. 7 Prozent.

(Abg. Vollkommer: Die haben die Akademie!)

Solange die Verhältnisse so sind, solange die Unterschiede so groß sind und solange Prognosen des Ifo-Instituts ein weiteres Auseinandergehen der Schere vorhersagen, so lange ist nicht das Reden über die Realität verantwortungslos, wie Sie, Herr Ministerpräsident, meinten, sondern Ihre Flucht in beschönigende Ausreden.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Feststellung, daß zwei Drittel der mit Hilfe der Regionalförderung seit 1972 geschaffenen Arbeitsplätze in Nordbayern entstanden seien, ist nichts weiter als ein Taschenspielertrick. In Südbayern braucht man in den meisten Gebieten keine Regionalhilfe zu beanspruchen – man kann dies auch gar nicht –, damit Arbeitsplätze entstehen. Es handelt sich also um eine nur notwendige Konsequenz.

(Abg. Werkstetter: Warum?)

Die Menschen in Nord- und Ostbayern werden sich nicht länger mit politisch nichtssagenden Wortblasen abspesen lassen.

(Abg. Vollkommer: Das hat die Wahl gezeigt!)

– Eine Wahl ist kein Scheck für eine dauerhafte Zukunft, Herr Kollege; das sollten Sie sich merken.

(Abg. Diethel: Aber eine Quittung! – Weitere Zurufe von der CSU)

Die Menschen in Nord- und Ostbayern wollen wissen, mit welchen Maßnahmen und Instrumenten die besorgniserregenden Zukunftsprognosen der Staatsregierung für das Jahr 2000 abgewendet werden können.

In der im März 1986 veröffentlichten Studie „Bayern regional 2000“ heißt es zur Bevölkerungsentwicklung:

Vergleichsweise starke Bevölkerungsverluste werden für die nordbayerischen Regionen Oberfranken Ost und Oberfranken West sowie für die Regionen Oberpfalz Nord und Westmittelfranken erwartet. Vom Rückgang des Arbeitsplatzangebotes werden die strukturschwachen Regionen Nordbayerns besonders betroffen.

Wir verlangen von einer seriösen Regionalpolitik, daß sie Maßnahmen und Initiativen ergreift, um künftig drohenden Arbeitsplatzverlusten wirksam zu begegnen. Besonders ärgerlich ist es aber, wenn unsere konstruktiven Vorschläge, z. B. die Anregung eines Sonderprogramms für die klassischen bayerischen Industriestandorte, abgelehnt werden, ohne daß man sie inhaltlich überhaupt zur Kenntnis genommen hat.

In der Regierungserklärung wird davor gewarnt, die regionale Wirtschaftsförderung durch Sonderprogramme für altindustrielle Verdichtungsräume zu unterlaufen. Wenn Sie, Herr Strauß, oder einer Ihrer Referenten sich die Mühe gemacht hätten, wenigstens den Titel unseres Vorschlages zu lesen, wäre Ihnen die sachliche Schiefelage Ihrer Argumentation aufgefallen. Der Titel lautet: „Die alten Industriestandorte Bayerns – ein Infrastruktur- und Modernisierungsprogramm“. Unser Vorschlag setzt bei der Modernisierung der wirtschaftsnahen Infrastruktur im Bildungssektor und im öffentlichen Nahverkehr ein. Dies ist ein zusätzlicher Impuls für öffentliche Investitionen. Muß man Sie wirklich darauf hinweisen, daß die regionale Wirtschaftspolitik Anreize für Unternehmen und Wirtschaft geben soll und deshalb vor allem die Ausweitung privater Investitionen in bestimmten Regionen fördert? Unser Vorschlag unterläuft dies nicht, sondern ergänzt es sinnvoll.

Die Staatsregierung läßt die Oberpfalz nicht nur durch die Wiederaufarbeitungsanlage, die schwere negative strukturelle Folgen haben wird, sondern auch beim Problem der Maxhütte im Stich. Die von meiner Fraktion in der Aktuellen Stunde geäußerten Befürchtungen sind inzwischen von der Realität eingeholt worden. Wie Sie sicherlich wissen, hat der Vorstand der Maxhütte beim Arbeitsamt Schwandorf in der letzten Woche einen Antrag auf Massenentlassung gestellt. Demnach sollen 260 Belegschaftsmitglieder des Kaltwalzwerkes Haidhof entlassen werden.

Ich habe in der Aktuellen Stunde eine Zusammenarbeit der Opposition mit der Staatsregierung angeboten. Ich wiederhole heute dieses Angebot. Ich appelliere an die Staatsregierung, alle Möglichkeiten und Druckmittel einzusetzen, um die bevorstehende Massenentlassung abzuwenden.

(Beifall bei der SPD)

Die regionalpolitischen Anstrengungen des Landtags dürfen nicht von den einzelwirtschaftlichen Konzernüberlegungen der Klöckner-Zentrale ins Gegenteil verkehrt werden. Das ist auch der Grund dafür, daß wir den Erwerb einer Sperrminorität des Freistaats an der Maxhütte fordern. Wenn wir den Stahlstandort Oberpfalz erhalten wollen, brauchen wir eine wirkungsvolle Handhabe, um mögliche Spekulationen der Geschäftsführung der Maxhütte auf künftige Stilllegungsprämien der EG von vornherein zu unterbinden.

Sie, Herr Strauß, haben wieder einmal erklärt, daß eine Staatsbeteiligung die Probleme der Maxhütte nicht lösen könne. Ich widerspreche dem mit Nachdruck. Bereits heute liegen standortsichernde Konzepte auf dem Tisch, wie man der Maxhütte die Existenz auf dem Markt sichern könnte. Ich verweise hier auf den Vorschlag des IMU-Instituts, des Instituts für Medienforschung und Urbanistik in Berlin, wonach die Maxhütte als süddeutsches Recycling-Zentrum für eisenhaltige Abfallstoffe und Schrotte wirtschaftlich eine Chance hätte. Die Maxhütte könnte so durch eine Umstellung ihrer Metallurgie auf dem expandie-

(Hirseman [SPD])

renden Markt der Umweltschutztechnik Fuß fassen und sich dort behaupten.

Das ist jedoch bei dem heutigen Stand der Unterkapitalisierung nicht möglich. Bayern hat ein Interesse an mehr Umweltschutz und an der Wiederverwendung der Abfälle. Von Klöckner darf man das nicht erwarten. Deshalb brauchen wir die Staatsbeteiligung des Freistaates, um diesen Standort zu sichern. Wir bitten Sie nochmals herzlich, hier endlich Ihre ideologischen Vorbehalte aufzugeben.

(Beifall bei der SPD)

Soweit sich der Herr Ministerpräsident dagegen wehrt, daß uns die EG-Kommission vorschreibt, in welchen Landesteilen staatliche Finanzhilfen zur Strukturverbesserung eingesetzt werden dürfen und in welchen nicht, hat er unsere volle Unterstützung. Wir stehen im Kampf gegen die Bürokratie in Brüssel an der Seite der Staatsregierung. Dies habe ich auch bei meinen Gesprächen in Brüssel mit Kommissionsmitgliedern und Europa-Abgeordneten unmißverständlich deutlich gemacht.

Ich stimme ausdrücklich der Ansicht des Herrn Ministerpräsidenten zu, daß die Zukunft Bayerns auch von der Innovationsfreudigkeit und der Kreativität unserer Wissenschaftler abhängig ist. Wir können auch der Formulierung zustimmen, daß wir keinen Fortschritt um jeden Preis wollen, sondern einen Fortschritt mit menschlichem Maß und in Ehrfurcht vor der Schöpfung.

Herr Ministerpräsident, es gäbe viel mehr Gemeinsamkeit zwischen uns in diesen Fragen, wenn die CSU endlich eine Übereinstimmung zwischen Worten und politischem Handeln herstellen könnte.

(Beifall bei der SPD)

Die politische Praxis der CSU in diesem Bereich weist aber erhebliche Unterschiede zu ihren schönen Worten auf. Denn in der Praxis verzichtet die CSU weitgehend auf staatliche Einflußnahme und setzt grundsätzlich auf einen unkritischen Fortschrittsoptimismus. Die CSU verzichtet darauf, die politischen Bedingungen zu schaffen, unter denen sich technischer Fortschritt in gesellschaftlichen Fortschritt bzw. Nutzen umsetzen kann. Einer derart unreflektierten Position können Sozialdemokraten nicht zustimmen.

Genausowenig können wir der Position der GRÜNEN in der Frage der neuen Technologien zustimmen;

(Zuruf von der CSU: Na sowas!)

denn die GRÜNEN überakzentuieren die Risiken neuer Technologien, ohne deren Chancen für die Bewältigung unserer elementaren Zukunftsprobleme auszuloten. Ein Ausstieg aus der Industriegesellschaft in die vermeintliche vorindustrielle Gemütlichkeit von eher gemeinschaftlichen Lebens- und Wirtschaftsformen ist für uns keine Lösung.

(Beifall bei der SPD)

Sowohl die GRÜNEN als auch die CSU verzichten letztlich auf die politische Gestaltung der technischen Entwicklung.

(Lachen bei der CSU)

Während die einen den Ausstieg bzw. Abbruch propagieren, bejahen die anderen technologiegläubig fast jede technische Neuerung.

Unsere Position ist eine andere. Wir wollen durch die politische Gestaltung der neuen Technologien ein humanes Bayern erhalten bzw. schaffen. Wir sehen durchaus die Chancen, die neue Technologien bieten, und erkennen sie an. Das sind die Chancen für eine humane Gestaltung der Arbeitswelt, für Fortschritte im Umweltschutz, für energiesparende Maßnahmen, für umweltfreundliche Energiegewinnung sowie für Gesundheit von uns allen.

Wir sehen aber auch die Risiken, die neue Technologien beinhalten und schaffen können. In der Abwägung zwischen beiden ist der Politiker gefordert. Dabei muß es erste Zielsetzung von uns allen sein, nicht wie bisher technologische Entwicklungen als Politiker nachzuvollziehen, sondern entscheidende Weichenstellungen vorzunehmen, um die technologische Entwicklung im Sinne der Würde des Menschen, einer besseren Umwelt und einer friedlichen Zukunft strukturieren zu können.

(Beifall bei der SPD)

Wer als Politiker hier auf Vorgaben verzichtet, meldet sich aus der Gestaltung der Zukunft ab.

(Abg. Dr. Wilhelm: Was heißt das konkret?)

– Dazu komme ich jetzt, Herr Kollege! Aus dieser Grundüberzeugung heraus können wir auch der gegenwärtigen Industriepolitik der Staatsregierung nicht zustimmen. Die CSU richtet ihre Industriepolitik nämlich Übergewichtig auf die Entwicklung eines militärisch-industriellen Komplexes in Bayern aus.

Der Einsatz moderner Techniken, insbesondere der Informations- und der Mikroelektronik, sowie neue Werkstoffe und die Lasertechnik kennzeichnen die Rüstungsindustrie in Bayern. Das Ziel sozialdemokratischer Politik besteht darin, eine konsequente Umorientierung der Produktion auf nichtmilitärische Bereiche in die Wege zu leiten, ohne daß dadurch qualifizierte Arbeitsplätze abgebaut werden oder die Zahl der Arbeitsplätze überhaupt vermindert wird.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Leeb)

– Herr Kollege Leeb, nachdem Sie schon wieder Ihren merkwürdigen Zwischenruf mit der Sprache gemacht haben – Sie meinen sicher wieder den militärisch-industriellen Komplex –, wiederhole ich, was ich Ihrem Vorsitzenden bereits am Dienstag gesagt habe: Diesen Ausdruck hat der Präsident Eisenhower bei seiner Abschiedsrede geprägt, und ihn werden Sie wohl nicht als Terroristen bezeichnen wollen!

(Abg. Leeb: Aber wer benutzt ihn heute?
Das ist die Frage! – Weitere Zurufe)

(Hiersemann [SPD])

– Wenn ich mir manche Worte ansehe, die Sie und andere benutzen, und dann Gemeinsamkeiten herstellen würde, würde das für Sie sehr peinlich werden, meine Damen und Herren von der CSU!

(Beifall bei der SPD)

In einem Leitartikel der Wochenzeitschrift „Die Zeit“ in der letzten Woche, den Theo Sommer mit der Frage „Nach der Wende die Spitzkehre?“ betitelte, werden drei besorgniserregende Tendenzen einer Konteraußenpolitik durch rechte Flügelmitglieder der Union in einen Zusammenhang gebracht. Zu dem illegalen Rüstungsexport von U-Boot-Plänen nach Südafrika schreibt Theo Sommer: Aber wen wundert es schon, daß Franz Josef Strauß als Vorreiter und Fürsprecher dieses Geschäfts tätig geworden ist? Derselbe Strauß, der vorige Woche mit einer ganzen Karawane von Industriellen in die saudi-arabische Hauptstadt Riad flog und dort den Fächer westdeutscher Rüstungsprodukte verlockend ausbreiten ließ. „Der Spiegel“ hat das Telegramm des deutschen Botschafters veröffentlicht, der die Münchner Reisegruppe auf das notwendige Genehmigungsverfahren hinwies und dafür von dem Strauß-Sohn Max gerüffelt wurde. Ganz abgesehen davon, daß der Sohn des bayerischen Ministerpräsidenten in der Verfassung nicht vorgesehen ist,

(Zurufe von der CSU)

hat der Vater hier nur den Vorhang vor dem nächsten Akt der Wende gehoben. So Theo Sommer!

(Zurufe von der CSU)

– Ich habe bisher nur zitiert; meine Wertung kommt erst noch! Das mehr als peinliche Benehmen Ihres Sohnes in Riad hat Staatsminister Stoiber gestern als Fehlleistung des deutschen Botschafters bezeichnet. Der deutsche Botschafter habe sich daneben benommen, weil er auf die rechtmäßigen Rüstungsbeschränkungen der Bundesrepublik hingewiesen habe. Ich meine, wenn sich hier jemand korrekt verhalten hat, dann war das der deutsche Botschafter, der nichts als seine Dienstpflicht erfüllt hat.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Antworten des Staatsministers auf unsere Fragen waren gestern beschönigend und teilweise unredlich. Er führte z. B. aus, daß es nicht um eine Veränderung der bestehenden Beschränkungen für Rüstungsexporte der Bundesrepublik gehe, sondern um eine Handhabung des Rüstungsexportgeschäftes wie bei anderen befreundeten westlichen Ländern. Im Kern bedeutet die neue Handhabung allerdings nichts anderes als die völlige Aushöhlung unserer Kontrollbestimmungen. Die einzige Restriktion bliebe die Zahlungsfähigkeit des Dritte-Welt-Empfängerlandes.

Ich sage Ihnen: Eine Politik, die das Ziel verfolgt, möglichst viele Waffen an Länder in Spannungsregionen zu verkaufen, deren Bevölkerung teilweise unterhalb der Armutsgrenze lebt, ist und bleibt zutiefst unmoralisch und verwerflich.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Verwerflich ist es auch, den wirtschaftlichen Wohlstand bei uns mit dem Elend anderer Völker erkaufen zu wollen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich betone noch einmal: Wir Sozialdemokraten bejahen Hochtechnologien im allgemeinen und Luft- und Raumfahrtindustrien im besonderen in Bayern. Was wir nicht wollen, ist, daß bayerische Firmen im Bereich der Spitztechnologien wirtschaftlich immer stärker von Rüstungsaufträgen abhängig gemacht werden. Deshalb unterstützen wir Möglichkeiten, die künftig die zivilen Produktionszweige unserer bayerischen Hochtechnologiebetriebe, die auch im Rüstungsgüterbereich tätig sind, stärken. Das Beispiel Japan zeigt, daß Spitztechnologie auch ohne die Förderung des Rüstungssektors möglich ist. Dem sollten wir uns anschließen.

Kurz und knapp hat der Herr Ministerpräsident das Thema „Frauen in unserer Gesellschaft“ abgehandelt. Ich meine, dieses Thema hätte mehr Aufmerksamkeit verdient. Es ist eine Tatsache, daß die Frauen in unserer Gesellschaft und in unserem Staat nach wie vor benachteiligt werden.

Diese Benachteiligung beginnt bereits bei den Ausbildungs- und Berufschancen. Zwei Drittel der jungen Menschen ohne Ausbildungsplatz sind Mädchen. Der Anteil der Studentinnen an unseren Hochschulen ist als Resultat der Wende-Politik wieder rückläufig.

Die Situation der Benachteiligung findet sich im Berufsleben wieder. Die Einkommen von Männern und Frauen klaffen deutlich auseinander. Das von konservativer Seite vielgelobte Beschäftigungsförderungsgesetz brachte für Frauen zwar mehr Arbeitsplätze, aber insgesamt nicht mehr Arbeitsstunden. Vor allem wurden für Frauen wieder Arbeitsplätze geschaffen, die durch ein hohes Maß an sozialer Unsicherheit gekennzeichnet sind.

(Zustimmung von der SPD)

Der Herr Ministerpräsident postuliert in seiner Regierungserklärung die Wahlfreiheit zwischen Familie und Beruf. Wir wissen, daß zwischen diesem Anspruch und der gesellschaftlichen Wirklichkeit eine breite Kluft existiert, haben wir doch gerade in den letzten Jahren wieder erlebt, wie Frauen in Zeiten von Massenarbeitslosigkeit als Arbeitsmarktreserve gebraucht bzw. mißbraucht werden. Frauen dürfen erwerbstätig sein, wenn Arbeit da ist. Mit Recht werfen Frauen die Frage auf, warum nicht von der Wahlfreiheit des Mannes zwischen Familie und Beruf gesprochen wird.

(Beifall bei der SPD)

In 20 Prozent aller Familien mit Kindern gibt es nur ein Elternteil, die Alleinerziehenden. Dabei handelt es sich überwiegend um Mütter. Dem Ministerpräsidenten ist zuzustimmen, wenn er Verbesserungen für Alleinerziehende verlangt. Leider bleibt der Herr Ministerpräsident in diesem Punkt wie in dem gesamten Kapitel über die Situation der Frauen sehr

(Hirseman [SPD])

allgemein. Wir werden jedoch in diesem Hause in den nächsten Jahren noch über staatliche Hilfen für Alleinerziehende zu sprechen haben, z. B. über eine Verbesserung der Kinderbetreuung. Dann wird sich zeigen, ob die Staatsregierung ihren Worten auch Taten folgen läßt.

(Beifall bei der SPD)

Mit großer Befriedigung haben wir zur Kenntnis genommen, daß endlich auch der Herr Ministerpräsident eine neue Phase der Umweltpolitik für notwendig hält und einleiten will. Wir stimmen ihm ausdrücklich zu, wenn er darauf hinweist, daß ein vorbeugender Umweltschutz wirksamer und billiger ist als nachträgliche Reparaturen.

(Beifall bei der SPD)

Genau das ist es, was Sozialdemokraten mit dem Begriff „Vermeidungsstrategien“ meinen. Auf diesem Grundsatz haben wir seit vielen Jahren unsere Umweltpolitik im Bayerischen Landtag aufgebaut. Wir mußten in der Vergangenheit leider immer wieder erleben, daß es dann, wenn es um konkrete Konsequenzen aus diesem Grundsatz ging, von der CSU und von der Staatsregierung nicht mehr viel zu sehen gab.

Die oben zitierten Worte könnten Anlaß sein, neue Hoffnung zu schöpfen. Leider hat der Herr Ministerpräsident dieses kleine Pflänzchen der neuen Hoffnung in den weiteren Ausführungen sofort wieder zertreten. Es wird wohl wieder alles beim alten bleiben. Umweltpolitik wird in Bayern weiterhin als Reparaturbetrieb betrieben werden. Vermeidungsstrategien werden wie bisher daran scheitern, daß die CSU im Konfliktfall zwischen Umweltschutz und Kapital den Kapitalinteressen regelmäßig den Vorzug gibt.

(Zustimmung von der SPD)

So bleibt es zum Beispiel der Weisheit des Herrn Ministerpräsidenten überlassen, wie er die eben dargestellten Grundsätze mit seinen weiteren Ausführungen zur künftigen Abfallwirtschaft in Bayern in Einklang bringen will. Wer wie der Herr Ministerpräsident die thermische Verwertung des Mülls eine tragende Säule der bayerischen Abfallwirtschaft nennt, ist nicht in der Lage, aus alten Bahnen und Denkkategorien auszubrechen.

(Beifall bei der SPD)

Er ist auch nicht in der Lage, Vermeidungsstrategien zu entwickeln und durchzusetzen. Wir sind der Ansicht, daß „Vermeidungsstrategien der Abfallwirtschaft“ etwas völlig anderes bedeutet. Unsere Antwort auf ständig wachsende Müllberge kann doch nicht darin bestehen, immer mehr Müllverbrennungsanlagen mit all ihren Problemen für die Umwelt zu bauen.

(Zurufe von der CSU)

Unsere Antwort muß darin bestehen, den Anfall des Mülls drastisch zu reduzieren und den verbleibenden Müll, soweit möglich, im Rahmen einer geordneten

Abfallbewirtschaftung dem Recyclingverfahren zuzuführen.

(Beifall bei der SPD)

Diesen Grundsätzen schlägt das im Bundestag auch mit den Stimmen der CSU beschlossene Abfallbeseitigungsgesetz ins Gesicht. Wer im Bundestag ein Verbot der Einwegverpackung ablehnt, in der Regierungserklärung im Bayerischen Landtag aber davon spricht, daß es vorrangiges Ziel sein müsse, das Mehrwegverpackungssystem zu erhalten, hat nur einmal mehr seine Nebelwerferkanonen in Stellung gebracht;

(Beifall bei der SPD)

denn dies ist eine Politik, die nicht funktionieren kann, eine Politik des „Wasch' mir den Pelz und mach' mich nicht naß!“

(Beifall bei der SPD)

Wir werden Sie in den nächsten Jahren immer wieder auf die konkrete Einlösung Ihres Programmsatzes hinweisen.

In der letzten Legislaturperiode wurde das Staatsziel des Umweltschutzes auf Initiative der Sozialdemokraten in die Bayerische Verfassung aufgenommen. Wenn die CSU im Landtagswahlkampf immer wieder behauptet hat, dies sei allein ihr zuzuschreiben, so war dies nichts weiter als die bewußte Unwahrheit. Gerade dieser Vorgang hat wieder einmal gezeigt, daß die CSU mit Doppelzüngigkeit einerseits die Bürgerinnen und Bürger mit schönen Worten und Versprechungen einlullt und andererseits dem Druck der Wirtschaft durch lasch gehandhabten Vollzug nachgibt; denn nur so läßt sich der bisherige schlampige Vollzug der Begleitmaßnahmen zur Verfassungsänderung erklären.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden in den nächsten Jahren den Vollzug des Gesetzes mit Nachdruck einfordern. Der Maßnahmenkatalog wird dann zu einem Folterinstrument für die Staatsregierung werden, wenn sie glaubt, wie bisher Frist um Frist untätig verstreichen lassen zu können.

(Beifall bei der SPD)

Die schweren Verunreinigungen der Flüsse in den letzten Wochen haben auch die gesamte Chemiepolitik in unserem Land auf den Prüfstand gestellt. Ich stimme Ihnen ausdrücklich darin zu, daß es notwendig ist, die Sicherheitsvorkehrungen erheblich zu verbessern. Ich stimme Ihnen auch darin zu, daß dies nicht der Chemieindustrie selbst überlassen werden kann. Diese Einsicht scheint sogar dem Ankündigungsminister im Umweltministerium in Bonn klargeworden zu sein. Wir meinen allerdings, es reicht nicht, Sicherheitsvorkehrungen zu verbessern, sondern es ist notwendig, eine neue Chemiepolitik einzuleiten; denn viele Schäden in unserem Land entstehen nicht durch die rechtswidrige Verunreinigung von Flüssen, sondern durch das ganz legale übermäßige Aufbringen von Chemie auf Böden, Pflanzen und Nahrungsmitteln.

(Zustimmung von der SPD)

(Hiersemann [SPD])

Zur Energiepolitik macht die Regierungserklärung deutlich, daß die Staatsregierung trotz vieler schöner Worte an der Kernenergie ohne Wenn und Aber festhält. Die Diskussion um die Kernenergie scheint für die CSU und die Staatsregierung zu einer Art Glaubenskrieg geworden zu sein. Sie läßt sich durch kein Gutachten beeindrucken, seien es die zwei vom Bundeswirtschaftsministerium in Auftrag gegebenen oder sei es das Zwischenergebnis der Studie des Ifo-Instituts, das der bayerischen Öffentlichkeit immer noch vorenthalten wird. Diese Bevormundung des Bürgers ist im übrigen schlicht unerträglich, meine Damen und Herren.

Das Festhalten an der Kernenergie ohne Wenn und Aber kennzeichnet eine CSU-Energiepolitik, die in ihrer Risikobesessenheit auch von den Kirchen immer stärker abgelehnt wird. Dies ist auch der Grund dafür, daß Herr Strauß gestern vor einer Theologisierung oder Pseudotheologisierung der Politik gewarnt hat. Ich meine, meine sehr geehrten Damen und Herren von der CSU, Sie sind die letzten, denen eine derartige Kritik zustehen würde;

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

denn Sie haben sich in der Vergangenheit Wahlsonntag für Wahlsonntag liebend gern die Hirtenbriefe mancher katholischer Pfarrer in den Kirchen gefallen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben sogar eine Erklärung der Katholischen Kirche zur Staatsverschuldung freudig akzeptiert und überall verbreitet. Wer so handelt, muß auch Stellungnahmen der Kirchen akzeptieren, wenn sie nicht der eigenen Meinung entsprechen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Pure Augenwischerei ist es, wenn der Herr Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung davon spricht, daß Forschungen im Energiebereich mit Nachdruck in jede erfolgversprechende Richtung vorangetrieben werden. Die Wahrheit ist ganz anders. Trotz Tschernobyl und schönen Beteuerungen fließt der Löwenanteil der öffentlichen Forschungsmittel im Bundeshaushalt 1987 nach wie vor in die Kernenergie. Dies sind rund 70 Prozent des Etats für Energieforschung. Daraus ergibt sich eindeutig, daß das Festhalten der Konservativen an der Kernenergie ohne Wenn und Aber gerade dazu führt, daß nicht hinreichend Mittel für die Erforschung alternativer Technologien vorhanden sind.

Wir halten an unserem Modell des schrittweisen Ausstiegs aus der Kernenergie fest, wie wir dies in unserer Augsburgener Erklärung festgelegt haben.

(Abg. Beck: Aber nur 69 Prozent!)

Wir meinen, daß der Schwerpunkt auf energieeinsparende Maßnahmen gelegt werden muß, daß für eine Übergangszeit auf Kohle nicht verzichtet werden kann und daß wir heute schon alle Anstrengungen

unternehmen müssen, um eine Ersetzung der Kernenergie durch alternative, umweltfreundliche Energien möglich zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind auch nicht bereit, den Sofortausstieg der GRÜNEN zu akzeptieren. Wer den Sofortausstieg aus der Kernenergie fordert wie die GRÜNEN, verbreitet Illusionen oder betreibt eine unseriöse Politik. Dies ist angesichts der bei vielen Menschen vorhandenen realen Ängste unverantwortlich und moralisch nicht vertretbar.

(Beifall bei der SPD)

Der von den GRÜNEN geforderte Sofortausstieg ist für uns aus vier Gründen abzulehnen und nicht verantwortlich:

Erstens. Die unter Status-quo-Bedingungen sofort zusätzlich erforderliche Ersatznutzung fossiler Energien würde in Bayern nach dem Gutachten des Öko-Instituts den Ausstoß von Stickoxiden um 89 Prozent erhöhen. Dies können und wollen wir angesichts des dramatischen Waldsterbens nicht in Kauf nehmen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Diethel: Aussage des Ministerpräsidenten!)

Zweitens. Bei jeder Verbrennung fossiler Energieträger wird CO₂ frei, das nicht rückhaltbar ist und durch den Treibhauseffekt globale, nicht mehr reparierbare Klimaänderungen verursachen könnte.

Drittens. Durch den Ausstieg aus der Kernenergie gehen Arbeitsplätze in der Nuklearindustrie verloren.

(Abg. Tandler: Aha!)

Nur der schrittweise Ausstieg aus der Kernenergie kann mit einem sozial verträglichen Umstieg in neue Energieversorgungsstrukturen mit anderen Arbeitsplätzen gekoppelt werden.

(Beifall bei der SPD)

Viertens. Da bei einem Ausstieg aus der Kernenergie zahlreiche Einsprüche, Prozesse und Genehmigungsverfahren abgewickelt und Planungs- und Bauzeiten für neue Kraftwerke einkalkuliert werden müssen, ist nur ein schrittweiser Ausstieg mit rechtsstaatlichen Prinzipien vereinbar.

(Beifall bei der SPD)

Die bayerischen Sozialdemokraten bleiben bei ihrem ehrlichen und soliden Konzept des Ausstiegs aus der Kernenergie in z e h n J a h r e n. Wir werden um Vertrauen für dieses Konzept werben und deutlich machen, daß sowohl die Befürworter der Kernenergie ohne Wenn und Aber als auch die Vertreter des Sofortausstiegs eine Politik betreiben, die die Zukunft nicht sichern kann und deshalb unverantwortlich ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben mit Interesse, Herr Ministerpräsident, Ihre Ausführungen zur Agrarpolitik zur Kenntnis genommen. Hier scheint es neue Ansätze zu geben. Das halten wir für erfreulich; denn die von der Staatsregierung herausgegebene Studie „Bayern regional 2000“ prognostiziert bis zum Jahr 2000 einen Rück-

(Hirseman [SPD])

gang der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft um 30 Prozent. Eine derartige Entwicklung bedeutet Arbeitslosigkeit und soziale Not für die Landwirte und ihre Familien, die Opfer des sogenannten Strukturwandels würden. Eine derartige Entwicklung bedeutet das Absterben vieler Höfe und damit auch eine Gefährdung und Zerstörung unserer Kulturlandschaft.

Die Staatsregierung hat auf diese sich immer dramatischer zuspitzende Entwicklung bis heute – ich hoffe, es ändert sich jetzt – keine Antwort gefunden. Im Gegenteil! Die Milchquotierung, der die CSU ohne Rücksicht auf die Struktur der bayerischen Landwirtschaft zugestimmt hat, hat die Situation noch verschärft. Geradezu zynisch nimmt sich der Satz in der Regierungserklärung aus: „Die Milcherzeuger haben das Opfer der Milchkontingentierung auf sich genommen ...“ Die Milcherzeuger haben die Quotierung nicht auf sich genommen, sie wurde von der CSU aufgezwungen!

(Zustimmung von der SPD)

Für Hunderte von kleinen und mittleren Milchproduzenten mußte der Notstand ausgerufen werden. Viele haben ihre landwirtschaftlichen Betriebe aufgeben müssen.

(Zuruf von der CSU: Die Europäische Gemeinschaft!)

– Nein, nicht die Europäische Gemeinschaft. Die Europäische Gemeinschaft hat nur die gesamte nationale Quote festgelegt. Wie sie zwischen kleinen, mittleren und großen Bauern verteilt wird, hat die Bundesregierung zu verantworten und sonst niemand.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD hat einen Dringlichkeitsantrag eingereicht mit dem Ziel, einen neuerlichen Kahlschlag bei der Milchmengenkontingentierung zu verhindern. Ich hoffe, daß endlich jeder in diesem Haus begriffen hat, daß die bäuerliche Landwirtschaft in Bayern nur dann eine Zukunft hat, wenn die Agrarpolitik eine grundsätzliche Reform erfährt. Jeder Vorschlag aus den Reihen der Staatsregierung, der hier einen vernünftigen Ansatz bietet, wird von uns mit Aufmerksamkeit verfolgt. Dies gilt auch für die Reformansätze in der Regierungserklärung.

Als Testpilot für neue Ideen wirkt in dieser Regierung augenscheinlich der Staatssekretär aus dem Umweltministerium mehr als der aus dem Landwirtschaftsministerium. So hat Herr Glück kürzlich beim Verband der Landwirte im Nebenberuf erklärt, daß Reformen notwendig seien. Er forderte ein völlig neues Preissystem. Er hat recht. Die politische Wirklichkeit heißt aber, daß das überholte System der kostenorientierten Preise von der Staatsregierung weitergeführt wird.

Die SPD schlägt ein Preissystem vor, das aus zwei Komponenten besteht: erstens aus einer stärkeren Marktorientierung bei der Preisbildung und zweitens aus direkten Einkommensübertragungen. Wer

dazu nicht bereit ist, wer weiterhin direkte Einkommensübertragungen als „Sozialhilfe für Bauern“ diffamiert, wird nicht in der Lage sein, die Zukunft der Landwirtschaft zu erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Wer nach wie vor an der produktionsbezogenen Subvention festhalten will, muß dann auch in Kauf nehmen, daß von einer Mark, die im EG-Bereich ausgegeben wird, beim Bauern selbst nur 21 Pfennig ankommen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen, daß von dem Geld mehr beim Bauern ankommt, und zwar bei den kleinen und mittleren Bauern und nicht bei den Agrarfabriken in unserem Land. Nur so sehen wir eine Chance für die Zukunft.

(Beifall bei der SPD)

Mit Erstaunen, Herr Ministerpräsident, haben wir zur Kenntnis genommen, daß Sie das Urteil des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs zum Medienerprobungsgesetz als Bestätigung der Position der Staatsregierung gesehen haben. Entweder haben Sie dieses Urteil nicht gelesen oder Sie handeln nach dem altbekannten Motto: Ich lasse mich auch durch Sachverstand nicht von meiner politischen Linie abbringen. Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat nämlich in seinem Urteil die zentralen Positionen unserer Klage bestätigt, z. B. das Erfordernis der Binnenpluralität und die Geltung des Artikels 111a der Bayerischen Verfassung in seiner konkreten Ausformung für die privaten Medien.

Andere Ausführungen in der Regierungserklärung zur Medienpolitik stoßen allerdings nicht nur auf Erstaunen, sie lassen die Alarmglocken klingeln. So halten Sie zum Beispiel eine Beschränkung der Werbung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für notwendig, um Werbeeinnahmen der privaten Anbieter zu sichern. Auf der gleichen Ebene liegt es, wenn Sie Mittel aus dem Rundfunkgebührenaufkommen für private Medien abzweigen wollen. Beides ist durch nichts, durch gar nichts, auch nicht durch tv weiß-blau gerechtfertigt, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden uns derartigen Bestrebungen mit Nachdruck widersetzen. Wir sind nicht bereit zuzulassen, daß die privaten Medien dadurch finanziert werden, daß der öffentlich-rechtliche Rundfunk in ein Defizit getrieben wird.

(Beifall bei der SPD)

Dies bedeutete letztendlich die Aushöhlung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zugunsten privater Medien.

Ich muß aber schon sagen: Mit Schmunzeln und mit Genuß erinnere ich mich an manche Debatten in diesem Hause und an die damals von Ihnen vorgebrachten strahlenden Prognosen über die Wirtschaftlichkeit neuer Medien. Dies war wohl eine Fehlkalkulation erster Ordnung.

(Zuruf von der CSU: Nur Geduld; das kommt noch!)

(Hiersemann [SPD])

– Ich weiß nicht, Herr Kollege, ob diejenigen, die in den Anbietergesellschaften tätig sind, den von Ihnen erwarteten Sankt-Nimmerleins-Tag abwarten können, bevor sie Konkurs anmelden müssen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist nicht so, daß jede Anbietergesellschaft die Möglichkeit hat, größere finanzielle Spritzen von sonstwoher zu erhalten wie tv weiß-blau.

Herr Ministerpräsident, vor wenigen Tagen haben wir das 40jährige Bestehen der Bayerischen Verfassung gefeiert. Sie haben aus diesem Anlaß an dieser Stelle eine Rede gehalten, die nicht nur für Angehörige meiner Partei, sondern auch für viele Bürger peinlich war. Die Väter der Bayerischen Verfassung wären zutiefst betroffen, hätten sie mit anhören müssen, was Sie anlässlich unserer volksfreundlichen Bayerischen Verfassung zu sagen wußten. Der Begriff des Souveräns, des Volkes, und seiner Rechte taucht in der gesamten Rede kein einziges Mal auf. Die Bürger dieses Staates erwähnten Sie in dieser Rede nur im Zusammenhang damit, daß sie fleißig arbeiten und im übrigen Rechte nur dann hätten, wenn es einen starken Staat gebe.

Ihr Verständnis vom starken Staat, Herr Ministerpräsident, führt zu bösen Ergebnissen. Sie sind nicht am Gespräch mit betroffenen Bürgern interessiert. Sie wünschen nicht den Dialog. Sie wünschen nicht Befriedung. Ihr Ziel ist die Disziplinierung des Andersdenkenden.

(Zustimmung von der SPD – Widerspruch von der CSU)

Für Sie sind Menschen, die anders und vielleicht überempfindlich reagieren, nicht verstehbar. Ihre Antwort auf so etwas sind nicht Toleranz und Kommunikationsbereitschaft, sondern ganz einfach der starke Staat. Statt Ausgleich, Interessenbalance und dem Versuch, Gegensätze im Dialog zu überwinden, bringen Sie nur Schärfe und tiefere Gräben. Das Ergebnis sind Haß und Feindschaft. Sehen Sie dabei nicht, wie menschenverachtend und ineffektiv diese Politik letztlich ist?

(Beifall bei der SPD)

Sie müssen sich fragen lassen, wie weit die sogenannte Wende bundespolitisch tatsächlich ein Mehr an innerer Sicherheit gebracht hat. Was die innere Sicherheit betrifft, wäre es sicher besser gewesen, Herrn Zimmermann nicht nur den Umweltbereich, sondern auch den Bereich der inneren Sicherheit wegzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Was ist im Sicherheitsbereich geschehen? Die Kriminalität ist in den letzten vier Jahren um keinen Deut zurückgegangen. Von all den zugegebenermaßen sowieso sinnlosen Sicherheitsgesetzen blieb nahezu nichts mehr übrig. Als Beitrag zur Sicherheit bleibt ironischerweise die Liberalisierung des Waffen-

rechts und des Sprengstoffrechts. Wo sind eigentlich Ihre Fahndungserfolge bei der Bekämpfung des Terrorismus?

(Zustimmung von der SPD)

Wo ist eine effektive Bekämpfung der Gewalt in diesem Land? Der von Ihnen so hochgepriesene Sicherheitsstatthalter Zimmermann ist zu einem wirkungs- und zahnlosen bayerischen Löwen in der Bundesexklave degeneriert.

(Beifall bei der SPD)

Um von diesen Mißerfolgen abzulenken, propagieren Sie so sinnlose Unterfangen wie die Strafbarkeit von Vermummung, als ob nicht Vermummung bereits heute verbotlich wäre, als ob sie nicht bereits als Ordnungswidrigkeit verfolgt werden könnte und als ob nicht die Polizei und viele Fachleute immer wieder darauf hinweisen, daß die Behandlung als Ordnungswidrigkeit und damit nach dem Opportunitätsprinzip viel geeignetere staatliche Instrumente sind als das, was Sie wollen. Aber irgendwie müssen Sie ja schließlich zeigen, daß Sie für die Sicherheit der Bürger etwas tun – auch wenn es nichts hilft.

Um es in aller Deutlichkeit zu sagen: ich verkenne nicht, daß wir in den letzten Jahren wieder eine zunehmende Anzahl von Gewalt- und Terrordelikten zu verzeichnen hatten. Für mich sind die Mordanschläge der jüngsten Vergangenheit nicht vergessen. Ich weiß natürlich auch, daß es darüber hinaus eine erhebliche Anzahl von Anschlägen auf Strommasten und Eisenbahnanlagen gibt. Wir sind froh darüber, daß dabei bisher Menschen noch nicht zu Schaden gekommen sind.

(Beifall bei der SPD)

Das ist aber keine Garantie für die Zukunft. Wir sind mit Ihnen darin einig, daß die Zunahme von Gewalt und Terrorismus den entschiedenen Widerstand aller Demokraten und entschlossenes rechtsstaatliches Handeln der Staatsorgane erfordert.

(Beifall bei der SPD)

Ich muß in diesem Zusammenhang auch mit Nachdruck feststellen, daß wir nicht das geringste Verständnis für das Abstimmungsverhalten der Mehrheit der GRÜNEN am Dienstag bei unserem Dringlichkeitsantrag zur Bekämpfung von Gewalt und Terrorismus aufbringen können.

(Beifall bei der SPD)

Wir verlangen auch von den GRÜNEN eine klare Absage gegenüber jedweder Form von Gewalt. Daß die Mehrzahl der Abgeordneten der GRÜNEN am Dienstag unseren Antrag abgelehnt hat, wirft für uns eine Reihe von Fragen auf.

Ich habe mich in den vergangenen Wochen mehrmals, Herr Kollege Bäumer, gegen pauschale Verdächtigungen der Fraktion der GRÜNEN durch die CSU gewandt.

(Zuruf von der CSU: Das haben wir gesehen!)

(Hirsemann [SPD])

Ich habe auf Ihre Chancen, Herr Kollege Bäumer, in der Arbeit dieses Hauses hingewiesen. Die Situation hat sich für uns seit Dienstag leider drastisch verändert. Seit diesem Dienstag liegt das Bekenntnis zur Gewaltfreiheit als Bringschuld bei den GRÜNEN in diesem Hause selbst.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CSU)

Ich erkläre hiermit unmißverständlich: Für Sozialdemokraten kann es keine Gemeinsamkeit mit irgend jemandem geben, der sich nicht eindeutig von Gewalt distanziert.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CSU)

Wir unterscheiden uns aber auch von der CSU.

(Lachen bei der CSU)

Wir erwarten, daß der Staat mit der Stärke des Strafrechts hart, aber besonnen gegenüber der Gewalt reagiert.

(Zurufe von der CSU)

Wir erwarten Besonnenheit. Wir brauchen Hartnäckigkeit in der Fahndung; wir brauchen eine mithelfende Bevölkerung, die die Ziele und Aufgaben des Staates versteht und sie unterstützt.

Feind einer solchen Politik ist eine für weite Kreise der Bevölkerung unverständliche Überreaktion des Staates. Wir brauchen kein schärferes Vermummungsverbot, wir brauchen keinen schärferen Landfriedensbruchtatbestand mit der Verhaftung Unbeteiligter, die bei einer Demonstration auf Aufforderung nicht sofort weggehen; damit wird kein einziger Terrorist gefaßt.

Wir brauchen auch keine neuen Straftatbestände. Anschläge auf Strommasten und Verkehrseinrichtungen sind bereits nach der derzeitigen Rechtslage mit hohen Strafen belegt. Wir brauchen eine konsequente und effektive Fahndungsarbeit, und da liegen die Versäumnisse der Bundesregierung.

(Beifall bei der SPD)

In den Jahren seit 1972 wurden mit den bestehenden rechtlichen Mitteln insgesamt mehr als 75 Mitglieder des harten Kerns des Terrorismus verhaftet und verurteilt. Eine einzige Terroristin konnte sich seit Mitte der 70er Jahre dem Zugriff entziehen. Angesichts dessen ist eine Änderung der Rechtslage durch nichts, aber auch durch gar nichts begründet.

Die einzige Frage, die sich stellt, ist: Wo bleiben Ihre Fahndungserfolge, Herr Zimmermann? Wer in der Opposition den starken Mann gespielt hat, muß sich auch in der Regierung als dieser starke Mann beweisen. Wenn er aber keine Fahndungserfolge hat, wenn er nicht in der Lage ist, die Aktivitäten der Sicherheitsorgane hinreichend zu koordinieren, muß er seinen Hut nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie demgegenüber über Ihre Bundestagsfraktion einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung des Terrorismus mit erheblichen Straferweiterungen, u. a. der Einführung des Kronzeugen, vorlegen, wenn Bayern darüber hinaus einen noch weitergehenden Gesetzesvorschlag mit Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts und anderen Vorschlägen bringt, dann ist dies nichts weiter als blinder Aktionismus, Ablenken von Mißerfolgen und ein durch nichts gerechtfertigtes, rechtsstaatlich bedenkliches Überreagieren. Damit werden wir keinen einzigen Terroristen mehr fassen, aber wir zerstören das Rechtsbewußtsein der Bevölkerung in stärkerem Maße.

(Beifall bei der SPD)

Nehmen Sie das Beispiel des Kronzeugen! Von zwanzig keineswegs einseitig ausgewählten Sachverständigen sprachen sich nur zwei ausdrücklich für die Regelung des Kronzeugen aus. Nicht nur der Präsident des Bundesgerichtshofs, nicht nur der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, sondern auch eine Anzahl von führenden Staatsanwälten lehnen diese Regelung ab und sehen in ihr eine Erschütterung des Rechtsbewußtseins der Bevölkerung. Namhafte Rechtsgelehrte warnen vor einer Durchbrechung des Legalitätsprinzips, warnen davor, daß sich der Staat zum Handelspartner und Komplizen von Terroristen herabwürdigt. Gewarnt wird vor einer Käuflichkeit von Zeugen im Strafprozeß; gewarnt wird davor, Strafgewalt den Gerichten wegzunehmen. Das alles schert Sie nicht, weil für Sie eine populistische Scheinaktivität wichtiger ist als die Wahrung rechtsstaatlicher Grundsätze.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Mittermeier)

Sie sind – das, meine Damen und Herren, hat mich am meisten betroffen gemacht – sogar bereit, durch die Kronzeugenregelung dazu beizutragen, daß Mörder ohne Strafe frei auf unseren Straßen herumlaufen können.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von der CSU)

– Wenn das Unsinn ist, dann haben achtzehn Leute beim Bundestagshearing ebenfalls Unsinn gesagt. Ich bitte, das selber zu bewerten.

Herr Ministerpräsident, Sie haben sich in Ihrer Regierungserklärung mit dem National- und dem Geschichtsbewußtsein unseres Volkes beschäftigt. Dagegen ist nichts einzuwenden.

(Zuruf von der CSU: Das ist sehr gut!)

Allerdings fällt uns schon auf, daß Sie dies seit dem 12. Oktober auffallend häufig tun.

(Abg. Spitzner: Weil's notwendig ist! – Weiterer Zuruf von der CSU: Mögen Sie das nicht?)

Der Verdacht, daß das etwas mit dem erstaunlich hohen Wahlergebnis der Republikaner zu tun hat, ist nicht ganz von der Hand zu weisen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Abg. Loew: Das ist der einzige Grund!)

(Hiersemann [SPD])

Das wird besonders deutlich, wenn man Ihre Parteitagsrede nachliest. Dort haben Sie sich wesentlich ungeschminkter ausgedrückt als gestern. Kernsätze wie – ich zitiere – „Die ewige Vergangenheitsbewältigung als gesellschaftspolitische Dauerbüßeraufgabe lähmt ein Volk“, garniert mit dem Lamento über die „Deutschen als Prügelknaben der Welt“, lassen die Absicht sehr deutlich erkennbar werden. Es ist beschämend, mit ansehen zu müssen, daß drei Prozent Republikaner für die CSU bereits hinreichender Grund sind, sich aus einem Konsens zu verabschieden, der für unsere Vorgänger in diesem Haus nach 1945 ganz selbstverständlich war.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Für unsere Vorgänger bei CSU und SPD, liebe Kolleginnen und Kollegen, wäre es im übrigen auch ganz selbstverständlich gewesen, daß sich der Freistaat Bayern an der Jugendbegegnungsstätte Auschwitz beteiligt; da hätte es nicht einmal Diskussionen gegeben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Gestern war Ihr Kernsatz, Herr Ministerpräsident: „40 Jahre nach Kriegsende muß wieder ein Konsens über die Nation hergestellt werden.“ Damit unterstellen Sie, daß es einen solchen Konsens in Deutschland jemals gegeben hat. So etwas kann man als Deutscher nur in Unkenntnis unserer Geschichte oder in geschichtsklitternder Absicht sagen. Wir Deutsche sind nicht nur die verspätete, die unvollständige Nation gewesen, sondern auch die, in der es einen solchen Konsens – man kann hinzufügen: leider – nie gegeben hat.

Es gibt und gab in Deutschland immer höchst verschiedene Auffassungen von Nation. Diejenigen, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts die deutsche Einheit auf ihre Fahnen geschrieben hatten, die von Ihnen mit Recht gelobten großen Gestalten der deutschen Freiheitskriege, konnten sich eher mit den politischen Freiheitsbestrebungen in Polen gegen Preußen und Rußland solidarisieren als mit den deutschen Fürsten im eigenen Land.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

In dieser Tradition sehen wir uns als Sozialdemokraten. Wir wehren uns deswegen auch entschieden gegen jeden Versuch, „Meile um Meile auf einem Weg zurückzulegen, in dem die Vergangenheit allmählich bewältigt und in der Versenkung oder, besser gesagt, Versunkenheit verschwindet“, wie Sie es in Ihrer Parteitagsrede formuliert haben.

Wir halten es da lieber mit Theo Sommer, der in der „Zeit“ dazu ausführte – ich zitiere –:

Zum zweiten sitzt die Bundesrepublik im Glashaus der Geschichte. Sie ist aus den Trümmern des Dritten Reiches entstanden, Konsequenz und Gegenbild zugleich.

Nur wenn wir uns auch weiterhin schonungslos offen mit diesem Teil unserer Geschichte beschäftigen, können wir die moralische Selbstlähmung vermeiden, von der Sie sprechen.

(Zuruf von der CSU: Kein Widerspruch!)

Lassen Sie mich noch einmal Theo Sommer zitieren, der Ihnen dazu folgendes ins Stammbuch geschrieben hat:

Strauß und Kohl haben beide Geschichte studiert. Schwer zu sagen, was schlimmer ist: daß ihre Stammtischversion der jüngsten deutschen Geschichte ihrer inneren Überzeugung entspricht oder daß sie purer Wahltaktik entspricht, der Absicht, den abbröckelnden rechten Rand der Union durch besinnungslosen Patriotismus wieder an die CDU/CSU zu kitteln. Und keiner scheint zu merken: Wenn wir aufhören, vor der Tür der eigenen Vergangenheit zu kehren, entziehen wir uns die moralische Legitimation, Menschenrechte in der kommunistischen Welt einzuklagen.

Dem haben wir Sozialdemokraten nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß kommen! Die Wähler haben uns Sozialdemokraten die Funktion der Opposition zugewiesen.

(Abg. Mittermeier: 27 Prozent!)

– Ich verstehe gar nicht, warum Sie immer so schreien.

(Zurufe von der CSU)

In der Endabrechnung fehlen Ihnen genauso 750 000 Stimmen wie uns; das sollten Sie vielleicht einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Wir können beide nicht behaupten, wir hätten ein strahlendes Wahlergebnis erreicht; das muß ich auch einmal deutlich sagen.

(Große Heiterkeit bei der CSU)

– Herr Kollege Tandler, wenn Sie da lachen, dann will ich Ihnen sagen, daß die Sozialdemokraten in den Jahren 1974 bis 1986 immer noch weniger verloren haben als Ministerpräsident Strauß mit der CSU.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Nun habe ich aber noch gar nicht davon gesprochen, daß es Herrn Ministerpräsident Goppel gelungen ist, die Wahlergebnisse der CSU von Wahl zu Wahl zu steigern, während es Ministerpräsident Strauß von Wahl zu Wahl gelingt, den hohen Sockel wieder abzubauen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU –
Abg. Klase: Deshalb wollen sie ihn ja wieder nach Bonn loswerden!)

Aber ich gebe Ihnen in einem Punkt recht.

(Fortgesetzte Zurufe und Unruhe bei der
CSU – Glocke des Präsidenten)

(Hirseemann [SPD])

Ich gebe Ihnen in einem Punkt recht: Man kann überhaupt nicht darüber diskutieren, daß wir die Rolle der Opposition haben; das ist sicher richtig. Unsere Aufgabe besteht darin, die Regierung zu kontrollieren und die Politik für die Menschen in unserem Land durch Kritik und Ideen voranzubringen. Wir nehmen diese Aufgabe ernst. Wir werden keine Opposition sein, die nein sagt um des Nein-Sagens willen.

(Zuruf des Abg. Regensburger)

– Der Kollege, der den klugen Zwischenruf mit der Redezeit gemacht hat, sollte einmal einen Blick in die Geschäftsordnung werfen; das wäre sehr hilfreich.

Wir werden die Staatsregierung dort unterstützen, wo sie auf dem richtigen Weg ist. Die Staatsregierung wird dort auf unsere unerbittliche und harte Kritik stoßen, wo Fehlentwicklungen zu befürchten sind und Zukunftschancen für unser Land und seine Menschen verspielt werden. Unsere Oppositionsarbeit wird deutlich machen, daß es im Grundsatz um zwei unterschiedliche Modelle der Zukunft unserer Gesellschaft geht: um eine Gesellschaft mit Ellbogenmentalität oder um eine Gesellschaft mit Solidarität und Menschlichkeit.

Die Zukunft Bayerns sichern, heißt für uns mehr Menschlichkeit, mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Rücksicht auf Natur und Umwelt. Wir Sozialdemokraten arbeiten für eine lebenswerte Zukunft unseres Landes – nicht allein für ein modernes Bayern, sondern für den Menschen in Bayern.

(Anhaltender, lebhafter Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund: Das Wort hat der Herr Kollege Bäumer.

Bäumer (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist immer wieder nett zu sehen, daß Sie alle, die Sie doch schon so lange mit der Geschäftsordnung arbeiten, noch Ihre Probleme haben. Nach § 108 der Geschäftsordnung gibt es meiner Ansicht nach 45 Minuten Redezeit und eine Viertelstunde Verlängerung. Insofern war die Redezeit des Herrn Hirseemann, glaube ich, wirklich etwas zu lang. Bei mir brauchen Sie keine Angst zu haben; so lange wird es nicht dauern.

An den Anfang meines Beitrags möchte ich den tiefempfundenen Dank des Staatsbürgers dafür stellen, daß der Herr Ministerpräsident trotz seiner vielfältigen Beschäftigungen die Zeit und die Gnade hat, dem untergebenen Parlament seine Aufwartung zu machen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Heiterkeit bei der CSU)

So ähnlich – nur mit einigen zwangsläufigen Änderungen – hätte vor 150 bis 200 Jahren der Beginn einer Parlamentsrede aussehen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir leben allerdings im Jahre 1986. Bayern hat offiziell keinen König mehr, und die Verfassung bestimmt das Volk als Souverän und das von ihm gewählte Parlament als Repräsentanten des Volkes. Wenn Sie, Herr Ministerpräsident, es dennoch für richtig hielten, erst mehr als sechs Wochen nach der konstituierenden Sitzung zur Abgabe der Regierungserklärung zu erscheinen – ansonsten sieht man Sie hier ja ohnehin nicht –

(Zurufe von der CSU)

spricht daraus doch eine bedenklich geringe Wertschätzung der gewählten Volksvertreter. Reisen in nahe und ferne Länder, für die nach bundesdeutschem Verfassungsverständnis primär Bonn zuständig ist,

(Zurufe und Unruhe bei der CSU)

waren Ihnen offensichtlich wichtiger, als hier vor dem Parlament möglichst rasch die Grundlinien Ihrer Politik darzulegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Äußerung Ihres Staatsministers, Sie bräuchten halt hinreichend Zeit zur Vorbereitung der Regierungserklärung, ist unter den gegebenen Umständen nur für solche Parlamentarier keine Zumutung, die sich ohnehin damit abgefunden haben, in den Chefetagen getroffene Entscheidungen kopfnickend gutzuheißen, immer vorausgesetzt natürlich, daß sie überhaupt zuvor unterrichtet wurden.

(Abg. Regensburger: Zur Sache, bitte!)

Von Ihnen, Herr Ministerpräsident, mehr Respekt gegenüber den Repräsentanten des Volkes zu fordern, dürfte angesichts Ihres Umgangs mit dem Parlament allein in den zurückliegenden Wochen dieser Legislaturperiode leider vergebliche Liebesmüh' sein. Ich möchte es aber dennoch versuchen, immer davon ausgehend, daß Herr Ministerpräsident Strauß schließlich ein ehrenwerter Mann ist.

(Zurufe von der CSU)

Ihre Regierungserklärung, Herr Ministerpräsident, zeichnet sich neben der epischen Breite der Darstellung leider in wesentlichen Teilen – das schließt andere nicht aus; das möchte ich hier betonen – durch Inhaltslosigkeit aus. Dafür trägt sie um so mehr an einigen Stellen den Stempel einer Wahlkampfrede, was ja wohl auch der Zweck des späten Datums war.

Da werden immer wieder allgemeine Forderungen aufgestellt, werden bekannte Floskeln über Wachstum, Leistung, Familie, bäuerliche Landwirtschaft, Umweltpolitik, Mittelstandspolitik und, was es nicht noch alles gibt, aneinandergereiht, ohne Lösungsmuster für die zentralen Probleme unserer Industriegesellschaft erkennen zu lassen oder auch z. B. der bäuerlichen Landwirtschaft auch nur den Schimmer einer Hoffnung für bessere Zeiten zu geben.

Tatsache ist doch wohl, daß die kleinen und mittleren Höfe immer weniger existieren können und daß sich diese Situation seit dem Amtsantritt Ihres Parteikolle-

(Bäumer [DIE GRÜNEN])

gen Kiechle nicht nur nicht verbessert, sondern verschlechtert hat.

(Zustimmung von den GRÜNEN)

Wenn Sie hier allerdings tatsächlich auch entsprechend einer GRÜNEN-Forderung Veränderungen einleiten wollen und es nicht bei Lippenbekenntnissen bleibt, werden Sie auch unsere Unterstützung erhalten.

Auf einen Nenner gebracht, bedeutet Ihre Politik allerdings in den großen Bereichen für mich: im alten Stil fortfahren, auf Profit und Wachstum setzen, die Umwelt kosmetisch bearbeiten und die Bevölkerung, die das alles in ihrer Dummheit nicht so selbstverständlich mitmachen will, durch polizeistaatliche Praktiken zum Mitmachen zwingen.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN –
Unruhe bei der CSU)

Wer aber heute nicht erkennen will oder aufgrund von Herkunft und Alter nicht erkennen kann, daß wir in einer Zeit des radikalen Umbruchs und der Veränderung der bestehenden Wertvorstellungen leben, die durch die Grenzen, an die die Wachstumsgesellschaft gestoßen ist, bedingt sind, kann auch keine brauchbaren Antworten für die Zukunft geben.

Genauso, wie vor hundert Jahren die Arbeiterbewegung Bedingungen für ihr Überleben gegen engstirnig allein an ihrem persönlichen Wohl orientierte Unternehmer und Politiker erkämpfen mußte, setzen sich heute Menschen unterschiedlicher Schichten und Klassen für neue Werte und Bestimmungsfaktoren in unserer hochentwickelten Industriegesellschaft ein.

Ich denke, daß es für Ihre Generation, Herr Ministerpräsident – Sie sind etwa so alt wie mein Vater –, auch durchaus nicht einfach ist, heute noch umzudenken. Dafür haben Sie vielleicht zu viel und zu Schweres erlebt. Für uns und noch mehr für unsere Kinder und die nachfolgenden Generationen ist es jedoch lebensnotwendig, neue Wege zu suchen und zu finden. Wir müssen erkennen, daß sich die Industriegesellschaften anschicken, sich bei ungebremster Entwicklung mit den Bestimmungsfaktoren Profit und Wachstum selbst die natürlichen und die ideellen Lebensgrundlagen zu entziehen.

(Zustimmung von den GRÜNEN)

Erstmalig in der Geschichte ist der Mensch in der Lage, sich durch die militärischen Potentiale wie auch durch bestimmte Industriekomplexe beziehungsweise durch Raubbau an der Natur selbst alle Lebensgrundlagen zu entziehen. Er ist nicht nur in der Lage, dies zu tun, er schickt sich vielmehr auch dazu an.

Auch wenn der große Knall nicht eintritt, ersticken wir langsam an unseren eigenen Giften, wie das Waldsterben, die von kriminellen Unternehmensleitungen zu verantwortenden Rhein-Katastrophen oder andere Umweltskandale zeigen.

(Zustimmung von den GRÜNEN)

Wer nach diesen Katastrophen, nach Harrisburg und Tschernobyl, nach Windscale, nach Bhopal, nach Seveso und Basel so tut, als gingen von derartigen Anlagen – ebenso wie von der WAA – keine elementaren Gefahren aus, wie dies in den letzten zwei Tagen von seiten der CSU hier wiederholt behauptet wurde, wer so tut, als nützten nur gewisse Umstürzler einen falschen Skeptizismus aus, der ist, meine Damen und Herren, nicht nur blind, sondern dessen Abwiegung und Herunterspielen realer Gefahren grenzt schon an Gemeingefährlichkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So versucht man, die Bevölkerung zu verdummen und in die Irre zu führen. Berechtigte Ängste vor den Gefahren, zum Beispiel der Atomenergie, werden heruntergespielt und als falscher Kulturpessimismus abqualifiziert. Da muß man sich doch wirklich fragen: Kommen diese Ängste, kommt diese Skepsis einfach von selbst aus der Luft, oder gibt es nicht genügend reale Anhaltspunkte, die jede auch nur einigermaßen pflichtbewußte Mutter bzw. jeden pflichtbewußten Vater im kleinen Umfeld der Familie sofort zum Handeln veranlassen würden? Waldsterben, Pseudo-Krupp, atomarer Fallout, Angst vor einem Atomkrieg, die Verseuchung des Rhein- und des Trinkwassers sind doch wohl keine Hirngespinnste, meine Damen und Herren von der CSU, sondern leider bittere Realität.

(Zustimmung von den GRÜNEN)

Wer also nicht einmal in eine Diskussion um die Ängste und um Alternativen eintreten will, wer sie nicht zulassen will und sie in penetrant unbelehrbarer Weise als hysterisch abtut, darf sich wirklich nicht wundern, wenn sich immer größere Teile der Bevölkerung von der Politik abwenden, sich nicht mehr vertreten fühlen, ja das ganze parlamentarische System in Frage stellen.

(Abg. Dobmeier: Ja, das ist euer Ziel: weg von der parlamentarischen Demokratie!)

Wo anders als bei existentiellen Fragen des Überlebens ist es unabweislich notwendig, sie in der Gesellschaft zu erörtern und bei berechtigten Zweifeln an der Notwendigkeit bestimmter Großprojekte auf diese zu verzichten?

Wer in solchen Zeiten nur ein „Augen zu und durch!“ praktiziert, verliert jede Rechtfertigung, sich über Andersdenkende in der Manier des Besserwissers, womöglich auch noch des besseren Demokraten, hinwegzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auf die Frage des Demokratieverständnisses – Sie warten sicher darauf – werde ich später zurückkommen.

Im Energiesektor wird man sich daher, Herr Ministerpräsident, nicht allein von den die eigene Auffassung unterstützenden Aussagen selbst ausgesuchter sogenannter objektiver Wissenschaftler überzeugen lassen dürfen, sondern auch Andersdenkende zu Wort kommen lassen müssen.

(Abg. Asenbeck: Hauptsache, wenn Sie alles verstehen!)

(Bäumer [DIE GRÜNEN])

– Daß Sie, meine Herren und die wenigen Damen der CSU, ganz schrecklich wenig von dieser Materie verstehen, habe ich in den letzten Wochen deutlich gemerkt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer allerdings wie Sie andere Meinungen gar nicht erst anhört, sondern als sogenannte alternative Wissenschaft, wie dies in der Regierungserklärung deutlich wird, die nicht objektiv sei, abtut – was heißt das eigentlich heute angesichts der Heere gekaufter Gutachter? –, begibt sich nicht nur der Möglichkeit zu lernen, sondern macht sich auch lächerlich, wenn er gleichzeitig mit Vehemenz die angebliche Liberalitas Bavarica reklamiert.

Heute sind nicht nur die führenden Wissenschaftler unseres Landes wie z. B. der Bruder des derzeitigen Bundespräsidenten von Weizsäcker davon überzeugt, daß die Atomenergiepolitik ein Irrweg ist, sondern auch die bundeseigenen Institute wie z. B. die Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt, wie aus einem gestern veröffentlichten Gutachten wieder bekannt geworden ist.

Wenn bei der Kernenergie, wie Tschernobyl gezeigt hat, auch bei noch so ausgefeilten Sicherheitsmaßnahmen das sogenannte Restrisiko unvorstellbare Gefahren für die Menschheit mit sich bringt, wird man dies als vernünftiger Mensch der Bevölkerung wohl nur dann zumuten können, wenn im anderen Falle tatsächlich die Lichter ausgingen bzw. mittel- und längerfristig der künftige Energiebedarf nicht gedeckt werden könnte. Nur in einem derartigen Abwägungsdilemma könnte eine Gesellschaft allenfalls im Überlebensinteresse derart große Gefahren auf sich nehmen. Genau diese Voraussetzungen liegen aber nicht vor, wie heute führende Wissenschaftler, ja sogar Vertreter der Energiewissenschaft und der Industrie und die wissenschaftlichen Studien, die von staatlichen Stellen in Auftrag gegeben worden sind, belegen.

Sie von der CSU ahnen das wohl auch und zeigen sich deshalb plötzlich so besorgt um die ansonsten so stiefmütterlich behandelten Wälder oder gar die Ressourcen in der Dritten Welt, wenn Sie den Ausstieg aus der Kernenergie mit dem Hinweis auf Gefahren des verstärkten Einsatzes fossiler Brennstoffe bekämpfen. Bei Ihren Ausführungen lassen Sie dabei völlig außer acht, daß vor allem durch Energieeinsparungsmaßnahmen die vorhandenen fossilen Ressourcen mehr gestreckt werden können, als uns die Kernenergie als Energieträger zur Verfügung stehen würde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum zweiten scheint es in Ihren Vorstellungen keine Entschwefelungs- und Entstickungsanlagen zu geben; da tun sich ja auch andere schwer.

Zum dritten vernachlässigen Sie wahrscheinlich bewußt die Chancen der Energiegewinnung aus Was-

serstoff und Sonnenwärme. Letzteres wird vor allem dann kurz- und mittelfristig Erfolge zeigen, wenn ab sofort die Milliarden, die immer nur in die Kernenergie gesteckt wurden und entgegen allen Beteuerungen weiter werden, derartigen Alternativforschungen zugute kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da es also an einem unabweisbaren Zwang zur Aufrechterhaltung der Kernenergie fehlt und ein Ausstieg möglich ist, ist Ihr Weg schlicht gesellschaftlich unverantwortbar und unverantwortlich. Die Tatsache, daß andere Länder ihn auch gehen, ändert an diesem Befund überhaupt nichts. Die Entwicklungsgeschichte der Menschheit kennt viele solche Irrwege. Überlebt haben nur diejenigen, die entweder andere Bedingungen vorgefunden oder von sich aus andere Wege eingeschlagen haben.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch eine kurze Bemerkung zur SPD einfügen!

(Abg. Dr. Seebauer: Das ist ja schön! – Zuruf von der CSU: Das neue Wählerreservoir!
– Weitere Zurufe)

– Nicht nur nach den Wählerwanderungen!

Ich glaube, wer die Politik der SPD kennt, wird sich nicht wundern, daß dort eine so große Glaubwürdigkeitslücke besteht, daß man auf einen Zeitraum von zehn Jahren, der dort angepeilt wird, nicht viel gibt. Wenn die SPD von zehn Jahren spricht, dann meint Herr Kronawitter wahrscheinlich: höchstens, wenn Ohu ohnehin gebaut ist und einmal ausläuft, und andere meinen wieder anderes.

Es ist möglich, sofort auszusteigen, und diesen Weg sollte man angesichts der vorhandenen Gefahren auch gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie von der CSU wollen im Zusammenspiel mit Teilen der Großindustrie trotz anderslautender Lippenbekenntnisse auch langfristig nicht aus der Kernenergie aussteigen. Dies beweist das unbeirrte Festhalten am Projekt der Wiederaufarbeitungsanlage. Ihre Politik macht nämlich nur dann einen Sinn, wenn im Kreislauf mit dem Schnellen Brüter Teile der abgebrannten Brennelemente wieder verwandt werden können.

Die Notwendigkeit der WAA mit der Entsorgung und den Problemen der Endlagerung zu begründen, unterschätzt allerdings in fataler Weise den Wissensstand der Bevölkerung heute. Zur Verdummung gehören immer zwei: einer, der einen anderen für dumm verkaufen möchte, und ein anderer, der darauf hereinfällt. Nach den katastrophalen Klimmzügen Ihres Parteikollegen Zimmermann nach Tschernobyl sollten Sie diese Strategie langsam zu den Akten legen.

Zu befürchten ist allerdings, daß das Gegenteil eintreten wird. Denn mit dem sogenannten Strahlenvorsorgegesetz haben Sie sich ja die Möglichkeit zu schaffen versucht, in Zukunft von oben je nach Bedarf amtlich feststellen zu lassen, wieviel

(Bäumer [DIE GRÜNEN])

Strahlenbelastung denn nun für die lieben Untertanen je nach Störfall zumutbar ist. Es steht zu befürchten, daß das von Ihnen angekündigte Prüfam für radioaktive Stoffe, dem, soweit bekannt ist, ein glühender Verfechter der Atomenergie vorstehen soll, zu ähnlichen Zwecken mißbraucht wird.

Sie betreiben also mit der WAA den Einstieg in die Plutoniumwirtschaft und die langfristige Nutzung der Kernenergie. Damitbürden Sie uns und künftigen Generationen Risiken auf, die Sie weder vor sich selbst noch vor Ihren Kindern und Kindeskindern verantworten können. Nach allem, was man über die Gefahren der Techniken weiß, macht Ihre Politik auch für mich nur dann einen Sinn, wenn sie entweder von den dahinterstehenden Kapitalinteressen oder von militärischen Interessen diktiert wird.

Atomkraftwerke und andere großindustrielle Projekte sind aber auch aus allgemein politischen Gründen abzulehnen. Sie sind nämlich wegen der mit ihnen verbundenen Risiken und der Notwendigkeit, diese möglichst einzuschränken, mit einer freiheitlich demokratischen Grundordnung nicht zu vereinbaren.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU: Wo steht denn das? Das ist ja etwas ganz Neues!)

– Ich werde das noch ausführen.

Ich möchte an dieser Stelle ganz kurz auf die „Technikfeindlichkeit“ der GRÜNEN eingehen;

(Zuruf von der CSU: Das ist ein Faktum!)

auch das ist ja von Herrn Hiersemann angesprochen worden. Wenn Sie unsere Programme wirklich aufmerksam lesen und nicht nur die Teile, die Sie gerne uminterpretieren möchten, werden Sie feststellen, daß es keine Technikfeindlichkeit in diesem Sinne gibt. Wir wollen Technik einsetzen, um zum Beispiel unserer Umwelt zu helfen. Wir sind nicht prinzipiell gegen neue Techniken, auch in der Industrie nicht. Ganz im Gegenteil! Aber wir wollen keine Techniken, die weiter zu Gefährdungen unseres Lebens führen, und auch keine Techniken, welche die Medienlandschaft und die Öffentlichkeit in einer Weise verändern, daß wir unsere Gesellschaft in zwanzig Jahren eventuell nicht mehr wiedererkennen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Gefährdungspotential großtechnischer Anlagen wie von Atomkraftwerken

(Zuruf von der CSU: Die U-Bahn wird auch abgelehnt!)

führt zwangsläufig zu Maßnahmen der Überwachung und Sicherung, die jeden Bürger zum Sicherheitsrisiko werden lassen und den Staat zur allgegenwärtigen Kontrollinstanz machen. Wer daran trotz Sicherheitsgesetzen und trotz massiver Aufrüstung der Polizei in den letzten Jahren noch zweifelt, wird durch die von dem Herrn Ministerpräsidenten in seiner gestrigen Erklärung vorgeschlagenen weiteren

Maßnahmen zum Ausbau des Sicherheitsapparates eines Besseren belehrt.

Hier zeigt sich der Fluch der bösen Tat, fortwährend Böses zu gebären. Polizeistaatliche Maßnahmen müssen und werden unseren Alltag immer mehr beherrschen.

(Erregter Zuruf von der CSU: Gehen Sie doch einmal in einen Polizeistaat!)

Dies liegt in der logischen Konsequenz der von Ihnen vertretenen Politik, der harten Durchsetzung dieser lebensgefährlichen Industrie. Das ist mir deshalb auch sehr verständlich; es ist nicht so, daß ich das nicht nachvollziehen könnte. Ein Staat, der immer unfähiger wird, die wirklichen Probleme im Lande zu lösen, braucht immer mehr Polizei und Geheimdienste. Das ist in vielen Ländern des Ostblocks so; das zeigt sich in Staaten Mittel- und Südamerikas.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das kann man auch sinnlich erfahren, wenn man einmal zum Bauzaun nach Wackersdorf fährt. Wer je die Erfahrung des Grenzzauns zur DDR auf sich hat wirken lassen, der wird den symbolischen Gehalt dieses Zaunes, der Unfreiheit vermittelt, auch in Wackersdorf wiederfinden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun werden Sie einwenden, meine Damen und Herren, es liege doch gerade an den Demonstranten, daß man dort nicht anders bauen und arbeiten könne. Das mag zum Teil richtig sein. Aber Sie werden auch mit noch soviel Zaun, noch soviel Polizeiüberwachung, Bespitzelung und Beschnüffelung unpolitischer Bürger, wie das mit den sogenannten Antiterrorgesetzen und den sogenannten Sicherheitsgesetzen geplant ist und bereits praktiziert wird, das Übel aus Ihrer Sicht, nämlich die ablehnende Haltung der Bevölkerung gegen Ihre Politik, nicht wegverängstigen, es sei denn um den Preis einer demokratieunwürdigen Friedhofsruhe.

Die Menschen draußen protestieren doch nicht aus Spaß – sie hätten wahrscheinlich Besseres zu tun –, sondern deshalb, weil sie überzeugt sind, daß die Politik ihre Lebensinteressen mißachtet. Meine Befürchtung ist – ich weiß, daß mir das andere nicht abnehmen –, daß Sie mit all Ihren Maßnahmen das Gegenteil dessen erreichen, was Sie zu erreichen vorgeben.

(Zuruf von der CSU: Das ist nicht Ihre Befürchtung, sondern Ihr Aufruf!)

Durch die Vorverlagerung des Staatsschutzes in die Wohnstuben Oberpfälzer Bürger, durch falsche und töricht vereinfachende Vergleiche zwischen wirklichen Terroristen, die in der Tat gefaßt und abgeurteilt werden sollen – da gibt es überhaupt keine Frage –,

(Beifall bei den GRÜNEN)

und protestierenden Bürgern entsteht die Gefahr, daß ganz normale Bürger immer mehr in die Kriminalität gedrängt und andere, die jetzt schon – leider – den Schritt gegangen sind, Unrecht zu begehen, in den Terrorismus abgedrängt werden.

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund: Herr Kollege gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Dr. Merkl? –

Dr. Merkl (CSU): Herr Bäumer, sind Sie der Meinung, daß diejenigen, die jetzt Strommasten umsägen, die jetzt Anschläge auf Bahnanlagen verüben, noch demonstrierende Bürger sind oder daß sie Verbrecher sind, die zu den Terroristen zu zählen sind?

(Beifall bei der CSU)

Bäumer (DIE GRÜNEN): Ich werde darauf zurückkommen. Aber eines kann ich Ihnen sagen: Es ist keine Form der Demonstration – das habe ich schon einmal gesagt –, es ist strafwürdiges Unrecht; für mich sind das keine Terroristen. Diese Unterscheidung muß aufrechterhalten werden, wenn wir nicht in die Gefahr kommen wollen, das Feld des Terrorismus durch Vereinfachung auszuweiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch hier berufe ich mich auf Ihren Parteifreund, Herrn Lochte. Er hat genau das vor dem Bundestagsausschuß gesagt.

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund: Herr Kollege, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Dumann? –

Dumann (CSU): Herr Kollege Bäumer, wenn durch das Umsägen eines Mastes ein Mensch getötet wird, ist dann der Urheber ein Terrorist?

Bäumer (DIE GRÜNEN): Sie konstruieren hier Fälle.

(Abg. Dumann: Die gibt es vor der Haustür!)

Ich will Ihnen dazu noch etwas sagen: Wenn Sie mit Ihrer Auffassung hantieren, daß jeder, der einen Strommasten umsägt, ein versuchter Mörder ist, habe ich Ihnen schon einmal die Folgen genannt, die dies für Ihre eigene Politik hat. Wollen Sie denn die ganze Regierungsbank des versuchten Massenmords anklagen, weil ein Kernkraftwerk einmal in die Luft gehen kann?

(Unruhe bei der CSU)

Sie können doch nicht jedem, der das tut, unterstellen, daß er einen Menschen töten will. Ich gehe davon aus, daß das Gegenteil der Fall ist. Deswegen sind sie nach § 316 StGB zu verurteilen.

Jetzt zur SPD! Herr Hiersemann hat es für nötig erachtet, uns eine Bringschuld, wem auch immer gegenüber, zuzudiktieren, weil wir einem Dringlichkeitsantrag teilweise nicht zugestimmt hätten. Herr Hiersemann, diese Auffassung macht mir fast Freude angesichts Ihrer eigenen Aussagen zu dem Vorhergehenden. Ihr Antrag enthält ja genau die unzulässige Vermischung von Terrorismus und Gewalt-

tätigkeiten. Jawohl! Oben ist von der Zunahme von Gewalttätigkeiten und terroristischen Anschlägen die Rede, und unten heißt es: „Die Einrichtung einer Sonderkommission zur Bekämpfung dieser Gewaltkriminalität durch die Bayerische Staatsregierung wird angesichts der bisherigen Mißerfolge bei der Fahndung begrüßt.“

Genau deswegen haben wir den Antrag nicht unterstützt. Hätten Sie ein anderes Gremium einberufen oder hätten Sie verlangt, daß sich das auf terroristische Gewalttäter oder auf Täter im Zusammenhang mit der WAA bezieht, dann hätte man darüber sprechen können. Die Vermischung aber machen wir nicht mit!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im übrigen muß ich auch sagen: Weder gegenüber der CSU noch gegenüber der SPD haben wir irgendwelche Bringschulden, auch nicht kurz vor der Wahl.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die SPD möchte ich in diesem Zusammenhang doch einmal daran erinnern, wie sie sich bei unserem Antrag zur Neuen Heimat verhalten hat. Das war doch wohl das Allerkläglichste, was von der SPD überhaupt kommen konnte! Da hat sie mit der CSU einem absolut nebulösen Antrag zugestimmt, während wir einen Antrag vorgelegt hatten, der in Hessen in der rot-grünen Koalition ausgehandelt worden war. Vielleicht sollte man sich das einmal überlegen.

(Zuruf von der CSU: Das war so ein Abstimmungsspielchen!)

Welche Entwicklung auch immer eintreten wird, ob sich die Menschen, wie von Ihnen gewünscht, eingeschüchtert anpassen oder ob die Gewalttätigkeiten zunehmen – beide Wege sind in meinen Augen fatal, da sie zu undemokratischen Ergebnissen führen. Sie brauchen, wie ich bereits ausführte, einen Überwachungsapparat, weil die Anlagen so gefährlich sind. Das heißt, Sie brauchen ihn auch dann noch, wenn sie tatsächlich einmal in Betrieb gehen sollten; denn niemand kann ausschließen – niemand! –, daß Terroristenanschläge geplant werden könnten oder auch daß Mitarbeiter einmal durchdrehen und dadurch großes Unheil anrichten könnten.

Da das alles so ist und es in der Bevölkerung keine Akzeptanz für diese Technologie gibt, verändern Sie zwangsläufig unsere Gesellschaft in einer Weise, die im Ergebnis mit einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung immer weniger gemein haben wird.

(Zustimmung von den GRÜNEN – Zuruf)

– Das sind keine Unverschämtheiten! Ich habe mir das, was Sie gesagt haben, auch angehört. Jetzt hören Sie sich bitte auch das an, was ich sage!

(Zuruf von der CSU: Sie sagen ja Unverschämtheiten!)

Deshalb sind Ihre vehementen Vorwürfe gegen die GRÜNEN und ihr Demokratieverständnis in meinen Augen schlicht grotesk und stellen eine Umkehrung der Realität dar.

(Bäumer [DIE GRÜNEN])

Wenn wir z.B. für die Abschaffung des Verfassungsschutzes eintreten, dann aus meiner Sicht zurecht und im Interesse der Freiheitlichkeit des einzelnen Bürgers. Es geht um diesen Verfassungsschutz; denn heute ist der Verfassungsschutz leider weitgehend zu einer Art Staatssicherheitsdienst

(Zustimmung von den GRÜNEN)

bzw. zu einem Instrument der Parteipolitik verkommen und hat nichts mehr mit den ursprünglichen Zielen der Spionageabwehr und des Schutzes der Verfassung zu tun. Heute muß jeder Bürger befürchten, bis ins Schlafzimmer hinein observiert zu werden, weil er sich z.B. an ganz legalen Demonstrationen beteiligt hat,

(Abg. Dumann: Das ist gar nicht wahr!)

oder zumindest mit der Speicherung seiner Daten rechnen.

– Sie werden wohl nicht bezweifeln, daß das im Datenschutzbericht dieses Jahres wieder steht. Wenn dem aber so ist, ist es im Interesse der Demokratie höchste Zeit, solche Geheimdienste aufzulösen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage hier nicht, daß es keine anderen geben kann; aber diese lehnen wir ab.

(Abg. Ponnath: KGB, was?)

Ähnliches gilt für andere Bereiche der Polizei. Grüne Politik wird auf Polizei nicht verzichten können und will das auch nicht. Aber eine andere Gesellschafts-, Wirtschafts- und Industriepolitik, die sich an den Lebensinteressen der Menschen orientiert, letztlich mehr bewahrt als zerstört und in großen Teilen wirklich konservativ ist – anders als das, was Sie daraus gemacht haben –, braucht einen freiheitsgefährdenden Polizeiapparat des heutigen Ausmaßes nicht.

Ebensowenig brauchen ich persönlich oder wir GRÜNEN eine TÜV-Bescheinigung über unsere Verfassungstreue gerade von der CSU,

(Abg. Asenbeck: Ganz dringend!)

insbesondere auch nicht von Ihnen, Herr Kollege Tandler, oder von Herrn Strauß. In Ihrer Partei sind nach 1945 viel zu viele Persilscheine ausgestellt worden.

(Zustimmung von den GRÜNEN)

Bis heute sind viel zu viele Verfassungsbrüche individueller und kollektiver Art gutgeheißen worden, sind viel zu viele Schmier- und Steuergeldaffären – ich erinnere nur jetzt an Berlin; Sie kennen das ja – mitgetragen worden, als daß gerade Sie einen Grund hätten, sich zum verfassungsrechtlichen Gralshüter aufzuspielen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine Unverschämtheit ist es allerdings, wenn Sie, Herr Ministerpräsident

(Widerspruch von der CSU)

– er hat sich schon entfernt –, auf Seite 95 Ihres Redemanuskripts durch eine gewollte Zusammenstellung unterschiedlicher Fakten den Eindruck hervorzurufen suchen, als seien die GAL in Hamburg oder die GRÜNEN insgesamt Verbrecher, die dingfest zu machen seien.

Ihre verbalen Ausfälle, Herr Ministerpräsident, sind mir seit meiner Studentzeit und Ihrem berühmten Zitat von den Ratten und Schmeißfliegen geläufig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will hier nicht verhehlen, daß ich mich freue, Ihnen heute gegenüberzusitzen.

(Vereinzelter Widerspruch – Abg. Dr. Manfred Weiß: Sie stehen; beim Schreiben sind Sie gegessen! – Weitere Zurufe, u. a.: Da waren Sie noch im Kindergarten!)

– Wenn Ihr Parteivorsitzender die Güte haben würde, diesem Parlament ab und zu anzugehören, säße ich ihm auch öfter gegenüber.

Ich freue mich, heute dokumentieren zu können, daß sich die vom Herrn Ministerpräsidenten Beschimpften im Gegensatz zu ihm auf einem aufsteigenden Ast befinden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen bei der CSU)

Ich weise an dieser Stelle mit aller Deutlichkeit Ihre Verbalinjurien zurück und möchte noch einmal klarstellen, daß auch nach meiner Meinung das Ansägen von Strommasten einen Straftatbestand erfüllt –

(Abg. Dr. Manfred Weiß: Immerhin!)

allerdings nicht den des versuchten Mordes, wie ich bereits unter Hinweis auf die bei einer derartigen juristischen Konstruktion für Ihre Regierung eintretenden Folgen ausgeführt habe.

(Abg. Dr. Seebauer: Was dann?)

Im übrigen würde ich mich freuen, wenn Sie auch nur halb so viel Energie für die Dingfestmachung der bekannten Umweltsünder – Sie würden wie üblich gleich von „Verbrechern“ sprechen – in den Vorstandsetagen der chemischen Industrie aufbringen würden,

(Beifall bei den GRÜNEN)

wie Sie dies in den oben genannten Bereichen tun.

Ich möchte an dieser Stelle auch nicht verhehlen, daß für mich die Umweltsünder der Chemie wie z.B. die Verschmutzer des Rheins und des Trinkwassers größeres Unrecht begehen als diejenigen – jetzt bitte ich genau zuzuhören –, die beispielsweise einen Strommast umsägen, ohne dadurch Menschen zu gefährden.

(Abg. Asenbeck: Das geht doch gar nicht ohne Menschengefährdung! – Abg. Will: Was soll das? So geht's doch nicht! – Weitere Zurufe)

Wenn Sie, meine Damen und Herren von der CSU, den Mut und die Stärke haben, sich mit uns inhaltlich – auch hart – zu streiten, werden Sie in mir und uns

(Bäumer [DIE GRÜNEN])

einen ansprechbaren Partner finden. Auf Glaubensfragen oder auch in meinen Augen unverschämte Unterstellungen, die letztlich nur der Absicht dienen, der eigenen, unsicher gewordenen Klientel zu helfen,

(Abg. Gustl Schön: Durch euch!)

werden wir uns dabei sicher nicht einlassen.

Wir wollen, daß wir in Zukunft eine insoweit veränderte Gesellschaft erreichen, daß wieder die Lebensinteressen der Menschen vor Profit- und Machtinteressen rangieren. Wir wollen mehr und nicht weniger Freiheit für den einzelnen. Wir wollen einen gläsernen Staat – die aus meiner Sicht einzige demokratische Handhabung. Wir wollen auch eine gerechtere Einkommensverteilung, eine Entflechtung zu großer, für uns alle schädlich gewordener Machtkonzentrationen in der Wirtschaft. Wir wollen versuchen, andere Unternehmensstrukturen aufzubauen, um dem einzelnen auch hier mehr Gewicht und Möglichkeit zur Selbstentfaltung zu geben.

Dies alles ist auf der Basis des Grundgesetzes ohne Zweifel möglich. An geeigneter Stelle – vor Umweltschutzverbänden z. B., vor Gewerkschaftern oder vor Mittelständlern – äußern Sie sich ja selbst manchmal in diese Richtung.

Das Gefährliche an uns scheint also hauptsächlich darin zu liegen, daß wir glatt imstande sein könnten, das hehre Politikerritual des Versprechens und Vergessens zu durchbrechen und es wirklich ernst zu meinen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ja, meine Damen und Herren, dieses Ernst-Machen täte unserer Verfassungswirklichkeit sicher nur gut.

Lassen Sie mich, bevor ich zum Ende komme, noch auf einige Einzelaspekte der Regierungserklärung eingehen! Es ist durchaus nicht so, daß wir nicht auch positive Aspekte aus unserer Sicht zu würdigen wüßten. Ihre Aussagen zur Gen- und Embryo-Manipulation würde ich dazurechnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nur hoffe ich, daß den allgemeinen Aussagen anders als in Stuttgart auch positive Konkretisierungen folgen.

Positiv erscheint mir auch, daß selbst die CSU langsam von den GRÜNEN in der Beurteilung der **F r a u e n f r a g e** zu lernen scheint.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Allerdings meine ich, daß in diesem Problembereich die Männer nicht so stiefmütterlich behandelt werden dürften.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Eine wirkliche Veränderung im Sinne gleichberechtigter Wahlchancen wird es nur geben, wenn auch wir Männer stärker in die Familienarbeit eingebunden werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine dreijährige Erfahrung als Hausmann hat mir gezeigt, daß dies nicht leicht ist, daß aber auch ein Vater seinen Kindern Wärme und Liebe entgegenbringen kann und hieraus selbst Befriedigung ziehen kann. Im übrigen ist Fließbandarbeit nicht nur für Frauen eine stupide Angelegenheit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für diesen ganzen Bereich empfehle ich Ihnen dringend die Lektüre des schon 1984 von den GRÜNEN im Bundestag eingebrachten Gesetzentwurfs zur Novellierung oder Neufeststellung eines Arbeitszeitgesetzes; dort ist alles sehr gut im einzelnen festgehalten.

Der Bereich der Arbeitswelt und der Zukunft der Arbeit überhaupt kommt in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten so gut wie gar nicht vor, die hohe **A r b e i t s l o s i g k e i t** nur im Sinne einer immer noch zu verwaltenden Erblast. Auch hier gilt das zuvor zu den industriellen Großprojekten Gesagte. Der Herr Ministerpräsident glaubt, auch diese Probleme in der Zukunft mit alten Mitteln lösen zu können, was aber angesichts der rasanten technischen Entwicklung und der sich schon wieder abzeichnenden Abschwächung der Konjunktur eine Illusion bleiben wird.

Die Widersprüchlichkeit Ihrer Politik läßt sich gut an den Punkten „familiengerechtes Arbeiten“ und „flexible Ausnutzung der Anlagen“ nachweisen. Sie werden sich in Zukunft entscheiden müssen: Soll den Menschen die Priorität gelten oder der möglichst gewinnträchtigen Ausnutzung der Maschinen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Sonntagsarbeit bei Siemens bietet hierfür bestes Anschauungsmaterial.

Ebenso widersprüchlich sind Ihre Ausführungen und Verhaltensweisen in Sachen **M a r k t w i r t s c h a f t**. Sie halten dieses Modell zwar hoch; in allen Bereichen, in denen Sie ein persönliches, politisches oder wie auch immer geartetes Interesse haben, gelten diese Grundsätze dann aber plötzlich nicht mehr. So verdanken wir Ihrem Einsatz in der Airbus-Industrie Subventionen in dieses – nunmehr marode – Unternehmen in Milliardenhöhe, während gleichzeitig Zigttausende von Mietern der Neuen Heimat im Regen stehen gelassen werden.

Auch Ihre gesamte Industrieansiedlungs- und -konzentrationspolitik spricht nicht gerade von überzeugenden marktwirtschaftlichen Ansätzen. Aber das hat Ihnen der in diesen Fragen ja auch mit mehr eigenem Hintergrund kämpfende Graf Lambsdorff schon deutlich gemacht.

Zum Abschluß möchte ich fragen, ob sich der Herr Ministerpräsident eigentlich darüber im klaren ist, daß die von ihm geforderte und forcierte Politik des **W a f f e n e x p o r t s** in Länder der Dritten Welt weiter zum Elend der dortigen Bevölkerung beiträgt.

(Abg. Dr. Stoiber: Lüge!)

Ist er sich über die Folgen für das Rechtsbewußtsein in unserem Lande im klaren, wenn er unter Verlet-

(Bäumer [DIE GRÜNEN])

zung gültiger Rechtsnormen öffentlich erklärt, für die Veräußerung von U-Boot-Unterlagen an das Apartheidsregime in Südafrika gesorgt zu haben?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Abgesehen davon, daß es mir bereits aus moralischen Gründen absolut zuwider ist, daß gerade wir Deutschen Länder der Dritten Welt mit Waffen beliefern – –

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund: Herr Kollege Bäumer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Dumann?

Bäumer (DIE GRÜNEN): Ja.

Dumann (CSU): Herr Bäumer, gibt es eine Aussage unseres Ministerpräsidenten, daß er sich unmittelbar dafür eingesetzt hat, daß Waffen in Länder der Dritten Welt geliefert werden sollen?

(Abg. Kamm: Er hat es begrüßt!)

Wenn ja, welche Länder sind das?

Bäumer (DIE GRÜNEN): Ich habe die Ausführungen gestern so verstanden, daß Malaysia, Saudi-Arabien und andere Länder weiter beliefert werden sollen.

Dumann (CSU): Sind das Entwicklungsländer?

Bäumer (DIE GRÜNEN): Das sind wie im Fall Malaysia durchaus Länder, die vielleicht an der Schwelle zwischen Zweiter und Dritter Welt stehen. Im übrigen kommt es entscheidend darauf an, daß auch in Spannungsgebiete geliefert werden soll und daß hier wirklich dem Elend der Menschen weiter Vorschub geleistet wird.

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund: Herr Kollege Bäumer, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Kollegen Dumann?

Bäumer (DIE GRÜNEN): Ich bitte um Verständnis dafür, daß ich meine Rede zu Ende führen möchte.

Abgesehen davon, daß es mir bereits aus moralischen Gründen absolut zuwider ist, daß gerade wir Deutschen Länder der Dritten Welt mit Waffen beliefern, frage ich mich manchmal, wie Sie bei dem dadurch miterzeugten Elend auch noch Ihre rigide Haltung in der Asylbewerberfrage rechtfertigen können. Oder sehen Sie in dem Rüstungsexport Ihren besonderen, persönlichen Beitrag zur Bewältigung dieses Problems durch die Verlagerung in das Ursprungsland?

(Beifall bei den GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang möchte ich noch auf eine Bemerkung in der Regierungserklärung eingehen. Da wird den GRÜNEN wieder einmal ein falsches Verfassungsverständnis oder womöglich ein verfassungswidriges Denken vorgeworfen, weil sie in der Familienpolitik andere Wege gehen und vielleicht auch andere Prioritäten setzen wollen als zum Bei-

spiel den Schutz der klassischen Familie. Wir alle wissen, daß Familie und Ehe nach Artikel 6 geschützt sind.

(Abg. Otto Meyer: Wir ziehen Gemeinschaftsunterkünfte vor!)

Ich möchte Sie fragen: Wollen Sie eine Verfassungsänderung im Asylrecht oder nicht? Halten Sie es für legitim, sie zu wollen oder nicht? Oder soll man sie deshalb aussperren? Soll man sagen: Wer so etwas fordert, hat sich außerhalb der Gemeinschaft der Demokraten begeben? Sie müssen ja zumindest die Maßstäbe, die Sie an andere anlegen, an sich selbst anlegen.

(Abg. Otto Meyer: Wir sind alle eine große Familie!)

Der Herr Ministerpräsident hat deutlich gemacht, daß christliche Moral seiner Auffassung nach in der Politik wenig bis nichts zu suchen hat. Ich möchte zum Abschluß darauf hinweisen, daß Jesus selbst dies wohl anders gesehen hat, als er die Pharisäer aus dem Tempel warf.

(Zurufe von der CSU: So ist es! – Frau Abg. Stamm: Das ist nicht zu fassen!)

Vielleicht sollte man darüber noch einmal nachdenken. Im übrigen bin ich der Meinung, daß von unserem Boden alle Atomanlagen und Atomwaffen zu verschwinden haben.

(Zurufe von der CSU – Frau Abg. Stamm: Eigentlich müßte man weinen! – Anhalten-der Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund: Das Wort hat der Herr Kollege Tandler.

Tandler (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte meinen Redebeitrag aus Anlaß der Debatte zur Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten mit einem Dank an das Bayerische Fernsehen beginnen, das der bayerischen Bevölkerung, soweit sie nicht arbeiten muß oder anderen Beschäftigungen nachgeht, die Gelegenheit bietet, live zu verfolgen, was man im Bayerischen Landtag so alles erleben kann.

(Beifall bei der CSU – Abg. Fichtner: Das war gestern auch interessant!)

Das ist ein Beitrag, der es ermöglicht, die Wirklichkeit mitzuerleben, was wir nur begrüßen können. Ich hoffe, daß diese Gelegenheit in der Zukunft des öfteren geboten wird, damit die bayerische Bevölkerung weiß,

(Abg. Fichtner: – daß der Herr Ministerpräsident nicht da ist!)

was sie mit den einzelnen Fraktionen im Bayerischen Landtag anzufangen hat, insbesondere mit jener, die ganz links sitzt, und zwar zu Recht.

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund: Herr Kollege Tandler, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Kamm?

Tandler (CSU): Nein.

(Zurufe von den GRÜNEN: Schwach! Oho!
Sehr schwach! Etwas mehr Mut!)

– Sie scheinen sich nicht daran gewöhnen zu können, daß der Redner die Gelegenheit hat zu entscheiden, was er tun will, ob er die Zwischenfrage zuläßt oder nicht. Ich habe mich eben dafür entschieden, sie nicht zuzulassen. Herr Bäumer hat es auch einmal getan. Sich darüber aufzuregen, ist völlig fehl am Platz.

Herr Kollege Hiersemann hat seine Rede damit begonnen, daß er zunächst von der Erfolglosigkeit der jetzigen Bundesregierung gesprochen hat. Er beklagte sich darüber, daß der Herr Ministerpräsident in seine Regierungserklärung die Bundespolitik einbezogen hat. Dies geschah aber zurecht; denn jede Landespolitik ist in die Bundespolitik eingebunden. Sie meinen, dies sei unter dem Aspekt des Bundestagswahlkampfes geschehen. Aber Sie haben anschließend der Versuchung in keiner Weise widerstehen können, der Bundespolitik gerade im Hinblick auf den 25. Januar besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

(Abg. Hiersemann: Das war der Keil auf den Klotz!)

– Wenn Sie Herrn Glotz, den Bundesgeschäftsführer der SPD, meinen, könnte man auf ihn tatsächlich einen Keil setzen – genauso wie auf Ihre Ausführungen über die Erfolglosigkeit der Bundesregierung. Was wären Sie geneigt gewesen, an Freudentänzen aufzuführen, wenn die von Ihnen geführte Bundesregierung am 1. Oktober 1982 im Verhältnis zu ihrem Antritt 1969 gleiche Erfolge auch nur im Ansatz aufzuweisen gehabt hätte, wie es bei dieser Bundesregierung – Gott sei Dank! – der Fall ist!

(Beifall bei der CSU)

Sie sagten: Im Oktober 1986 gab es nur noch 26 160 000 Beschäftigte; die Zahl der Beschäftigten hat also in der Zeit der „liberal-reaktionären“ Bundesregierung um 102 000 abgenommen.

(Abg. Fichtner: Da haben Sie den Nagel auf den Kopf getroffen!)

Dazu zitiere ich Helmut Schmidt aus einer von mir schon immer für bemerkenswert gehaltenen Rede vom Juli 1982. Dort sprach Helmut Schmidt davon, daß in der Regierungszeit von SPD und FDP die Zahl der Beschäftigten und der Arbeitsplätze um 1,3 Millionen zurückgegangen ist. Das ist die Realität!

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie sich die Zahlen der Beschäftigten und der Arbeitslosen vorurteilslos vor Augen führen, werden Sie feststellen, daß die Folgen der Versäumnisse der früheren Bundesregierung bis in die ersten Jahre der jetzigen Bundesregierung hinein mitzutragen waren. Sie werden aber auch feststellen müssen, daß die Zahl der Beschäftigten seit etwa der Mitte dieser Legislaturperiode kontinuierlich gestiegen ist mit

der Folge, daß wir mittlerweile rund 600 000 neue Arbeitsplätze aufzuweisen haben.

(Beifall bei der CSU)

Sie werden bei der Betrachtung der bayerischen Wirklichkeit auch feststellen müssen, daß jeder dritte dieser neuen Arbeitsplätze im Freistaat Bayern unter der Regierungsverantwortung von Franz Josef Strauß geschaffen wurde. Das ist doch kein Zufall!

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie die Gesamtleistungen der früheren Bundesregierung, die die SPD und die FDP zu verantworten hatten, mit den heutigen Verhältnissen vergleichen würden, würden Sie feststellen, daß faktisch eine Null-Arbeitslosigkeit vorhanden war, als Sie die Regierung übernahmen. Auch hier zitiere ich Helmut Schmidt.

(Abg. Fichtner: Ziehen Sie keine Vergleiche!)

– Nein, Sie müssen nur lesen, was Ihr großer Kanzler zu diesem Punkt zu Papier gebracht hat!

(Beifall bei der CSU)

Nicht alle werden so denken wie beispielsweise Herr Zierer, der sagt, daß die Zeit von Helmut Schmidt hinter uns liege; sie sei Vergangenheit. Nein, nein! Er hat die Dinge 1982 schon richtig gesehen, allerdings zu spät. 1969 gab es faktisch keine Arbeitslosigkeit, und als Sie gegangen sind, waren 1,8 Millionen arbeitslos.

Meine Damen und Herren von der SPD! Sie dürfen sich natürlich nicht nur an der Wirklichkeit, sondern müssen sich auch an Ihren Fehlprognosen messen lassen.

(Zustimmung des Abg. Dr. Wilhelm)

Die Redner der SPD in Bonn haben doch prognostiziert, daß es zu Beginn der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts bei Fortsetzung der Regierungspolitik von CDU/CSU und FDP mindestens 3,5 Millionen Arbeitslose geben würde. Das aber ist nicht eingetreten. Das ist doch die Realität!

(Beifall bei der CSU – Abg. Hiersemann:
Rechnen Sie doch die stille Reserve dazu!)

Sie haben dann die Nettokreditaufnahme des Bundes geißelt. Das hätten Sie wohl besser bleiben lassen sollen!

(Zuruf des Abg. Wengenmeyer)

1981 betrug die Nettokreditaufnahme 37,4 Milliarden DM, 1982 37,2 Milliarden DM, 1983 31,5 Milliarden DM, 1984 28,3 Milliarden DM, 1985 22,4 Milliarden DM und 1986 23,7 Milliarden DM,

(Abg. Diethel: Das sind Zahlen! – Abg. Hiersemann: Die Bundesbankgewinne müssen Sie noch hinzurechnen!)

und das trotz der mittlerweile eingetretenen Steuerreform mit einem Entlastungsvolumen von rund 10 Milliarden DM. 1987 beträgt die Nettokreditaufnahme 22,3 Milliarden DM.

(Tandler [CSU])

Nun zum Bundesbankgewinn! Ihn habe ich durchaus berücksichtigt. Ihn gab es übrigens früher auch schon, wie auch Ihnen bekannt sein sollte.

(Abg. Hiersemann: Aber viel weniger!)

Auch wenn Sie den Bundesbankgewinn einrechnen, werden Sie feststellen, daß die Konsolidierung der Bundesfinanzen erheblich vorangekommen ist.

(Beifall bei der CSU – Abg. Hiersemann:
Rechnen Sie einmal!)

Mit Ihrer Argumentation erweisen Sie sich keinen Dienst. Mit Ihrer Schwarzmalerei tragen Sie nur selbst zum Verfall Ihrer Vertrauensbasis im Lande bei.

(Beifall bei der CSU)

In diesem Zusammenhang erinnere ich mich noch sehr gerne an eine Fernsehdiskussion, die am Vorabend der bayerischen Landtagswahl stattgefunden hat, an der ich als Fraktionsvorsitzender der CSU und für die SPD der damalige Fraktionsvorsitzende Dr. Rothmund teilgenommen haben. Damals war Dr. Rothmund der Auffassung, Stoltenberg sei der größte Schuldenmacher der Republik. Ich glaube, daß er mit dieser Meinung ziemlich allein steht. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung dieser Republik ist ganz anderer Auffassung als Herr Dr. Rothmund, und das nicht nur in dieser Frage, sondern auch in anderen Fragen.

(Zurufe der Frau Abg. Pausch-Gruber und
des Abg. Fichtner)

Bei Ihrer ganzen Klagerei, auch im Zusammenhang mit dem Bundesbankgewinn, verschweigen Sie die Tatsache, daß die Nettoneukreditaufnahme mittlerweile gar nicht mehr in der Lage ist, die Zinslast zu finanzieren, die Jahr für Jahr aus den Altschulden resultiert, die Ihre Bundesregierung hinterlassen hat. Das ist doch die Realität!

(Beifall bei der CSU)

Ihre Genossen in Bonn haben die Schulden gemacht. Aber heute klagen Sie die Finanzminister der CDU an, daß sie die Zinsen dafür bezahlen müssen.

(Beifall bei der CSU)

Sie machen sich doch unglaubwürdig!

Dann beklagen Sie das Ausmaß und den Anstieg der Subventionen unter der jetzigen Bundesregierung. Ja, wollen Sie die Subventionen gestrichen haben?

(Zuruf des Abg. Spitzner)

Wollen Sie beispielsweise die steuerlichen Vergünstigungen für Familien in der Größenordnung von 5 Milliarden DM, die in den Subventionen enthalten sind, rückgängig machen? Wollen Sie die Finanzhilfen des Bundes, beispielsweise für Saarstahl, Völklingen, streichen, die Ihr Parteifreund Lafontaine so dringend gewünscht hat? Wollen Sie diese Subventionen rückgängig machen? Wollen Sie von den Betriebsräten verlangen, daß die Subventionen des Bundes für die

deutsche Werftindustrie rückgängig gemacht werden? Wollen Sie das?

(Beifall bei der CSU)

Man kann doch nicht hier das Ausmaß der Subventionen beklagen und vor den Bauern dann herumjammern, daß die Bundesregierung nicht genügend tut! Man kann doch nicht darüber klagen, daß in der Familienpolitik nicht genügend gemacht worden sei, und der Bundesregierung vorwerfen, daß sie für die unterbeschäftigte Werftindustrie nicht genügend unternehme. Das geht doch nicht! Sie können hier doch nicht anders sprechen als Ihre Parteifreunde draußen im Lande.

(Beifall bei der CSU)

Nun zur Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten, die wir, Herr Hiersemann, für vorzüglich halten.

(Beifall bei der CSU)

Das ist eine hervorragende Regierungserklärung gewesen,

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD)

die kein Feld der bayerischen Landespolitik, auch in seiner Verwobenheit mit der Bundes- und Europapolitik, ausgelassen hat. Ganz selbstverständlich kann man unterschiedliche politische Auffassungen haben. Sie können aber doch nicht behaupten, daß die Regierungserklärung nicht von der Verantwortung für Bayern, für die Bevölkerung, für die Menschen hier getragen gewesen sei.

Das gilt auch für das, was ich teilweise an Kritik von den GRÜNEN gehört habe. Sie meinen beispielsweise, den Profit geißeln zu müssen. Sie haben nie begriffen, daß hohe Sozialleistungen und ausreichende Löhne für die Arbeiter ohne Gewinne der Wirtschaft nicht bezahlt werden können.

(Beifall bei der CSU)

Die Regierungserklärung wird für uns die Leitschnur unserer landespolitischen Arbeit in den nächsten vier Jahren sein. Die Bayerische Staatsregierung und die sie tragende CSU-Landtagsfraktion werden sich von den Regierungen einiger anderer Bundesländer, aber auch von manchen Regierungsfractionen dadurch unterscheiden, daß wir in vier Jahren, im Herbst 1990, vor die bayerischen Wähler mit dem Ergebnis hintreten werden, daß wir uns ehrlich bemüht haben werden, diese Regierungserklärung Wirklichkeit werden zu lassen.

(Beifall bei der CSU)

Aus der Art Ihres Auftretens, Herr Hiersemann, hätte man schließen können, daß Sie der Wahlsieger vom 12. Oktober sind.

(Lachen bei der CSU)

Dabei waren Sie doch himmelweit davon entfernt! Sie wollen uns vorrechnen, daß wir die Wahl verloren hätten. Ich frage mich, wie das eigentlich möglich sein soll.

(Zurufe von der CSU)

(Tandler [CSU])

Sie haben beispielsweise eine Tatsache völlig übersehen: Hätten wir das englische Wahlrecht, dann hätten wir 103 Abgeordnete und Sie 2.

(Lachen bei der CSU – Abg. Dr. Seebauer:
Und Sie hätten in Nordrhein-Westfalen 4!)

Von allen Ihren Direktmandaten sind Ihnen zwei verblieben, davon eines in Fürth, das sie mit 56 Stimmen Vorsprung gerade noch halten konnten.

(Abg. Hiersemann: Aber gehalten! – Lachen
bei der CSU)

– Ihr Ausmaß an Bescheidenheit überrascht mich, Herr Hiersemann.

(Lachen und Beifall bei der CSU)

Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß die SPD in Bayern die 27,5 Prozent vom 12. Oktober eines Tages als besonders gutes Ergebnis preist.

(Lachen bei der CSU)

Wenn Sie mit Ihrem Verhalten gegenüber den GRÜNEN so weitermachen, bekommt Georg Fendt noch recht, der Ihnen in der ersten Ältestenratssitzung des neuen Landtags gesagt hat: Sie sind erfolgreich in Ihrem Marsch auf die 20 Prozent zu.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abg.
Langenberger)

Das ist doch die Wirklichkeit!

Das andere Direktmandat, das in Schwandorf, haben Sie deshalb bekommen, weil Sie dort ein energiepolitisches Vorhaben bekämpfen, welche die von Ihnen geführte Bundesregierung noch für notwendig erklärt hat.

(Beifall bei der CSU)

Sonst hätten Sie auch dieses Mandat nicht bekommen.

Im übrigen werde ich am Schluß meiner Ausführungen auf die vorzügliche Rede Ihres Parteivorsitzenden Schöfberger zu sprechen kommen,

(Lachen bei der CSU)

der sich gerade mit diesem Phänomen eingehend befaßt und Ihre Parteifreunde darauf hingewiesen hat, daß der Erfolg von Schwandorf nicht darüber hinwegtäuschen darf, daß man in den Großstädten und dort, wo die Industrie zu Hause ist, die Facharbeiter scharenweise verloren hat, und zwar an die CSU.

(Beifall bei der CSU)

Das Ergebnis vom 12. Oktober ist die Bestätigung der Kontinuität der guten bayerischen Landespolitik. Damit hat der Wähler die wesentliche Voraussetzung dafür geschaffen, daß Bayern vorn bleibt,

(Abg. Dr. Seebauer: Solche
Vereinfachungen!)

ob Ihnen das nun gefällt, Herr Hiersemann, oder nicht.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist jetzt vorn und wird es bleiben. Sie können eine solche Parole nicht einfach als Politshow oder ähnliches abtun. Mit Politshows und ähnlichem hat die SPD sehr gute Erfahrung.

(Abg. Fichtner: Sie auch!)

Wir sind lernfähig, übernehmen auch da und dort das eine oder andere, was wirklich gut ist. Sie haben ja lange Zeit davon gesprochen, Hessen sei vorn. Jetzt, Herr Hiersemann, ist Bayern vorn, und Bayern wird vorn bleiben; dafür sorgen wir, beispielsweise mit guten Finanzen.

(Beifall bei der CSU – Abg. Hiersemann:
Das ist eine Frechheit!)

– Nein, das ist keine Frechheit!

(Zuruf des Abg. Hiersemann)

Was eine Frechheit ist, bestimmt normalerweise der Herr Präsident und nicht Sie! In diesem Fall, muß ich sagen, bin ich über das, was Sie gesagt haben, gar nicht verärgert. Es zeigt doch nur, daß ich Sie richtig erwischte habe.

Zu den gesunden Finanzen, meine Damen und Herren! Ich bin seit 16 Jahren im Bayerischen Landtag. Wenn all das verwirklicht worden wäre, was Ihre Fraktion in diesen Jahren an Sonderprogrammen haben wollte – es waren immer Milliardenprogramme, einmal ein Milliardenprogramm für die Beschäftigung, dann ein Milliardenprogramm für den Umweltschutz, ein paar tausend neue Stellen da, ein paar tausend neue Stellen dort –, wären wir genauso weit wie Nordrhein-Westfalen, das heißt, genauso weit hinten!

(Beifall bei der CSU)

Deshalb haben wir bei der Vorbereitung der Debatte über die Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten und natürlich als Vorbereitung unserer Landtagsarbeit für die kommenden vier Jahre bei unserer Arbeitstagung in Kreuth festgelegt, daß zwei Eckdaten bayerischer Finanzpolitik unter allen Umständen erhalten bleiben müssen: Bayern muß das Schlußlicht bei der Pro-Kopf-Verschuldung und der Spitzenreiter beim Investitionsanteil des Haushaltes bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Beides zusammen – nicht eines allein – garantiert das, was wir haben wollen, nämlich daß der bayerische Staatshaushalt eine Quelle für Beschäftigung ist und bleibt.

Weniger Verschuldung bedeutet weniger Beanspruchung des Kapitalmarktes und bedeutet eine geringere Zinsbelastung künftiger Haushalte, und hohe Investitionsanteile bedeuten selbstverständlich Beschäftigung. Ich erinnere daran, daß unsere hohe Investitionsquote nach unserer Auffassung und nach Meinung der Fachleute, die unsere Auffassung voll teilen, eine der Hauptursachen dafür ist, daß wir in Bayern eine vorzügliche Beschäftigungssituation haben.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie einmal das beachten würden, was kürzlich von der Bundesanstalt für

(Tandler [CSU])

Arbeit veröffentlicht wurde. Die Vizepräsidentin dieser Anstalt gehört Ihrer Partei an, so daß Sie nicht sagen können, Herr Franke habe ein CSU-geschöntes Schaubild veröffentlicht.

Ich erwähne auch das von Ihnen so negativ dargestellte Nordbayern. Die Nordbayern werden sich auch herzlich dafür bedanken, daß ihr Land so negativ geschildert wird, wie Sie es hier tun. Sie tun gerade so, als sei Nordbayern ein Notstandsgebiet. Das ist doch nicht der Fall!

(Beifall bei der CSU)

Wie können Sie sich denn hierherstellen und die tragische Situation dort beklagen? Daß es dort Einzelprobleme gibt, wissen wir auch. Die Bayerische Staatsregierung hat sich aber jahrelang darum bemüht und bemüht sich mit unserer Unterstützung auch weiter, die Lage zu verbessern. Wir sind auch einen guten Schritt vorangekommen. Es ist doch nicht so, daß dort alles geblieben ist, wie es früher war!

(Beifall bei der CSU)

Ihre Kommunalpolitiker draußen vor Ort sehen es ja auch ganz anders. Wie wollen Sie denn Nordbayern als Elendsquartier der Republik darstellen, wenn nur zwei Regionen außerhalb Bayerns, Baden-Württemberg und Hessen, eine niedrigere Arbeitslosenquote aufzuweisen haben? In allen übrigen Ländern der Bundesrepublik Deutschland liegt sie über der Nordbayerns. Da kann man doch nicht sagen, daß Nordbayern ein Notstandsgebiet ist.

(Beifall bei der CSU)

Wenn man von weniger Schulden und von reger Investitionstätigkeit des Staates spricht – auch die Ausgabenstruktur des Bundeshaushaltes hat sich im übrigen gewandelt; der Investitionsanteil ist höher und der Konsumanteil geringer geworden –, dann sind das doch strukturelle Verbesserungen, die Sie nicht einfach hinwegdiskutieren können. Sie machen sich doch in der Fachwelt lächerlich, wenn Sie auf diesem Weg weiterfahren!

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie von den hervorragenden Leistungen oder nach Ihrer Meinung „Nichtleistungen“ der Bundesregierung sprechen, dann müssen Sie auch von dem Ausmaß an Stabilität sprechen, das diese Bundesregierung herbeigeführt hat!

(Beifall bei der CSU)

Sie können es sich nicht so einfach machen zu sagen: Es sind nur die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge. Diese haben eine Rolle gespielt; das stimmt, das diskutieren wir gar nicht weg. Daß wir eine Stabilität haben, daß man von einer Minusinflation sprechen kann, daß wir deflatorische Erscheinungen haben, ist doch völlig neu in der Nachkriegswirtschaftssituation in der Bundesrepublik Deutschland, ja in ganz Europa. Das ist natürlich teilweise auch weltwirtschaftlich bedingt, das ist aber auch ein internationaler Beitrag

der Bundesrepublik Deutschland. Wenn wir heute eine Stabilitätsorientierung in ganz Westeuropa haben, dann deshalb, weil die zweitgrößte Handelsnation der Welt, die Bundesrepublik Deutschland, stabilitätsorientiert gehandelt hat.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD:
Die Araber!)

– Ich komme gleich zu den Arabern; das wird Ihnen gar nicht so recht sein! Die Araber, lieber Herr Zwischenrufer, sind unserer Meinung nach nicht nur zu Helmut Schmidts Zeiten gute Bankiers gewesen, die zu einem Zeitpunkt, als die Bundesrepublik Deutschland Finanzierungsprobleme für ihren Bundeshaushalt hatte, recht waren, weil sie Geld zur Verfügung stellten, sondern sie sind für die Bundesrepublik Deutschland wertvolle Handelspartner und Freunde von heute und Freunde für morgen.

(Beifall bei der CSU)

Mit der Bestätigung dieser Bayerischen Staatsregierung und der CSU als Mehrheitsfraktion im Bayerischen Landtag, so habe ich gesagt, hat die bayerische Bevölkerung, hat der bayerische Wähler einen Beitrag zur Kontinuität geleistet und die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß wir eine Staatsregierung haben, die wirtschaftlich eingestellt ist. Das sind wir und das wollen wir bleiben!

Wir brauchen eine gut florierende Wirtschaft, eine Wirtschaft, die modern ist, modern bleibt und weiterhin an der Spitze des Fortschrittes marschiert. Deswegen bedarf sie auch der flankierenden Unterstützung durch die Politik. Diese wollen wir ihr auch gewähren.

Jeder dritte Arbeitsplatz in der Bundesrepublik Deutschland ist vom Export abhängig. Wir brauchen eine Wirtschaft, die international leistungsfähig ist und die ihre Märkte findet. Bei der Suche nach Märkten aber müssen wir ihr helfen.

(Beifall bei der CSU)

Namens meiner Fraktion danke ich dem Herrn Ministerpräsidenten ausdrücklich dafür, daß er sich unermüdet darum bemüht, der bayerischen Wirtschaft gute Exportchancen zu sichern.

(Beifall bei der CSU)

Es ist doch kleinkariert bis dorthinaus, wenn man wie gestern eine Fragestunde im wahrsten Sinne des Wortes veranstaltet, um Hintergründe einer Auslandsreise auszuleuchten. Ist Ihnen eigentlich entgangen, daß sich selbstverständlich die Regierungschefs aller Länder – das ist auch ihre Pflicht – darum bemühen, die Absatzchancen ihrer Industrie zu verbessern? Wir können doch als Bayern froh und dankbar dafür sein, daß Strauß ein international gesuchter Gesprächspartner ist und seine Möglichkeiten zugunsten der bayerischen Wirtschaft einsetzt.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie sich im übrigen über den Waffenexport nach Saudi-Arabien aufregen, frage ich mich: Wo war Ihre Erregung, als im Jahre 1981 – das Krisengebiet war damals nicht anders als heute, und die

(Tandler [CSU])

Weltsituation war nicht anders als heute – der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt den Saudis den Leo II versprochen hat? Geliefert haben ihn die Deutschen allerdings nicht. Da muß ich Ihnen sagen: Franz Josef Strauß hat den Mund nie so voll genommen. Er hat immer nur das zugesagt, was er halten konnte, und nichts in Aussicht gestellt, was er nicht halten konnte. Das unterscheidet ihn vom früheren Bundeskanzler!

(Beifall bei der CSU)

Er hat sich bemüht, die Vereisung in den deutsch-saudischen Beziehungen abzubauen, die eingetreten ist, weil eine Zusage nicht eingehalten worden ist. Das ist die Realität!

Sie wollen sich hier im Bayerischen Landtag fernab von der Situation „auf der grünen Wiese“ – so muß man sagen –, fernab von den Arbeitnehmern und der Beschäftigungssituation über den militärisch-industriellen Komplex in Bayern auslassen. Das ist Ihnen gar nicht mehr bewußt. Es ist fast aussichtslos, mit Ihnen über solche Dinge zu sprechen. Sie wollen überhaupt nicht verstehen, welche verhängnisvolle Rolle Sie in diesem Zusammenhang spielen, wenn Sie die Sprache der Terroristen in die Umgangssprache der Politik in dem Ausmaß einführen, wie Sie es tun.

(Beifall bei der CSU – Zuruf)

– „Unverschämtheit“ gehört heute zur Tagesordnung; das habe ich schon festgestellt. Ob sie stärker oder schwächer zu bewerten ist als „Frechheit“, weiß ich nicht. Aber das ist gar nicht unser Thema.

(Abg. Hiersemann: Nennen Sie einmal ein Beispiel, Herr Tandler!)

Ihnen ist gar nicht bewußt, wie unklug Sie handeln, wenn Sie sich solcher Wortschöpfungen bedienen. Ob sie auf Lenin zurückgehen oder auf Eisenhower, ist völlig sekundär. Tatsache ist, daß sie in die heutige politische Umgangssprache von der RAF eingeführt worden sind.

(Beifall bei der CSU)

Wenn wir uns hier im Bayerischen Landtag über den Rüstungsexport unterhalten, ist das die eine Seite. Aber gehen Sie einmal hinaus zu Krauss-Maffei und erkundigen Sie sich, wie die Lage bei den Arbeitnehmern wäre, wenn es keine Beschäftigungsmöglichkeit mehr gäbe! Ich beklage auch die Situation in der Welt, die durch die Spannungen zwischen Ost und West gekennzeichnet ist. Aber wir können sie doch nicht ändern!

(Zuruf: Abrüsten!)

– Sie sagen: abrüsten! Wer hat denn nach dem Zweiten Weltkrieg abgerüstet? Das war der Westen! Wer aber hat nach dem Zweiten Weltkrieg aufgerüstet? Das war der Osten! Der Westen hat nachrüsten müssen, damit wir unsere Freiheit erhalten können. Sprechen Sie also nicht von Abrüstung!

(Beifall bei der CSU)

Es ist doch nicht so, als wären wir die Partei der Aufrüstung und Sie die Partei der Abrüstung!

(Zuruf: Die GRÜNEN!)

– Von den GRÜNEN will ich gar nicht reden; die GRÜNEN sind die Partei der Verantwortungslosigkeit. Darin unterscheiden wir uns.

(Lebhafte Zustimmung von der CSU)

Ich bin auch nicht deshalb für eine Rüstungsindustrie, damit Beschäftigung stattfindet; keineswegs! Ich stehe auf dem Standpunkt: Wenn es darum geht, in schwierigen Bereichen der Welt, beispielsweise in Saudi-Arabien, die politische Situation in unserem Sinn zu stabilisieren, dann hat selbstverständlich auch die Bundesrepublik Deutschland das gleiche Recht, Waffen zu exportieren, wie England, Frankreich, Italien oder die Vereinigten Staaten von Amerika. Wer darauf verzichten würde, würde der deutschen Volkswirtschaft – ich sage: Volkswirtschaft – Schaden zufügen. Das können wir nicht verantworten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Voraussetzung für eine gute wirtschaftliche Entwicklung in Bayern ist auch eine optimale Verkehrsanbindung. Dafür haben wir seit vielen Jahren gekämpft. Aber wenn Sie heute die Situation der Oberpfalz beklagen, muß ich einmal fragen: Wer hat eigentlich mehr zur Anbindung der Oberpfalz an die Ballungsräume und zu ihrer Entwicklung zu einem weiteren Wirtschaftsschwerpunkt im Freistaat Bayern beigetragen als die Bayerische Staatsregierung? Wer aber hat diese Entwicklung mehr behindert als die frühere Bundesregierung von SPD und FDP?

(Beifall bei der CSU)

Ich erinnere mich noch gut daran, daß ich als Innenminister in den Jahren 1978 bis 1982, insbesondere in den Zeiten des Bundesverkehrsministers Gscheidle und dessen Staatssekretär Ruhnau, in Bonn darum gekämpft habe, daß der Anteil Bayerns an den Bundesfernstraßenmitteln endlich erhöht wird. Wir haben immer – das habe ich anerkannt, auch wenn die Bundesregierung damals nicht von uns gestellt wurde – Überquoten erhalten, dies aber nur deshalb, weil andere Bundesländer das ihnen zustehende Geld gar nicht verbauen konnten. Hätten sie es verbauen können, hätten wir weniger bekommen. Aber eine offizielle Erhöhung unserer Quote ist uns damals verweigert worden. Wäre die damalige Bundesregierung im Amt geblieben, wäre auch das in die Tat umgesetzt worden, was der letzte Bundesverkehrsminister der alten Regierung, Herr Hauff, angekündigt hatte; dann wären die im dritten Fünfjahresplan als Überquoten nach Bayern geflossenen Mittel auf die im vierten Fünfjahresplan zuerkannten Mittel angerechnet worden. Wir hätten nicht nur die Vorfinanzierung der A 7 zurückbezahlen müssen und wären nicht nur auf die 15,1 Prozent offiziellen Anteil zurückgefallen; uns wäre sogar noch das abgezogen worden, was uns in den fünf Jahren zuvor an Überquoten zugeflossen ist. Das ist doch die Realität!

(Tandler [CSU])

Da beklagen Sie die Situation in der Oberpfalz! Hätte die Bundesregierung Bayern damals einen gerechten Anteil gegeben, dann wären Regensburg und die nördliche Oberpfalz schon viel früher per Autobahn angebunden worden, und die A 93 bis Hof wäre längst als durchgehende Autobahn fertig.

Jeder, der sich einmal mit wirtschaftlicher Entwicklung beschäftigt hat, weiß, was eine optimale Verkehrsanbindung für die Wirtschaft bedeutet. Den Rhein-Main-Donau-Kanal haben wir allein durchgesetzt. Wenn man die Frage stellt, welche Partei in Bonn wirklich die bayerischen Interessen vertreten hat, dann war es doch nicht die SPD, sondern die CSU. Wenn es einen Politiker gegeben hat, der sich in besonderer Weise hervorgetan hat und der das gesamte Gewicht seiner Persönlichkeit eingesetzt hat, dann war es Franz Josef Strauß. Dafür verdient er Dank und nicht Häme, wie Sie sie zum Ausdruck gebracht haben.

(Beifall bei der CSU)

Die Wacker-Chemie Burghausen – das sage ich nicht nur, weil ich aus dem Chemiedreieck komme – hat in den letzten Jahren Tausende neuer Arbeitsplätze in der Hoffnung geschaffen, daß endlich die A 94 kommt. Ist Ihnen denn nicht aufgefallen, daß Sie in diesem Bereich überproportional Wähler verloren haben? Die Arbeitnehmer der Farbwerke Hoechst im Werk Gendorf, der Wacker-Chemie in Burghausen, der SKW in Trostberg und der anderen Werke in dieser Gegend wissen ganz genau, daß die Schwierigkeiten mit der Straße in erster Linie auf die SPD zurückzuführen sind, die sich heute noch weigert, dem Raum endlich eine adäquate Verkehrsanbindung zu geben.

(Beifall bei der CSU)

Statt mit uns, dem Gemeinwohl verpflichtet und gesamtstaatlich orientiert, verantwortlich zu handeln, stellen Sie sich hinter jede Bürgerinitiative nach dem Motto: Ein paar Stimmen wird es irgendwann schon geben. Sie sind auf dem Wege zur Minderheitenpartei, Sie sind doch keine Volkspartei mehr. Haben Sie das nicht gemerkt? Der Schöfberger hat es Ihnen doch gesagt! Sie vertreten Minderheiten und Gruppen in Ihrer Partei, die gar nicht mehr in der SPD sind. Das ist Ihnen nur noch nicht aufgefallen. So ist doch die Situation!

(Beifall bei der CSU)

Natürlich dürfen wir die Bundesbahn nicht vernachlässigen. Wir brauchen für den Luftverkehr den Flughafen München II; deswegen sind wir für ihn. Gleichzeitig ist für eine optimale wirtschaftliche Entwicklung eine ausreichende Energieversorgung zu bezahlbaren Preisen außerordentlich notwendig und eine Grundvoraussetzung.

Herr Hiersemann, heute haben Sie uns überrascht. Ihren Ausführungen zur Energiepolitik habe ich ratlos zugehört; offensichtlich sind Sie selber ratlos. Was Sie heute zum Umsteigen auf fossile Brenn-

stoffe sagen, hört sich schon ganz anders an als Ihre Ausführungen in der Debatte über die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten vor der Sommerpause. Die 180-Grad-Wende geht allmählich auf eine 90-Grad-Wende zurück, und nach dem 25. Januar kann es vielleicht weitere Überraschungen geben. Sie sagen also, ein Umsteigen auf fossile Brennstoffe sei nicht mehr verantwortbar, weil der Ausstoß von SO₂ und von Stickoxiden zu stark ansteigen würde. Selbst das Ökoinstitut in Freiburg habe das festgestellt. Sie sagen gleichzeitig – auch das ist überraschend –, man müsse auf die Arbeitsplätze in der Kernindustrie Rücksicht nehmen. Hier haben Ihnen offensichtlich die Betriebsräte den Marsch geblasen und Sie wieder – zumindest teilweise – auf den richtigen Weg gebracht.

(Heiterkeit)

Sie sagen also, ein Ausstieg sei nicht sofort möglich, aber innerhalb der nächsten zehn Jahre. Ich frage mich, wie Sie das eigentlich innerhalb der nächsten zehn Jahre machen wollen. Herr Rau hat in diesem Zusammenhang auch einen bemerkenswerten Beitrag in einem „Spiegel“-Interview geleistet; also kann das vom „Spiegel“ nicht fehlinterpretiert worden sein. Herr Rau hat gesagt: Auf den Zeitpunkt, bis zu dem die Maßnahmen abgeschlossen sein werden, kommt es gar nicht so sehr an. Das Wichtigste sei der Zeitpunkt des Einstiegs in den Ausstieg; aber wann genau das sein solle, sei auch nicht sicher. Der Herr Ministerpräsident hat ja mit Recht darauf hingewiesen, daß erst im Frühsommer dieses Jahres, also vor einem halben Jahr, die Urananreicherungsanlage in nordrhein-westfälischen Landen in Betrieb gegangen ist. Diese Anlagen haben alle eine dreißigjährige Betriebsdauer und müssen doch abgeschrieben werden!

Mittlerweile sprechen Sie auch von Schadensersatzprozessen, die es geben könnte, von Belastungen für den Staatshaushalt, die sich einstellen könnten. Aber Sie sprechen nicht davon, wie Sie bei einem Ausstieg aus der Kernenergie ohne das Verbrennen fossiler Brennstoffe die Energielücke schließen wollen. Davon sagen Sie nichts in der Hoffnung, daß Ihre Aussagelücke bezüglich der Energielücke dem kritischen Wähler vor dem 25. Januar nicht auffällt. Das ist doch die Situation!

(Abg. Kolo: Das ist falsch!)

Sie wissen ganz genau, daß Sie die Linie, die Sie unmittelbar nach Tschernobyl eingeschlagen haben, nicht mehr durchhalten können; das wissen Sie ganz genau. Dazu wird Ihnen von den Arbeitnehmern in Ihrer Partei und von den Betriebsräten in den einzelnen Firmen in Bayern viel zuviel Feuer unter dem Hintern gemacht. Sie wissen ganz genau, daß das nicht geht.

Sie haben plötzlich auch gewisse Berührungängste gegenüber den GRÜNEN. Mittlerweile wird ja das Wort von Glotz, es sei Fleisch von Ihrem Fleisch, offensichtlich doch einer breiteren Basis in Ihrer Partei bewußt. Die eine oder andere Aussage der GRÜNEN zum Thema Gewalt gefällt Ihnen mit Recht nicht. Das erkenne ich ausdrücklich an.

(Tandler [CSU])

Aber interessieren würde mich, wie Sie es machen wollen, nicht auf fossile Brennstoffe umzusteigen, aber aus der Kernenergie auszusteiern. Wie soll das möglich sein, wenn nach Auffassung aller Fachleute innerhalb der nächsten zehn Jahre alternative Energien in dem gewünschten Ausmaß nicht zur Verfügung stehen? Diese Frage müssen Sie beantworten. Wenn Sie es nicht tun, wenn Sie dazu nicht in der Lage sind, beweisen Sie entweder Ihre Unfähigkeit oder Ihre Liederlichkeit im Umgang mit schwerwiegenden Themen der deutschen Politik.

(Beifall bei der CSU)

In diesem Zusammenhang muß man auch ein Wort zur Wiederaufarbeitungsanlage sagen: Wer A sagt, muß auch WAA sagen. Wer sich wie Sie gemeinsam mit uns für die Nutzung der Kernenergie für friedliche Zwecke entschieden hat,

(Abg. Kolo: Völliger Quatsch!)

muß auch etwas für die Entsorgung tun.

(Beifall bei der CSU)

Sie sprechen von der Endlagerung, kündigen Sie an und wissen genau, daß sie bis heute nicht erprobt ist.

(Abg. Dr. Kestel: Bravo! – Lachen bei der CSU)

– Meine Damen und Herren, der Unterhaltungswert des Bayerischen Landtags ist zweifelsohne größer geworden.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Wer die Endlagerung propagiert und gleichzeitig weiß, daß es für sie noch gar keine Konzeption gibt, meine Damen und Herren, was will der denn zwischenlagern für alle Ewigkeit?

Sie haben den einzigartigen Fehler gemacht – der Zeitpunkt wird kommen, wo Sie ihn tief bereuen werden –, sich aus parteipolitischen Motiven gegen die Wiederaufarbeitungsanlage auszusprechen. Jetzt aber kommen Sie von diesem Roß nicht mehr herunter. Von der totalen Umstiegsideologie sind Sie mittlerweile etwas abgegangen; aber die Anti-WAA-Haltung können Sie natürlich nicht so schnell aufgeben.

(Zurufe von der SPD: Das wollen wir auch nicht!)

Die Zeit geht mit Sicherheit in diesem Punkt wie in vielen anderen auch über Sie hinweg.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe mich relativ früh für politische Fragen interessiert. Ich erinnere mich an Debatten im Deutschen Bundestag Anfang der 50er Jahre – damals sind wir manchmal nächtelang an den Radios gesessen; Fernseher gab es noch nicht –, als es darum ging, ob es einen deutschen Verteidigungsbeitrag geben solle oder nicht. Ich erinnere mich an die großen Demonstrationen „Kampf dem Atomtod“, zu denen auch der Deutsche Gewerkschaftsbund aufgerufen hatte. Mit

welcher Erbitterung hat damals die SPD den deutschen Verteidigungsbeitrag bekämpft!

(Zuruf von der SPD: Und Strauß?)

Was aber haben anschließend die von der SPD gestellten Verteidigungsminister an Lobeshymnen auf die Bundeswehr von sich gegeben?!

(Widerspruch von der SPD)

Da muß ich sagen: Wer damals die Wende miterlebt hat, kann bei Ihnen eine Wende auch auf diesem Gebiet nicht ganz ausschließen.

(Abg. Dr. Gantzer: Was Strauß recht ist, ist uns billig! – Abg. Dr. Wilhelm: Eine große Flexibilität! – Beifall bei der CSU)

Ich kann mich leider, da die Zeit drängt, mit dieser Thematik nicht ausführlicher beschäftigen. Aber ich bin sehr gespannt auf die Antwort der SPD auf die Aussagelücke, die Sie, Herr Hiersemann, heute offen gelassen haben.

Eine der wesentlichen Aufgaben der bayerischen Landespolitik, aber auch der bayerischen Politik im Bund und in der Europäischen Gemeinschaft ist das Eintreten für die Erhaltung einer bäuerlichen Landwirtschaft. Ich darf in diesem Zusammenhang auf etwas hinweisen, was in der Öffentlichkeit weithin fast unbekannt gewesen ist. CDU und CSU haben angekündigt, in der nächsten Legislaturperiode in einem Strukturrahmengesetz auf Bundesebene die Kriterien für die bäuerlichen Familienbetriebe festzulegen, um Agrarfabriken von der Gewährung von Einkommenshilfen nachhaltig auszuschließen. Damit wird eine der wesentlichen Forderungen der bayerischen Landwirtschaftspolitik, die wir seit Jahren erhoben haben, endlich in die Tat umgesetzt werden.

Wir werden uns in der Sorge um die bayerische Landwirtschaft, die für uns keine Sorge um Wählerstimmen ist – sie ist auch eine Sorge um Wählerstimmen, aber in erster Linie eine Sorge um das Gemeinwohl –, von niemandem übertreffen lassen. Denn wir wissen eines: Wenn heute die in Bayern politisch Verantwortlichen, die die Entwicklung herbeigeführt haben, sagen können, daß Bayern aufgrund seiner wirtschaftlichen Entwicklung zwar sein Gesicht verändert hat, aber seine Identität, sein Sein behalten hat, dann deshalb, weil es uns gleichzeitig gelungen ist, eine bäuerliche Landwirtschaft am Leben zu erhalten.

(Beifall bei der CSU)

In dem Augenblick, wo wir keine bäuerliche Landwirtschaft mehr hätten, wäre Bayern nicht mehr das, was wir unter Bayern verstehen. Deswegen braucht Bayern seine Bauern!

(Beifall bei der CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Sie können sich niemals aus der Verantwortung dafür stellen, daß Sie in den Zeiten Ihrer Regierungsverantwortung in Bonn die bäuerliche Landwirtschaft sträflich vernachlässigt haben.

(Abg. Hiersemann: Es ging ihr aber besser als heute!)

(Tandler (CSU))

– Sie sind gerade noch rechtzeitig aus der Regierungsverantwortung entschwunden. Die Folgen der Versäumnisse von Schmidt, Ertl und anderen haben leider die CSU und Herr Kiechle tragen müssen. Das ist die Situation!

(Beifall bei der CSU)

Sie kritisieren heute die Milchquote. Sie wäre aber gar nicht notwendig gewesen, wenn in den 13 Jahren Ihrer Regierung der Überproduktion, die doch erkennbar gewesen ist, rechtzeitig Einhalt geboten worden wäre. Dann hätte die Überproduktion kein solches Ausmaß erreicht. Das ist doch die Situation!

(Beifall bei der CSU – Abg. Hiersemann: Sagenhaft!)

– Das ist nicht sagenhaft, Herr Hiersemann, sondern das ist die Wirklichkeit!

(Abg. Hiersemann: Ungeheuerlich!)

– Das ist nicht ungeheuerlich, sondern das ist Tatsache.

(Weitere Zurufe von der SPD)

Nächster Punkt ist die Familienpolitik. Ich kann für unsere Fraktion in Anspruch nehmen, daß wir zu den familienpolitischen Maßnahmen, die gerade der Bund eingeführt hat, Wesentliches beigetragen haben.

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hiersemann?

Tandler (CSU): Ich habe leider nur 60 Minuten Zeit.

(Zuruf von der SPD: Angst!)

– Ich habe keine Angst, vor Ihnen schon überhaupt nicht.

(Abg. Kolo: Weil sie so charmant ist?)

– Völlig fehlgeschaltet!

Wir haben in der Familienpolitik Wesentliches initiiert. Wir werden die Staatsregierung auf diesem Gebiet weiter unterstützen. Wir erwarten vom Bund, daß es zu der im Wahlprogramm von CDU und CSU für die kommende Legislaturperiode angekündigten Verlängerung des Erziehungsgeldes kommen wird.

Ein für uns wesentlicher Bereich ist die innere Sicherheit. Wir haben dieser Frage schon seit längerem – eigentlich immer – unsere besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Ich möchte einmal die Statistik vorlesen: Die Kriminalitätsbelastung – das ist die Zahl der Straftaten je 100 000 Einwohner – hat sich in den vergangenen 18 Jahren dramatisch nach oben entwickelt. Wir hatten im Jahre 1968 in der Bundesrepublik 3588 Straftaten auf 100 000 Einwohner. 1973 waren es 4131 Straftaten, 1985 6909. In Bayern hat sich von 1973 bis 1985 die Kriminalitätsbelastung von 3500 auf 4700 Straftaten erhöht. Wir sind diesbezüg-

lich zwar Schlußlicht unter allen Bundesländern; aber auch bei uns ist die Entwicklung beängstigend.

Die Aufklärungsquote lag 1968 im Bundesdurchschnitt bei 51,8 Prozent. Bis zum Jahr 1985 ist sie auf 47,2 Prozent zurückgegangen. In Bayern haben wir eine Aufklärungsquote von 58,3 Prozent.

In den einzelnen Bundesländern sieht es so aus: Bayern: 4705, Aufklärungsquote 58,3 – davon habe ich vorher schon gesprochen –; Nordrhein-Westfalen: 6979, Aufklärungsquote 45,5; Hessen: 7414, Aufklärungsquote 37,3; Hamburg: 15936, Aufklärungsquote 39,3; Bremen: 13992, Aufklärungsquote 41,9 Prozent.

Zu den Großstädten: In Frankfurt hat die Kriminalität von 1975 bis 1984 um 78,5 Prozent zugenommen; Hamburg: 70,4 Prozent, Berlin: 37,2 Prozent, Köln: 23,2 Prozent und München: 5,1 Prozent.

(Abg. Dr. Gantzer: Und Altötting? – Vereinzelte Heiterkeit bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Zahlen für Bayern sind sicher erfreulich.

(Abg. Niedermayer, zur SPD: Das ist nimmer zum Lachen!)

– Sie lachen darüber. Das ist also ein ausgesprochen „lächerliches“ Thema für die SPD!

(Abg. Hiersemann: Nein! Da war ein komischer Zwischenruf, und darüber ist gelacht worden! – Unruhe)

Ich kann nur sagen: Eine solche Entwicklung können die verantwortlichen Politiker doch nicht zulassen. Sie ist doch kein Anlaß für Heiterkeit, sondern müßte ein Anlaß für Betroffenheit sein!

(Beifall bei der CSU)

Dann lese ich in einem Bericht der „Mittelbayerischen Zeitung“, daß Herr Zierer – er hat dann gesagt, die Aussage sei aus dem Zusammenhang gerissen – Polizeibeamte als „Kriminelle in Uniform“ bezeichnet.

(Unerhört! und Hört, hört! bei der CSU)

Später hat er allerdings gesagt, das habe sich nur auf einen ganz bestimmten Fall bezogen.

(Zuruf von der CSU: Ach, der Didi!)

Wenn ich mir noch vor Augen führe, was bei den GRÜNEN an „Sicherheitsprogramm“ vorhanden ist – ich denke dabei auch an das, was Herr Bäumer heute vorgetragen hat –, nämlich Auflösung aller kasernierten Polizeieinheiten, also der Bereitschaftspolizei und des Bundesgrenzschutzes,

(Zuruf von den GRÜNEN)

Abbau der Personalstärken der Polizeien des Bundes und der Länder, Beschränkung des Aufgabenbereiches und der Befugnisse des Bundeskriminalamtes, Abrüstung der Polizei,

(Abg. Dumann: Die wollen eine Heilsarmee!)

Verbot des Einsatzes von V-Leuten, Auflösung des existierenden Verfassungsschutzes, Konfliktregelungen, die sich nicht an Schuld und Sühne, sondern am

(Tandler [CSU])

Prinzip der Gewaltfreiheit, der Ursachenbekämpfung und der Therapie statt Strafe orientieren,

(Ah! bei der CSU)

dann ist das eine Sicherheitspolitik, die die unsere nicht sein kann, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zuruf des Abg. Bäumer)

Die GRÜNEN fordern als Einstieg in eine andere, eine „gewaltfreie Kriminalpolitik“: keine Gefängnisstrafe für Jugendliche und Heranwachsende, die Entkriminalisierung von Bagatelldelikten – aber mit Sicherheit wohl nur so lange, solange die eigene Person davon nicht betroffen ist! –, die Streichung der Anti-Terror-Gesetze, die Abschaffung der lebenslangen Freiheitsstrafe und der Sicherungsverwahrung und die Auflösung aller Sonderhaftbedingungen und -bereiche, d. h. der Hochsicherheitstrakte. Sie wollen die „totale Verdattung des Menschen“ – wo findet eine solche denn statt? – und die Volkszählung verhindern: „Wir unterstützen Bürgerinnen und Bürger, die den Schutz ihrer Daten in die eigene Hand nehmen, indem sie die Zwangserfassung boykottieren“. Meine Damen und Herren, eine Partei, die so etwas in ihrem Programm hat, steht nicht mehr auf dem Boden der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Abg. Bäumer: Gehen Sie zum Verfassungsgericht und lassen Sie das feststellen!)

Es ist die Aufgabe aller auf dem Boden der Demokratie stehenden Parteien, die Wählerinnen und Wähler in Bayern auf diese Tatsachen hinzuweisen. Alle „grünen“ Themen, deren in besonderer Weise sich annehmen zu wollen Sie vorgeben, sind doch nur das Vehikel, auf dem Sie Ihre systemverändernden Ziele in die Parlamente hineintransportieren wollen! Das ist die Situation!

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Abg. Bäumer: Wir haben kein Schmiergeld bekommen! Fassen Sie sich einmal an der eigenen Nase!)

Parteien mit solchen Programmen sitzen im Parlament, und mit ihnen geht man auch noch Koalitionen ein! Das führt natürlich zum Verfall des Rechtsbewußtseins in der Bundesrepublik Deutschland. Dem muß Einhalt geboten werden!

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abg. Langenberger – Zurufe von den GRÜNEN)

Ich freue mich über das, was Sie, Herr Hiersemann, heute zum Thema GRÜNE und Gewalt gesagt haben. Aber ich frage mich: Welche Veranlassung haben Sie gehabt, sich in besonderer Weise für die Aufnahme der GRÜNEN in den Sicherheitsausschuß einzusetzen?

(Beifall bei der CSU – Abg. Hiersemann: In jeden Ausschuß, Herr Tandler; in jeden!)

Man muß auch fragen, was Herrn Dr. Rothmund bewogen hat, im Geschäftsordnungsausschuß zu sagen, die Entscheidung von 1966 – damals haben SPD und CSU gemeinsam den Einzug der NPD in den Sicherheitssauschuß verhindert – halte er nicht für glücklich und würde sie heute nicht mehr, auch wenn es um die NPD gehe, mittragen wollen.

(Da schau her! bei der CSU)

Meine Damen und Herren, das ist doch einfach unverständlich.

(Beifall bei der CSU)

Ich kann nur sagen: Eine Partei, die ein solches Programm hat wie die GRÜNEN, hat im Sicherheitsausschuß des Bayerischen Landtags nichts zu suchen!

(Beifall bei der CSU – Abg. Bäumer: Kaufen Sie sich einmal ein Grundgesetz und nicht nur eine Geschäftsordnung! – Weitere Zurufe des Abg. Bäumer)

Selbstverständlich geht es nicht in erster Linie darum, Gesetze zu verschärfen. Selbstverständlich geht es auch nicht in erster Linie darum, das Personal zu verstärken, obwohl wir das leider auch tun müssen. In erster Linie geht es darum, daß in der Öffentlichkeit Straftaten so gewertet werden, wie sie zu werten sind. Straftaten müssen Straftaten bleiben, Verbrecher müssen Verbrecher bleiben.

(Beifall bei der CSU – Lebhafter, demonstrativer Beifall bei den GRÜNEN)

Man darf Verbrechen und Straftaten, meine Damen und Herren, nicht in zunehmendem Maße mit dem sozialen Umfeld entschuldigen. Das ist eine sträfliche Nachverurteilung derer, die sich nach dem Kriege in einem wesentlich schlechteren sozialen Umfeld anständig verhalten haben.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zuruf von den GRÜNEN)

Wenn ich dann lese: Der SPD-Landesbeirat Innere Sicherheit fordert „Schluß mit der WAA“, weil dort die Polizeibeamten verheizt würden, muß ich schon fragen: Soll es denn soweit kommen, daß der Staat den Bau einer Einrichtung, die rechtsstaatlich zustande gekommen ist, nur deshalb nicht mehr zuläßt, weil eine Anzahl von Chaoten dies verhindern will? Das darf nicht passieren!

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zuruf des Abg. Bäumer – Weiterer Zuruf von den GRÜNEN: Die Endlagerung ist nicht gesichert!)

Ich komme nun auf das zurück, was ich neulich in der Aktuellen Stunde gesagt habe. Die Probleme sind überall die gleichen; bei der Startbahn West war es um keinen Deut anders.

(Abg. Bäumer: Sie wissen doch gar nicht, wovon Sie reden, Herr Tandler! – Gegenrufe von der CSU)

– Im Gegensatz zu Ihnen offensichtlich schon!

In Hessen aber war die SPD in der Regierungsverant-

(Tandler [CSU])

wortung. Sie hat wegen der Startbahn West die gleichen Probleme mit den Chaoten gehabt wie wir wegen der WAA. Deswegen begreife ich nicht, daß zwei an sich gleiche Vorgänge von der SPD unterschiedlich bewertet werden –

(Abg. Bäumer: Andere lernen und Sie nicht!)

offensichtlich doch nur aus parteiegoistischen Überlegungen von kurzfristiger Dauer.

(Beifall bei der CSU – Abg. Dr. Kestel: Die Startbahn ist keine WAA! – Abg. Dr. Gantzer: Was ist der Unterschied zwischen einer Startbahn und der WAA? – Weiterer Zuruf von der SPD: Das weiß er nicht!)

Herr Hiersemann, Sie sagen mit Recht, mit Leuten, die für Gewalt eintreten, wollen Sie nichts zu tun haben. Deshalb muß ich die Frage stellen: Wie lange dauert es noch, bis diese Meinung in der SPD Allgemeingut ist?

(Abg. Hiersemann: Sie ist Allgemeingut!)

– Nein, das ist sie nicht!

(Abg. Hiersemann: Doch!)

Ich erinnere an das Interview, das Willy Brandt am Donnerstag vor der Wahl in Niedersachsen in der „Bild“-Zeitung gegeben hat. Damals hat er gesagt, Herr Schröder werde sich selbstverständlich nicht zieren, sich mit den Stimmen der GRÜNEN zum niedersächsischen Ministerpräsidenten wählen zu lassen.

(Abg. Langenberger: Was hat das hier zu tun?)

– Das hat hier schon etwas zu tun! Ich kann nur sagen: entweder – oder. Man kann nicht sagen: Dort wollen wir mit den GRÜNEN nichts zu tun haben, in Hamburg wollen wir mit ihnen nichts zu tun haben – so jedenfalls Herr von Dohnanyi –, aber in Hessen sitzen wir mit ihnen in der Koalition.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Eine Partei, die ein solches Programm hat wie die GRÜNEN, hat nach unserer Auffassung in einer Regierungskoalition mit der SPD eigentlich nichts zu suchen. Es ist unverständlich, was die SPD hier anstellt!

(Beifall bei der CSU – Abg. Bäumer: Wo steht in unserem Programm auch nur ein Wort von Gewalt? – Unruhe)

– Ich werde es Ihnen immer wieder sagen, ob es Ihnen gefällt oder nicht gefällt: Wir müssen dafür sorgen, daß diese Wahrheiten Allgemeinkenntnis im Lande werden.

(Beifall bei der CSU)

Johannes Rau hat in einem Brief an seine „lieben Freunde“ – ich habe diesen Brief schon zitiert; ich werde ihn immer wieder zitieren, solange sich die Haltung der SPD nicht geändert hat – im Juni 1986 geschrieben, Gerhard Schröder habe sein ehrgeiziges Ziel, niedersächsischer Ministerpräsident zu werden,

lediglich um ein Mandat verfehlt. Er hat in diesem Brief automatisch die Mandate der SPD und der GRÜNEN zusammengezählt; denn nur beide gemeinsam haben ein Mandat weniger als CDU und FDP.

(Beifall bei der CSU)

Was ist von einer Partei wie den GRÜNEN zu halten, bei der grüne Gastwirte im „Grünen Schwan“ in Eschenbach erklärt haben, daß dort Soldaten der Bundeswehr, der amerikanischen Streitkräfte und der Kanadier nichts zu suchen haben, meine Damen und Herren?

(Empörung bei der CSU)

Der Sicherheitsgarantie dieser Leute haben Sie es mit zu verdanken, daß Sie Ihre Parolen hier vertreten können!

(Anhaltender, lebhafter Beifall bei der CSU)

Sie stellen sich hierher, Herr Bäumer, und klagen an, daß Bayern und die Bundesrepublik Deutschland Polizeistaaten seien. Sie haben keine Ahnung, was ein Polizeistaat ist. Sie müssen sich im Ostblock umschauen! Dann wissen Sie, was ein Polizeistaat ist.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN – Glocke des Präsidenten)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Wirklichkeit in Bayern ist eine andere als die der SPD. Ich zitiere aus der Rede von Herrn Schöfberger; ich habe seine gesamte Rede da, aber sie ist etwas zu lang. Nach Schöfbergers Worten sind die Sozialdemokraten in Gefahr, in einer selbstgestrickten Scheinwelt Politik zu machen; wer davon rede, daß er die Besserverdienenden abkassieren wolle, müsse wissen, daß sich über die Hälfte der Bürger selbst als Besserverdienende einstufen.

(Heiterkeit bei der CSU)

Er fügt hinzu, so könne man sich um Wahlerfolge bringen; denn nur die allerdümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU – Abg. Klasen: Warum zitieren Sie nicht weiter?)

Lieber Herr Hiersemann, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD! Das Bayern, das Sie darstellen, mag es vielleicht vor Jahrzehnten gegeben haben. Dank einer guten Politik in Bayern 40 Jahre hindurch und in Bonn bis 1969 und ab 1982 ist die Wirklichkeit aber – Gott sei Dank! – anders geworden. Sie graben in einer Vergangenheit, die Vergangenheit ist; Sie nehmen nicht zur Kenntnis, daß die von Ihnen befehdete soziale Marktwirtschaft die Voraussetzungen dafür geschaffen hat, daß aus den Proleten früherer Tage die Wirtschaftsbürger von heute geworden sind.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Der Wähler hat uns am 12. Oktober eine große Mehrheit gegeben. Wir sind die bayerische Volkspartei, die in ihrer Politik alle sozialen Schichten unseres Volkes berücksichtigt. Wir haben in den vergangenen Jahren eine gute Politik gemacht. Wir gehen in die 11. Legis-

(Tandler [CSU])

laturperiode des Bayerischen Landtags. Der Herr Ministerpräsident hat eine vorzügliche Regierungserklärung abgegeben, in der die Leitlinien bayerischer Politik für die nächsten vier Jahre in Bayern, in Bonn für Bayern und in Brüssel für Bayern abgesteckt sind.

Wir tragen diese Regierungserklärung mit und wünschen Ihnen, Herr Ministerpräsident, weiterhin eine glückliche Hand. Die CSU geht mit Ihnen. Wir hoffen, daß in Erfüllung geht, was Sie sich wünschen, nämlich Bayern als modernstes Land der Bundesrepublik Deutschland und Europas – aber, meine Damen und Herren, nicht um der Industrie willen, sondern um des Menschen willen; denn im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch.

(Anhaltender, lebhafter Beifall bei der CSU –
Ministerpräsident Dr. Strauß dankt Abg.
Tandler mit Handschlag – Zurufe von
der SPD)

Erster Vizepräsident Möslin: Für die weitere Aussprache liegen 47 Wortmeldungen vor: 21 von der CSU und je 13 von der SPD und der Fraktion der GRÜNEN. Als erster hat das Wort Herr Kollege Dr. Huber.

(Abg. Kolo: Wie das denn?)

– Es war so vereinbart.

(Zuruf des Abg. Hiersemann)

– Es wird also gewünscht, daß die SPD beginnt. Dann erteile ich dem Kollegen Dr. Seebauer das Wort. Ich darf darauf hinweisen, daß die Redezeit jedes Redners jetzt nur noch bis zu 15 Minuten beträgt.

Dr. Seebauer (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Huber, es ist überhaupt keine Frage, daß ich gerne zuerst Ihnen zugehört hätte. Mich haben aber zwei Fragen bewegt, als ich mir überlegte, wie ich auf Herrn Kollegen Tandler antworten soll. Ich habe mir die Frage gestellt, ob ich mit derselben politischen Gehässigkeit gegenüber allem, was nicht von der eigenen Partei ist, antworten soll und ob ich mich gleichzeitig als Parlamentarier allem unkritisch anbiedern sollte, was von unserer Seite kommt.

Ich habe mich zum zweiten gefragt, ob ich mich als dritter Redner in diesen zwei Tagen zum bayerischen Geopolitiker aufplustern soll, der weiß, daß Exporte deutscher Rüstungsgüter in Spannungsgebiete, die zu den gefährlichsten Krisengebieten der Welt gehören, das absolut richtige politische Mittel sind.

Ich habe mich zum dritten gefragt, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie man dem Vorwurf des Herrn Tandler begegnen soll, es sei die Sprache der Terroristen, wenn vom industriell-militärischen Rüstungskomplex – die Amerikaner fügen noch „government“, also „Regierung“, hinzu – gesprochen

wird. Meine Damen und Herren, dieser Ausdruck ist sogar in einer der interessantesten wissenschaftlichen Abhandlungen des Ökonomen Galbraith verwendet, der über viele Jahre einer der wichtigsten Wirtschaftsberater des amerikanischen Präsidenten Kennedy war. Im Unterschied zu der doch etwas primitiveren Schwarz-Weiß-Malerei, wie sie Herr Tandler jetzt für die Bundestagswahl braucht, möchte ich Ihnen folgendes sagen: Auch die Ökonomen haben mit dem Aufrechterhalten von Arbeitsplätzen durch Rüstungsproduktion leidvolle Erfahrungen gemacht.

(Zustimmung von der SPD)

So ist es nicht, meine Damen und Herren, daß Rüstung für das eigene Land – darauf komme ich noch, das ist nämlich nur ein Teil – und darüber hinaus Rüstungsexport Arbeitsplätze tatsächlich auf Dauer sichern. Fragen Sie doch einmal die Arbeitnehmer von MBB, welchen Wechselbädern sie in den letzten 15 bis 20 Jahren ausgesetzt waren! Fragen Sie doch einmal die Arbeitnehmer anderer Unternehmen, die in diesem Bereich tätig sind, wie sehr sie davon abhängig sind, daß die öffentlichen Mittel fließen, und wie sehr sie – da gibt es viele, die sich moralisch von Ihnen unterscheiden – letztendlich ihre Arbeitsplätze nur durch eine zunehmende Exportierung von Rüstungsgütern sichern konnten, weil die inländische „Nachfrage“ und das inländische Geld gar nicht mehr ausreichen. Hier beginnen bei vielen Arbeitnehmern, die sicherlich auch Angst haben, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, die moralischen Bedenken, und diese möchte ich hiermit formulieren. Es ist ein Stück Anständigkeit, dies hier zu tun.

Insofern – meine Damen und Herren, ich komme aus dem Landkreis, in dem das Unternehmen seinen Sitz hat – haben nicht etwa, wie Herr Kollege Tandler gesagt hat, alle diejenigen, die dort arbeiteten, einen eindeutigen Vorteil.

Aber lassen Sie mich eine nachdenkliche Bemerkung machen! Die Araber werden als unsere Handelspartner und als Freunde von heute und morgen dargestellt; dies ist ja wohl auch unbestreitbar richtig. Nur, meine Damen und Herren, sollten diejenigen, die sich zu dieser Frage leichtfertig äußern, wissen: Die innere Stabilität dieser Länder ist nicht übermäßig groß, sie ist keineswegs ungefährdet. Die gesamte Stabilität der Region ist keineswegs so groß, daß man nicht große Fehler machen könnte, wenn man die dort vorhandenen Spannungen mit lockenden Angeboten noch anheizt.

(Beifall bei der SPD)

Eines ist in der Diskussion völlig vergessen worden – damit möchte ich dieses Thema abschließen –: Es gibt, nicht weit von diesen Ländern entfernt, ein anderes Land, das nie und nimmer verstehen könnte, wenn die Bundesrepublik Deutschland Länder um dieses Land herum bewußt unter dem vordergründigen, in der Güterabwägung überhaupt nicht ausschlaggebenden Grund der Arbeitsplatzsicherung mit deutschen Waffen versorgen würde. Es ist ein Land, dessen Bewohner unter der deutschen Vergangenheit mehr gelitten haben als die Deutschen selber.

(Dr. Seebauer [SPD])

Diese moralische Komponente hätte Herr Tandler in seiner parteipolitischen Wahlkampfede zumindest eine kleine, kurze Bemerkung wert sein sollen.

Damit möchte ich zu einem weiteren Punkt kommen. Herr Kollege Tandler hat es so dargestellt, als sei die internationale Wettbewerbsfähigkeit und Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft eine Erfindung der CSU oder der CDU. Meine Damen und Herren, es ist nachweisbar – die richtigen, echten Statistiken sagen es auch, und keiner wird es bezweifeln –: Unter der Regierung sozialdemokratischer Bundeskanzler hat die Bundesrepublik Deutschland den Sprung zum Exporteur Nummer eins in der Welt gemacht. Wir haben durch eine moderne, vernünftige, aber auch auf sozialen Ausgleich angelegte Wirtschaftspolitik die Basis für das Wirtschaftswunder- und Wohlstandsland Bundesrepublik Deutschland geschaffen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Ritter: Es war schon vorher da!)

Allerdings hatte diese Entfaltung, meine Damen und Herren, auch ihren Preis.

In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen, Herr Kollege Bäumer, und den Kollegen von den GRÜNEN eines klipp und klar sagen: Sie können nicht sagen – dem werde ich auch persönlich entgegentreten –, daß unsere Wirtschaftsform, unsere Wirtschaftsordnung, unsere soziale, auf Marktwirtschaft und auf Mitbestimmung angelegte Marktwirtschaft den Polizeistaat herausfordert, ja geradezu erzwingt. Diese Behauptung ist falsch. Noch niemals hatte Deutschland eine so freiheitliche Verfassung, und sie hat sich bis in den Wirtschaftsbereich hinein, wenn auch noch ungenügend, erweitert.

(Beifall bei der SPD – Frau Abg. Bause: Ist nicht wahr; das haben wir nie behauptet!)

Es ist unsere Aufgabe als Sozialdemokraten, die Rechte der mitbestimmenden Arbeitnehmer zu erweitern; es ist unsere Aufgabe, den Konsens zwischen Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Staat zu erhalten, so wie wir ihn über fast 20 Jahre erfolgreich erhalten haben. Es ist schließlich unsere Aufgabe, unserer Wirtschaft auch sozialstaatliche Elemente abzutrotzen, aber eben in einer Konsensgesellschaft und nicht in einer Konfliktgesellschaft.

(Beifall bei der SPD)

Sie würden sich gerade als Minderheit sehr wundern, wenn es in unserem Land tatsächlich zu den von Ihnen manchmal herbeigeredeten Konflikten kommen würde. Ich habe nicht die historische Erfahrung wie vielleicht andere; aber ich vermute sehr stark, daß solche Konflikte nicht den kritischen Teil der Bevölkerung, nicht einmal die Mitte, geschweige denn die aufgeklärte Linke, die wir vertreten, stützen, sondern eher Deutschland in ein rechtsgerichtetes Chaos stürzen würden.

Nun sehe ich, wie eine Volkspartei, wie sie sich bezeichnet, auf einem ganz ordentlichen Stimmenpol-

ster ausruhend, das wir durchaus neidvoll anerkennen – so geht es mir wenigstens, Herr Kollege –, schon beim ersten Auftreten radikaler Töne am parteipolitischen Rand intern die Losung ausgibt: Jetzt müssen auch wir in diesem Wählerspektrum tätig werden und dürfen uns nicht die Butter vom Brot nehmen lassen. Sie haben doch in den letzten Wochen in Ihrer Sprache angezogen!

(Beifall bei der SPD – Abg. Asenbeck:
Hören Sie doch mal bei euch hin!)

Meine Damen und Herren, auch wenn der Kollege Tandler hier von Gemeinsamkeit sprach – ich kenne das ja schon –, hat er doch in einer Weise polemisiert und polarisiert, daß es nur sehr schwer fällt, die notwendige Gemeinsamkeit zu erhalten. Ich werde mich trotzdem darum bemühen, weil ich meine, daß uns solche Reden nicht sehr viel weiter bringen.

Meine Damen und Herren, wir wollen Ihrem Bild der Technik, das Sie eindeutig an der Entwicklung in Großunternehmen ausrichten und faktisch in der Region München zusammen mit wenigen führenden Großkonzernen, die Sie immer unverblümt und deutlicher durch staatliche Technologieförderung und über Rüstungssubventionen unterstützen, gestalten wollen, ein anderes Technikbild entgegensetzen: eine Zukunft der Arbeit, der Technik und der Wirtschaft in Bayern, die durch positive Leitbilder geprägt ist.

Erstens: In Bayern haben wir eine Fülle von kleinen, mittleren und großen Unternehmen, die sich an einem der vier großen Probleme unserer Zeit mit Technik, Sachverstand, Innovation, Wissen, Arbeit und Können beteiligen. Das ist zum Beispiel der Kampf um mehr Gesundheit in unserer Bevölkerung, der Kampf gegen geradezu die Form von Epidemien annehmende Krankheiten.

Zweitens sind neue Formen der Energieverwendung, der Energieausnutzung und des sparsameren Energieverbrauchs in Haushalt und Industrie und anderswo zu erreichen. Hier sind Leitbilder für die Technik gefragt!

Drittens: Es ist wichtig, daß wir gerade in jenen Unternehmen – ich will sie jetzt bewußt nicht nennen –, die im Übermaß von der staatlichen Rüstungsproduktion und nach dem, was Sie vorhaben, auch noch von Rüstungsexporten abhängig sind, solche Ansätze – auch bei den Zulieferern und allen, die dort arbeiten – fördern, ermutigen und verstärken, die einer friedlichen und vernünftigen Produktion dienen. Dies sind Ansätze in der Medizintechnik, in der Lasertechnik und in der Werkstofftechnik. Sie stellen hervorragende Ausgangspunkte dar, um Bayern tatsächlich eine moderne Industriegesellschaft zu sichern und zu erhalten. Das soll aber nach Leitbildern geschehen, die man politisch und moralisch vertreten kann. Bölkow hat einmal gesagt: Die Politik muß die Ziele vorgeben, den Weg der Technik, den Weg der Innovation; die Leistungen und die Arbeit, die dazu notwendig sind, werden wir erbringen können.

Meine Damen und Herren! Wenn der Staat in der von Ihnen vertretenen Politik – da drängen sich ja be-

(Dr. Seebauer [SPD])

klemmende Parallelen zu der Politik in England und in den USA auf – mehr und mehr Ziele vorgibt, die, was die Energie angeht, eindeutig in die Richtung der Kernenergie gehen, wenn Sie in der Forschung Dinge wie SDI als ein forschungspolitisches Ziel in den Vordergrund rücken – das steht auch in der Regierungserklärung –, wenn Sie EUREKA als ein forschungspolitisches Ziel bezeichnen, von dem ich, wenn ich meine persönliche Meinung sage, überhaupt nichts halte, oder wenn Sie Ziele etwa dergestalt ausgeben, daß es ein großer Beitrag zur Sicherheit der Arbeitsplätze in Bayern sei, wenn man sich in irgendeiner Weise als Experteur in Spannungsregionen betätigt, dann geben Sie falsche Ziele vor.

Wissenschaft, Technik und Wirtschaft brauchen sichere, aber auch moralisch und ethisch verantwortbare Ziele für freies Arbeiten, erfolgreiches Wirtschaften und Forschen.

(Beifall bei der SPD)

Sie verwenden die Parole „Wir schaffen das moderne Bayern“; dabei war ich immer der Meinung, daß es schon relativ modern ist. Gegen die Parole ist überhaupt nichts zu sagen; es ist die Pflicht der Politik, an die Zukunft zu denken, vor allem in einer Zeit, in der die ökonomischen Chancen der nachwachsenden Generationen schwieriger sind als vor etwa 20 oder 30 Jahren. Aber die Konkretisierung der Vision eines modernen Bayern, kombiniert mit den Hauptbetätigungsschwerpunkten des Herrn Ministerpräsidenten in gewissen Münchner Betrieben, bei den Bayern-Werken, bei gewissen Münchner Banken, zeigt mir, daß Sie bewußt ein politisches Leitbild vertreten, dem wir in den nächsten Jahren Alternativen entgegengesetzt werden.

Hinter Ihrer Formel – die Zukunft Bayerns, ein modernes Bayern, eine moderne Industriegesellschaft – verbirgt sich leider auch eine für mich erschreckende Erkenntnis. Ich hatte gedacht, daß der Herr Ministerpräsident in der Zeit der Großen Koalition von Karl Schiller und Helmut Schmidt ein bißchen mehr über Wirtschaftspolitik gelernt hätte, obwohl es lange zurückliegt. Nun heißt es: Schönhuber ante portas!, und schon wird vieles an wichtiger Gemeinsamkeit vergessen.

Ich hatte nicht gedacht, meine Damen und Herren – lesen Sie die Regierungserklärung auf Seite 7 nach! –, daß der Herr Ministerpräsident zum Beispiel die Ausweitung der paritätischen Mitbestimmung, die jetzt gefordert wird, als eine Gefahr für unser Wirtschaftssystem bezeichnet. Die Mitbestimmung ist die Basis des Konsenses, den wir in der Wirtschaft brauchen zur Aufrechterhaltung der überdurchschnittlichen Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft. Wir brauchen die Mitbestimmung nicht nur zur Motivation, sondern auch zum Mitgestalten und zum Mitdenken des Arbeitnehmers am Arbeitsplatz und natürlich auch, weil der Arbeitnehmer gerade von einer dynamischen Wirtschaft persönlich sehr stark bis hin zum Verlust des Arbeitsplatzes betroffen wird.

Wir brauchen die Mitbestimmung, um den Menschen ein Stück Mitspracherecht in ihrem täglichen Arbeitsleben zu geben.

Hier hätten Sie, Herr Kollege Tandler – ich sehe ihn gerade nicht –, einmal Helmut Schmidt zitieren müssen, der klar gesagt hat: Der Erfolg der deutschen Wirtschaft, den wir anderen Ländern gegenüber nicht überheblich ausspielen sollen, liegt nicht darin, daß die Deutschen fleißiger als die Italiener sind und die deutschen Unternehmer tüchtiger als die italienischen Unternehmer sind, sondern der Erfolg der deutschen Wirtschaft liegt darin begründet, daß wir – das waren in erster Linie Sozialdemokraten, es waren aber auch Gewerkschafter und große Teile der Union, von denen Sie sich nun langsam verabschieden – in der Bundesrepublik Deutschland über fast 40 Jahre hinweg den in aller Welt gelobten vorbildlichen Konsens von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Politik geschaffen haben, so daß unsere Wirtschaft, weil auf soziale und Mitbestimmungsrechte begründet, eine der produktivsten Wirtschaften in der gesamten westlichen Welt geworden ist.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Äußerungen signalisieren mir, daß Sie sich von dem Grundkonsens entfernen wollen, den wir mühselig aufgebaut haben: von einer in erster Linie an sozialen Gesichtspunkten orientierten Marktwirtschaft.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund: Das Wort hat der Herr Kollege Dr. Huber.

Dr. Huber Herbert (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Seebauer, ich habe Ihnen gern den Vortritt gelassen, und zwar schon deshalb, weil mich interessiert hat, ob Sie auch in das allgemeine Lamentieren Ihrer Partei einstimmen, daß unsere Politik und vor allem die Bonner Politik in den letzten vier Jahren erfolglos gewesen seien und für die Bürger in unserem Lande nichts gebracht hätten. Herr Hiersemann hat zu Beginn seiner Rede Äußerungen in dieser Richtung gemacht. Ich kann mir vorstellen, daß es für Sie außerordentlich schwierig ist, angesichts der ausgezeichneten wirtschaftlichen Daten in der Bundesrepublik, aber insbesondere in Bayern, berechtigte und ankommende Kritik zu äußern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist klar, daß wir noch nicht alle Folgen der sozial-liberalen Regierung aufarbeiten konnten. Aber es ist ganz Wesentliches geschehen, vor allem eines: Der Pessimismus und die Resignation in unserem Lande, die noch vor vier Jahren geherrscht haben, sind bei einer breiten Mehrheit unserer Bevölkerung einer Zuversicht und einem Optimismus gewichen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Einige Kollegen der SPD haben dies auch erkannt. Unser Fraktionsvorsitzender hat Herrn Schöfberger zitiert, der davor gewarnt hat, die Äußerungen von der neuen Armut usw. weiter öffentlich zu verbreiten. Herr Kollege Naumann hat zwei Tage nach der bayerischen Land-

(Dr. Huber Herbert [CSU])

tagswahl ebenfalls gesagt, man habe die Meinungen der Bevölkerung völlig falsch eingeschätzt; den Leuten gehe es wesentlich besser, als wir, die SPD, es darstellen.

Wenn man sich vergegenwärtigt, was in letzter Zeit bis heute, Herr Kollege Hiersemann, von Ihnen über die Lage in unserem Lande gesagt worden ist, kann man nur feststellen: Noch nie hat die Opposition die tatsächliche Stimmungslage in unserer Bevölkerung so kraß verfehlt. Noch nie gab es einen so tiefen Graben, meine sehr verehrten Damen und Herren, zwischen dem wirtschaftlichen Bayern- und Deutschland-Zerrbild der Opposition und dem tatsächlichen Urteil, das sich die Menschen über ihre eigene wirtschaftliche und soziale Lage bilden. Während Sie und die GRÜNEN von einer Zwei-Drittel-Gesellschaft, von neuer Armut, von sozialer Demontage und von Umverteilung von unten nach oben sprechen, sind die Bürger – ich habe es schon gesagt – so optimistisch wie nie zuvor.

Aus einer Meinungsbefragung des „Politbarometers“ vor kurzer Zeit hat sich ergeben, daß über 50 Prozent der Bevölkerung ihre eigene wirtschaftliche Lage als gut oder sehr gut und nur etwa 9 Prozent als schlecht bezeichnen. Die Wickert-Institute haben erst in den letzten Tagen errechnet, daß 33,4 Prozent der Befragten mit einer weiteren Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage rechnen, 63,6 Prozent damit, daß die wirtschaftliche Lage stabil bleibt, und nur noch 3 Prozent eine Verschlechterung befürchten. Das ist die wirkliche Einschätzung der Bevölkerung. Sie hat ja auch recht; denn die vielzitierte Wende zum Besseren hat in der Wirtschaft tatsächlich stattgefunden.

Herr Ministerpräsident Strauß hat in seiner Regierungserklärung die Daten aufgezählt. Auch unser Fraktionsvorsitzender hat das sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. Wir haben eine marktwirtschaftliche Wirtschaftspolitik und eine Politik betrieben, die auf wirtschaftliche Freiheit, auf das unternehmerische Engagement, auf die Vernunft und den Leistungswillen der Bevölkerung sowie auf eine offensive Nutzung des technischen Fortschritts setzt. Diese Politik, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat sich ausgezahlt, und zwar für alle Schichten unserer Bevölkerung.

Daran kann auch das Gerede von einer neuen Armut nichts ändern. Im übrigen bin ich der Meinung, daß Sie selbst daran nicht glauben. Herr Kollege Tandler hat Herrn Schöfberger zitiert. Lassen Sie auch mich von Herrn Schöfberger ein sehr bezeichnendes Zitat bringen. Im „Vorwärts“ Nummer 48 vom 29. November hat Herr Schöfberger wörtlich geschrieben:

Mit der Neuen-Armut-Arie

– ich betone: Er hat das Wort „Arie“ gebraucht –

kommen wir in einem Land nicht weiter, in dem sich die wirklich Armen lieber den nächsten Caritasschwestern anvertrauen und uns die gutverdie-

nenden sozialen Aufsteiger in den High-Tech-Regionen angesichts positiver Wirtschaftsdaten nur noch als Miesmacher empfinden. Da muß die SPD schon noch was für das vorherrschende Lebensgefühl „Bayern is schee und mir san mir“ bieten, so schwer das Sozialdemokraten auch fallen mag.

So das Zitat von Herrn Schöfberger.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Schöfberger bestätigt eigentlich, was auch ich seit einiger Zeit immer mehr empfinde, nämlich daß Sie den Kontakt zu unseren Bürgern immer mehr verlieren. Sie müßten doch erkennen, daß unsere Bürger, gerade in Bayern, die Leistungen und die überdurchschnittliche Entwicklung unseres bayerischen Landes mit Stolz erfüllen. Es sind ja nicht nur Leistungen der Staatsregierung und auch nicht Leistungen dieses Hohen Hauses, sondern es sind vor allem die Leistungen unserer Bürger, die unser Land nach vorne gebracht haben. Das empfinden unsere Bürger auch so, und das erfüllt sie mit Selbstbewußtsein. Sie aber kommen mit Ihrer Miesmacherei bei unseren Bürgern immer weniger an.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD! Dies gilt um so mehr, je mehr Sie nach links abdriftende Parolen bringen, Parolen, die immer mehr in die Nähe des Programms der GRÜNEN rücken. Sie werden damit bei unserer Bevölkerung sicherlich auch in Zukunft nicht mehr, sondern immer weniger Beifall finden.

(Abg. Dr. Kestel: Herr Strauß hat auch bei uns abgeschrieben! – Abg. Diethel: Ausgerechnet bei Ihnen!)

Es ist auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, in regionalpolitischer Hinsicht in diesem Lande sehr viel geschehen. Die wirtschaftsschwachen Gebiete haben doch aufgeholt! Die Schere hat sich doch bei wesentlichen Daten nicht geöffnet, sondern immer weiter geschlossen! Ich erinnere an unsere Aussprache zu Ihrer Interpellation bezüglich des Süd-Nord-Gefälles in Bayern. Damals wurde alles ganz klar auf den Tisch gelegt, und es wurde deutlich gemacht, daß hier wirklich sehr, sehr viel geschehen ist und daß Ihr Gerede von einem Gefälle an den Haaren herbeigezogen ist.

Es war auch geradezu peinlich, wie Herr Hiersemann im bayerischen Landtagswahlkampf durch die Lande zog

(Abg. Brosch: Es war immer peinlich!)

und immer der Region, wo er sich gerade befand, bescheinigen wollte, bei ihr gehe nichts voran. Meine Damen und Herren, das haben ihm die Menschen in den Regionen zurecht nicht abgenommen, wie die Wahlergebnisse gerade in jenen Bereichen gezeigt haben.

(Abg. Brosch: Vor allem in Erlangen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Noch einmal zum Thema „Schwarzmalerei in der Wirtschaft“! Sie, Herr Seebauer, haben es heute nicht getan; aber

(Dr. Huber Herbert [CSU])

in den letzten Tagen hat das Präsidium der deutschen SPD die Bundesregierung wiederum der Schönfärberei bezichtigt und erklärt, daß der Zyklus zu Ende geht, daß wir bereits im nächsten Jahr einem Abschwung und einer negativen Entwicklung entgegengehen.

Das entspricht doch einfach nicht den Tatsachen! Lesen Sie bitte einmal das Gutachten des Sachverständigenrats!

(Abg. Dr. Wilhelm: Genau!)

Hier wird ausdrücklich festgestellt, daß die positive Entwicklung und das Wachstum weitergehen werden, und hier wird auch deutlich gemacht, warum sie weitergehen werden: weil der Zyklus auf anderen Werten beruht als denen, die der Entwicklung Ende der siebziger Jahre zugrunde lagen. Das bedeutet auch, daß der Konjunkturaufschwung länger dauert als damals, weil er vor allen Dingen darauf beruht, daß er solide, gesund und maßvoll ist, daß er nicht von einem Konjunkturprogramm getragen ist mit der Gefahr, daß er wie ein Strohfeuer erlischt, sobald die Finanzspritze ausläuft, und daß er auch nicht von einer inflationären Entwicklung getragen ist, einer Entwicklung, die gegebenenfalls abgebremst werden müßte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antriebsmotor für unsere Wirtschaft verlagert sich zunehmend vom Export auf die Binnenkonjunktur. Dies muß auch – ich möchte das betonen; der Herr Ministerpräsident hat auch ausführlich davon gesprochen – durch eine wirksame Steuerreform, die Unternehmen und Bürger entlastet, gestützt werden. Was aber Sie, meine Damen und Herren von der SPD, an steuerpolitischen Vorschlägen bringen, ist nicht eine Stützung der konjunkturellen Entwicklung. Es geht ja darum, daß Steuern gesenkt und nicht nur umverteilt werden müssen. Sie beklagen zwar scheinheilig die hohe Steuerbelastungsquote, wollen sie aber beibehalten, wenn nicht gar wieder erhöhen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie wollten schon früher die Unternehmen immer wieder belasten. Sie wollen es, wie Ihre Programme ganz, ganz deutlich zeigen, auch in der Zukunft. Ziel Ihres Programms ist – dies läßt sich feststellen, wenn man es genau liest – im Ergebnis wiederum eine Politik, die auf mehr Staat hinausläuft und die Marktmechanismen zunehmend außer Kraft setzt. Die Gleichung der SPD, daß mehr Staat, mehr Bürokratie, mehr Abgaben und mehr Arbeitszeitverkürzung mit mehr Arbeitsplätzen gleichzusetzen sei, geht einfach nicht auf.

Wir setzen auf weniger Staat, auf mehr Raum für privates Wirtschaften, auf Wachstum, Wohlstand und Schaffung neuer Arbeitsplätze; diese aber können nicht staatlicherseits verordnet werden. Wir sind der Meinung, daß nur Privatinitiative, Risiko- und Einsatzbereitschaft und Leistungswille jedes einzelnen die Zukunft sichern können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte Ihre Steuerpläne und Vorschläge nicht im ein-

zelnen aufführen. Lassen Sie mich aber eines sagen: Was in den Programmen der GRÜNEN an Steuererhöhungsvorschlägen steht, ist eigentlich nicht mehr diskussionswürdig; denn es läuft darauf hinaus, daß unsere Wirtschaft endgültig abgedrosselt wird und daß jede wirtschaftliche Zukunft letzten Endes kappungsgemacht wird.

(Abg. Kamm: Welche meinen Sie denn?)

– Welches Programm?

(Abg. Kamm: Welche Steuererhöhung haben wir Ihrer Meinung nach vor?)

– Lesen Sie Ihr eigenes Programm! Lassen Sie mich dazu eines sagen: Seien Sie froh, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, daß viele Ihrer Wähler Ihre Programme nicht gelesen haben!

(Beifall bei der CSU)

Denn wenn sie Ihre Programme gelesen hätten, wenn sie – das wurde heute schon mehrfach gesagt – den Umweltschutz als äußeren Mantel einmal abgestreift hätten und wenn sie gesehen hätten, was Sie an System- und Gesellschaftsveränderungen, an menschenverachtenden Parolen in Ihren Programmen haben, ob es das Programm für die Landtagswahl oder das für die Bundestagswahl ist, ob es das Industrieumbruchsprogramm ist, was es auch sein mag,

(Lachen bei den GRÜNEN)

dann hätten Sie sicher nicht so viele Stimmen bekommen.

(Beifall bei der CSU – Abg. Kamm: Seien Sie froh, daß Ihre Wähler nicht wissen, was Sie in der Politik treiben! Sonst gäbe es keine CSU mehr! Das ist die Wahrheit!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident Strauß hat am Schluß seiner Regierungserklärung gesagt: Wir wollen Bayern zum modernsten Land Europas machen. Ich glaube, daß gerade diese Aussage, dieser Programmpunkt in unserer Bevölkerung auf Zustimmung und auf Stolz stoßen wird. Eines ist uns doch klar: Eine solche Aussage kann glaubwürdig nur der Ministerpräsident eines Landes machen, das eine überdurchschnittliche Entwicklung hat, das bereits gut da steht und das an der Spitze des Fortschritts steht. Stellen Sie sich einmal vor, der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen würde Ähnliches sagen! In ganz Deutschland würde ein allgemeines Gelächter entstehen!

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Um aber eine solche gute Entwicklung für Bayern wirklich erreichen zu können, geht es darum – ich möchte das wiederholen –, daß am 25. Januar die Möglichkeit geschaffen wird, unsere Wirtschaftspolitik auch auf Bundesebene fortzusetzen. Es geht darum, ob wir die tiefgreifenden Probleme des wirtschaftlichen und sozialen Strukturwandels und die drängenden Umweltaufgaben, die vor uns liegen, dadurch bewältigen wollen, daß wir uns offensiv mit Marktwirtschaft und Technik verbinden, oder aber ob ein rot-grünes

(Dr. Huber Herbert [CSU])

Bündnis gegen die Wirtschaft und damit eine Defensiv- und Ausstiegsstrategie die Oberhand gewinnt, die auf Verweigerung, Verzögerung, Lenkung und Dirigismus sowie auf die Allzuständigkeit des Staates setzt und dafür all jene Probleme in Kauf nimmt, die wir seit den siebziger Jahren zur Genüge kennen.

Meine Damen und Herren, dies wäre keine Politik zur Sicherung unserer Zukunft; das wäre Zukunftsverweigerung, das wäre Niedergangspolitik. Eine solche Politik wäre in ihrer Konsequenz vor allem extrem arbeitnehmerfeindlich und extrem unsozial.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir wollen unsere Wirtschaftspolitik, wie sie der Herr Ministerpräsident aufgezeichnet hat, fortsetzen. Das bedeutet auch, daß wir unsere Wirtschaftspolitik konsequent an den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft ausrichten, daß wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und insbesondere der mittelständischen Wirtschaft in unserem Land erhalten und stärken, daß wir moderne Technik fördern und uns ihrer in christlicher Verantwortung bedienen, daß wir unsere jungen Menschen bestmöglich ausbilden, daß wir alle Regionen Bayerns an der wirtschaftlichen Entwicklung beteiligen und sie insbesondere auch verkehrsmäßig bestmöglich erschließen – –

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund: Herr Kollege, ich darf Sie darauf hinweisen, daß Ihre Redezeit schon vor einiger Zeit zu Ende gegangen ist.

Dr. Huber Herbert (CSU): – daß wir Natur und Umwelt und damit die Schönheit und Liebenswürdigkeit unserer Heimat erhalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir werden die Bayerische Staatsregierung auf diesem Weg mit Nachdruck unterstützen

(Abg. Karl Heinz Müller: Was Sie nicht sagen!)

und sind davon überzeugt, daß wir dabei auch die Zustimmung und das Vertrauen der großen Mehrheit der Bürger in diesem Land haben werden.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund: Ich darf die nachfolgenden Redner bitten, auf das Zeichen zu achten, das ich rechtzeitig geben werde.

Der nächste Redner ist Herr Kollege Kamm. Ich erteile ihm das Wort.

(Abg. Brosch: Jetzt kommen wieder grüne Lehren!)

Kamm (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, geachtete Kolleginnen und Kollegen!

(Abg. Brosch: Eine neue Anrede!)

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger! Herr Ministerpräsident Strauß hat gestern stolz und zufrieden die Wirtschaftssituation zum Hauptmaßstab für eine sei-

ner Meinung nach generell erfolgreiche Politik seiner Regierung genommen. Darauf will ich anschließend hauptsächlich eingehen.

Zuvor jedoch eine Bemerkung über uns GRÜNE hier im Landtag! Nach den Worten des Kollegen Tandler – in meinem Manuskript steht „Holzerei“ – hätte ich am liebsten auf meine weitere Anwesenheit hier und heute verzichtet.

(Abg. Brosch: Wir können auf Ihre Anwesenheit verzichten!)

Mir tat weh,

(Abg. Diethei: Das glaube ich!)

was er sagte. Ich glaube, daß Herr Kollege Tandler viel zu wenig von uns GRÜNEN weiß, daß er leider ausschließlich aus Berichten bestimmter Behörden über uns GRÜNE informiert ist.

(Zuruf aus der CSU: Das reicht!)

Ich möchte den Herrn Kollegen Tandler inständig bitten und einladen, sich doch einmal mit uns zusammenzusetzen und außerhalb von Wahlkampfreden mit uns zu sprechen.

(Abg. Diethei: Das war Ihr Wahlprogramm!)

Herr Kollege Tandler, ich lade Sie gern einmal zum Mittagessen oder zu einem Bier ein, damit Sie uns kennenlernen können.

(Abg. Hofmann: Was, Bier trinkt der auch? – Weiterer Zuruf aus der CSU: Können Sie das überhaupt finanzieren?)

– Ich lade auch Sie gern ein. Bitte schön! Ich kann es mir leisten.

Wo stehen wir GRÜNEN hier im Landtag?

(Zurufe von der CSU: Links! Links außen! Glauben Sie es nur!)

Wir GRÜNEN hier im Landtag stehen nicht mit fertigen Konzepten und einer vorbereiteten Reserve Mannschaft vor der Regierungsbank. Nein, wir sitzen jetzt erst einmal für vier Jahre in der Opposition.

(Abg. Dr. Wilhelm: Sehr gut!)

Dort arbeiten wir und dort wollen wir auch verständlich machen, warum wir glauben, daß gerade die Wirtschaftspolitik jetzt in die Sackgasse gerät. Wir wollen Ihnen verständlich machen, was, wie wir glauben, kurz-, mittel- und langfristig geschehen muß, um den Anforderungen der Schöpfung, der Gerechtigkeit und des Friedens durch eine bessere Wirtschaftspolitik gerecht zu werden. Vielleicht kann ich Ihnen, geachtete Kolleginnen und Kollegen, gerade der CSU, verständlich machen, warum wir glauben, daß die jetzige Wirtschaftspolitik leider oder Gott sei Dank grundlegend reformiert werden muß.

(Abg. Kobler: Das ist ein Irrglaube!)

– Wenn Sie zuhören – ich will keine Wahlkampfreden halten –, verstehen Sie vielleicht einiges von dem, was uns bewegt.

(Kamm [DIE GRÜNEN])

Gestern war die Botschaft: Es geht uns gut. Ich möchte die Frage stellen: Geht es uns wirklich gut?

(Zuruf von der CSU: Sie wollen uns zum Mittagessen einladen! – Abg. Dr. Wilhelm: Wie geht es Ihnen?)

Wirtschaftlich wurde in den vergangenen Jahrzehnten sehr viel Wertvolles geschaffen. Ich selber, Jahrgang 1952, kann und will dafür auch einigen aus der Vorgegeneration Dank sagen. Uns Abgeordneten geht es wirtschaftlich sicherlich sehr, sehr gut.

(Zuruf von der CSU: Auch den GRÜNEN?)

– Auch den Abgeordneten der GRÜNEN! Aber geht es den zwei Kindern unter zehn Jahren gut, die an diesem Tag auf unseren Straßen infolge unseres Verkehrssystems mit grausamer Wahrscheinlichkeit totgefahren werden? Geht es den 30 bis 40 Menschen, unter ihnen vielen Jugendlichen, gut, die sich an diesem Tag und in diesem Land selber töten werden?

(Abg. Dr. Wilhelm: Was schlagen Sie uns dazu vor?)

Geht es den 2 1/2 bis 3 1/2 Millionen Arbeitslosen unseres Landes gut, die im Schnitt mit 1000 DM Arbeitslosengeld pro Monat leben? Wenn Sie jetzt höhnen, es gibt sie nicht, kann ich Ihnen sagen: Ich habe während meines Studiums vier Jahre lang in einer Obdachlosensiedlung gearbeitet. Vielleicht können auch Sie dort einmal Erfahrungen darüber sammeln, wie es anderen Menschen in dieser Welt geht.

(Abg. Kling: Das haben wir schon lange! – Beifall bei den GRÜNEN)

Sprechen wir über die Armen! Geht es den 100 000 Armen in unserer Gesellschaft wirklich gut, die während der letzten Jahrzehnte in bisher nicht gekannter Zahl vor den Kleiderkammern der Caritas, des Roten Kreuzes und des Diakonischen Werkes auftauchen? Dies bekommen Sie und viele von uns – ich gehöre dazu – nicht mit, wenn wir uns nur noch im Rahmen des Maximilianeums bewegen.

Geht es den Schwangeren und den Studenten gut – ich spreche bewußt von Frauen und Studenten –, die jetzt schwanger sind und denen in den letzten Jahren BAföG gekürzt wurde, denen das Kindergeld gekürzt wurde und bei denen die Sozialhilfe bei weitem nicht Schritt gehalten hat?

(Abg. Kobler: Was ist mit der SPD?)

– Da hat die SPD damals leider mitgemacht; das stimmt. Graf Lambsdorff war aber führend.

Geht es denen gut, die nach der Kürzung der Sozialhilfe nicht wissen, wie sie wirtschaftlich weitermachen sollen?

(Abg. Kobler: Erhöht um 10 Prozent! – Abg. Dr. Wilhelm: Wissen Sie nicht, daß die Sozialhilfe um beachtliche Quoten erhöht worden ist?)

– Danke schön, Herr Dr. Wilhelm! Das weiß ich schon. Nur wurden unsere Diäten in den vergangenen zehn Jahren stärker erhöht als die Sozialhilfe.

(Abg. Dr. Wilhelm: Nein, das ist falsch; das eine waren 20 Prozent, das andere 5 Prozent!)

Wenn Sie im übrigen der Meinung sind, daß Stiftungen Schwangeren helfen würden,

(Abg. Dr. Wilhelm: Das ist eine Märchenstunde; das sind Schauermärchen!)

lassen Sie sich gesagt sein: Die Schwangeren brauchen keine Geschenke, sondern sie brauchen verbrieft Ansprüche auf Kindergeld und ähnliche Hilfen.

Wenn wir so stolz auf die Wirtschaftspolitik und damit generell auf die Politik sind, müssen wir fragen: Geht es den Neugeborenen in unserem Lande gut, die von sorgenvollen Müttern gestillt werden,

(Abg. Dr. Wilhelm: Tschernobyl!)

da doch die diffuse Vergiftung unserer Umwelt – ich denke nicht nur an Tschernobyl, ich denke auch an PCB, Blei, Quecksilber und Cadmium – mittlerweile alle Experten raten läßt, Kinder nicht mehr allzu lange zu stillen? Bei meinem Jahrgang können Sie mir abnehmen, daß ich davon noch ein bißchen verstehe.

Geht es all denjenigen von uns gut, die gerne Schwammerl, Leber oder Niere essen beziehungsweise gegessen haben

(Abg. Wengenmeier: Nieren sind ungesund! – Abg. Diethel: Waren schon immer ungesund!)

und die heute mitgeteilt bekommen, daß diese Leckereien, zu denen für mich auch die Innereien zählen, wegen der Schwermetallbelastung, insbesondere durch Cadmium, nur noch selten gegessen werden dürfen?

(Abg. Dr. Wilhelm: Schauermärchenstunde! – Weitere Zurufe)

– Darf ich weitersprechen? Geht es den Hunderten von Soldaten gut, die heute auf diesem unserem Erdball mit Waffen der östlichen und westlichen Industriestaaten gefällt und verkrüppelt werden,

(Zustimmung von den GRÜNEN)

mit Waffen, die ihnen von Dealern als Werbegeschenke – siehe Iran! – oder aus Arbeitsplatzgründen bei uns angedreht werden? Weil wir unsere wirtschaftlichen Strukturprobleme nicht lösen können, verhöckern wir die Waffen ohne moralische Rücksichtnahmen in die Dritte Welt.

(Zustimmung von den GRÜNEN)

Zum Schluß der Überlegung, ob es uns wirklich gut geht – ich sage das und hoffe, daß Sie mir das nicht als Polemik abnehmen, weil mir diese Worte sehr wichtig sind –: Wissen Sie, wieviele Menschen in dieser Welt nach einer Statistik der Weltbank – damit Sie nicht wieder glauben, es wäre eine Märchenstun-

(Kamm [DIE GRÜNEN])

de – heute am Hunger und seinen Folgen sterben werden?

(Abg. Baumann: Das ist doch alles bekannt!)

– Ist es Ihnen bekannt? Wieviele sind es denn? Es sind täglich – auch am heutigen Tag – laut Statistik der Weltbank 100 000 Menschen.

(Abg. Dr. Wilhelm: Glauben Sie, wir freuen uns darüber?)

Weltweit verhungern circa 1000 Menschen in den 15 Minuten Redezeit, die Sie mir eingeräumt haben.

Geachtete Kolleginnen und Kollegen! Wir, die wir uns der Nächstenliebe, der Brüderlichkeit und der Menschlichkeit verpflichtet fühlen, stimmen vermutlich und hoffentlich alle darin überein, daß wir dafür, daß 100 000 Menschen jeden Tag in unserer Welt durch eine verfehlte Landwirtschaftspolitik, durch das Verpulvern unserer Reichtümer im Wettrüsten und durch den Aufbau unverantwortlicher Handelsschranken gegenüber Gewerbeprodukten aus der Dritten Welt verhungern, erhebliche Mitverantwortung tragen. Solange das passiert, können wir auf unsere Politik nicht stolz sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Oswald von Nell-Breuning, Jesuitenpater und Nestor der katholischen Soziallehre, hat einmal für die Bundesrepublik Deutschland das Bild der Zweidrittel-Eindrittel-Gesellschaft gebraucht. Ja, zwei Dritteln der Gesellschaft geht es materiell sehr gut; ich gehöre dazu. Daimler-Benz, BMW und andere Firmen freuen sich darüber. Ein Drittel der Menschen in unserem Land aber lebt am Rande der Gesellschaft. Ich glaube, daß wir uns darin einig sein sollten, daß das so nicht bleiben darf.

(Beifall bei den GRÜNEN –
Abg. Dr. Wilhelm: Stimmt doch gar nicht!)

Nell-Breuning hat auch von der Verantwortungslosigkeit gesprochen, mit der wir in kürzester Zeit die Reichtümer dieser Erde plündern und chemische Altlasten und strahlenden Müll zurücklassen. Der Sozialwissenschaftler Nell-Breuning – das gibt mir Hoffnung –, jetzt 94 Jahre alt,

(Zuruf von der CSU: Das ist bekannt!)

hat in beeindruckenden Worten geschildert, wie widerstrebend er in den siebziger Jahren die Botschaft des Club of Rome gelernt hat, wie widerstrebend er sich damit abgefunden hat, daß die Reichtümer und die Belastbarkeit dieser Erde begrenzt sind.

Wo müssen wir mit der Wirtschaft hin? Wir müssen, ganz allgemein gesagt, lernen, im Einklang mit der Natur zu wirtschaften. Das ist nichts Neues. Die Forstwirtschaft hat – das ist schon einige Jahrhunderte her – gelernt, das Prinzip der Nachhaltigkeit zu entwickeln. Das heißt: Es darf nicht mehr verbraucht werden, als nachwächst.

Das muß auch für unser allgemeines Wirtschaften Leitziel werden. Wir dürfen nicht mehr Güter dieser Welt verbrauchen, als nachentstehen. Ich füge hinzu: Wir dürfen auch nicht mehr Abfall produzieren und hinterlassen, als die Natur abzubauen in der Lage ist.

(Abg. Brosch: Alles richtig, ja!)

Wir wollen keine Revolution in der Wirtschaft. Unser Lernziel, empfindsam mit den Systemen der natürlichen und künstlichen Umwelt umzugehen, übertragen wir auch auf die Wirtschaft. Mit den Instrumenten von Geboten und Verboten, mit den Instrumenten der Steuerpolitik, der Subventionspolitik und auch mit Phantasie wollen wir eine Wirtschaftsweise entwickeln, die uns Menschen dient, anstatt uns dämonisch zu beherrschen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun zu konkreten Punkten! Ich glaube, mittlerweile muß nach zehn Jahren Massenarbeitslosigkeit in unserem Land allen klar geworden sein, daß die Arbeitslosigkeit kein konjunktureller Betriebsunfall ist. Allen muß klar geworden sein, daß dahinter viel größere Strukturprobleme stehen, die mit ein paar Parolen nicht vom Tisch zu wischen sind, auch nicht mit der Hoffnung auf den Aufschwung, der da morgen kommen soll.

Wir müssen sehr deutlich sehen, daß die Arbeitszeitverkürzung, die schon bisher praktiziert wurde, fortgesetzt werden muß, und zwar entschieden und drastisch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Als Faustregel gilt: Wenn wir 10 Prozent Arbeitslose haben, dann brauchen wir über 10 Prozent Arbeitszeitverkürzung.

(Zahlreiche Zurufe von der CSU)

Ich füge hinzu: Als jemand, der sich vor sechs Jahren selbständig gemacht hat und aus der Industrie ausgestiegen ist, weil mir keine Teilzeitarbeitsmöglichkeit eingeräumt wurde, hoffe ich auch, daß wir Modelle mit mehr Arbeitszeitsouveränität für die einzelnen Beschäftigten entwickeln.

(Zurufe von der CSU: Null-Arbeit!)

Ich hoffe auch, daß wir damit einen wesentlichen Beitrag für Mütter und Väter leisten, die nach den Jahren, in denen sie sich vorrangig um ihre Kinder gekümmert haben, wieder in das Wirtschaftsleben einsteigen möchten.

Was wir weiterhin tun müssen, ist völlig klar: Wir müssen umweltschädliche Produktionen zurückdrängen. Dafür müssen wir alle Maßnahmen einsetzen, auch solche der Steuerpolitik. Die Chlorabgabe, so hoffe ich, wird nach den Ereignissen der letzten Monate auch in den Reihen der SPD und der CSU Freundinnen und Freunde finden.

Wir benötigen auch eine steuerliche Entlastung der Personalkosten. Sie werden sich darüber wundern, das aus dem Munde eines GRÜNEN zu hören, weil das vielfach Ihre Worte sind, wenn Sie draußen bei Handwerkskammern sprechen. Da ich aber mein Geld auch zum großen Teil im Handwerk verdiene,

(Kamm [DIE GRÜNEN])

glaube ich, dazu einiges sagen zu können. Wir müssen die Personalkosten steuerlich entlasten. Wir dürfen nicht die Lohn- und Gehaltssteuer und die Mehrwertsteuer zum Hauptinstrument unserer Steuerpolitik machen und dadurch dazu kommen, daß Arbeit immer teurer und durch Maschinen verdrängt wird. Es gibt andere Besteuerungsgrundlagen, die wir dazu einsetzen sollen.

Ich möchte einiges überspringen und ganz zum Schluß sagen: Gestern habe ich dem Herrn Ministerpräsidenten Strauß einige Male applaudiert, so daß mir einige Kollegen von der Regierungsbank schon einen Aufnahmeantrag für die CSU geben wollten.

(Abg. Hiersemann: Sie waren der Fan-Club! –
Abg. Diethel: Keine Entschuldigung dafür!)

– Herr Hiersemann, ich habe auch heute bei Ihren Ausführungen geklatscht. Ich möchte Ihnen drei Punkte nennen, bei denen es nicht geklappt hat.

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund: Herr Kollege, Sie müssen zum Ende kommen.

Kamm (DIE GRÜNEN): Herr Ministerpräsident Strauß hat die Müllvermeidung und die Mehrwegverpackung kräftig gelobt. Vor zweieinhalb Jahren hat er leider in Unterfranken eine Dosenabfüllanlage für Getränke in Betrieb genommen.

Er hat die Bestandsobergrenzen gefordert. Das Staatsgut in Andechs ist aber dort einer der größten Umweltbelasten und verursacht große Nitratprobleme in der dortigen Trinkwasserversorgung.

(Abg. Wengenmeier: Andechs ist doch kein Staatsgut! – Zurufe von den GRÜNEN)

Schließlich möchte er Subventionen abbauen; aber die Subventionen für BMW, für Airbus, für die WAA und für die täglichen – –

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund: Herr Kollege, ich muß Sie noch einmal ermahnen, zum Ende zu kommen. – Danke! Das Wort hat der Herr Kollege Niedermayer.

Niedermayer (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, meine lieben Kollegen! Herr Kollege Kamm, ich hätte jetzt beinahe zu weinen angefangen. Mit genau der Taktik, mit der Sie Ihre Rede formuliert und vorgetragen haben, verstehen Sie sich draußen der Bevölkerung zu präsentieren.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ehrliche Meinung!)

– Herr Dr. Kestel, veranlassen Sie mich nicht, Ihnen einmal die Maske vom Gesicht zu reißen. Ich hätte nichts gesagt, wenn Sie sich nicht spontan geäußert hätten. Sie als Direktor eines Gymnasiums haben im Bayerischen Rundfunk gesagt: Ich habe es längst aufgegeben, unseren Staat als Rechtsstaat zu bezeichnen.

(Zurufe von der CSU: Ungeheuerlichkeit!)

Das ist für mich eine Ungeheuerlichkeit! Sie haben weiter gesagt: Ich bin heute so weit, daß ich den Schülern ein gewisses Mißtrauen gegen unsere Rechtsprechung und gegen das, was man unter Rechtsstaat verstehen sollte, einzupflanzen bereit bin.

(Erregte Zurufe von der CSU)

Wenn man solche Pädagogen an unseren Schulen hat, braucht man sich nicht darüber zu wundern, welche Saat dort aufgeht!

(Beifall bei der CSU)

Herr Kamm, wenn das Ihre ehrliche Meinung wäre, was Sie heute gesagt haben! Aber schauen Sie doch Ihr Programm an! Zu ihm bekennen Sie sich doch! Heute ist auch einige Male dargelegt worden, was eigentlich die Leitlinie Ihrer politischen Arbeit ist.

(Abg. Baumann: Eine Schau abziehen! –
Zuruf des Abg. Kamm)

Ich darf vielleicht noch einen Schlenker machen. Es ist ja eigentlich nicht meine Aufgabe, auf das zu antworten, was Herr Kamm gesagt hat. Aber wenn wir die wirtschaftliche Einstellung, die Sie erläutert haben, nachvollziehen würden, dann müßte ich zu meinem Vater, der Schreiner ist, sagen, daß er keine Maschinen mehr kaufen soll, sondern alles mit den Händen hobeln soll. Wir sind doch in den Kreislauf dieser Wirtschaft in ganz Europa und darüber hinaus eingebettet. Wie sollten wir denn noch wettbewerbsfähig sein, wenn wir um 20 oder 30 Jahre zurückgehen?

(Beifall bei der CSU)

Das ist doch undenkbar! Welche Auswirkungen das gerade auf die Arbeitsmarktlage hätte, muß doch jeder erkennen, der ein bißchen von diesen Dingen versteht.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, ich trage im besonderen Verantwortung für die Gebiete des Grenzlandes und der strukturschwachen Gebiete. Wo auch immer man tätig ist, sollte man zu Beginn seiner Ausführungen eine Standortbestimmung machen: Was haben wir in den vergangenen Jahren erreicht, und was ist noch nicht geschehen? Worauf müssen wir noch in aller Deutlichkeit hinweisen?

(Abg. Kolo: So ist es!)

Ich bin der Auffassung, daß wir das Positive sagen sollten, uns aber nicht scheuen sollten, auch das Negative, das noch nicht erledigt ist, in aller Öffentlichkeit auszusagen.

Herr Kolo, seien Sie nicht verwundert darüber, daß ich jetzt zu Beginn meiner Ausführungen einen Dank an die Bayerische Staatsregierung ausspreche, und zwar dafür, daß wir doch – das ist unbestritten – eine enorme Aufwärtsentwicklung auch in diesen Räumen erfahren durften! Herr Dr. Seebauer, das wissen Sie ganz genau. Wenn Sie vor 15 Jahren in den Bayerischen Wald gefahren sind und heute hinfahren, dann stellen Sie einfach eine positive Entwicklung fest.

(Niedermayer [CSU])

Warum sind Sie nicht bereit, sie in diesem Hause zuzugestehen?

(Beifall bei der CSU)

Man muß natürlich eine bestimmte Redlichkeit und Mut aufbringen.

Warum haben wir die Aufwärtsentwicklung erfahren? Wir haben sie erfahren, weil uns der bayerische Staat durch den Grenzlandbonus, durch die zusätzlichen Zuschußquoten, in die Lage versetzt hat, im Hoch- und im Tiefbau die notwendigen Investitionen durchzuführen. Wir haben allen Grund, dafür herzlichen Dank zu sagen.

Lassen Sie mich hier vielleicht ein etwas kritisches Wort einflechten! Wenn man da und dort einmal hört: Herrgott, die Infrastruktur in diesen Gebieten ist mit Sicherheit etwas überzogen, und es ist schon zuviel gemacht worden, muß ich sagen: Nein! Hätten wir diese Infrastruktur nicht geschaffen, wäre auch keine positive Entwicklung möglich gewesen.

Unser Fraktionsvorsitzender Tandler hat heute zu recht gesagt, daß wir viele Jahre um den Ausbau unserer *A u t o b a h n e n*, um den Anschluß an die übrigen, an die stärkeren Gebiete gekämpft haben. Wir sollen auch in diesem Hause gemeinsam dankbar bekunden, daß jetzt endlich der weitere Ausbau dieser Autobahnen vonstatten geht, was uns natürlich entsprechende wirtschaftliche Impulse gibt.

Wir sollten auch anerkennen – das war ja unser gemeinsames Bemühen –, daß vielen Städten und Gemeinden endlich die Unsicherheit genommen worden ist, ob die Streckenstilllegungen jetzt wirklich durchgeführt werden oder nicht, und daß durch den Vertrag, den die Bayerische Staatsregierung mit der Bundesbahn geschlossen hat, wenigstens für die nächsten zehn Jahre ein Stillstand eingetreten ist. Meine lieben Freunde, das sind Entscheidungen, die das Grenzland und die Bewohner dort positiv anzuerkennen bereit sind.

(Beifall bei der CSU)

Ich darf dann auf einen Zeitungsbericht verweisen. Lieber Herr Hiersemann, Sie haben uns ja auch besucht – leider Gottes nicht mich. Ich hätte bei Ihnen ganz gern einmal zugehört.

(Abg. Hiersemann: Mehrmals!)

In der Zeitung mußte man dann lesen – stellen Sie sich das einmal vor! –: Wer ja sagt zur CSU, der sagt auch ja zur Benachteiligung des Grenzlandes. Ihr seid ja wirklich Märchenerzähler, mein lieber Freund!

(Heiterkeit bei der CSU)

Da habt ihr euch wirklich aufs Glatteis begeben. Wenn man sich nämlich die Wirklichkeit betrachtet, dann muß man doch sagen: Entweder tut ihr das aus bestimmten Gründen oder ihr versteht nichts von diesen Dingen! Lassen Sie mich das, mein Lieber, ein-

mal in aller Freundschaft sagen! So könnt ihr mit uns nicht umgehen.

(Abg. Hiersemann: Wer hat das gesagt?
Habe ich das gesagt?)

Oder wenn einer sagt: Wer sich auf unsere Grenzlandabgeordneten und -politiker verläßt, der ist verloren, dann muß ich fragen: Wer hat denn bei uns etwas geschaffen?

(Abg. Dr. Wilhelm: Wer war das, Herr Kollege?)

Wer hat denn die zusätzlichen Arbeitsplätze bei uns geschaffen? Ich will mir keinen Lorbeerkrantz umhängen; aber ich muß sagen, daß wir das gemeinsam erarbeitet haben. Wir haben immer wieder Druck gemacht und haben dann Unterstützung bekommen. Da sollte man doch nicht solche Parolen in die Welt setzen!

(Abg. Hiersemann: Jetzt wollen wir schon wissen, wer das gesagt hat! Wen zitieren Sie denn?)

– Ich gebe dir dann den Zeitungsartikel.

Meine Damen und Herren, ich habe eingangs gesagt, daß man das Positive herausstellen soll, aber auch Kritik üben oder den Finger auf das legen soll, was noch nicht in Ordnung ist. Unsere größte Sorge in diesen Räumen ist in erster Linie das *P e n d l e r t u m*. Vielleicht können es viele, die oft leichtfertig über eine zusätzliche Mittelvergabe für diese Räume sprechen, nicht verstehen, wie schwer es einfach ist, wenn Tausende nicht nur 20 oder 25, sondern 30 und 40 Jahre lang von zu Hause wegfahren, die ganze Woche in München sein und dort in Baracken wohnen müssen und nur am Wochenende mit ihren Kindern und Frauen zusammen sein können. Man darf nicht glauben, daß sich die Grenzländer mit dieser Situation schon abgefunden hätten und sie als ein Privileg betrachteten. Nein, ich glaube, wir haben gemeinsam die Aufgabe, gerade dieses schwierigen Problems Herr zu werden.

(Beifall bei der CSU)

Das zweite Problem ist die *A b w a n d e r u n g*. Besonders in den nordoberfränkischen Bereichen ist die Abwanderung ein ernsthaftes Problem. Wir sollten versuchen, dem durch das Angebot entsprechender Arbeitsplätze entgegenzuwirken.

Meine Damen und Herren! Wir haben kürzlich im Grenzlandausschuß einen Antrag behandelt, in dem gefordert wurde, Maßnahmen zu treffen oder ein Programm wegen der mangelnden *A u s b i l d u n g s p l ä t z e* aufzustellen. Dazu muß man schon sagen: Wer heute noch davon spricht, daß auch in unseren Räumen bei den Buben nicht eine wesentliche Verbesserung erreicht worden ist, hat sich mit diesem Thema wirklich nicht befaßt. Gott sei Dank sind wir auch in den Grenzräumen in der Situation, daß die Buben fast alle einen Ausbildungsplatz bekommen.

(Zurufe von den GRÜNEN: Die Mädchen!
Nicht Buben, Mädchen!)

– Ich rede doch von den Buben; das müßten Sie doch hören!

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

(Niedermayer [CSU])

Wenn immer die Mobilitätshilfe kritisiert wird, dann muß ich sagen: Wir stehen zu dieser Mobilitätshilfe, weil wir der Meinung sind, daß gerade derjenige, der nach vielen Bemühungen keinen Ausbildungsplatz bekommt, wenigstens durch die Unterstützung des Staates die Möglichkeit bekommen soll, einen Ausbildungsplatz außerhalb anzunehmen.

Ganz anders ist es bei den Mädchen. Wir wissen sehr wohl, daß es hier ein Problem gibt und daß wir uns – das sage ich ganz freimütig – etwas einfallen lassen müssen. Denn es ist nicht einerlei, ob in einem Arbeitsamtsbezirk 200, 300 oder 400 Mädchen noch ohne Ausbildungsstelle sind. Hier liegt ja eigentlich auch der Kern unserer Arbeitslosigkeit in den schwachen Räumen. Wir haben eben leider Gottes noch sehr viele junge Leute, die ungelernt in den Arbeitsprozeß einsteigen. Wir müssen einfach erreichen, daß der gleiche Prozentsatz wie in den Großstädten nach dem Abgang von der Schule ein Ausbildungsverhältnis eingehen kann, weil das das Fundament für einen qualifizierten Arbeitsplatz schafft.

Ich meine, daß es sehr notwendig sein wird, unsere Betriebe in den Grenzräumen mit Forschungsmitteln zu bedienen. Darüber werden wir uns mit Sicherheit bei der Haushaltsberatung noch unterhalten.

Meine Damen und Herren! Es gibt schon Möglichkeiten, das Grenzland und die strukturschwachen Räume noch besser zu unterstützen. Ein Punkt ist – Gott sei Dank! – positiv entschieden worden; das ist der Einbruch in die starre Haltung, die bisher immer bei der Behördenverlagerung eingenommen worden ist. Der Herr Ministerpräsident und das Kabinett, aber auch Sie, meine Damen und Herren, sind dahintergestanden und haben dazu beigetragen, daß ein Beginn gemacht worden ist, daß ein Amt in das Grenzland verlagert wurde. Ich sage das nicht, weil ich der Bürgermeister der betreffenden Stadt bin.

Das ist ein Beginn. Wir werden mit Sicherheit zu Beginn des nächsten Jahres, also nach den Weihnachtsferien, der Bayerischen Staatsregierung den Vorschlag machen, sich um zwei oder drei Ämter, die wir ausgesucht haben, in besonderer Weise zu kümmern und über sie zu diskutieren. Wir werden schon eine Begründung auf den Tisch legen, weshalb wir davon überzeugt sind, daß eine Verlagerung möglich ist. Auch hier darf ich den Herrn Ministerpräsidenten schon jetzt sehr herzlich um Unterstützung bitten.

Ich habe mich auch – das möchte ich heute einmal in aller Öffentlichkeit sagen – für die Erhaltung des Staatssekretärausschusses ausgesprochen, weil ich meine, daß es gut ist, wenn wir bei unseren Entscheidungen ein Hilfsinstrument von großer Bedeutung haben, das wir in die Verantwortung einbinden können. Der Staatssekretärausschuß, den bisher Herr Fischer geführt hat, hat hervorragend gearbeitet. Er ist von uns allen – von der Opposition genauso wie von der Regierungsseite – immer anerkannt worden.

(Abg. Hiersemann: Das sieht Strauß anders!)

Deshalb bin ich der Meinung: Der Staatssekretärausschuß muß uns auch in der Zukunft erhalten bleiben.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch eine Möglichkeit aufzeigen, die das Grenzland nach vorn bringen könnte. Ich hoffe, daß ich jetzt nicht gleich eine Welle der Abneigung erkennen muß. Es wäre eine hervorragende Entscheidung, wenn sich der Bayerische Landtag zu steuerfreien Investitionsrücklagen für das Grenzland, und zwar für die Bereiche mit der größten Arbeitslosigkeit, durchringen könnte. Das wäre eine echte Hilfe, ein Anreiz für eine entsprechende Wirtschaftsentwicklung.

Erster Vizepräsident Mösllein: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Seebauer? –

Dr. Seebauer (SPD): Herr Kollege Niedermayer, können Sie mir erklären, warum es diese steuerfreie Investitionsrücklage nicht gibt, obwohl Sie sie doch fordern und Sie in Bonn eine Mehrheit haben, die für ihre Einführung ausreichen würde?

Niedermayer (CSU): Herr Kollege Dr. Seebauer, Sie sind doch ein alter Hase und wissen genauso gut wie ich, daß um diese steuerfreie Investitionsrücklage seit vielen Jahren gerungen wird, daß sie aber nicht nur am Herrn Bundesfinanzminister gescheitert ist, sondern daß man sich auch in anderen Bundesländern unserem Anliegen nicht wohlwollend angeschlossen hat.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß kommen! Der Herr Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung folgende Aussage gemacht:

Die Sicherung und Verbesserung der Lebensverhältnisse im Zonenrandgebiet und im Grenzland, das nach wie vor besonders unter den Folgen der Teilung Deutschlands und Europas leidet, bleibt unverändert Aufgabe deutscher und bayerischer Politik.

Das ist für uns die Hauptaussage: Grenzlandpolitik darf nicht nur eine Momentanentscheidung sein, Grenzlandpolitik ist eine Daueraufgabe, weil die Gebiete vom Binnenland abgeschnitten sind. Deswegen erheben wir auch Anspruch – ich sage das so hart – auf eine entsprechende Unterstützung. Dazu sagt der Herr Ministerpräsident auch:

Die Staatsregierung wird alles tun, was der Stärkung des Zonenrandes, des Grenzlandes und der strukturschwachen Gebiete dient.

Ich bin davon überzeugt, daß das die Bayerische Staatsregierung mit Unterstützung der CSU-Fraktion auch in Zukunft tun wird, und ich darf das ganze Haus um diese Unterstützung sehr herzlich bitten.

(Beifall bei der CSU – Abg. Hiersemann:
Jetzt fehlt nur noch der Zeitungsausschnitt!)

Erster Vizepräsident Mösllein: Nächste Wortmeldung: der Abgeordnete Dr. Magerl.

Dr. Magerl (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich, bevor ich zur Verkehrspolitik komme, noch ganz kurz auf eine Bemerkung von Herrn Tandler eingehen, die wir von den GRÜNEN außerordentlich begrüßen. Er hat nämlich gesagt, die Endlagerung sei bis heute noch nicht erprobt, das Ganze sei – so sinngemäß – eine völlig unsichere Angelegenheit, und man solle deshalb die Wiederaufarbeitungsanlage bauen und keine Endlagerung machen. Offensichtlich weiß Herr Tandler nicht, daß auch bei einer Wiederaufarbeitung ein Endlager unbedingt notwendig ist. Atomenergie und Wiederaufarbeitung sind ohne Endlagerung nicht möglich. Jetzt ist endgültig einmal zugegeben worden – auch von der CSU –, daß mit der Kernenergie, der Atomenergie, und allem, was an ihr hängt, ein Weg gegangen wird, der einen nicht erprobten, einen unsicheren Abschnitt enthält. Damit, meine Damen und Herren von der CSU, sind nicht wir GRÜNEN, sondern Sie und Sie einzig allein die Partei der Verantwortungslosigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich jetzt zur Verkehrspolitik kommen! Betrachtet man die Regierungserklärung, kommt man zu der Feststellung, daß hier Dilettanten am Werk gewesen sind. Von einem durchdachten Verkehrskonzept, bei dem sich die einzelnen Verkehrsträger sinnvoll ergänzen, ist die Bayerische Staatsregierung meilenweit entfernt. Der Ausbau verschiedener Verkehrsträger wird gleichzeitig, teilweise parallel zueinander, propagiert.

Nur einige Beispiele: Fertigstellung des Rhein-Main-Donau-Kanals parallel zu äußerst leistungsfähigen Bahn- und Straßenverkehrssystemen unter Opferung des einzigartigen Naturraumes Altmühltal; propagierter Bau der A 94, der sogenannten Tandler-Autobahn, parallel zur leistungsfähigen B 12 unter gleichzeitiger Aushungerung der Eisenbahnstrecke München-Mühldorf-Simbach;

(Unruhe bei der CSU)

Bau des Großflughafens München II im Erdinger Moos und gleichzeitig propagierter Anschluß an das geplante bzw. im Bau befindliche Hochleistungssystem der Deutschen Bundesbahn. Gerade diese beiden Maßnahmen konkurrieren im innerdeutschen Verkehr, so daß der Bau des Flughafens München II, geht man von den Bekenntnissen aus, die von der CSU für die Bahn als umweltfreundliches Verkehrsmittel abgegeben werden, zumindest für den innerdeutschen Verkehr eine gigantische Fehlinvestition, eine noch gigantischere Naturzerstörung und ein absoluter verkehrspolitischer Unsinn ist.

Betrachtet man das Kapitel Luftverkehr in der Regierungserklärung genauer, drängt sich der Schluß geradezu auf, daß die Priorität der Verkehrspolitik der Bayerischen Staatsregierung bei diesem umweltfeindlichsten Massenverkehrsmittel überhaupt liegt. Das überdimensionierte Flughafenmonster im Erdinger Moos wird leider gegen den erklärten Willen der Bevölkerung realisiert. Gleichzeitig mit diesem größ-

ten Flughafen in ganz Deutschland werden aber auch noch Milliardensubventionen für die Luftfahrtindustrie gefordert, obwohl dem Airbus-Unternehmen, dessen Aufsichtsratsvorsitzender der Ministerpräsident Franz Josef Strauß ist, Zahlungsunfähigkeit droht. Er sollte daher von seinem Amt zurücktreten und es einem fähigeren Mann überlassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hier werden unverhohlenen Milliardensubventionen für zwei neue Flugmuster, die A 340 und die A 330, gefordert, um damit den Fortbestand und die Fortsetzung des Pleiteunternehmens zu sichern. Durch die geforderten Milliardensubventionen soll der Luftverkehr durch den Privatflieger und Aufsichtsratsvorsitzenden Franz Josef Strauß – ich kann mir nicht vorstellen, daß er das als Ministerpräsident gemacht hat – zu Lasten des umweltfreundlichen Schienenverkehrs gefördert werden. Für diesen fehlt einfach das Geld, das notwendig wäre, um den Verkehr auf der Schiene entsprechend zu fördern.

Halbherzig wird auf diesem Gebiet eine Befreiung von der Mineralölsteuer für den öffentlichen Nahverkehr gefordert – das begrüßen wir GRÜNEN –; aber warum nicht auch gleichzeitig für den öffentlichen Fernverkehr? Dort ist sie genauso notwendig. Es geht doch nicht an, daß die Deutsche Bundesbahn Mineralölsteuer zahlen muß, die Luftfahrt aber nicht; dadurch wird die Konkurrenz verzerrt. So geht das Ganze doch nicht!

Ebenso halbherzig wird eine Verbesserung beim öffentlichen Personennahverkehr gefordert und propagiert, obwohl man hinnimmt, daß sich die Deutsche Bundesbahn immer mehr aus der Fläche zurückziehen muß, weil ihr infolge einer verzerrten Konkurrenz durch die Straße das Wasser abgegraben wird. Ein deutlicher Vorrang der Schiene muß nicht durch Lippenbekenntnisse in der Regierungserklärung, sondern endlich durch Taten dokumentiert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und Teilen der SPD)

Solange es das vorrangige Ziel der Staatsregierung bleibt, mit der Aufstockung der Finanzmittelquote für Bayern die Grundlage für weitere Autobahnen zu legen, werden die Bekenntnisse zur Schiene nur Lippenbekenntnisse bleiben. Die GRÜNEN fordern den sofortigen Stopp aller Bemühungen, die A 96 und insbesondere die A 94 zu realisieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Regierungserklärung wird der Forderung nach Realisierung des letzten Projekts mit der Behauptung Nachdruck verliehen, daß in den ersten neun Monaten des Jahres 1986 26 Menschen ihr Leben auf der B 12 lassen mußten. Die GRÜNEN bedauern jedes Verkehrsoffer und wissen, welches Leid mit Unfällen zusammenhängt. Trotzdem glauben wir, daß solche Unfälle nicht nur auf der B 12, sondern auch anderswo durch folgende Maßnahmen wesentlich besser verhindert werden können als durch den Bau von Autobahnen: endlich Tempo 80 für Landstraßen,

(Beifall bei den GRÜNEN)

(Dr. Magerl [DIE GRÜNEN])

Entschärfung von Unfallschwerpunkten und Ortsdurchfahrten – kein einziger GRÜNER wendet sich gegen den sinnvollen Ausbau von Ortsumgehungen –,

(Heiterkeit bei SPD und CSU –
Abg. Wengenmeier: Absolut unwahr!)

Ausbau von Straßen wie der B 12 auf der bestehenden Trasse, speziell in Bereichen mit überdurchschnittlichem örtlichem Ziel- und Quellverkehr, zur vierstreifigen Bundesstraße und konsequente Kontrolle von Tempolimits, Überholverbote und besonders der Alkoholgrenzwerte durch die Polizei. Gestatten Sie mir hier die Frage: Sind denn Leute – ein Teil der Todesopfer ist eben auf alkoholbedingte Unfälle zurückzuführen –, die mit zwei Promille und 180 km/h über die Straßen fahren, nicht auch potentielle Mörder?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wollen Sie sie vielleicht wie die Strommast-Umsäuger als Terroristen bezeichnen? Gleichzeitig mit diesen Maßnahmen müssen aber auch noch lukrative und konkurrenzfähige Angebote im Bereich der öffentlichen Verkehrsmittel realisiert werden.

Beim schienengebundenen Güterverkehr muß die Bayerische Staatsregierung endlich alle möglichen Schritte unternehmen und insbesondere die Polizei anweisen, die Einhaltung bestehender Tempolimits durch Lkws umfassend zu überprüfen. Bei der Bundesbahn werden die Tempolimits penibel eingehalten, beim Lkw-Verkehr ist das die große Ausnahme. Die sich daraus ergebende Wettbewerbsverzerrung muß durch eine umfassende Kontrolle unverzüglich abgeschafft werden.

Zwei Arten der Fortbewegung, möglicherweise immer noch die häufigsten, fehlen in der Regierungserklärung völlig, nämlich die Fortbewegung zu Fuß und mit dem Fahrrad, die beiden umweltfreundlichsten Fortbewegungsarten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für sie hat der Ministerpräsident als Flieger und Autofahrer offensichtlich nichts übrig; er läßt sie völlig außer acht. Hier sind umgehend Maßnahmen notwendig, damit diese beiden Verkehrsträger endlich einmal als den anderen gleichwertig akzeptiert werden und nicht immer nur so nebenbei, am Rande erwähnt werden.

Ich komme zum Schluß. Die Bayerische Staatsregierung und Franz Josef Strauß haben mit der Regierungserklärung einmal mehr gezeigt, daß die Verkehrsentwicklung in Bayern weiterhin planlos und ohne Generalverkehrskonzept stattfinden wird. Besonders der Luftverkehr und der Straßenverkehr als umweltfeindlichste Verkehrsmittel werden gefördert. Der notwendige Umdenkprozeß zu einer umweltfreundlichen Verkehrspolitik ist noch nicht einmal ins Stadium der Kinderschuhe gelangt.

An einer Brücke über die im Bau befindlichen A 92, die in diesem Bereich durch das Naturschutzgebiet Viehla-Moos führt, findet sich der Spruch – ich finde die Sachbeschädigung allerdings nicht gut –: Stoppt die Betondeppen! Dies ist die Stimme des Volkes, sie ist an die Bayerische Staatsregierung gerichtet.

(Widerspruch von der CSU)

Machen Sie sich dieses Motto bei Ihrer zukünftigen Verkehrspolitik zu eigen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Möslin: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Dumann das Wort.

Dumann (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Meine Damen, meine Herren! Nachhilfe in der Straßenverkehrsordnung brauchen die GRÜNEN, die sich mit Fahrzeugen auf die Straße begeben, die wegen Verkehrsunsicherheit und wegen Nichteinhaltung der Straßenverkehrsordnung kurz vor dem Landtag gestoppt werden müssen. Das, meine Damen und Herren, vielleicht zur Einführung.

Lassen Sie mich aber nun zur Verkehrspolitik in Bayern kommen! Man muß einmal betonen, daß leistungsfähige Verkehrsverbindungen für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen notwendig sind. Erfolgreiche Wirtschaftspolitik ist auch nur möglich, weil in Bayern eine erfolgreiche Verkehrspolitik betrieben worden ist.

Das gesunde und vernünftige Nebeneinander von Schienen-, Straßen- und Luftverkehr ist in Bayern beispielgebend für die anderen Bundesländer. Verkehrspolitik hat aber kein Eigenleben, sondern sie ist wechselseitig eng verflochten mit verschiedenen anderen Politikbereichen, insbesondere mit der Umweltpolitik. Ich glaube, daß gerade bei der Umweltpolitik die Verkehrspolitik eine entscheidende Rolle spielt; denn es kann uns ja nicht gleichgültig sein, wenn beim Ausbau unserer Verkehrssysteme auf die Anliegen des Umweltschutzes nicht entsprechend Rücksicht genommen wird.

Ich erinnere hier nur an die zur Vermeidung von Lärm und Gestank oder zur Erhöhung der Verkehrssicherheit geschaffenen Ortsumgehungen und an umweltfreundliche Verkehrsmittel wie Bundesbahn, U-Bahn, S-Bahn, öffentlicher Personennahverkehr und insbesondere die Binnenschifffahrt.

Das Thema „öffentlicher Personennahverkehr“ wäre natürlich allein eine Aktuelle Stunde wert. Wir wissen, daß durch das vorzügliche System des öffentlichen Personennahverkehrs in Bayern im Großraum München, in Nürnberg, in Augsburg, Würzburg, Regensburg und vielen anderen Städten Instrumentarien geschaffen wurden, die beispielgebend für den Umweltschutz sind.

Ein paar Bemerkungen zu München II! Das Thema mußte natürlich vom Vorsitzenden der Bürgerinitiative gegen den Flughafen München II, Herrn Magerl, angesprochen werden. Es ist anscheinend sein

(Dumann [CSU])

Selbsterhaltungstrieb; denn er muß sich ja gegenüber den Bürgern rechtfertigen können.

Der Flughafen München-Riem muß allein wegen seiner Stadtnähe aus Gründen der Sicherheit und des Umweltschutzes verlegt werden. Der Flughafen ist nicht zuletzt auch an der Grenze seiner Kapazität angelangt. Das Fluggastaufkommen wies in den Jahren 1984 und 1985 Steigerungsraten von 13,8 beziehungsweise rund 11 Prozent aus. 1985 wurden erstmals über 8 Millionen Passagiere abgefertigt.

Die Bauarbeiten für den Flugplatz München II konnten im März 1985 wiederaufgenommen werden. Nach den Planungen der Flughafen München GmbH soll – wir hoffen: wird – der Flughafen München II im Jahr 1991 in Betrieb genommen werden. Der Flughafen München-Riem, unter dem immerhin rund 300 000 Menschen leiden, wird dann geschlossen. Im Flughafenprozeß sind ja nun – Gott sei Dank! – alle entscheidenden Hürden genommen worden; die letzte Entscheidung fiel am 5. Dezember.

Die wirtschafts- und verkehrspolitische Bedeutung des Flughafens München II für die bayerische Wirtschaft wird durch die Exportquote der bayerischen Industrie, die rund 26 Prozent beträgt, verdeutlicht. Die Verbesserung der Direktflugverbindungen mit dem Ausland wird die bayerische Exportwirtschaft weiter stärken. Im Interkontinentalverkehr wird der Flughafen München II als Drehscheibe für Flüge in den Mittleren und Fernen Osten sowie nach Afrika und Südamerika eine große Rolle spielen. Gerade für die Abwicklung des Luftverkehrs nach Süden und Südosten müssen derzeit noch Zeit, Kosten und treibstoffraubende Umwege, insbesondere über Frankfurt, in Kauf genommen werden. Wie Sie, Herr Kollege Dr. Magerl, plötzlich von einem reinen Binnenflughafen sprechen wollen, ist mir schleierhaft.

Zum zweiten eine Bemerkung zur Schnellbahn Nürnberg – München, unabhängig davon, ob sie über Augsburg oder über Ingolstadt geht. Wenn Sie sagen, daß hier die Parallelität Nachteile bringe, dann stimmt das einfach nicht. Gerade die Schnellbahn von Nürnberg nach München ist doch mehr oder minder eine Ergänzung zum Flughafen München II und speziell für das Grenzland außerordentlich wichtig.

Auch in struktur- und arbeitsmarktpolitischer Hinsicht wirkt sich der Bau des neuen Flughafens positiv aus. Mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 3,7 Milliarden DM – ohne Grunderwerb – wird die Verwirklichung des Flughafens dazu beitragen, daß die konjunkturellen Auftriebskräfte für die bayerische Bauwirtschaft wieder Boden gewinnen. Während der Bauzeit des Flughafens werden allein auf der Baustelle 3000 Arbeitnehmer beschäftigt sein.

Auch mittel- und langfristig werden dauerhafte Arbeitsplätze neu geschaffen. In den ersten Betriebsjahren des neuen Flugplatzes ist mit bis zu 8000 Arbeitsplätzen zu rechnen. Weitere 7000 bis 8000 Arbeitsplätze dürften als unmittelbare Auswirkungen im

Umland des Flughafens geschaffen werden. Diese Zahlen zeigen doch, wie wichtig dieser Flughafen allein für die Arbeitsplatzsicherung in Bayern ist.

Ich kann Ihnen, meine Damen und Herren, zu den Ausführungen von Herrn Magerl über die Verkehrspolitik, wie sie die GRÜNEN sehen, nur sagen: Sie picken sich zwei, drei Dinge heraus und meinen, damit bayerische Verkehrspolitik machen zu können. Wir als CSU-Fraktion, die die erfolgreiche Verkehrspolitik der Staatsregierung unterstützen, sehen aber das Land als ganzes. Wir wissen um die Bedeutung der Verkehrsanbindung des Grenzlandes an die Ballungsräume, sei es München oder darüber hinaus. Wir betreiben eine Verkehrspolitik mit einem vernünftigen Nebeneinander von Straße, Bahn und Luftverkehr. Diese erfolgreiche Verkehrspolitik ist der Garant für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik in der Zukunft. Deshalb sind wir der Staatsregierung dafür dankbar, daß sie den Vorschlägen der CSU-Fraktion gefolgt ist.

Wir sagen Dank dafür, daß der Herr Ministerpräsident auch gestern in seiner Regierungserklärung darauf hingewiesen hat, wie bayerische Verkehrspolitik in der Zukunft aussehen wird. Die nächsten vier Jahre wird die CSU das Vertrauen, das ihr von der Bevölkerung in allen Landesteilen erwiesen worden ist, auch rechtfertigen. Denn bei uns steht auch in der Verkehrspolitik nicht eine Ideologie im Mittelpunkt, sondern der Mensch. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Möselein: Das Wort hat der Herr Kollege Gürteler.

Gürteler (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! In seiner Regierungserklärung hat der Herr Ministerpräsident gestern sehr deutlich herausgestellt, daß eine aktive und zukunftsorientierte Mittelstandspolitik auch in dieser Legislaturperiode ein Eckpfeiler der bayerischen Wirtschaftspolitik sein wird. Die Bayerische Staatsregierung setzt damit ihren seit langem bewährten und erfolgreichen wirtschaftspolitischen Kurs fort, dank dessen der Freistaat Bayern von allen Bundesländern die beste wachstums- und beschäftigungspolitische Bilanz der letzten zehn Jahre vorzuweisen hat.

In Bayern hat man nämlich schon sehr frühzeitig die Schlüsselfunktion des gesamten gewerblichen Mittelstandes erkannt und dementsprechend auch gehandelt. Ich erwähne hier nur das Mittelstandsförderungsgesetz; ich erwähne aber auch das Mittelstandskreditprogramm, das weitgehend dazu beigetragen hat, dem Mittelstand unterstützend zur Seite zu stehen.

Aufgrund der vernünftigen Rahmenbedingungen in Bayern haben wir eine gute Situation, und aus diesem Grund ist wiederum das Einkommen der einzelnen gestiegen. Wir haben wieder Preisstabilität und eine günstige Zinssituation erreicht. Deshalb sind auch die weiteren Aussichten für den selbständigen Mittel-

(Gürteler [CSU])

stand von der konjunkturellen Seite her durchaus als gut zu bezeichnen.

Ich möchte auch feststellen, daß insbesondere das Handwerk mit den vielen kleinen und mittleren Betrieben wieder Anschluß an die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Bayern gefunden hat.

Es gibt aber noch eine Reihe von Hemmnissen, die es gerade den kleinen und mittleren Betrieben erschweren, ihre Leistungsfähigkeit am Markt voll unter Beweis zu stellen. Ich möchte in der Kürze der Zeit nur einige wenige Punkte anschnitten.

Die kleinen Betriebe haben immer noch eine viel zu geringe Eigenkapitalquote. Damit fehlen ihnen auch die Mittel für notwendige Investitionen und Modernisierungsmaßnahmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Ursachen dafür liegen zweifellos in einer Politik der SPD zu Beginn der 70er Jahre,

(Widerspruch von der SPD)

als man versuchte, die Belastbarkeit der Wirtschaft zu testen. Haben Sie die „Aktion Gelber Punkt“ und ähnliches schon vergessen?

(Zustimmung von der CSU)

Ich erwähne das nur stichwortartig. Solche Aktionen und diese Art von Politik haben dazu geführt, daß die Eigenkapitalquote auf mittlerweile unter zwanzig Prozent gesunken ist.

(Abg. Loew: Ein glatter Quatsch!)

Erster Vizepräsident Möslin: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Hiersemann?

Gürteler (CSU): Nein, danke, das geht mir von der Zeit ab; ich habe nur sieben oder acht Minuten.

Damals, meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPD, hätten Sie handeln müssen! Wenn Sie jetzt Ihr Herz für den Mittelstand entdecken,

(Abg. Loew: Das wird Ihnen langsam unheimlich!)

stehen dahinter zweifellos nur wahltaktische Überlegungen,

(Abg. Loew: Da kriegen Sie Platzangst!)

Motive, die Verständnis und Einsicht in die Sorgen und Nöte eines mittelständischen Unternehmers nicht erwarten lassen.

(Abg. Loew: Die haben Sie gepachtet!)

Die Bayerische Staatsregierung hat dagegen mit ihrem „Steuertarif '90“ ein Konzept vorgelegt, das geeignet ist, sowohl die Leistungsbereitschaft der Einkommensbezieher als auch die Investitionsfähigkeit unserer Betriebe deutlich zu verbessern. Für die mittelständische Wirtschaft ist es besonders wichtig, daß ein linear-progressiver Tarif und – das ist bereits vom Kollegen Niedermayer erwähnt worden –

eine steuerstundende Investitionsrücklage eingeführt werden.

(Abg. Loew: Das müßt ihr beim Stoltenberg durchsetzen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn sich jetzt auch die SPD für eine steuerstundende

(Abg. Loew: Schon seit zwei Jahren!)

oder, Herr Kollege Loew, wie Sie sagen, eine steuerfreie Investitionsrücklage erwärmt,

(Abg. Loew: Sie haben es zu spät gemerkt; seit zwei Jahren schon!)

dann, meine ich, ist das ein billiger Lockvogel; denn der Mittelstand hätte auf der anderen Seite – das muß einmal herausgestellt werden –

(Abg. Loew: Nur zu!)

auch die Einführung der Ergänzungsabgabe, den Abbau von Kinderfreibeträgen, die Einschränkung des Ehegattensplittings und die Rückgängigmachung der zweiten Stufe der Tarifreform '86/88 zu verkraften. Das wäre erheblich mehr an Steuern!

Mein zweiter Punkt ist der Verdrängungswettbewerb der Handlungsgiganten, der mehr und mehr selbstständige Existenzen in Handel und Handwerk vernichtet. Ich möchte hier nur zwei Tatsachen nennen: Die Zahl der Bäckereien hat in Bayern seit 1970 um 30 Prozent und die der Metzgereien um 15 Prozent abgenommen.

(Zuruf des Abg. Loew)

Wenn dieser Trend anhält, drohen ernsthafte Gefahren für eine wohnortnahe Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sicherlich wurde mit der Novelle zum Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb schon ein richtiger Schritt in die Wege geleitet; er reicht allerdings bei weitem noch nicht aus. Die Konzentration wird weitergehen. Ich bin deshalb sehr froh, daß die Bayerische Staatsregierung, insbesondere das Wirtschaftsministerium, Überlegungen anstellt, im Bundesrat initiativ zu werden für den Fall, daß sich die neue Bundesregierung nicht auf eine Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen einigen kann.

Ich begrüße es, daß in Bayern landesplanerische Schritte erfolgt sind, im Bundesbaugesetz wichtige mittelstandspolitische Aussagen gemacht wurden und die sogenannte Vermutungsgrenze in der Bau-nutzungsverordnung auf 1200 Quadratmeter herabgesetzt wurde.

Der dritte Punkt sind Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft. Sie nehmen in unserem Land deutlich stärker zu als das Bruttosozialprodukt. Wir haben einzelne Handwerkszweige, wo der Umsatz ausfall infolge von Schwarzarbeit bereits ein Drittel des regulären Handwerksumsatzes ausmacht.

(Abg. Franzke: Weil ihr nichts dagegen tut!)

Die Hauptursache für das schnelle Anwachsen der Schwarzarbeit liegt in den hohen Lohnneben-

(Gürteler [CSU])

K o s t e n. Hier muß ich vor allem an uns Politiker appellieren, bei jeder Entscheidung, die wir treffen, genau zu überlegen, welche Auswirkungen davon auf die Lohnzusatzkosten ausgehen. Ich bin der Meinung – das hat auch der Herr Ministerpräsident gestern deutlich gemacht –, daß eine sinnvolle Steuersenkung der wirkungsvollste Beitrag zur Senkung der Lohnnebenkosten wäre.

Der vierte und letzte Punkt, den ich anführen möchte, ist die **Bildungspolitik**. Auch die Bildungspolitik muß auf die Bedürfnisse der kleinen und mittleren Betriebe eingehen, um diese bei ihrer gesellschaftspolitisch so wichtigen Ausbildungstätigkeit zu unterstützen. Die bildungspolitischen Wünsche der mittelständischen Wirtschaft konzentrieren sich insbesondere auf die Erhaltung eines gegliederten Schulwesens.

Ein wichtiges Anliegen sehe ich ferner darin, die Gleichwertigkeit von beruflicher Bildung und allgemeiner Bildung herauszustellen, um denen, die in der Hauptschule und in der Berufsausbildung gute Ergebnisse vorweisen können, gleiche Weiterbildungsmöglichkeiten zu eröffnen.

In dieser Richtung, meine sehr geehrten Damen und Herren, müssen die Rahmenbedingungen für die kleinen und mittleren Betriebe weiter verbessert werden. Ich bin davon überzeugt, daß damit auch ein nachhaltiger Beitrag zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums und des Wohlstands zu leisten ist. Danke!

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Möslin: Das Wort hat der Kollege Loew.

Loew (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will die mir zur Verfügung stehende kurze Zeit zu einigen haushalts- und finanzpolitischen Anmerkungen nutzen. Zum Staatshaushalt 1987/88 hat die Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten ausgeprochen wenige, ja nur dürftige Angaben gebracht. Darüber ist jetzt also kaum zu reden. Ich vermute, daß darüber in der nächsten Woche, wenn der Haushalt im Kabinett verabschiedet ist, die Öffentlichkeit informiert wird. Die Regierungserklärung wäre nur eine gute Gelegenheit gewesen, die Grundstruktur des Haushalts jetzt schon aufzuzeigen, die ja zumindest für die Hälfte der Legislaturperiode und damit genau für die vor uns liegende Haushaltszeit gelten soll.

Eine Diskussion im Haushaltsausschuß in der letzten Woche ergab, daß ein Eckdatum für die Haushaltsgestaltung 1987/88 die Annahme eines gegenüber 1986 um fünf Prozent erhöhten **Steueraufkommens** sein wird – dies bei einem vorausgesetzten Wachstum des Bruttosozialprodukts von zwei Prozent. Es zeigt schon ein weiteres Hineinwachsen in den Abgabenstaat unter einer CDU/CSU-FDP-Regierung, wenn bei einem zweiprozentigen Zuwachs des Bruttosozialprodukts ohne weiteres mit einem Zu-

wachs des Steueraufkommens von fünf Prozent gerechnet wird. Darauf möchte ich aber im zweiten Teil meiner Anmerkungen eingehen.

Mir erscheint es derzeit äußerst fraglich und unsicher, ob im Jahre 1987 ein Zuwachs des Bruttosozialprodukts um zwei Prozent tatsächlich zu erreichen sein wird, so wie er ja im zweiten Halbjahr 1986 entgegen allen Prognosen auch nicht erreicht worden ist. Die US-Konjunktur, die Nachfrage in den EG-Ländern, die Dollar-Entwicklung, die damit zusammenhängende wachsende Exportschwäche der deutschen Wirtschaft und die Weltölpreise bergen genügend Risiken dafür, daß auch im Jahr 1987 nicht mit der Wirtschaftsentwicklung gerechnet werden kann, die jetzt allgemein, auch in den Wirtschaftsprognosen, zugrundegelegt wird. Wer realistisch ist gegenüber der gegenwärtigen Optimismuskampagne der jetzigen Bundesregierung, die auch von den Wirtschaftsverbänden, den Banken, den Arbeitgeberverbänden und den Kernkraftunternehmen getragen wird, sollte dies mit einrechnen und bei der Haushaltsgestaltung beachten.

Zur Ausgabenseite machte der Herr Ministerpräsident zwei Aussagen: Es gibt eine **Planstellenmehrung**, und zum anderen soll versucht werden, höhere Investitionen im Haushalt zu erreichen. Wir begrüßen diese Zielsetzungen ausdrücklich und sehen uns damit in unseren Forderungen zur Haushaltsgestaltung in den vergangenen Jahren bestärkt. Wir haben uns immer gegen einen Planstellenabbau gewandt und bekommen jetzt offenbar spät recht. Welche Logik kann nämlich darin bestehen, im Jahre 1986 noch Tausende von Stellen im Haushalt auszumerzen, um schon im nachfolgenden Haushalt in Planstellenmehrungen in einer noch unbekanntenen Größenordnung einzusteigen?

(Beifall bei der SPD)

Das ist doch eine Politik „Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln!“, eine ideologisch motivierte Zickzack-Politik, die wenig Rücksichten auf die Bedürfnisse der Beschäftigten in den verschiedenen Verwaltungen des Freistaates Bayern nimmt.

In gleicher Weise freuen wir uns, daß Sie das Ziel, mit dem Haushalt mehr Investitionen zu verwirklichen, offenbar verstärkt anstreben. Darin sehen wir auch eine Absage an die von Ihnen selbst vorgenommene mittelfristige Finanzplanung, nach der bis in die Jahre 1987, 1988 und 1989 hinein eine Absenkung der Investitionsquote im Haushalt vorgesehen war. Wenn dies die Ankündigung der Umkehr zu einer Investitionspolitik im Haushalt sein soll, teilen wir diese Absicht.

(Abg. Wengenmeier: Das ist ein Irrtum Ihrerseits, Herr Kollege Loew!)

Wir möchten also ausdrücklich unterstreichen, daß wir die Verstetigung der öffentlichen Investitionen auf erhöhtem Niveau weiterhin als unser Ziel ansehen und Sie als Mehrheitsfraktion unterstützen werden, wenn Sie diesen Weg gehen.

Darüber hinaus wollen wir weiterhin eine Stärkung der kommunalen Finanzkraft, vor allem im

(Loew [SPD])

Bereich der Umweltinvestitionen, weil die Kommunen in den Bereichen Abwasserreinigung, Müllentsorgung, Luftreinhaltung, Biotopentwicklung, Schaffung umweltfreundlicher Wohnverhältnisse und Umweltschutz die Hauptleistungen erbringen müssen. Die Kommunen sind dazu bisher aber finanziell noch nicht in die Lage versetzt worden.

Zum dritten brauchen wir eine gezielte Arbeitsmarktpolitik, insbesondere in den Bereichen mit erhöhter Arbeitslosigkeit, also in Nordbayern; das Süd-Nord-Gefälle in Bayern ist verschiedentlich schon angesprochen worden. In Nordbayern brauchen wir gezielte Maßnahmen und eine besser gesteuerte Arbeitsmarktpolitik. Auch das sollte ein Schwerpunkt unserer Haushaltsgestaltung sein. Ich wünsche, daß wir damit bei Ihnen als Mehrheitsfraktion mehr Resonanz finden als in den vergangenen Jahren.

(Zuruf von der CSU)

– Die Diskussion können Sie, Herr Kollege, noch nicht kennen, weil Sie neu im Hause sind.

(Frau Abg. Stamm: Jeder fängt einmal an!)

– Richtig! Wenn er aber erst anfängt, sollte er zurückhaltend sein mit Bemerkungen über die Diskussionen in den vorigen Jahren, oder er sollte sich erst sachkundig machen. Dann gehen wir gern auf ihn ein. Er liegt halt einfach neben der Sache. Das kann ja, gerade bei jüngeren Kollegen, einmal vorkommen.

Ich möchte noch einige Anmerkungen zur Steuerpolitik machen, zumal sie wahlkampfbezogen im Mittelpunkt der Aussagen des Ministerpräsidenten stand. Am Anfang gilt es, eine Bemerkung des Ministerpräsidenten zurückzuweisen. Ich verweise auf Seite 15 seiner Rede, wo er der Bundesregierung unter sozial-liberaler Führung im Ergebnis vorwirft, sie habe die Steuerlast in den 13 Jahren ihrer Regierungszeit kontinuierlich erhöht, und daraus ableitet, daß die rechtskonservative „Wende“-Regierung in Bonn die Steuerlast seit dieser Zeit planmäßig zurückgeführt habe. Kein Wort davon ist richtig; kein Wort davon trifft zu! Ich muß den Herrn Ministerpräsidenten nachdrücklich auffordern, sich bei solchen Aussagen an die Fakten zu halten und nicht falsches Zeugnis zu reden.

(Zurufe von der CSU)

Die volkswirtschaftliche Steuerquote ist in den letzten 20 Jahren im Schnitt bei 23,5 Prozent geblieben und ist weder von der sozial-liberalen Regierung entscheidend erhöht noch von der „Wende“-Regierung entscheidend gesenkt worden. Dies geschah auch nicht durch die Steuersenkungen 1986 und 1988, auf die Sie so stolz sind. Diese Steuersenkung von 10 Milliarden DM im ersten Schritt ist nämlich bei weitem durch die von Ihnen am 1. Januar 1983 vorgenommene Mehrwertsteuererhöhung kompensiert worden, die die Steuerbelastung des Verbrauchers um 10 Milliarden DM erhöht hat. Für 1983 mit 1987 bedeutet das Steuermehreinnahmen von 50 Milliarden DM, von

denen Sie jetzt durch eine, wie wir meinen, ungerechte Ausgestaltung des Einkommensteuertarifs erst einmal 10 Milliarden DM zurückgegeben haben. Unter der Regierung Kohl erfolgte keine Rückgabe der heimlichen Steuererhöhungen, die Sie von der Schmidt-Regierung immer wieder gefordert haben. Zwischenzeitlich sind schätzungsweise 50 Milliarden DM angelaufen.

Ebenso muß ich die völlig verzerrte und damit unzutreffende Darstellung der SPD-Steuerreform, des sogenannten Rau-Tarifs 1988, zurückweisen. Es wird davon gesprochen, daß der Vorschlag der SPD zu einer anderen Ausgestaltung des Steuertarifs 1988 führen würde, also zu einer anderen steuerlichen Belastung der Einkommens- und Lohnbezieher ab Jahresbeginn 1988, und der Ministerpräsident sagt, daß unsere Vorschläge zu einer drastischen Belastung der mittleren Einkommen führen würden. Dies ist unzutreffend und falsch. Nach unseren Vorstellungen gibt es eine nicht so starke oder gar keine Entlastung für verheiratete Einkommensbezieher mit einem Familieneinkommen von über 82000 DM im Jahr. Nach den vorliegenden Erhebungen sind dies etwa 15 bis 20 Prozent der Steuerpflichtigen unseres Landes.

Der Unterschied zwischen dem Vorschlag der CSU und unserem besteht darin, daß wir eine Steuererleichterung für 15 bis 20 Prozent der Bevölkerung, nämlich für die, wie wir sagen, gut bis sehr gut Verdienenden mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von über 82000 DM, nicht mitmachen und dafür die kleinen und mittleren Einkommensteuerpflichtigen – das sind 80 Prozent der Steuerpflichtigen – entlasten wollen. Das ist die Wahrheit und nichts anderes.

(Beifall bei der SPD)

Das kann man nachrechnen, das ist nachgerechnet worden und ist auch vom Bundesfinanzministerium nicht bestritten worden. Bitte halten Sie sich an diese Angaben!

Eine Behauptung, meine Damen und Herren, möchte ich besonders herausstellen: Die CSU-Regierung habe die Abgabenquote im Lande gesenkt. Nichts ist so falsch wie diese von Ihnen hartnäckig verbreitete Legende. Ich gebe zu, daß diese Verbreitung mit einem gewissen Erfolg geschieht, weil es auch unter den fachkundigen Vertretern der Presse offenbar noch genügend Leute gibt, die das ungeprüft von Ihnen übernehmen.

Sie sagen immer, daß die SPD-geführten Bundesregierungen diejenigen gewesen seien, die die Abgabenquote so drastisch erhöht haben. Die Abgabenquote, die zur Zeit der SPD-geführten Bundesregierung im Jahre 1982 30,5 Prozent betrug, wird im Jahre 1990 trotz aller Ihrer Steuersenkungen auf 34,6 Prozent ansteigen. Das heißt, Sie werden dem Arbeitnehmer, dem Lohnsteuerpflichtigen allein durch die Steigerung der Abgabenquote weitere 40 Milliarden DM aus der Tasche ziehen. Wie sich angesichts solcher Fakten, die x-mal veröffentlicht wurden, die Legende halten kann, daß Sie die Partei sind,

(Loew [SPD])

die die Abgabenlast senken will, ist schlichtweg nicht erklärbar.

(Beifall bei der SPD)

Das gleiche gilt für die Lohnsteuerquote. Die Lohnsteuerquote betrug 1982, volkswirtschaftlich gesehen, 16,6 Prozent der Bruttolohnsumme, und sie wird trotz aller Ihrer Steuersenkungen bis 1990 auf 19,8 Prozent ansteigen. Dies ist wiederum eine Mehrbelastung der Steuerpflichtigen in einer Größenordnung von über 30 Milliarden DM.

Im Bewußtsein der Bevölkerung ist es einfach noch nicht genügend verankert, daß wir unter einer CDU/CSU-FDP-geführten Regierung den Marsch in einen Lohnsteuerstaat angetreten haben, daß die sogenannte Haushaltskonsolidierung, die Rückführung der Nettokreditaufnahme im Bund, aber auch in manchen Ländern allein auf Kosten eines erhöhten Steuerdrucks auf die Lohnsteuerpflichtigen erreicht worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Der Marsch in den Abgabenstaat wird sich trotz aller Ihrer Steuerreformpläne fortsetzen. Die Zahlen, die ich hier für die steigende Abgabenbelastung insgesamt und für die steigende Lohnsteuerbelastung genannt habe, stammen durch die Bank vom Bundesfinanzministerium.

Weil Sie offenbar auch unruhig werden, daß sich die Aussicht einer wachsenden Steuerbelastung, daß sich die Gleichung „CSU-Staat ist gleich Lohnsteuerstaat“ stärker im Bewußtsein der Bevölkerung festsetzen könnte, fangen Sie jetzt, im Jahre 1986, an, über Steuerentlastungen des Jahres 1990 zu sprechen.

Nun bin ich bei dem vielgerühmten „Tarif '90“ angelangt. Was übrigens der Ministerpräsident von der jetzt angeblich größten Steuerreform aller Völker und Zeiten, nämlich der Kohl-Senkungs-Steuerreform, hält, wird daran deutlich, daß er immer wieder sagt, jetzt sei einmal eine wirkliche Steuerreform notwendig. Das heißt also, daß er von der Steuerreform 1986/1988 nichts hält. Eigentlich verdient sie – da stimmen wir ihm zu – das Etikett einer Steuerreform nicht.

Nun aber zum „Tarif '90“! Was hier an Vorschlägen innerhalb der die Bundesregierung tragenden Parteien gegenwärtig auf dem Markt ist, ist kaum mehr zu übersehen. Jeden zweiten Tag macht irgendeiner, der glaubt, für die Regierung, falls sie sich bis zum Jahre 1990 fortsetzt, sprechen zu können, einen neuen Vorschlag.

(Abg. Geisberger: Für jeden etwas!)

Die Konfusion in diesem Bereich wird nur noch von der völligen Konfusion der Bundesregierung auf dem Gebiet der Außenpolitik übertroffen.

(Beifall bei der SPD)

Halten wir uns aber einmal an das, was Sie vorschlagen, Herr Finanzminister: Erhöhung des Grundfreibe-

trages – dem stimmen wir zu –, Verlängerung der Proportionalzone – dem stimmen wir zu –, Absenken des Eingangsteuersatzes – dem stimmen wir zu – und im Unternehmensbereich steuerstundende Investitionsrücklagen für den Mittelstand; dem stimmen wir zu. Wir würden uns freuen, mit Ihnen einmal Arm in Arm gegen Stoltenberg laufen zu können. Nur fürchte ich, daß die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, wenn es dort zur Abstimmung kommt, genauso kneifen wird, wie sie bei der Luxus pensionierung von Offizieren gekniffen hat.

(Beifall bei der SPD)

Wir lassen aber auch gerne mit uns darüber reden, daß durch modifizierte Abschreibungsregelungen auch punktuelle Erleichterungen für den Wirtschaftsbereich getroffen werden sollen. Wir nehmen Ihnen aber nicht ab, daß Sie Ihre Steuersenkung in Höhe von 38 Milliarden DM kompensieren wollen, ohne daß Sie die Mehrwertsteuer erhöhen, ohne daß Sie die Kreditaufnahme erhöhen oder ohne daß Sie in arbeitnehmerbegünstigende Subventionen einschneiden. Es ist schlichtweg undenkbar, daß Sie, wie Sie glauben, verantworten könnten, im Jahre 1990 20 Milliarden DM oder mehr aus dem Bundeshaushalt ohne jede Kompensation herauszuschneiden.

Was Sie hier vormachen, ist meiner Ansicht nach eine Irreführung der Bevölkerung. Stoltenberg und Bange mann haben recht, wenn sie sagen: Das geht nicht ohne Mehrwertsteuererhöhung; das geht nicht, ohne daß wir die Steuerbelastung für den Arbeitnehmer auf der anderen Seite erhöhen, indem wir die Freibeträge für das Weihnachtsgeld und die Freibeträge für Arbeitnehmer insgesamt abschaffen und dadurch das kompensieren, was wir als Steuererleichterung geben wollen.

Zum Schluß! Herr Staatsminister, auch wenn Sie jetzt mit Ihrem Vorschlag, der sich ja teilweise mit dem Rau-Vorschlag deckt, locken wollen, den Grundfreibetrag auch schon für 1988 zu erhöhen, können wir dabei nicht mitmachen, wenn Sie ihn mit der Forderung der Absenkung der Höchstbesteuerung von 56 Prozent auf unter 50 Prozent koppeln. Dies ist mit uns nicht zu machen.

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Kollege, Sie müssen aber jetzt zu Ende kommen!

Loew (SPD): Wir sehen, daß Ihr Argument, daß allein dadurch die Leistung unserer Volkswirtschaft erhöht werden kann, in keinem Punkte zutrifft. Deswegen wenden wir uns dagegen. Einer Politik der Steuergeschenke für Großverdiener werden wir die Hand nicht reichen. Ich hoffe, daß es, wenn ich einmal etwas länger als heute die 15 Minuten Zeit habe, darüber zu diskutieren, gelingt, noch deutlicher zu machen, als es jetzt möglich ist, daß die SPD die Partei der steuerlichen Gerechtigkeit in diesem Lande ist. Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD – Heiterkeit der Frau Abg. Stamm)

Erster Vizepräsident Möslin: Nächste Wortmeldung: der Kollege Wengenmeier.

Wengenmeier (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Man muß immer wieder sagen, daß am 12. Oktober dieses Jahres über 56 Prozent der Wähler in Bayern der CSU ihr Vertrauen gegeben haben.

(Beifall bei der CSU)

Also sind über 56 Prozent mit der Politik der CSU und ihrer Staatsregierung einverstanden und wollen, daß sie fortgeführt wird.

(Zuruf von der CSU: Noch viel mehr wollen das!)

Ich glaube, das ist eine deutliche Bestätigung für die Richtigkeit dieser Politik. Es wäre demnach meines und unseres Erachtens falsch, einen anderen Weg einzuschlagen oder gar die Grundzüge der CSU-Politik für Bayern zu ändern.

Die Regierungserklärung, die der Herr Ministerpräsident gestern abgegeben hat, steht für die Fortsetzung dieser erfolgreichen Politik für unsere Bürger und für unser Land, einer Politik, die Vertrauen auf Beständigkeit schafft, die sich an den berechtigten Interessen der Bürger orientiert und die für Zukunftsentwicklungen offen ist.

Eine wichtige Grundvoraussetzung hierfür ist unsere bisherige und auch künftige solide und bewährte Finanz- und Haushaltspolitik. Sie war und ist unter anderem Grundlage für die positive wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Wir, die CSU, werden für die 11. Legislaturperiode des Bayerischen Landtags unsere bisherige Finanz- und Haushaltspolitik in der gleichen Linie fortsetzen, nämlich: Sparen und Investieren.

(Abg. Dr. Manfred Weiß: Jawohl!)

Wir werden auch in Zukunft mit dem Geld der Steuerzahler sparsam und klug umgehen.

(Abg. Loew: Deshalb mehr Staatssekretäre!)

Meine Damen und Herren, die Staatskasse in Bayern stimmt –

(Beifall bei der CSU)

im Gegensatz zu der in manch anderen Bundesländern in unserer Republik. Das wissen auch die meisten Bürger in unserem Lande.

(Zuruf von der CSU: Schwarze Länder, schwarze Zahlen; rote Länder, rote Zahlen!)

Bei den finanz- und haushaltspolitischen Entscheidungen orientieren wir uns an drei wichtigen Grundsätzen.

Zum ersten halten wir uns bei den konsumtiven Ausgaben zurück, um die Staatsquote zu senken, den Geldwert stabil zu halten und Spielräume für Steuersenkungen und Investitionsleistungen zu öffnen. Für uns ist dabei Sparen keinesfalls Selbst-

zweck. Es geht vielmehr darum, den finanzpolitischen Handlungsspielraum für wichtige Zukunftsaufgaben offenzuhalten.

Zum zweiten halten wir unsere Verschuldung niedrig, um unseren politischen Handlungsspielraum nicht durch übermäßige Zinszahlungen zu beschneiden und um die Kapitalmärkte zu entlasten. Das Geld, das wir für Zinsen ausgeben müssen, haben wir nämlich nicht noch einmal für Investitionen zur Verfügung.

(Abg. Dr. Wilhelm: So ist es!)

Zum dritten steigern wir die Investitionen, um heute Arbeitsplätze zu schaffen und die Zukunft von morgen zu sichern. Die Haushalts- und Finanzpolitik der CSU-Staatsregierung und der CSU-Fraktion in diesem Lande Bayern ist eine Politik für mehr Investitionen. Unser erster Platz bei den Investitionen ist die Folge unseres letzten Platzes bei den Schulden.

Diese drei wichtigen Grundsätze werden für die CSU-Fraktion in diesem Hohen Hause auch für die neue Legislaturperiode des Bayerischen Landtags Geltung haben, und zwar exakt so, wie wir sie in den vergangenen Legislaturperioden nachweisbar in die Praxis umgesetzt haben.

Ich darf daran erinnern, daß die Beratungen zum Nachtragshaushalt 1986 eine Investitionsquote im Staatshaushalt von 22,6 Prozent zum Ergebnis hatten – die höchste Investitionsquote aller Bundesländer, die es gibt und je gegeben hat.

(Beifall bei der CSU)

Was heißt das in klaren Zahlen? Allein 1986 werden rund 2200 Millionen DM mehr für bayerische Investitionen ausgegeben als im Länderdurchschnitt. Wir liegen also um 2200 Millionen DM Investitionsausgaben höher als die Länder im Bundesdurchschnitt.

Wie wichtig es war, die finanzpolitischen Spielräume im bayerischen Haushalt konsequent zugunsten der Investitionen auszunützen, zeigt auch die Entwicklung des Arbeitsmarktes. Bayern, meine Damen und Herren – darauf kommt es letzten Endes an –, ist das einzige Bundesland, in dem in den letzten zehn Jahren keine Arbeitsplätze verloren gegangen sind, sondern die Zahl der Arbeitsplätze zugenommen hat.

Bayern ist das Land mit der geringsten Verschuldung trotz höchster Investitionen. Wir haben die Zunahme der Nettokreditaufnahmen in den letzten vier Jahren halbiert. Bayern hat die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung aller Bundesländer. Dazu ein Vergleich zum 31. Dezember 1985! Der Länderdurchschnitt bei der Pro-Kopf-Verschuldung lag bei 3950 DM. Nordrhein-Westfalen zum Beispiel, wo Herr Rau regiert, hatte eine Pro-Kopf-Verschuldung von 4418 DM.

(Abg. Loew: Schleswig-Holstein 9900 DM!)

Bayern aber hatte eine Pro-Kopf-Verschuldung von 2073 DM. Diese Zahlen ließen sich ohne weiteres erweitern, zum Beispiel auf Bremen, wo die Pro-Kopf-Verschuldung bei 13 500 DM liegt.

(Wengenmeier [CSU])

Meine Damen und Herren! Es ist unser fester Wille und unsere erklärte Absicht, den bisherigen finanz- und haushaltspolitischen Kurs der Staatsregierung, nämlich vernünftig zu sparen und kräftig zu investieren, fortzuführen. Wir haben so die Voraussetzungen für mehr Wirtschaftswachstum und damit auch für mehr Beschäftigung geschaffen. Wir haben damit aber auch die Sicherheit geschaffen, die vielfältigen Aufgaben der Kulturpolitik, der Sozialpolitik und der Umweltpolitik zeitgerecht erfüllen zu können.

(Sehr richtig! bei der CSU)

Meine Damen und Herren! Fleiß, Tüchtigkeit, Leistungsbereitschaft und Verantwortungsbewußtsein unserer Bürger sind echte und wichtige Elemente und Tugenden zur Gestaltung und Bewältigung der Zukunftsaufgaben. Diese Tugenden dürfen durch eine hohe Abgabenlast nicht bestraft, sondern müssen belohnt werden.

Nach der Phase der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen ist nun der Weg geebnet für eine deutliche, dauerhafte Steuerentlastung bei den Direktsteuern ohne Erhöhung bei anderen Steuerarten.

Die CSU-Fraktion unterstützt und bekräftigt eingehend und uneingeschränkt den „Tarif '90“ der Bayerischen Staatsregierung. Mit dem „Tarif '90“ des bayerischen Finanzministers Streibl hat Bayern ein Konzept vorgelegt, mit dem die bundesdeutschen Steuerzahler in den nächsten vier Jahren um 38 000 Millionen DM entlastet werden sollen. Ziel ist es, den Steuerzahler zu entlasten, den Staatsanteil und die Staatsquote weiter zurückzuführen.

Die SPD hat, wie nicht anders zu erwarten, wieder beschlossen, die Steuerquote und die Steuerlasten insgesamt nicht zu senken. Herr Apel hat das ja im Deutschen Bundestag am 25. November 1986 sehr deutlich gesagt.

In diesem Zusammenhang muß daran erinnert werden, daß gerade von seiten der Regierung der sozialliberalen Koalition regelmäßig Steuerentlastungen mit erheblichen Steuererhöhungen kompensiert wurden. Ich möchte hier keine Zahlen nennen – das würde zu weit führen –, aber die Belastung des Bürgers wurde allein durch zwei Mehrwertsteuererhöhungen, fünf Mineralölsteuererhöhungen, drei Tabaksteuererhöhungen und zum Beispiel auch durch die Kürzung der Sparförderung nachdrücklich erhöht.

Sämtliche Steuerentlastungen der jetzigen Bundesregierung seit 1982 wurden von der SPD im Deutschen Bundestag und im Bundesrat abgelehnt. Die SPD-regierten Länder haben sich gegen die Steuerentlastung 1986/1988 ausgesprochen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die künftige Steuerreform muß dauerhafte Strukturverbesserungen und nicht Augenblicksentlastungen bringen, die sich bereits nach kurzer Zeit durch heimliche Steuererhöhungen wieder in das Gegenteil verkehren. Genauso aber, lieber Herr Kollege Loew, wäre es beim „Rau-Tarif“: jetzt eine Steuersenkung, aber

dann mit ansteigendem Einkommen wieder eine Mehrbelastung.

Meine Damen und Herren! Die Senkung der Einkommen- und Lohnsteuer wird sicherlich ein Schwerpunkt des neuen Steuerpaketes sein; aber auch die Unternehmenssteuern müssen gesenkt werden, um die Investitionsfähigkeit gerade der mittelständischen Wirtschaft in unserem Lande zu sichern und zu gewährleisten.

Die OECD hat im Oktober dieses Jahres einen Bericht veröffentlicht, aus dem eine Untersuchung zu entnehmen ist, wie sich die Steuerbelastung bei vergleichbaren mittleren Betrieben in der westlichen Welt darstellt. Das ist sehr interessant, weil die Steuerfragen natürlich auch aus Gründen des Wettbewerbs der deutschen Wirtschaft mit unseren Konkurrenten eine Rolle spielt.

Die OECD hat also festgestellt, daß für das Jahr 1983 in Deutschland die direkte Steuerbelastung 43 Prozent betrug, in Japan 36 Prozent, in Österreich 31 Prozent, in Großbritannien 20 Prozent, in den USA 19 Prozent, in Kanada und Belgien 17 Prozent, in den Niederlanden und Spanien 16 Prozent und schließlich in Irland nur 4 Prozent. Ich meine, daß dieser internationale Vergleich auch in die Überlegungen des künftigen Steuerentlastungspaketes, für das die Bayerische Staatsregierung konkrete Vorschläge gemacht hat, einbezogen werden muß.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Haushalts-, Finanz- und Steuerpolitik stehen in einem engen Zusammenhang. Wir, die CSU, wollen eine echte und spürbare Steuerentlastung erreichen, und zwar ohne Kompensation durch anderweitige Steuererhöhungen. Dazu ist es notwendig, eine strenge Ausgaben disziplin zu wahren, damit die Verschuldung der öffentlichen Hand niedrig gehalten werden kann. Das ist unser Ziel und unser politischer Wille für die kommende Legislaturperiode. Wir werden als CSU-Fraktion die Bayerische Staatsregierung auf diesem Weg nachhaltig und kräftig wie bisher unterstützen. Vielen Dank!

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Heubl: Das Wort hat der Herr Kollege Müller.

Müller Karl Heinz (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung gestern zum sozialpolitischen Teil wieder einmal das hohe Lied der Familie gesungen und die angeblich großartigen familienpolitischen Leistungen der CSU abgefeiert.

Tatsache jedoch ist, daß noch keine Regierung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland die Familien durch Leistungskürzungen und Abgabenerhöhungen so belastet hat wie die von Ihnen mitgetragene Koalition, Herr Kollege Tandler. Ihr familienpolitischer Kahlschlag ist beispieldlos. Wenn Sie mir nicht glauben,

(Lebhafter Widerspruch von der CSU – Abg. Dr. Wilhelm: Glauben Sie das?)

(Müller Karl Heinz [SPD])

vielleicht glauben Sie dann dem Präsidenten der Deutschen Liga für das Kind, Herrn Professor Dr. Conrad, der, unwidersprochen von Ihnen, folgende Zahlen genannt hat: Mit den Kürzungen der Haushaltsbegleitgesetze wurden den Familien 20 Milliarden DM entzogen.

(Abg. Vollkommer: Warum denn?)

Selbst mit dem sogenannten 10-Milliarden-Programm bis 1985 haben die Familien heute weniger als 1981 zur Verfügung.

(Abg. Erwin Huber: Alter Schnee!)

Ihr familienpolitischer Leistungsnachweis ist falsch. Tatsache ist: Die Kindergeldzahlungen des Bundes

(Abg. Vollkommer: Die habt ihr gekürzt!)

sind 1985 um 2,5 Milliarden DM niedriger als 1982. Tatsache ist, daß die Ausgaben des Bundes für die Familienförderung insgesamt – Kindergeld, Mutter-schutz und weitere Ausgaben im Einzelplan Jugend, Familie und Gesundheit – im Jahr 1985 sogar um 2,85 Milliarden DM niedriger waren als im Jahr 1982. Tatsache ist, daß die Ausgaben des Bundes und die steuerliche Förderung der Familie durch Bund, Länder und Gemeinden zusammen seit dem Jahr 1982 um 2,7 Milliarden DM zurückgegangen sind. Der Anteil am öffentlichen Gesamthaushalt ist von 4,3 Prozent im Jahre 1982 auf 3,6 Prozent im Jahre 1985 gesunken.

Das Mutterschaftsgeld, meine Damen und Herren, haben Sie von 750 DM auf 510 DM um ein Drittel gekürzt. Selbst wenn man das Erziehungsgeld berücksichtigt, das seit Anfang 1986 gezahlt wird, ergibt sich gegenüber der alten Regelung immer noch eine Kürzung um 20 Prozent.

Wir dagegen, meine Damen und Herren, fordern ein einheitliches Kindergeld von 100 DM für das erste, von 200 DM für das zweite und von 300 DM für das dritte Kind.

(Abg. Asenbeck: Warum habt ihr es denn nicht gemacht? Ihr hättet es doch machen können!)

Ihr bürokratischer und komplizierter Familienlastenausgleich bevorzugt eindeutig Spitzenverdiener und verstößt eklatant gegen das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit.

(Zustimmung von der SPD)

Es ist einfach nicht gerecht, daß das Kind eines Spitzenverdieners dem Staat zweieinhalb mal so viel wert ist wie das Kind eines Facharbeiters oder einer Verkäuferin.

Wir werden im Bayerischen Landtag in dieser Legislaturperiode erneut einen Gesetzentwurf zur finanziellen und personellen Förderung von Kinderhorteinbringen. Bei der Beratung dieses Gesetzentwurfs wird sich erneut zeigen, ob Sie für die Familien nur Wortgeklingel übrig haben oder bereit sind, fami-

lienbegleitende Einrichtungen auch tatsächlich zu fördern.

Mit den Zahlen ist es so eine Sache, meine Damen und Herren! So war es auch in der Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten. Er behauptete, Bayern stehe mit 1,7 Milliarden DM für Familienpolitik „bundesweit an der Spitze“. Ein Blick in den Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen, in dem für den gleichen Zweck 2,2 Milliarden DM vorgesehen sind, hätte ihn an sich eines besseren belehrt. Aber dorthin schaut man ja bekanntlich nicht.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, noch ein Wort zum Bereich der Familienpolitik sagen! Zur Familienpolitik gehört auch der Schutz des arbeitsfreien Sonntags. Übereinstimmend mit der Katholischen Arbeitnehmerbewegung Süddeutschlands und dem Diözesanrat der Katholiken in der Erzdiözese München und Freising stellen wir fest: Der Sonntag darf nicht einseitig ökonomischen Maßstäben geopfert werden. Sonn- und Feiertagsarbeit muß auf die Produktionsprozesse beschränkt bleiben, die von ihrem naturbedingten und technischen Ablauf her unter keinen Umständen unterbrochen werden können, und für Dienstleistungen, die für den Menschen lebensnotwendig sind. Eine Gesellschaft, die auf den gemeinsamen Tag der Ruhe verzichtet, wie er auch in unserer Bayerischen Verfassung bezeichnet wird, verliert ihre Humanität. Dem haben wir nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir hoffen nur, daß die Bayerische Staatsregierung und die sie tragende CSU zu der gleichen Einsicht kommen. Wir werden es sehen.

In der Regierungserklärung hören und lesen wir viele Leerformeln. Dort ist von der Aufwertung der Familie die Rede; es ist von der Stärkung der Familie durch Bewahrung der Jugendlichen vor Gefährdungen ihrer Entwicklung die Rede.

Meine Damen und Herren, gestern wurde der 7. Jugendbericht der Bundesregierung vorgelegt; ich empfehle ihn Ihnen von der CSU zur sehr sorgsamem Lektüre. In diesem Jugendbericht zeigt sich nämlich, daß das, was Sozialdemokraten hier und im Deutschen Bundestag seit Jahren nachhaltig fordern, richtig ist, nämlich eine bessere finanzielle Absicherung der Jugendhilfe, eine bessere personelle Ausstattung der Beratungsdienste für Jugendliche und Familien, der Ausbau der Kindertagesstätten und der Abbau der Behinderungen, die dadurch entstehen, daß von Eltern zu hohe Beiträge verlangt werden, und schließlich die Verbesserung der familienbezogenen Beratungen in unserem Land.

Es ist richtig, was an dieser Stelle von uns schon vor Jahren gesagt wurde: Wir haben nur dann eine Chance, den Familien wirksam zu helfen, wenn es uns gelingt, die Familie davon zu befreien, Reparaturbetrieb für eine unvollkommene Gesellschaft zu sein. Meine Damen und Herren, wer die Wartezeiten kennt, wer die Schwierigkeiten an den Familien- und Jugendbe-

(Müller Karl Heinz {SPD})

ratungsstellen, insbesondere auf dem Land, kennt, sieht, wo hier die Versäumnisse liegen.

Meine Damen und Herren, wir Sozialdemokraten halten unbeirrt am Sozialstaatsmodell und am Solidarprinzip, das dieses Modell durchzieht, fest. Die SPD kann und wird aus ihrem Selbstverständnis und aus ihrer historischen Herkunft heraus einen amerikanischen Weg in der Sozialpolitik nicht mitgehen. Wir wollen keine Gesellschaftstheorie akzeptieren, die darauf setzt, daß mehr Ellbogenfreiheit für wenige Mächtige möglicherweise den Schwachen als Abfallprodukt einen Wohlstandszuwachs verschafft.

Auch an der sozialen Verantwortung des Staates, also letzten Endes an dem Verfassungsauftrag unseres Sozialstaates, halten wir unbeirrt fest. Wir haben aus der Kritik am sogenannten Sozialetatismus, die viele, durchaus bemerkenswerte Aspekte herausstellt, gelernt. Wir haben als Sozialdemokraten gelernt, daß wir im Umgang mit den kleinen sozialen Netzen sensibler sein müssen, daß Überprofessionalisierung und Überbürokratisierung reale Gefahren für die traditionelle Sozialpolitik sind und in ihren Auswüchsen letzten Endes verhindern, daß die eingesetzten Mittel den angestrebten Effekt haben.

Aber wir ziehen aus dieser berechtigten Kritik, wie ich sagen möchte, nicht die Schlußfolgerung, daß der Sozialstaat überflüssig ist, sondern wir ziehen aus ihr die einzig richtige Konsequenz, daß der Sozialstaat ergänzt und inhaltlich, qualitativ verbessert werden muß.

Wir werden mit Hartnäckigkeit dabei bleiben, daß auch in Zukunft die Arbeitsgesellschaft Ausgangspunkt der Sozialpolitik bleibt. Die materielle Existenz der allermeisten Menschen wird auch in Zukunft direkt oder indirekt von der Erwerbsarbeit abhängen, sei es, daß sie selbst erwerbstätig sind, sei es, daß sie von den Erwerbstätigen ihr Geld auf indirektem Wege erhalten.

Mögen auch mehr Menschen einen größeren Teil ihrer Zeit der Eigenarbeit oder gar der unentgeltlichen gesellschaftlich nützlichen Tätigkeit widmen, die materielle Basis unseres Lebens wird durch Erwerbsarbeit sichergestellt werden müssen. Auch die Entkopplung von Arbeit und Einkommen, die manchen – auch konservativen – Politikern vorschwebt, würde daran überhaupt nichts ändern; denn das „arbeitslose Einkommen“ der einen muß dadurch bezahlt werden, daß andere etwas von ihrem Arbeitseinkommen abgeben und deren Arbeit zumindest insoweit ohne Einkommen bleibt.

Sicher gewinnt die arbeitsfreie Zeit, die nach Abzug der Arbeitszeit übrigbleibt, immer mehr an Gewicht. Wir können sie nicht mehr einfach als Freizeit oder als Zeit für den Konsum begreifen, sondern vor allem auch als Raum für Eigenarbeit, für kulturelles, politisches und soziales Engagement.

Wenn auch die Bedeutung der Erwerbsarbeit in unserem Leben abnehmen wird, relativiert dies in keiner

Weise unsere Forderung nach gleichem Recht auf Arbeit für alle. Die Qualität unserer Demokratie wird letzten Endes daran gemessen werden, wie weit der einzelne eine reale Chance hat, bezahlte Arbeit zu haben. Es darf nicht soweit kommen, daß ein immer größerer Teil unserer Gesellschaft von der Erwerbsarbeit ausgeschlossen und stattdessen auf Ehrenämter oder Eigenarbeit verwiesen wird.

Daß die Arbeitswelt für uns im Zentrum bleibt, heißt nicht, meine Damen und Herren, daß wir Veränderungen in der Arbeitswelt nicht zur Kenntnis nehmen oder daß wir kaltherzig die Menschen außer acht lassen, die am Rande der Arbeitsgesellschaft stehen. Es heißt nur, daß auch in Zukunft durch die Erwerbsarbeit die Lebenschancen verteilt und die Lebensschicksale geprägt werden.

Die moralische Qualität einer Gesellschaft zeigt sich unter anderem darin, wie sie mit ihren benachteiligten Bürgern umgeht, ob sie die Schwächeren integriert, akzeptiert und ihnen zu einem Höchstmaß an Selbständigkeit verhilft, aber auch und gerade darin, welche materielle Sicherheit sie den Benachteiligten gibt.

Es ist ein Skandal – wir werden es immer wieder betonen –, daß die Bayerische Staatsregierung im Jahr 1985 5 555 367 DM Ausgleichsabgabe für nichtbesetzte Schwerbehindertenplätze zahlt

(Hört, hört! und Beifall bei der SPD)

und nur 3,94 Prozent der Arbeitsplätze des Freistaates Bayern mit Schwerbehinderten besetzt. Welch ein schäbiges Vorbild für die Privatwirtschaft!

Meine Damen und Herren, skandalös – das haben Sie mit zu verantworten – sind die Regelungen für die Anerkennung von Erziehungszeiten von Müttern in der Rentenversicherung. Herr Blüm hat lautstark verkündet – ich zitiere wörtlich –: Und laßt uns heute feiern, daß nach 100 Jahren Rentenversicherung endlich der Mutter Gerechtigkeit widerfährt und sie im Rentenrecht Anerkennung findet.

Aber bis heute gehen die älteren, vor 1921 geborenen Mütter beim Babyjahr völlig leer aus. Diejenigen, die ihre Kinder unter schwierigsten Bedingungen großziehen mußten, die „Trümmerfrauen“, wurden in einer schlimmen Art und Weise betrogen.

(Abg. Diethel: Und was war 13 Jahre vorher?
– Frau Abg. Stamm: Was haben Sie gemacht, als Sie an der Macht waren?)

Den Gipfel des Betruges, meine Damen und Herren, stellt der jetzt beschlossene Vier-Stufen-Plan dar. Heute wird in unanständiger Weise damit spekuliert, daß der Tod der älteren Frauen die Staatskasse von ihren Zahlungsverpflichtungen befreien könnte.

(Abg. Dr. Wilhelm: Was habt denn ihr gemacht? 13 Jahre lang nichts gemacht!)

Meine Damen und Herren! Sie haben damals mit der Überläufermehrheit – ich habe Ihnen das schon wiederholt gesagt – einen rechtzeitigen Einstieg verhindert. Wir werden Sie weder hier noch sonstwo aus Ihrer Verpflichtung für unseren Sozialstaat entlassen.

(Müller Karl Heinz [SPD])

Wir werden Sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit daran erinnern, daß wir einen Rückschritt, einen weiteren Sozialabbau, einen weiteren Abbau von sozialen Besitzständen der Arbeitnehmer nicht mitmachen.

(Fau Abg. Stamm: Für die Hausfrauen habt ihr gar keinen Einstieg gehabt! – Abg. Diethel: So etwas Primitives und Naives!)

Ihren Sozialdarwinismus werden wir, wo immer es notwendig ist, anprangern.

(Frau Abg. Stamm: Schöfberger sprach anders!)

Wir werden dort zusammenarbeiten können, wo es gilt, den Staat weiterzuentwickeln, aber nicht so, wie es in der Regierungserklärung angekündigt wurde.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Heubl: Das Wort hat der Herr Kollege Böhm.

Böhm (CSU): Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Jeder Wanderer weiß: Bergauf geht es langsamer als bergab.

(Abg. Dr. Wilhelm: So ist es!)

Entgegen dieser Erfahrung hat die Politik der Union den Weg nach oben erstaunlich schnell zurückgelegt. Wir geben heute bundesweit für Sozialleistungen insgesamt 604 Milliarden DM aus; 1982 – damals hatten wir noch die Regierung Schmidt – waren es nur 524 Milliarden DM. Die Leistungen steigerten sich also um 80 Milliarden DM.

Niemals in der Geschichte wurde mehr für die soziale Sicherung getan als heute. Dabei wird alles relativ solide finanziert, es werden keine übermäßigen Neuverschuldungen aufgenommen, und die Leistungen werden auch nicht etwa durch Inflation erkaufte.

Noch vor Jahresfrist – ich erinnere an die beiden Interpellationen, die wir im letzten Herbst hatten – versuchte die Opposition, hier im Landtag ein völlig anderes Bild zu zeichnen. Sie entdeckte überall im Lande neue Armut und glaubte, allenthalben den Abbau des Sozialstaates beobachten zu können. Zum Teil – wir haben es heute vormittag bemerkt – sieht sie es immer noch so.

Aber die Wähler sehen es deutlich anders. Sie spüren geradezu handgreiflich, daß es aufwärts gegangen ist. Arbeitnehmer, Sozialhilfeempfänger, Rentner und Pensionisten haben seit zwei Jahren real wieder mehr im Geldbeutel; die Inflation frißt die Erhöhung der Geldleistungen nicht mehr auf.

Ein durchschnittlicher Arbeitnehmerhaushalt hat im Jahr 1986, verglichen mit dem Jahr 1982, allein durch die niedrige Teuerungsrate einen Stabilitätsgewinn von 2600 DM im Jahr. Einem durchschnittlichen Rentnerhaushalt schenkt die Preisstabilität ein Kaufkraftplus von 1800 DM im Jahr. Geldwertstabilität – so hat vor kurzem eine große Zeitung geschrieben

– ist schon die halbe Sozialpolitik. Dieses Blatt hat recht gehabt. Der Staat nimmt nicht, gewissermaßen als Taschendieb, im Wege der Inflation das, was er später wieder verteilen muß.

Wie sind die sozial- und wirtschaftspolitischen Erfolge eigentlich gelungen? Durch eine Politik, die zwar auch mit dem Herzen gemacht wird, sich aber nicht in Utopien und Träumereien verliert. Alle sozialistischen Märchen beginnen mit „Es wird einmal“, wie der slowenische Aphoristiker Zarko Petan sagte. Mangels vorweisbarer Erfolge wird immer die Zukunft beschworen.

Es mag ja schön sein, märchenhafte Perspektiven entwickeln zu können; für eine erfolgreiche Politik braucht man aber handfeste Prinzipien und eine tragfähige Basis. Die soziale Marktwirtschaft ist zweifelsfrei am besten geeignet, Wohlfahrt zu schaffen. Wir brauchen uns nur umzublicken: Es gibt drei Länder in der Welt, die jeweils in einen planwirtschaftlich organisierten und einen marktwirtschaftlich organisierten Teil getrennt sind; das sind Deutschland, China und Korea. Jeweils im freiheitlich-demokratisch verfaßten Teil haben wir nicht nur Freiheit, sondern wir haben Wohlstand; im anderen Teil herrscht jeweils wirtschaftlicher Mangel, obwohl die Menschen beiderseits der Trennlinie mit demselben Fleiß arbeiten, dieselben Fähigkeiten haben und dieselbe Mentalität besitzen. Der Niveauunterschied im Wohlstand muß also doch mit den politischen Rahmenbedingungen zu tun haben.

Wenn das so ist, besteht für die Sozialpolitiker keinerlei Veranlassung, die soziale Marktwirtschaft als ein veraltetes, untaugliches Instrument beiseite zu legen. Ganz im Gegenteil! Sie ist als Werkzeug nur dort scheinbar stumpf geworden, wo man sie nicht zur Entfaltung hat kommen lassen.

Vom Kollegen Müller ist betont worden, daß man die Gleichheit wahren müsse. Es ist interessant, die politischen Bestrebungen im kommunistischen China zu verfolgen, wo man mittlerweile zu anderen Ergebnissen kommt. Eine Zeitung schrieb dort:

Nur durch die Förderung einer Politik, die es gestattet, daß ein Teil der Gebiete, ein Teil der Betriebe und einige Menschen zuerst reich werden, kann ein ermutigender Einfluß auf die Massen ausgeübt werden. Die Politik, einige besonders fleißige und geschickte Menschen zuerst zum Wohlstand anzuspornen, entspricht dem sozialistischen Entwicklungsgesetz und ist ein Weg, den die ganze Gesellschaft einschlagen muß, um zum Wohlstand zu gelangen.

Nicht Neiddenken, sondern Beispiel-Geben heißt dort die Devise.

Norbert Blüm ist in den vergangenen Jahren von der SPD und vom DGB viel beschimpft worden – dies nur deshalb, weil er da und dort nach dem Sinn gewisser sozialer Leistungen gefragt hat. Er hat den Kritikern gegenüber darauf hingewiesen, daß es für ihn auch schöner wäre, gewissermaßen Lokalrunden zu schmeißen, als Zurückhaltung zu üben. Wer in der Politik „Lokalrunden schmeißt“, tut es nie auf eigene

(Böhm [CSU])

Kosten; er tut es zu Lasten des Steuerzahlers. Das Geld, das der Staat ausgibt, muß er ja vorher einsammeln.

Sozialpolitik darf nicht auf der Ausgabenseite beginnen, also dort, wo die Leistungen ausgeteilt werden, sondern muß auf der Einnahmenseite beginnen. Es ist ein Gebot sozialer Gerechtigkeit, nicht nur dem Hilfsbedürftigen etwas zu geben, sondern auch dem kleinen Mann nicht zuviel abzunehmen. Steuern werden bekanntlich nicht nur von den sogenannten Gutverdienenden geholt. Kleinvieh macht, wie Steuerbeamte gerne sagen, den meisten „Mist“. Ein Großteil der Steuereinnahmen kommt aus der Lohn- und der Mehrwertsteuer, also den Steuerarten, die den Arbeitnehmer treffen.

Weil das so ist, muß mit den Steuergeldern behutsam umgegangen werden. Sozialpolitik muß also darauf achten, daß sie nicht dem Faulen, sondern dem Schwachen hilft. Dieser Grundsatz ist in den letzten Jahren im Bund wieder stark beachtet worden.

In einem durchaus nicht unkritischen Artikel, der vor kurzem in der „Zeit“ erschienen ist, heißt es denn auch über Norbert Blüm, er sei „sozialer als sein Ruf“. Umgekehrt muß die Schlußfolgerung heißen: Diejenigen, die ihn kritisieren, sind unsozialer als ihr Ruf. Die „Zeit“ meint weiter, es sei den Kampagnen der SPD und der organisierten Arbeitnehmerschaft gegen den sogenannten Sozialabbau zuzuschreiben, daß christdemokratische Politik nicht als das ins Bewußtsein dringt, was sie wirklich ist, nämlich als sinnvoller „Umbau des Sozialstaates“.

In dem Artikel, den ich eben zitiert habe, findet man auch folgende Aussage: Auffallend wächst der Anteil der Sozialleistungen für Ehe und Familie. Weiter: Die Union macht Sozialpolitik für die Frauen und für das Leben am heimischen Herd. Die frauen- und familienfreundliche Politik reicht hinein bis in die Neuerungen der Rentenversicherung.

(Frau Abg. Stamm: Hört, hört!)

Wie will man da behaupten, für die Familien würde nichts getan?

Sozialpolitik soll Hilfe zur Selbsthilfe vermitteln. Sie soll nicht dem Bürger die Verantwortung nehmen, sondern ihn in die Lage versetzen, selbst Verantwortung zu tragen. Ein Staat, der sich als Wohltäter aller und als Garant der Humanität aufspielen würde, würde den Menschen die Freiheit nehmen.

Wie versetzt man den Bürger am besten in die Lage, sich selbst helfen zu können? Indem man ihm die Möglichkeit läßt, zu arbeiten und seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Wer in Arbeit steht und sein Brot verdienen kann, ist in der Lage, sich und die Seinen zu versorgen; er braucht keine Hilfe der Gemeinschaft.

Deshalb ist es wichtig, daß unsere Gesellschaft ein großes Angebot von Arbeitsplätzen vorhält. Arbeit selbst haben wir genug; daran gibt es keinen Zweifel. Wir merken es daran, daß es eine Fülle von Schwarz-

arbeit gibt. Wir ersehen es auch daraus, daß es einen großen Bedarf für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gibt. Was fehlt, sind die Arbeitsplätze, auf denen die Arbeit bezahlbar ist.

Die Statistik weist immer noch eine hohe Arbeitslosigkeit auf; aber wir müssen einmal hinter diese Statistik sehen, die das Wünschbare, den Bedarf an Arbeitsplätzen umschreibt. Wir müssen uns einmal die Arbeitsplatzbilanz selbst ansehen; dann stellen wir fest, daß durchaus eine Wende zum Positiven eingetreten ist.

(Beifall bei der CSU)

In den Jahren 1981 und 1982 sank unter der liberal-sozialistischen Regierung die Zahl der Erwerbstätigen um über 800 000. Seit dem Tiefststand im Oktober 1983 hat die Zahl um über 600 000 zugenommen. Einem früheren Abbau von Arbeitsplätzen steht jetzt also ein beachtenswerter Aufbau gegenüber.

In Bayern ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten vom September 1983 bis zum September 1985 um 112 000 gestiegen. Jeder dritte neue Arbeitsplatz ist demnach in Bayern geschaffen worden. In dem Bundesland, in dem der SPD-Kanzlerkandidat Rau regiert, ist dagegen im gleichen Zeitraum die Zahl der Beschäftigten um 40 000 zurückgegangen.

Die Zunahme der Arbeitsplätze in Bayern kam in besonderem Maße den Frauen zugute. In den letzten zehn Jahren stieg die Zahl der berufstätigen Frauen um 190 000, das heißt um 13,8 Prozent. Damit nimmt Bayern bei dem Aufschwung eine unangefochtene Spitzenstellung ein.

Auch die Jugendlichen haben heute wesentlich bessere Aussichten als vor vier Jahren. Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren ist vom September 1982 bis zum September 1986 um 11 700 oder um 38 Prozent auf 19 000 gesunken. Bei den 20- bis 25jährigen fiel die Zahl um 13 800, also um etwa 28 Prozent, auf jetzt 36 000. Das ist eine Entwicklung, die deutlich besser ist als im übrigen Bundesgebiet, wo die entsprechenden Zahlen 20 Prozent – anstatt wie in Bayern 38 Prozent – und 6 Prozent – anstatt wie in Bayern 28 Prozent – betragen.

Man sieht an diesen Ergebnissen deutlich: Solide bayerische Haushaltspolitik, hohe Investitionsausgaben und niedrige Verschuldung wirken sich auch auf den sozialpolitischen Bereich befruchtend aus. Auch der Sozialpolitiker muß also wirtschaftliche Zusammenhänge verfolgen; er darf sich nicht isoliert auf sein unmittelbares Tätigkeitsfeld beschränken.

Ausgeglichenheit und relative Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt erhalten wir nur, wenn die Kosten nicht davonlaufen. Damit meine ich weniger die Lohn- als die Lohnnebenkosten. Ein Bereich, der in diese Nebenkosten hineindrückt, sind die Krankenkasseneiträge. Die Ausgaben für das Gesundheitswesen steigen ja nach wie vor.

Schon viele, durchaus nicht ganz erfolglose Versuche der Kostendämpfung sind unternommen worden; aber der Kostenanstieg ist nur gebremst und nicht gebrochen worden. Ich erinnere an die Novellierung

(Böhm [CSU])

des Krankenhausgesetzes und ich erinnere an den Bayernvertrag, der zwischen Krankenkassen und Ärzteschaft geschlossen worden ist.

(Zuruf des Abg. Karl Heinz Müller)

Er erfüllte zwar nicht die Hoffnungen, die man sich gemacht hatte, hat aber immerhin dazu beigetragen, daß die Krankenkassenbeiträge in Bayern niedriger liegen als in anderen Bundesländern.

(Beifall bei der CSU – Abg. Karl Heinz Müller: Ein Jahrhundertwerk sollte das sein!)

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die hohen Kosten kommen nicht von ungefähr. Sie sind unter anderem Folgen des hohen Niveaus unserer medizinischen Versorgung. Ich erinnere nur daran, daß die durchschnittliche Lebenserwartung bei uns ständig gestiegen ist; in der Sowjetunion nimmt sie im übrigen ab. Sie liegt bei uns bei über 73 Jahren. Wenn die Menschen länger leben, nehmen sie die Dienste der Medizin selbstverständlich länger in Anspruch. Wer mit 45 Jahren stirbt, kommt selbstverständlich nicht mehr als 50jähriger ins Krankenhaus. Gerade der alte Mensch braucht häufig medizinische Hilfe.

Das ist alles einsichtig – nur offenbar nicht für die GRÜNEN. Die GRÜNEN sagen, das Gesundheitswesen gehöre zu den Wachstumsbranchen, und das sei pervers; denn es zeige, daß selbst die Krankheit der Menschen dazu mißbraucht werde, das Bruttosozialprodukt zu steigern.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Auf den ersten Blick erscheint diese Feststellung vielleicht tatsächlich frappierend. Die Konsequenz aber wäre doch, daß die Erforschung und die Behandlung der Krankheiten eingedämmt werden müssen, wenn das Gesundheitswesen nicht wachsen soll.

(Widerspruch von den GRÜNEN)

Sagt man diese Konsequenz auch den Kranken? Nein! Das sagt man den Kranken nicht; denn ihnen billigt man 13 Seiten weiter, also schön getrennt von der ersten Aussage, das uneingeschränkte Recht auf beste Behandlung und Versorgung zu.

(Zuruf des Abg. Karl Heinz Müller)

Die Frage ist nur, wie sich dieser Widerspruch der Aussagen in der Praxis aufheben läßt.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Nicht die Kernenergie ist die große Gefahr für uns, sondern AIDS; AIDS droht die Menschheit aufzufressen. Diese Krankheit beschränkt sich nicht mehr auf Risikogruppen, auf Homosexuelle und Fixer.

Präsident Dr. Heubl: Herr Kollege, ich bitte, zum Ende zu kommen.

Böhm (CSU): Man darf dieses Problem nicht dazu benutzen, die Öffentlichkeit zu verunsichern; aber ich möchte schon fragen, ob es richtig ist, daß die GRÜNEN die Homosexualität und die Heterosexualität als

gleichwertige Formen sexueller Orientierung betrachten und dies auch noch als schützenswert ins Grundgesetz einfügen wollen.

(Hört, hört! bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wurde darauf hingewiesen, daß ich meine Rede beenden muß.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Ja!)

Wichtig ist, daß Sozialpolitik wieder verlässlich wird, damit es nicht so wird, wie Norbert Gansel einmal ironisierend gesagt hat: „Die Wahrheit über das Ausmaß der Rentenversicherung haben wir erst acht Tage nach der Bundestagswahl 1976 erfahren und das Ausmaß der Staatsverschuldung erst acht Tage nach der Bundestagswahl 1980.“

(Abg. Diethel: Das ist SPD-Politik! – Beifall bei der CSU)

Ich schlage deshalb vor, die Bundestagswahlen künftig um 14 Tage zu verschieben.“ Als Sozialpolitiker müssen wir glaubwürdig bleiben!

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Heubl: Als nächste hat das Wort Frau Scheel.

Frau Scheel (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Zu unserer Familienpolitik gibt es keine Alternative.“ So steht es zumindest in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten.

(Abg. Gustl Schön: So ist es auch!)

Kleinfamilie und Ehe sind die staatlich geförderte Lebensform. Andere Lebensformen als die der Kleinfamilie mit Trauschein werden von Ihnen diskriminiert.

Ich möchte jedoch einmal wissen, woher Sie das Recht nehmen, darüber zu befinden,

(Frau Abg. Stamm: Aus dem Grundgesetz!)

ob diese Lebensform die richtige ist oder eine andere.

(Abg. Dobmeier: Unglaublich!)

Ich denke, daß das jeder Mensch selbst entscheiden soll. Alle Lebensformen sind schützenswert, nicht nur Ehe und Familie.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU: Hervorragend! Nur weiter so!)

Diese Regierung stellt die Familie in den Mittelpunkt ihrer Politik. Sie fördert mit finanziellen Anreizen die Institution Ehe und meint dabei vor allem die Hausfrauenehe. In diesem Zusammenhang will ich vor allem das Ehegattensplitting nennen, das im Effekt gutverdienenden Ehemännern mit nichterwerbstätigen Frauen zugute kommt. Damit werden die Gutverdienenden und die ehelichen Lebensgemeinschaften gefördert.

(Zuruf von der CSU: Die Kinder werden gefördert!)

(Frau Scheel [DIE GRÜNEN])

Sie sprechen sich auch für flexible Arbeitsverhältnisse und mehr Teilzeitarbeit aus. Heißt das nun, daß Frauen demnächst arbeiten können, wann und wie sie wollen? Ich sage, daß das nicht so ist; denn wir haben schon in vielen Bereichen flexible Arbeitszeiten, wissen aber, wie es in der Praxis mit der kapazitätsorientierten variablen Arbeitszeit, der Arbeit auf Abruf und ähnlichen Formen aussieht. Vor allem die Frauen werden hier als Manövriermasse der Unternehmer flexibel gehandelt: Gibt es viel Arbeit, dann dürfen sie arbeiten; gibt es wenig Arbeit, dann dürfen sie zu Hause bleiben. Was hier als etwas Positives für Frauen verkauft wird, egal, ob es Teilzeit, flexible Arbeitszeit oder KapovAz genannt wird, ist in Wirklichkeit eine totale Anpassung weiblicher Arbeitskräfte an die Bedürfnisse der Unternehmen.

(Zustimmung von den GRÜNEN – Widerspruch von der CSU)

Meine Damen und Herren, was passiert denn eigentlich noch? Davon hat der Herr Ministerpräsident – er ist jetzt leider nicht hier – nicht gesprochen.

(Zuruf des Abg. Eykmann)

Die Frauen gehen durch niedrige Löhne, spätere niedrige Rente oder oftmals keinerlei soziale Absicherung flexibel in die Armut.

(Zustimmung von den GRÜNEN)

Dafür haben sie aber dann nach Ihrem Modell der Familienpolitik die Versorgungsinstitution Ehe.

(Zurufe von der CSU: Grüne Märchenstunde!)

Herr Ministerpräsident Strauß – er ist nicht da –, Sie sagen: Familie und Arbeitswelt müssen in Einklang miteinander gebracht werden. Die moderne junge Frau darf also ganz allein entscheiden, ob sie Hausfrau und Mutter sein will oder eine Erwerbsarbeit annehmen will. Vielleicht darf sie aber auch beides – aber nur dann, wenn es nicht zu Lasten der Familie geht.

Es ist von Wahlfreiheit die Rede; aber solange das Erwerbsleben aufgespalten ist in Männer, die hauptsächlich erwerbstätig sind, und in Frauen, die Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren haben, gibt es keine Wahlfreiheit, die Sie sicherstellen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nur die Verkürzung von Arbeitszeiten, nur die Umverteilung von Erwerbs- und Hausarbeit auf Männer und Frauen und nur die gleichmäßige Verteilung der Kinderbetreuung auf beide Erziehungspersonen machen eine selbstbestimmte Lebensperspektive für Frauen möglich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie verlieren in Ihrer Erklärung in diesem Zusammenhang kein Wort über die Männer. Sollten diese et-

wa nicht auch Verantwortung in den ersten drei Lebensjahren der Kinder übernehmen? Ich meine damit nicht, daß sie für den Lebensunterhalt sorgen, sondern sich an der Erziehung der Kinder beteiligen sollten. Dazu, meine Herren, gehört aber auch das Windelwaschen!

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf der Frau Abg. Stamm)

– Frau Stamm, wenn Sie Pampers benützen, dann ist das Ihre Sache!

(Zurufe von der CSU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie wollen, daß Frauen und Männer gleiche Lebenschancen haben. Das sind schöne Worte; doch wie soll das denn bitte gehen, wenn mit keinem Satz erwähnt wird, daß auch für Männer die Selbstverwirklichung zuhause stattfinden kann? – Vielleicht hören Sie zu; ich denke, daß Sie noch einiges lernen können.

(Beifall und Heiterkeit bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU)

Ich spreche hier auch vom Kochen, vom Spülen, vom Säubern und nicht von Heimcomputern und Papieren.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU: Die sind sauber!)

Mir drängt sich bei den Ausführungen in der Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten Strauß die Vermutung auf, daß Frauen die Hausarbeit wieder schmackhaft gemacht werden soll. Denn immer mehr Frauen drängen auf den Arbeitsmarkt, vor allem in Bereiche, die bislang als Domänen der Männer angesehen worden sind. Das ist gut so! Sie werden sich damit auch abfinden müssen, daß es noch mehr werden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU: Wir haben nichts dagegen!)

Bis wir dahin kommen, ist es aber dringend erforderlich, daß die bestehenden Teilzeitarbeitsplätze – der Anteil der Frauen daran beträgt immerhin 98 Prozent – sozial-, tarif- und arbeitsrechtlich abgesichert sind, was im Moment in großem Ausmaß nicht der Fall ist.

(Zustimmung von den GRÜNEN)

Die Regierung will die Ausbildungschancen für Frauen verbessern.

(Dialog des Abg. Hiersemann und des Abg. Herbert Huber – Glocke des Präsidenten)

– Streiten Sie bitte nachher mit dem Abgeordneten der SPD! Ich habe damit nichts zu tun!

(Abg. Hiersemann: Ich streite nicht mehr mit denen!)

– Aber er anscheinend mit Ihnen!

(Zurufe von der CSU)

Die Regierung will die Ausbildungschancen für Frauen verbessern. Das ist eine kluge Entschei-

(Frau Scheel [DIE GRÜNEN])

dung; aber das will sie schon länger! Zwei Drittel der Ausbildungsplatzsuchenden sind immer noch junge Frauen und Mädchen.

Die GRÜNEN sind der Meinung, daß das bestehende Landesprogramm zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze unter frauenspezifischen Kriterien folgendermaßen geändert werden muß: erstens unter quantitativen Gesichtspunkten wie der vorrangigen Förderung von Arbeitsplätzen für Mädchen und zweitens unter qualitativen Gesichtspunkten. Das bedeutet die ausschließliche Förderung von Mischberufen und gewerblich-technischen Berufen.

Frau Süßmuth – Ihre Kollegin in Bonn – hat am gestrigen Tag in ihrer Antwort auf eine große Koalitionsanfrage zur jungen Generation gesagt, daß die Jugendarbeitslosigkeit als nichtgelöstes Problemfeld anzusehen ist. Alle Jugendlichen brauchen eine Ausbildung. Dazu – so sehen wir GRÜNEN es – sind eine Umlagenfinanzierung und mehr staatliche Mittel zur Förderung überbetrieblicher Ausbildungsplätze notwendig. Eine Umlagenfinanzierung, nach der alle Betriebe eine Abgabe zahlen und die ausbildenden Betriebe einen Zuschuß erhalten, muß in der Höhe so bemessen sein, daß wirklich alle einen Ausbildungsplatz erhalten können. Nur durch solche Maßnahmen ist es möglich, die Situation vor allem für die jungen Frauen zu verbessern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein weiterer Schwerpunkt in unserem sozialen Bayern ist die Hilfe für ältere Menschen. Die älteren Mitbürger und Mitbürgerinnen sollen, auch wenn sie Betreuung und Hilfe brauchen, solange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung bleiben können. Einerseits appelliert die Regierung in unverantwortlicher Weise an die ohnehin schon überlasteten Familien, die zur Zeit zirka 80 Prozent der pflegebedürftigen Angehörigen versorgen und deren Hilfspotential erwiesenermaßen mehr als ausgeschöpft ist. Andererseits vertröstet sie die Betroffenen auf den geplanten Ausbau der ambulanten Dienste, der jedoch keinesfalls mit der Entschiedenheit vorangetrieben wird, wie es die gegebene Situation gebietet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin gespannt, in welcher Höhe hierfür Haushaltsmittel bereitgestellt werden.

Die von Ihnen betriebene Politik hat für die hilfs- und pflegebedürftigen alten Menschen verheerende Folgen. Durch sie wird die ohnehin schon gegebene Unterversorgung der zuhause lebenden Hilfs- und Pflegebedürftigen weiter verschärft, und der Trend zur stationären Unterbringung, vor allem im Pflegebereich, wird sich weiter fortsetzen. Darauf scheinen sich die Träger solcher Einrichtungen auch bereits einzustellen; jedenfalls prognostizieren sie einen zunehmenden Bedarf an stationären Einrichtungen für die unmittelbare Zukunft.

Wie aus Ihrer Regierungserklärung hervorgeht, wollen Sie diesen Trend auch nicht stoppen. Aufgrund

der radikalen Kürzungen im Sozialbereich durch die anhaltende Massenarbeitslosigkeit und durch eine falsche Investitionspolitik

(Widerspruch von der CSU)

– Investitionen für sozial und ökologisch sinnlose und gefährliche Großprojekte wie z. B. die WAA –

(Beifall bei den GRÜNEN)

ist zu erwarten, daß sich die materielle Situation derjenigen Menschen, die jetzt noch im sogenannten aktiven Leben stehen, im Alter noch wesentlich schlechter darstellen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sozialpolitik ist auch Verteilungspolitik. Wer der Rüstungs- und der Atomindustrie verschrieben ist, muß den Armen die Augen auskratzen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU – Frau Abg. Stamm: Wer hat Ihnen das aufgeschrieben?)

– Frau Stamm, das kann ich allein; ich brauche niemanden, der mir meine Konzepte schreibt.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe)

Der Herr Kollege Tandler kündigte heute in seiner Wahlkampfrede an, daß Bayern weiterhin die Bundesregierung im sozialpolitischen Bereich unterstützen will. In ihrem Sozialbericht 1986 schreibt die Bundesregierung, daß das Sozialbudget, das heißt der Anteil sämtlicher Sozialausgaben am Bruttosozialprodukt, im Jahre 1990 nur noch rund 29 Prozent betragen soll. Im Jahr 1975 betrug diese Quote noch 33,7 Prozent, also 4,7 Prozent mehr.

Bei der geplanten Absenkung der Sozialleistungsquote würden die Sozialausgaben im Jahr 1990 um rund 80 Milliarden DM geringer sein, als sie bei der Fortschreibung der alten Werte gewesen wären. Dann aber sagen Sie, Herr Kollege Tandler: Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch. Die Armen werden ärmer, und die Reichen werden reicher!

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU)

Nun komme ich noch kurz zur Gesundheitspolitik. Unsere Gesundheit ist bedroht, und dies wird wohl keine und keiner der hier Anwesenden bestreiten wollen.

(Zurufe von der CSU)

– Hören Sie zu, dann kriegen Sie es auch mit! Unsere Gesundheit im Sinne körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens ist heute umfassend bedroht. Sie ist bedroht durch zunehmende Vergiftung von Boden, Wasser, Luft und Nahrung. Sie ist bedroht durch die Chemisierung vieler Arbeitsbereiche, sie ist bedroht durch die ständig steigenden Mengen radioaktiver Stoffe. Sie ist bedroht durch den alltäglichen Verschleiß an unmenschlichen Arbeitsplätzen. Sie ist

(Frau Scheel [DIE GRÜNEN])

bedroht durch die breite Arbeitslosigkeit samt all ihren finanziellen und auch psychischen Folgen. Sie ist bedroht durch die Zersiedelung und Zubetonierung unserer Städte, Wohnorte und Erholungsgebiete.

(Zustimmung von den GRÜNEN – Zurufe von der CSU)

Diese fortschreitende Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen ist keine bloße Panne, die technisch repariert werden kann. Es ist eine ökologische Krise, eine zwangsläufige Folge der Produktions- und Lebensweise, die der menschlichen Gesundheit und der natürlichen Umwelt so wenig angepaßt ist, daß Mensch und Natur auf Dauer nicht werden überleben können.

(Abg. Daum: Es wird Ihnen nicht einmal gelingen, diese Krise herbeizureden!)

Es wäre ganz sinnvoll gewesen, wenn der Herr Ministerpräsident hierzu eine Aussage gemacht hätte.

(Abg. Otto Meyer: Wenn er gewußt hätte, daß Sie so gut reden, wäre er extra gekommen! – Heiterkeit)

„Sie verlassen den demokratischen Sektor!“, müßte an den Türen zu fast allen Arztpraxen und Krankenhäusern stehen. Das Sagen im Gesundheitswesen haben nämlich nicht die Benutzer und Benutzerinnen, die Patienten und die Patientinnen oder besser: die Versicherten, sondern die Anbieter, die Pharma- und Großgeräteindustrie für medizinischen Bedarf. Hier aber unternimmt die Regierung nichts!

(Lebhafter, anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Heubl: Das Wort hat die Frau Kollegin Stamm.

Frau Stamm (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Abgeordnete Scheel, nach Ihrem Beitrag ist mir einiges noch deutlicher geworden. Heute morgen hat schon der Sprecher der GRÜNEN, der Herr Abgeordnete Bäumer, zum Ausdruck gebracht – –

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Einer der Sprecher! Er hat zum Ausdruck gebracht: neue Wege suchen und neue Wege finden. Aber wenn Sie uns angreifen, daß wir Ehe und Familie in den Mittelpunkt unserer Politik stellen, und Sie das als verwerflich darstellen, dann müssen wir feststellen, daß Sie den Boden der Verfassung verlassen, weil Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz des Staates stehen. Das ist im Grundgesetz verankert.

(Beifall bei der CSU)

Ich darf dazu gleich aus Ihrem „Frauenprogramm“ zitieren:

Wir wollen alles. Wir kämpfen für das Selbstbestimmungsrecht der Frauen und fordern daher die Streichung des § 218.

Es geht weiter:

Aber auch bei den GRÜNEN gibt es Macker-Verhalten und Hahnenkämpfe. Auch hier müssen wir Frauen uns für unsere Rechte einsetzen.

Welchen Stil, welchen Wortschatz haben Sie diesem Programm zugrundegelegt?

(Zurufe – Unruhe)

Ich darf gleich weitermachen. In Ihrem Wahlprogramm – ich brauche Ihnen da nichts zu unterstellen, es ist ein Tatbestand – stehen Sie nicht auf dem Boden der Verfassung, wenn Sie eine ersatzlose Streichung des § 218 fordern. Hier steht wörtlich:

Wir können nicht umhin, uns der Tatsache zu stellen, daß mit jeder Abtreibung werdendes Leben beendet wird. Aber dieses Leben bedarf zu seiner Entstehung eines anderen Lebens, nämlich des Lebens der Frau. Niemand kann einer Frau diese Entscheidung abnehmen –

(Abg. Karl Heinz Müller: Richtig!)

weder ein von Ärzten und Beratungsstellen zu interpretierendes Indikationsschema noch ein willkürlich gesetzter Stichtag wie bei der Fristenregelung.

– Herr Kollege Müller, wenn Sie „Richtig!“ dazwischenrufen, muß ich Sie wirklich fragen: Vertreten Sie das, was die GRÜNEN in ihrem Wahlprogramm niederlegen?

(Abg. Karl Heinz Müller: Die Entscheidung kann man einer Frau nicht abnehmen!)

Vertreten Sie auch eine ersatzlose Streichung des § 218?

(Abg. Karl Heinz Müller: Nein, zum zehnten Mal nein!)

– Gut, dann möchte ich Sie doch bitten, das bei Ihren Zwischenrufen zu bedenken.

(Abg. Karl Heinz Müller: Aber die Entscheidung nimmt der Frau niemand ab!)

– Herr Kollege Müller, Sie wissen genauso gut wie ich, daß auch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1976 die Entscheidung, ob ein Kind geboren wird oder nicht, nicht bei der Frau liegt. Vielmehr ist im Grundgesetz verankert, daß Leben geschützt werden muß.

Präsident Dr. Heubl: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Wax-Wörner?

Frau Stamm (CSU): Nein!

Es tut mir schrecklich leid, aber ich muß Sie noch ein bißchen mit diesem Thema aufhalten. Wie sieht es denn bei einem Embryo bis zur 12. Woche aus? Der Embryo hat bis zur 12. Woche bereits eine erstaunliche Entwicklung genommen: Alle Organe sind angelegt; Blutgefäße sind gebildet; das Herz schlägt, meine sehr verehrten Damen und Herren; der Körper ist ganz ausgebildet; die Hautsinne sind vorhanden, so daß eine Reizung in der Mundregion eine Beugung

(Frau Stamm [CSU])

der Arme und des Rumpfes als Abwehrreaktion zur Folge hat; Schluck- und Atembewegungen sind in der 12. Woche ebenso vorhanden wie Mundöffnungen; zu diesem Zeitpunkt ist der Embryo vom Scheitel bis zum Steiß 8 cm lang; erste Hirnströme sind bereits ab der 6. Woche meßbar; mit der 12. Woche ist die Organanlage abgeschlossen; danach findet lediglich noch ein Organwachstum statt.

Da vertreten Sie von den GRÜNEN auch noch die angeblich schonendere *Absaugmethode*. Meine sehr verehrten Damen und Herren, beschäftigen Sie sich einmal damit, wie sich ein Kind im Mutterleib gegen die von Ihnen propagierte schonendere Absaugmethode wehrt! Ich sage Ihnen: Wir werden Ihnen dieses Thema in dieser Legislaturperiode des Bayerischen Landtags nicht ersparen; wir werden darauf immer wieder zu sprechen kommen.

(Beifall bei der CSU)

Herr Bäumer, eines hat mich heute morgen in Ihren Ausführungen besonders erschüttert. Sie haben zwar gesagt, diejenigen, die bei uns im Lande Strommasten umsägen, gehören als Straftäter bestraft, und haben sich von ihnen distanziert; aber Mörder seien sie nicht, haben Sie gesagt, weil keine Menschen verletzt werden. Herr Bäumer, woher nehmen Sie die Garantie, daß nicht heute, morgen oder übermorgen durch Anschläge auf Strommasten menschliches Leben – Kinder, Väter, Mütter – geschädigt wird und Verletzte und Tote entstehen können?

(Unruhe)

Aber Herr Bäumer hat heute morgen gesagt: neue Wege gehen, neue Wege finden.

Herr Kollege Müller, ich kann auch Ihnen etwas nicht ersparen und muß mich heute wiederholen, weil Sie uns, der CDU/CSU, auch immer unsere angeblich so schlechte Familienpolitik vorwerfen.

Präsident Dr. Heubl: Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Frau Kollegin?

Frau Stamm (CSU): Es geht leider nicht wegen meiner Redezeit.

Glauben Sie denn daran langsam?

(Abg. Karl Heinz Müller: Nicht nur langsam, sondern schnell!)

Sie wissen doch genau – es gibt fast niemanden mehr, der Ihnen Ihre Behauptungen noch abnimmt –: Weichenstellungen in der Familienpolitik hat die CDU/CSU

(Abg. Karl Heinz Müller: Da lachen die Hühner!)

in dieser Regierungskoalition unter erheblicher und intensiver Mitwirkung der CSU in die Wege geleitet. Dagegen war die Familie während Ihrer Regierungszeit ein Stiefkind.

(Beifall bei der CSU)

Herr Müller, wie oft haben wir uns von Ihnen hier schon anhören müssen,

(Abg. Karl Heinz Müller: Das werden Sie sich noch öfter anhören müssen!)

daß Sie zurecht – so muß ich sagen – beklagen, daß die vor 1921 geborenen Frauen nicht in die Anrechnung von Erziehungszeiten im Rentenrecht einbezogen worden sind! Aber können Sie das auf Dauer überhaupt noch glaubhaft vertreten?

(Abg. Karl Heinz Müller: Ja!)

Was haben Sie denn getan? Durch Ihre miserable Finanzpolitik waren Sie nicht einmal in der Lage, solche gesetzlichen Regelungen überhaupt in die Wege zu leiten. Sie waren dazu nicht in der Lage!

(Beifall bei der CSU – Abg. Karl Heinz Müller: Sie haben es verhindert! Sie glauben doch selbst nicht, was Sie sagen!)

– Herr Kollege Müller, wenn Sie zum wiederholten Male behaupten, wir hätten etwas verhindert, dann muß ich Ihnen sagen: Das, was Sie vorhatten, war ja nicht für unsere Mütter gedacht,

(Abg. Karl Heinz Müller: Natürlich!)

sondern Sie haben nur an eine Regelung für die außerhalb erwerbstätigen Frauen gedacht.

(Abg. Karl Heinz Müller: Sind das keine Mütter? – Frau Abg. Memmel: Sie sind doch auch erwerbstätige Mutter!)

– Herr Kollege Müller, Sie haben bei Ihrer Regelung nicht an die Frauen gedacht, die ihre Berufstätigkeit innerhalb der Familie ausüben. Vielleicht können wir uns in diesem Punkt einig werden.

(Beifall bei der CSU – Abg. Kamm: Wer zieht Ihre Kinder auf?)

Ich muß Ihnen eines sagen: Sie sprechen immer soviel von der Familie, von den Geringverdienenden. Wenn ich aber in Ihr Wahlprogramm hineinschaue, was Sie alles zur Finanzierung vorschlagen, dann fällt mir auf, welche Belastungen auf den „kleinen Mann“, von dem Sie immer sprechen, auf die Geringverdienenden zukommen. Was wollen Sie nicht alles! Sie haben in Ihrem Wahlprogramm folgende Steuerbelastungen stehen: Sparsbuchsteuer, Erhöhung der Mineralölsteuer – –

(Abg. Karl Heinz Müller: Sparsbuchsteuer?)

– Natürlich haben sie das in ihrem Wahlprogramm stehen! Lesen Sie es doch nach!

– Erhöhung der Heizölsteuer, Einführung einer Erdgassteuer, Einführung einer Stromverbrauchssteuer. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wen treffen denn die Steuern, die Sie einführen wollen?

(Beifall bei der CSU)

Eines kann Ihnen heute in der Debatte wirklich nicht erspart bleiben. Sie haben in diesen Tagen einen großen Verbündeten – das ist der DGB –, der Ihnen ganz erhebliche Wahlkampfhilfe leistet. Aber unsere Arbeitnehmer wollen keine Arroganz und auch keine

(Frau Stamm [CSU])

Wahlkampfhilfe für die SPD, sondern sie wollen Ehrlichkeit, sie wollen Glaubwürdigkeit. Unsere Arbeitnehmer und unsere Familien wollen das Gefühl, gut vertreten zu sein.

(Beifall bei der CSU)

Was sich der DGB – richtiger gesagt: seine Führungsfunktionäre – in den letzten Monaten geleistet hat, ist unglaublich. Da wird über viele Jahre hinweg im DGB-Unternehmen „Neue Heimat“ mit Mietgeldern und öffentlichen Geldern in unverantwortlicher Weise umgegangen und werden Mieter gefährdet. Wo ist da eigentlich Ihr soziales Handeln? Wo schlägt da Ihr soziales Herz?

(Beifall bei der CSU)

Dann „verramscht“, wenn ich so sagen darf, der DGB seine ungeliebte Tochter und vernichtet einfach Arbeitsplätze. Ist das der Beitrag des DGB zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit? Daran ändert sich auch durch die Rückgängigmachung des Kaufs der „Neuen Heimat“ nichts. Vielmehr ist damit der Versuch des DGB, sich aus der Verantwortung zu stehlen, endgültig gescheitert.

Lassen Sie mich abschließend sagen – das hat in der Debatte ja schon eine Rolle gespielt –, was wir von der CSU zur Gleichstellung von Männern und Frauen in unserer Gesellschaft zu sagen haben. Wir wollen, daß Männer und Frauen in allen Lebensbereichen gleichwertige Chancen haben und sie in Selbstverantwortung und Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft nutzen.

Wir wollen auch noch bestehende rechtliche und tatsächliche Benachteiligungen von Frauen kontinuierlich abbauen. Wir wollen zum Beispiel, daß die Geburt und die Erziehung von Kindern noch mehr als personale Leistungen der Frau für die Gemeinschaft anerkannt werden.

Das ist eben der Unterschied zu Ihnen. Wir stehen zu gleichen Chancen von Männern und Frauen in der Gesellschaft; aber wir werden es nicht zulassen, daß Sie einen großen Anteil von Frauen in unserer Gesellschaft, nämlich die nicht außerhäuslich erwerbstätigen Frauen, die Frauen, die sich ausschließlich der Familie widmen, diskriminieren. Das wollen wir nicht, und das werden wir auch nicht zulassen.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind für die Wahlfreiheit von Männern und Frauen in unserer Gesellschaft.

Sie haben die Erziehungsleistung des Vaters angesprochen. Bitte! Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub für Männer sind nach dem Gesetz möglich. Auch der junge Vater kann sich für die Familie entscheiden; das Gesetz läßt das zu. Nur verordnen wir es nicht, sondern das entscheidet die Familie.

(Beifall bei der CSU)

Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Staates, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Frau Abg. Memmel: Das ist nicht die Realität!)

Wie die Aufgaben innerhalb der Familie verteilt werden, wird in Partnerschaft entschieden.

Wir werden die Leistung der Hausfrauen und Mütter in unserer Gesellschaft auch in Zukunft weiterhin honorieren und ausbauen. Deshalb fordert die CSU in ihrem Wahlprogramm für die Bundestagswahl am 25. Januar, daß das Erziehungsgeld ausgeweitet wird, weil wir für unsere Familien auch in Zukunft eine tatsächliche Wahlfreiheit gewährleisten wollen.

Gewöhnen wir es uns ab zu meinen, von seiten des Staates den Menschen das Glück verordnen zu müssen! Die Familie braucht einen Schutzraum, und die Familie braucht die Rahmenbedingungen, um ihre ureigensten Aufgaben, die ihr von der Verfassung garantiert sind, erfüllen zu können. Vielen herzlichen Dank!

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Möslin: Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, darf ich in der Diplomatologie als Gast und aufmerksamen Zuhörer unseren ehemaligen Vizepräsidenten Ernst Lechner recht herzlich willkommen heißen.

(Beifall)

Das Wort hat die Kollegin Jungfer.

Frau Jungfer (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Meyer, bleiben Sie bitte noch einen Moment stehen! Ich fand nämlich Ihre spöttische Bemerkung vorhin ausgesprochen unpassend, daß der Herr Ministerpräsident sich eine Passage vielleicht angehört hätte, wenn er die nette Kollegin gesehen hätte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich finde es ausgesprochen merkwürdig, daß sich der Herr Ministerpräsident die Debatte – es ist schließlich die Aussprache über seine Regierungserklärung – nicht anhört.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN –
Abg. Kamm: Könige haben das nicht nötig!

– Zuruf von der CSU: Wo ist der
Hiersemann?)

– Er war fast die ganze Zeit hier. Man wird ja wohl auch einmal hinausgehen dürfen.

Frauen stellen in Bayern 60 Prozent aller Sozialhilfeempfänger und mittlerweile fast 75 Prozent aller Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz finden, wenn man diejenigen dazu zählt, die sich in „Warteschleifen“ befinden. Diese zwei Zahlen beleuchten drastisch die massive Benachteiligung von Frauen in unserer Gesellschaft am Ende und auch zu Beginn ihres Lebens.

In der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten haben wir davon sehr wenig gemerkt. Gerade ein Prozent seiner Rede hat er auf Frauen verwandt. Wer die Hoffnung hatte, die massiven Bemühungen von

(Frau Jungfer [SPD])

Frauen, mit der Einforderung ihrer Rechte endlich bei den politisch Verantwortlichen Gehör zu finden, wurden leider erneut enttäuscht. In keinem der brennenden Problembereiche haben wir konkrete Angebote gehört; es blieb bei unverbindlichen Absichtserklärungen.

Beginnen wir mit der Situation in der Familie! Der Ministerpräsident hat die Einführung des Erziehungsurlaubs für alle Mütter und theoretisch auch für die Väter als eine herausragende frauenpolitische Maßnahme gefeiert. Mit keinem Wort ist er darauf eingegangen, daß gleichzeitig das Urlaubsgeld erwerbstätiger Mütter massiv gekürzt und ihre zuvor sichere Arbeitsplatzgarantie deutlich eingeschränkt wurde. Vom Erziehungsgeld kann keine Familie existieren, die auf den Verdienst der Mutter angewiesen ist. Kein Wunder also, wenn unter denen, die das Erziehungsgeld in Anspruch nehmen, nur noch 50 Prozent erwerbstätige Mütter sind. Es ist makaber, wenn dies dann auch noch als eine besondere sozialpolitische Leistung herausgestellt wird.

(Beifall bei der SPD)

Nichts zu sagen ist gegen die endlich erfolgende Bewertung und Anerkennung von Erziehungsleistungen. Wir Sozialdemokraten begrüßen dies ausdrücklich. Unsozial ist es jedoch, wenn zugunsten dieser Regelung der Lohnausfall für die Mütter nicht mehr ausgeglichen wird.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Natürlich begrüßen wir es, daß auch Väter den Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen können. Daß es gerade ein Prozent aller Antragsteller sind, sagt mehr über diese Alibiberechtigung aus als tausend Worte. So ernst war es auch gar nicht gemeint, wenn man sich die Rede des Herrn Ministerpräsidenten angehört hat. Ich zitiere hier eine seiner unverbindlichen Absichtserklärungen: „Alle Kinder müssen die Chance haben, in den ... drei Lebensjahren von ihrer Mutter betreut zu werden.“ Von Vätern war in dieser Passage nicht die Rede!

(Zustimmung von der SPD und den GRÜNEN)

Ich muß dazu sagen: Wer ernsthaft die Gleichstellung und die partnerschaftliche Gesellschaft will, muß begreifen, daß diese erst dann Chancen hat, wenn Männer einen Teil der Familienarbeit übernehmen und übernehmen können.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das würde auch den Vätern Gewinn bringen. Um das zu erreichen, haben Gesellschaft, Arbeitswelt und Politik die Voraussetzungen zu schaffen. So ist jede politische Maßnahme daran zu messen, ob sie Frauen und Männern Familie und Erwerbsarbeit erleichtert oder gar erst ermöglicht. Das ist eine der großen sozialpolitischen Aufgaben dieser Generation.

Als der Herr Ministerpräsident gestern wieder den alten Hut der Wahlfreiheit für Frauen aus der

Trickkiste gezogen hat, hat er schlicht an der Wirklichkeit vorbeigeredet.

– Frau Kollegin Stamm, ich möchte Sie herzlich bitten, mir einmal zuzuhören.

20 Prozent der bayerischen Familien mit Kindern bis zu 16 Jahren werden von Alleinerziehenden betreut, in überwältigender Zahl von Frauen; aber außerfamiliäre Kinderbetreuung für Kleinkinder und Schulkinder gibt es fast nur in den Großstädten. In ganz Bayern gibt es 80 Kinderkrippen. Statt hier zu helfen, wird den Müttern zu allem Überfluß noch ein schlechtes Gewissen eingepfiff.

(Zustimmung von den GRÜNEN)

Die propagierte Wahlfreiheit – nur für Frauen, wohl gemerkt – heißt bei Knappheit von Arbeitsplätzen schlicht: Solange ein Mann da ist, der für den Lebensunterhalt aufkommen kann, soll die Frau doch besser zuhause bleiben; wenn der Ernährer ausfällt, geht die Frau ganz selbstverständlich ins Erwerbsleben, und sind Kinder da, so erzieht sie sie nebenbei. Wie anders ist der Ministerratsbeschluß zu verstehen, bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst junge Familienväter zu bevorzugen? Auch dieser Beschluß war natürlich blank an der Verfassung vorbei und im Widerspruch zum Beamtengesetz.

Wie anders ist die Verschlechterung der Frauenposition bei der Neufassung des Scheidungsfolgenrechts zu interpretieren, die von der konservativen Bundesregierung mit tatkräftiger Unterstützung der CSU durchgesetzt wurde? Frau Stamm, nochmals: Sie haben gesagt, Sie wollen die Familienfrauen nicht diskriminieren. Das respektiere ich. Aber Sie benachteiligen sie permanent mit all den Maßnahmen, die Sie vorgeschlagen und durchgesetzt haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Wahlfreiheit ist ein Schlagwort, mit der die Weigerung, faktische Politik für Frauen zu machen, bemäntelt werden soll.

Ein zweiter Punkt bezüglich der Frauen in der Arbeitswelt: Die dramatischen Einkommensunterschiede für Erwerbsarbeit von Frauen gegenüber Männern wurden in den letzten Jahren nicht verringert. Im Gegenteil! Sie sind in der Zeit nach der „Wende“ größer geworden. Betrug der Durchschnittsstundenlohn einer Arbeiterin 1975 knapp 80 Prozent des Männerlohns, waren es 1985 nur noch 78 Prozent. Bei den Angestellten das gleiche Bild, nur auf einem für die Frauen noch niedrigeren Niveau. Wohl gemerkt: Das sind Realvergleiche! Da ist nicht einbezogen, daß die Frauen auch kürzere Arbeitszeiten haben und daß sie in Teilzeitarbeit sind. Das sind die Realvergleiche bei gleicher Arbeitszeit.

Alles, was der Herr Ministerpräsident dazu gesagt hat, ist: Die Flexibilität muß erhöht werden. Ja, wie „flexibel“ sollen Frauen eigentlich noch werden? Bei der Gestaltung von Arbeitszeiten geht es nie wirklich um die sonstigen Verpflichtungen von Frauen, sondern immer um Betriebsbedürfnisse, um das Abfan-

(Frau Jungfer [SPD])

gen von Spitzenzeiten und um die Kapazitätsauslastung.

(Frau Abg. Würdinger: Das müßten Sie einmal den Gewerkschaften sagen!)

Alle wissen, daß das sogenannte Beschäftigungsförderungsgesetz in Wirklichkeit ein Entlassungsförderungsgesetz ist und vor allem geschützte Arbeitsverhältnisse in ungesicherte umgewandelt hat. Wir Sozialdemokraten wollen mehr Teilzeitarbeitsplätze, gerade auch für Väter und Mütter, diese aber abgesichert, ohne Nachteile für Aufstieg und berufliches Weiterkommen.

(Frau Abg. Stamm: Was sagen die Gewerkschaften dazu?)

Solche Teilzeitarbeitsplätze aber ermöglichen gerade keine Betriebsflexibilität. Oder wollen Sie ausgerechnet Müttern Nachmittagsarbeit, Samstagsarbeit oder gar Nacharbeit andienen? Das kann doch wohl nicht sein!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zurufe)

Die Umstrukturierung der Arbeitswelt und die Einführung der Computertechnologie eröffnen neue Möglichkeiten, Arbeit aus den Betrieben in Heimarbeit auszulagern. Insbesondere Frauen sind hier im Blickfeld der Unternehmen. Deshalb müssen Arbeitsplätze, Arbeitsgerät und Arbeitnehmerstatus dringend neu und eindeutig geregelt werden. Wo ist die Aussage des Herrn Ministerpräsidenten, wie er verhindern will, daß massenweise neue und ungeschützte, rechtlose Heimarbeitsverhältnisse entstehen?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

CSU-Philosophie ist es, diese Arbeitsform sei Frauen mit kleinen Kindern und pflegebedürftigen Personen besonders angemessen. Wer so redet, hat keine Ahnung davon, wie sich Heimarbeit in die Familienarbeit hineindrängt. Wer so redet, der degradiert Familienarbeit erneut zu einer vernachlässigbaren Restgröße, nimmt Nacharbeit von Frauen, ja die Mitarbeit von Kindern ganz bewußt in Kauf. Wir Sozialdemokraten fordern eine eindeutige rechtliche Absicherung solcher neuer Arbeitsverhältnisse, die die Beschäftigten denen im Betrieb gleichstellt, damit keine neue Klasse Unterprivilegierter entsteht.

Der Druck, in solche Arbeitsverhältnisse zu gehen, ist für Frauen heute besonders stark; denn immer stärker geht auch die Massenarbeitslosigkeit zu Lasten der Frauen. Ein Beispiel: Im Oktober betrug die Quote in Bayern bei Männern 4,2 Prozent, bei den Frauen aber 7,6 Prozent. In der Oberpfalz waren gar 11 Prozent der Frauen arbeitslos gemeldet. Was tut die Staatsregierung, um diesen Frauen ein Angebot zu machen? Keine Antwort in der Rede des Herrn Ministerpräsidenten!

Ich kann meine Ausführungen zur Ausbildungssituation hier nicht mehr machen, ohne in Gefahr zu geraten, die Zeit zu überziehen. Aber auch hier –

lassen Sie mich dies nur so kurz sagen! – sind Mädchen und junge Frauen erneut massiv diskriminiert.

Die Zahl der weiblichen Studenten an den Hochschulen geht zurück. Die Ausbildungsplatzsuchenden – ich sagte es bereits – sind überwiegend Mädchen. Auch hier keine Antwort. Die Mädchen werden überwiegend einfach in die Hauswirtschaftsklassen des BVJ gesteckt, und ihnen wird das freiwillige soziale Jahr als Alternative angedient.

Damit schließt sich der Kreis. Natürlich gibt es tradierte Rollenbilder, die Mädchen eher daran hindern, ihren Fähigkeiten entsprechende Berufe zu ergreifen.

(Zustimmung von der SPD und den GRÜNEN)

Viel schlimmer aber sind die Mauern, die von Betrieben, vom Staat und von dieser Staatsregierung zusätzlich aufgerichtet werden.

Daß Frauenarbeit bei der CSU, gleichgültig, ob in Familie, Erwerbsleben oder Politik, nur dann geschätzt wird, wenn sie der Aufrechterhaltung von Machtstrukturen dient, wird auch an der Praxis der Ordensverleihung der Staatsregierung deutlich.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CSU)

So hat der Herr Ministerpräsident vor kurzem den Bayerischen Maximiliansorden verliehen. Unter den ausgezeichneten Wissenschaftlern war keine Frau. Unter 16 Preisträgern insgesamt befand sich eine einzige Frau. Von den bisher 63 Preisträgern sind nicht mehr als vier Frauen, keine einzige von ihnen in der Sparte Wissenschaft.

(Abg. Spitzner: Strengen Sie sich an; dann kriegen Sie ihn auch!)

Da nimmt es nicht wunder, daß sich unter den 51 Personen, die 1986 mit der Verfassungsmedaille geehrt wurden, gerade drei Frauen befanden – eine beschämend geringe Zahl. Glaubt irgendjemand ernsthaft, daß es in Bayern ordenswürdige Frauen nur als Rarität gibt?

(Zuruf von den GRÜNEN: Hausfrauen zählen nicht!)

Wir Sozialdemokraten wollen eine Politik für Frauen, die das Frauenleben ernsthaft und strukturell erleichtert. Wir wollen eine qualifizierte Berufsausbildung für alle, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern oder vom Geschlecht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Notwendig sind Veränderungen der Arbeitswelt, die Frauen wie Männern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen; erst dann kann wirklich von Wahlfreiheit gesprochen werden. Wir werden auch jeden Schritt in diese Richtung unterstützen.

Wir Sozialdemokraten wollen familiäre und außerfamiliäre Hilfen, insbesondere für alleinerziehende Eltern bei der Kinderbetreuung. Es ist unerträglich, daß Familien mit kleinen Kindern von der Sozialhilfe leben müssen. Ebenso unerträglich ist es, daß viele alte Frauen, die ihr ganzes Leben hart gearbeitet und Kin-

(Frau Jungfer [SPD])

der großgezogen haben, auf die Sozialhilfe angewiesen sind.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir Sozialdemokraten fordern nachdrücklich, endlich mit dieser Ungerechtigkeit Schluß zu machen und auch den Rentnerinnen das Babyjahr zuzugestehen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CSU – Abg. Regensburger: 13 Jahre hättet ihr Zeit gehabt!)

Ich komme zum Schluß meiner Ausführungen. Die Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten läßt befürchten, daß in Bayern Politik auch künftig nicht für, sondern eher gegen Frauen gemacht wird.

(Abg. Otto Meyer: Was Sie da sagen, glauben Sie doch selber nicht!)

– Ich habe es Ihnen doch eben zu erklären versucht, Herr Meyer. Es muß wohl an Ihnen liegen.

Wir Sozialdemokraten bedauern dies und werden Politik für Frauen immer wieder einfordern. Der Herr Ministerpräsident aber vertut eine Chance für eine menschlichere Gesellschaft.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Möselein: Das Wort hat die Frau Abgeordnete Psimmas.

Frau Psimmas (DIE GRÜNEN): Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger! Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Abg. Leeb: Das ist wohl eine Schaufensterrede!)

Die Diffamierung, die sowohl in der Regierungserklärung als auch in der Aktuellen Stunde und in der heutigen Aussprache zur Regierungserklärung seitens der CSU-Fraktion vorgebracht wurde, daß unser angeblich gespaltenes Verhalten zur Gewaltfrage der Nährboden für weitere Gewalttaten sein könnte, kann meiner Meinung nach nur von Menschen kommen, die nicht verstanden haben, daß Gewalt und Gewalttätigkeiten aus einem Ohnmachtsgefühl von Beherrschten gegenüber Herrschenden resultiert, daß eine Politik, die an den Bedürfnissen und Ängsten der Bevölkerung vorbeigeht, weitaus eher der Nährboden für Gewalttätigkeiten ist und daß sich jede und jeder, der uns GRÜNEN ein gespaltenes Verhältnis zur Gewalt vorwirft, daran messen lassen muß, wie sie die Bedürfnisse und Ängste der Bevölkerung in realisierbare und trotzdem menschliche Politik umsetzen.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Stahlkugeln und Molotowcocktails, das Umsägen von Strommasten, die Blockierung des Eisenbahnverkehrs und die damit verbundene Gefährdung von Menschenleben sind für mich keine Mittel politischen Protestes und der politischen Auseinandersetzung.

Ich hoffe, die Damen und Herren der CSU glauben das endlich auch einmal einer GRÜNEN.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU – Abg. Mittermeier: Der Bäumer hat ganz anders geredet! – Abg. Leeb: Der Bäumer hat sehr schön differenziert! – Glocke des Präsidenten)

– Unterstellen Sie uns nicht immer etwas! Herr Bäumer hat sich genauso geäußert. Hören Sie ruhig weiter zu!

Genausowenig sind für mich überzogene Knüppelinsätze der Polizei, das Einsetzen von CS-Gas bei friedlichen Demonstrationen, das Einkesseln von Demonstrantinnen und Demonstranten, das Verbot von Versammlungen, auf denen unterschiedlichste politische Standpunkte diskutiert werden sollen – siehe zuletzt in Regensburg die Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung – und das konsequent arrogante Vorbeiregieren der Bayerischen Staatsregierung am Willen der Bevölkerung Bestandteil und Ausdruck gewaltfreier Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was Sie betreiben – das bezieht sich nicht nur auf Wackersdorf –, ist nur die Aufrechterhaltung und Verfestigung einer Gesellschaft, die schon in ihrer kleinsten Einheit, nämlich in der Beziehung zwischen Frauen und Männern, auf dem Prinzip der Unterdrückung der Frauen durch die Männer basiert.

(Beifall bei den GRÜNEN – Lebhafter Widerspruch von der CSU – Allgemeine Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Frauen erleben trotz bestehender verfassungsmäßiger Gleichheitsgrundsätze tagtäglich von klein auf in allen Lebensbereichen Benachteiligung, Unterdrückung, Gewalt und Brutalität.

(Zurufe von der CSU)

– Sie könnten ruhig zuhören, meine Herren; das schadet Ihnen gar nichts. Vielleicht können Sie noch etwas lernen.

Daß Sie sich darüber als Männer – ich spreche hier alle Männer in diesem Raum an – wenig Gedanken machen, ist mir klar. Es betrifft Sie auch nicht. Als Männer können Sie die Gewalt in all ihren subtilen und offensichtlichen Ausdrucksformen zwar potentiell ausüben, aber niemals selbst erfahren.

(Zurufe von der CSU)

– Das fordere ich nicht.

Was für Sie selbstverständlich ist, müssen sich Frauen unter schwierigsten Umständen und gegen den massivsten Widerstand von Männern erst erkämpfen, und zwar in einer Gesellschaft, in der Sexismus, d.h. Benachteiligung aufgrund des Geschlechts, überall seinen konkreten Niederschlag findet. Ich glaube, die Frauen in der CSU-Fraktion und auch die in der SPD-Fraktion könnten ein Lied davon singen, wenn sie ehrlich wären.

(Zurufe von der CSU)

(Frau Psimmas [DIE GRÜNEN])

Ich erlebe es bereits in diesem Parlament. Hier wird ständig von Bürgern gesprochen, von Arbeitnehmern und von sonst wem. Über 50 Prozent der bayerischen Bevölkerung sind Frauen. Die Sprache erwähnt die Frauen aber gar nicht; sie kommen in der Sprache überhaupt nicht vor.

Eine Sprache, die Frauen nicht ausdrücklich erwähnt und vorkommen läßt, die einseitige Darstellung der Rolle der Frau, in den Schulbüchern zum Beispiel, ein verfälschender und die eigenständigen Aktivitäten von Frauen nicht berücksichtigender Geschichtsunterricht, frauenverachtende Darstellung in den Medien, Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und am Arbeitsplatz, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, Anmachen auf der Straße, körperliche und seelische Mißhandlung bis hin zum sexuellen Mißbrauch von Mädchen und Vergewaltigung auch in der Ehe,

(Abg. Spitzner: Da brauchen Sie keine Angst zu haben!)

das alles sind unsere Realitätserfahrungen als Frauen.

(Zuruf von der CSU: Wo leben Sie denn eigentlich? – Fortgesetzte Zurufe und Unruhe bei der CSU – Glocke des Präsidenten)

Leider ist der Herr Ministerpräsident jetzt nicht anwesend.

(Fortgesetzte Zurufe und Unruhe bei der CSU – Glocke des Präsidenten)

– Herr Tandler, Sie brauchen gar nicht so zu lachen. Hören Sie doch einmal zu! Wir sind ja auch so höflich und hören Ihnen zu.

Wenn der Herr Ministerpräsident noch von Wahlfreiheit – spricht: gleiche Lebenschancen oder Selbstverwirklichung – spricht, frage ich mich, wie diese angesichts der eben geschilderten Realität aussehen soll.

(Abg. Mittermeier: Das ist halt nicht die Realität!)

Die wirkliche Gleichstellung von Frau und Mann setzt für uns voraus, daß die finanzielle und daraus folgende psychische Abhängigkeit aufhört. Für uns kann das nur durch die Aufhebung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung erreicht werden.

(Fortgesetzte Zurufe von der CSU)

Wir GRÜNEN fordern daher eine gleichmäßige Aufteilung der Erziehungs- und Hausarbeit auf Männer und Frauen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das setzt natürlich eine drastische Verkürzung der Wochenarbeitszeit voraus, wenn auch keinesfalls die Einführung von Sonntagsarbeit.

(Fortgesetzte Zurufe von der CSU – Glocke des Präsidenten)

Nur so kann unserer Meinung nach gewährleistet werden, daß Selbstverwirklichung in Beruf, Familie

und anderen wichtigen Lebensbereichen für Frauen und Männer möglich wird. Diese grundsätzliche Sichtweise gilt allerdings für uns selbstverständlich für alle von Menschen frei gewählten Lebensformen und Gemeinschaften.

Davon sind wir aber in unserer Gesellschaft noch weit entfernt. Diese Gesellschaft und ihre politische Führung vergiftet und zerstört täglich lebenswerte Umwelt. Sie bestückt unser Land mit Atomkraftwerken, Wiederaufbereitungsanlagen und Atomsprengköpfen. Sie ist nicht einmal fähig, das geborene Leben zu schützen, gibt aber vor, das ungeborene Leben durch Strafgesetze schützen zu wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Welche Grundsätze moralischer Art bzw. welche Vorstellung vom Verantwortungsbewußtsein der Frauen hat der Herr Ministerpräsident – Frau Stamm, das muß ich leider auch Sie fragen –, wenn er in seiner Regierungserklärung den Frauen unterstellt und vorwirft, noch im neunten Monat oder bis zum Tage der Geburt abzutreiben? Was ist das für ein Frauenverständnis, was ist das für ein Frauenbild, das in der Hauptsache von der CSU-Fraktion – leider auch von Frauen – vertreten wird?

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU, u. a. des Abg. Eykmann: Das steht doch in Ihrem Programm!)

Ungewollte Schwangerschaften – ich glaube, das wissen Sie so gut wie ich – entstehen meistens aus männlich bestimmter Sexualität, aus männlich bestimmtem Dominanzverhalten,

(Widerspruch von der CSU – Zahlreiche Zurufe, u. a.: Sie mit Ihrem Soziologen-deutsch!)

aus der Arroganz von Männern, für Verhütung nicht zuständig zu sein, und aus einem Sexualverhalten, das die Vielfalt weiblicher Sexualität ausklammert bzw. überhaupt nicht wahrnimmt.

(Abg. Dr. Wilhelm: Woher wissen Sie denn das? – Abg. Niedermayer: Hiersemann, hör' gut zu!)

Aus dieser Einsicht heraus fordern wir, daß ab sofort an allen bayerischen Schulen und Bildungseinrichtungen die Aufklärung über den Charakter patriarchal bestimmter Sexualität gewährleistet ist. Partnerschaft und ein respektvolles und zärtliches Verständnis von Liebe, Eros und Sexualität müssen Erziehungsziel werden.

Ja zu Kindern und zu einem menschenwürdigen Leben zu sagen, erfordert gleichzeitig ein klares Nein zu grenzenlosem Wachstum, Profitorientiertheit, Rüstung und Tod, weil diese gegen die Bedürfnisse von Frauen und Kindern gerichtet sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn der Herr Ministerpräsident 200000 Abtreibungen – wobei ich die Richtigkeit dieser Zahl bezweifeln möchte – als Skandal bezeichnet, dann sind für mich die von mir geschilderten Umstände, die Frauen zu Abbrüchen bewegen, der eigentliche

(Frau Psimmas [DIE GRÜNEN])

Skandal. Die Frauen dürfen nicht verurteilt oder als Massenmörderinnen bezeichnet werden. Im Gegenteil! Wir alle – vielleicht lassen Sie sich auch einmal mit aufrufen; denn ich meine uns alle – sollten Lebensbedingungen schaffen, die Abtreibungen überflüssig machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich persönlich spreche allen verantwortlichen Männern in Politik und Kirche in Bezug auf weibliche Sexualität und Abtreibung jegliche Kompetenz ab.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch von der CSU und Oho-Rufe)

Wir GRÜNEN sehen keine Notwendigkeit, einen Paragraphen des Strafgesetzbuches zu erhalten, der von Frauen ein verantwortungsloses Verhalten voraussetzt, wie es einfach nicht vorkommt.

(Unruhe und zahlreiche Zurufe)

Sonst, meine Herren – vielleicht hören Sie jetzt einmal sehr gut zu –, müßten Sie auf der anderen Seite die Zwangskasernierung von Männern befürworten; denn alle vier bis sieben Minuten wird in der Bundesrepublik Deutschland eine Frau von einem Mann vergewaltigt! Das ist Tatsache in dieser Republik.

(Zahlreiche Zurufe – Heiterkeit des Abg. Eykmann)

Das fordern wir allerdings trotz dieser Tatsache nicht. Bei uns GRÜNEN haben nämlich auch Männer erkannt – Gott sei Dank! –, daß die von mir geschilderten Merkmale Wesensmerkmale patriarchischer Kulturen sind, die alle sozialen Klassen durchziehen. Von daher sind die Männer bereit, ihr Rollenverhalten zu hinterfragen und die Forderungen von Frauen bei der Verabschiedung der Parteiprogramme konkret zu akzeptieren. Allerdings glaube ich, daß Ihre Männer davon noch sehr weit entfernt sind.

(Abg. Ritter: Wo leben Sie denn?)

Mißhandlung und Vergewaltigung von Frauen sind extremster Ausdruck der in unserer Gesellschaft vorherrschenden Frauenverachtung.

(Abg. Herbert Huber, Landshut: Sie ist auf einem Horrortrip!)

Wir brauchen keine Absichtserklärungen wie etwa in der Regierungserklärung, daß die Polizei die in empörender Weise gestiegene Gewalt gegen Frauen verstärkt bekämpfen muß. Was wir brauchen, ist die Förderung eines Umdenkungsprozesses; denn Vergewaltigung ist weder ein Kavaliärsdelikt noch ein erotisches Abenteuer.

(Abg. Otto Meyer: Was glauben Sie denn, welche Auffassung wir da haben? – Weiterer Zuruf: Oberlehrerin!)

Mißhandlungen und Vergewaltigungen sind vielmehr ein vernichtender Angriff auf unsere Persönlichkeit als Frau.

(Zurufe, u. a. des Abg. Herbert Huber, Landshut: Eine schützenswerte Frau sind Sie!)

– Vielleicht halten Sie endlich einmal den Mund. Ich rede ja auch nicht ständig dazwischen, wenn Sie reden.

(Widerspruch und Zurufe)

Erster Vizepräsident Möslein: Frau Kollegin, das ist ein unparlamentarisches Wort.

(Zahlreiche Zurufe von der CSU)

Frau **Psimmas** (DIE GRÜNEN): Haben Sie etwa Angst?

(Weitere Zurufe von der CSU)

– Herr Präsident, würden Sie so nett sein, für Ruhe zu sorgen?

Erster Vizepräsident Möslein: Ich darf darum bitten, daß wieder Ruhe einkehrt.

(Abg. Hiersemann: Dem Wengenmeier hat es die Sprache verschlagen!)

Frau **Psimmas** (DIE GRÜNEN): Ich hoffe, daß die Zeit, die Sie mir nehmen, von meiner Redezeit nicht abgezogen wird, sondern daß ich meine 15 Minuten Redezeit habe.

(Zuruf von der CSU: Wir hören gerne zu; es ist ganz lustig!)

Ich sage noch einmal: Mißhandlung und Vergewaltigung sind für uns weder ein Kavaliärsdelikt noch ein erotisches Abenteuer. Mißhandlung und Vergewaltigung sind ein Angriff auf unsere Persönlichkeit als Frau. Sie rauben uns unser Selbstbestimmungsrecht und damit unsere Freiheit und Würde. Vergewaltigung und Vergewaltigungsdrohung, aber auch Mißhandlung sind Massenterror, der die Freiheit von uns Frauen begrenzt und uns von Männern abhängig macht.

Ähnlich sehen wir die Entwicklung im Bereich der Reproduktionstechnik. Bei dieser Entwicklung steht die technische Machbarkeit im Vordergrund, und auch dort sind es wieder hauptsächlich Männer, die den technischen Ersatz der Mutterschaft erforschen, nämlich Ärzte und Techniker, die die Fortpflanzung kontrollieren. Wir lehnen diese Technologie ab, da sie die soziale Dimension ignoriert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Schluß

(Zuruf von der CSU: Gott sei Dank!)

– ich bin gleich fertig, Sie können dann gleich wieder in Ruhe unter sich sein – lassen Sie mich folgendes sagen: Für mich, für uns muß die Zukunft weiblicher werden.

(Frau Abg. Stamm: Sind Sie weiblich?)

In dieser weiblichen Zukunft haben AKWs, also Atomkraftwerke, Rüstung und Atomwaffen, SDI und Krieg

(Frau Psimmas [DIE GRÜNEN])

keinen Platz mehr. Wir haben die Erde nur von unseren Kindern geborgt. Aber nicht nur deshalb fordere ich: Weg mit den AKWs und allen anderen Einrichtungen!

(Frau Abg. Stamm: Sind Sie weiblich?)

– Ich bin Frau, ja, und darauf bin ich stolz. Danke!

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU: Hoi!)

Erster Vizepräsident Mösllein: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Kollegen Freller das Wort.

Freller (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Liebe Frau Psimmas, da ich Sie weder durch meine Rede noch sonstwie vergewaltigen will, bitte ich um Nachsicht, wenn ich auf Ihre Ausführungen nicht tiefer eingehe.

(Frau Abg. Psimmas: Das soll wohl ein Witz sein; zuhören hätten Sie sollen!)

Ich möchte auf die Regierungserklärung unseres Ministerpräsidenten Bezug nehmen.

(Zuruf von der SPD: Ist auch besser!)

– Ja, sehr richtig!

(Abg. Hiersemann: Die war schon schlimm genug; das ist richtig! – Zurufe von den GRÜNEN)

Als junger Mensch – Herr Hiersemann, jetzt hören Sie bitte zu! – habe ich mich gestern sehr über Worte der Tat gefreut, über Worte des Erfolges, über Worte der Zuversicht. Ich habe mich über die Regierungserklärung unseres Ministerpräsidenten gefreut.

(Zuruf von den GRÜNEN: Hör' auf!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit meinen 30 Lebensjahren gehöre ich einer Generation an, die den Krieg nicht erlebt hat, die den Aufbau der Bundesrepublik Deutschland höchstens als Kind mitbekommen hat und die in der Jugend Freiheit als Selbstverständlichkeit angesehen hat, ohne zu ahnen, daß sie hart und immer wieder aufs neue verteidigt werden muß.

Ich gehöre aber auch einer Generation an, die kritisch fragt, wie es mit der Zukunft unseres Staates und unserer Gesellschaft weitergeht, die weiß, daß es vor allem auch um sie geht, wenn in unseren Parlamenten und Regierungen zukunftsentscheidende Weichenstellungen getroffen werden.

Unter dem Gesichtspunkt „Welche Bedeutung haben die Perspektiven unseres Ministerpräsidenten für die nachwachsenden Generationen?“ habe ich die gestrige Regierungserklärung nachvollzogen. Dabei habe ich mich von dem Gedanken gelöst, daß Politik für die Jugend nur Jugendpolitik im engeren Sinn ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, insbesondere auf der Seite der GRÜNEN und der SPD! Ich möchte zur Situation der Jugend im Lande sprechen.

Ich halte es für schlecht, daß Sie nicht bereit sind, zuzuhören, wenn es um die jungen Menschen in Bayern geht.

Meine Damen und Herren! Ohne Zweifel ist es für die Jugend Bayerns von Bedeutung, daß unser erfolgreiches bayerisches Jugendprogramm fortgeschrieben und die Mittel entsprechend aufgestockt werden,

(Zuruf von der SPD: Sagen Sie doch einmal dem Leeb, daß er ruhig zuhört!)

daß weiterhin Jugendhäuser im Bestand erhalten und, wo es nötig ist, neu gebaut werden, daß der Jugendaustausch mit dem Ausland intensiviert wird, daß die Schulung und Fortbildung von ehrenamtlichen Jugendleitern weitestmögliche Förderung erfahren, daß die Leistungen der Jugendverbände gewürdigt werden, daß all denjenigen Jugendlichen Dank gesagt wird, die sich in ihrer Freizeit für alte, kranke und behinderte Menschen engagieren, die im Roten Kreuz, in der Freiwilligen Feuerwehr, in der Musik oder in sonstigen Organisationen aktiv sind, die im Sport körperliche Ertüchtigung suchen und Kameradschaft pflegen oder die als Wehrpflichtige die Freiheit unseres Landes schützen.

Politik für die Jugend ist es aber insbesondere auch, wenn Parlament und Regierung dafür Sorge tragen, daß ein intaktes Schulwesen junge Menschen fordernd fördert und nach Eignung und Neigung ausbildet, daß ein florierendes Wirtschaftsleben Arbeitsplätze sichert und neue Ausbildungs- und Arbeitsplätze schafft, daß eine gestärkte Familie Kindern und Jugendlichen die Geborgenheit vermitteln kann, die zur gesunden Entwicklung eines Menschen notwendig ist, daß eine vernünftige Haushaltspolitik verhindert, daß die Ausgaben von gestern durch die Jugend von heute mit der Arbeit von morgen bezahlt werden muß, wie es in Bonn 13 Jahre lang der Fall war, daß unsere Umwelt geschützt und vor weiteren Schädigungen bewahrt wird und daß so lange Kernenergie sicher eingesetzt und damit die Energieversorgung unseres Landes gesichert wird, bis neue Energieträger an ihre Stelle treten können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben in Bayern ein intaktes Schulwesen; wir haben in Bayern ein florierendes Wirtschaftsleben – es gibt mehr Lehrstellen als Suchende; hier möchte ich der Wirtschaft und dem Mittelstand dafür danken, daß sie diese Lehrstellen in den vergangenen Jahren geschaffen haben –; wir haben in Bayern eine vernünftige Haushaltspolitik; wir haben in Bayern einen fortschrittlichen Umweltschutz; wir haben in Bayern gesicherte Energiequellen. Bayern hat Zukunft – eine Zukunft, die der Jugend Hoffnung gibt, wie sie aus allen Zeilen der gestrigen Regierungserklärung sprach.

Dieses Vertrauen in unsere Zukunft hat inzwischen auch wieder die Jugend erfaßt. Noch vor vier Jahren war hier von Resignation und Verweigerung die Rede. Doch heute bereits wird das Leben der meisten Jugendlichen wieder von Zuversicht und Leistungsbereitschaft bestimmt. Wer vorgestern an der Weihnachtsfeier teilgenommen und sich den Chor des

(Freller [CSU])

Pestalozzi-Gymnasiums angehört hat, der konnte sich von dieser Aussage selber überzeugen.

(Abg. Hiersemann: Wollen Sie damit sagen, daß der Chor vor vier Jahren weniger leistungsbereit war?)

Das ist gut so. Wir brauchen die Mitarbeit der Jugend; denn ihre Phantasie und Kreativität, ihr Eintreten für soziale Gerechtigkeit und die weltweite Verwirklichung der Menschenrechte, ihr Idealismus sind unverzichtbar, um die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen. An lohnenden Zielen fehlt es nicht.

Um so verwerflicher ist es, wenn der Idealismus unserer Jugend, wie es in unserer Geschichte schon einmal geschah, mißbraucht wird, wenn der Wunsch junger Menschen nach einer gesunden Umwelt als Vehikel zur Verwirklichung ideologischer Ziele genutzt wird, wenn die Sehnsucht junger Menschen nach einer friedvollen Welt herhalten muß, um der Erpreßbarkeit durch totalitäre Systeme Vorschub zu leisten, wenn der Glaube junger Menschen verraten wird, indem man sie zu Gottesdiensten einlädt, die nicht selten in Demonstrationen einmünden und mit Gewalttätigkeiten enden.

Historische Schuld laden dabei insbesondere die GRÜNEN auf sich. Bewußt und in voller Absicht ihre Führungsschicht, verirrt und unbelehrbar ihre naive Anhängerschaft, säen sie Zwierrat in unserem Staat, machen eine Demokratie, wie es sie besser noch nie gab in Deutschland, madig und suchen an Werten zu zerstören, was nach dem Krieg mühevoll wiederaufgebaut worden ist.

(Zustimmung von der CSU)

Geschult in allen Formen der Manipulation und Rhetorik, nutzen sie Gefühle von Menschen – Ängste, Hoffnungen, Sehnsüchte –, locken mit idealistisch klingenden, aber nie verwirklichtbaren Zielen und schaffen es mitunter tatsächlich, daß ihren Scheinbegriffen und Halbwahrheiten Glauben geschenkt wird.

Bedauerlich ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß auch in manchen kirchlichen Kreisen das falsche Prophetentum grün-roter Politiker nicht durchschaut wird, daß man es offensichtlich nicht durchschauen will oder sich schlicht und einfach nicht getraut, dagegen den Mund aufzutun, weil man glaubt, mit modischem Angepaßtsein Gotteshäuser wieder füllen zu können.

(Beifall bei der CSU)

Ich kann uns nur wünschen, daß sich alle Bürger, die auch nur in irgendeiner Form Sympathie für die GRÜNEN empfinden, das Bundeswahlprogramm der GRÜNEN für 1987 genauestens durchlesen. Spätestens dann müßte ein halbwegs intelligenter Mensch darauf kommen, daß unter dem grünschillernden Oberflächenwasser des Umweltschutzes die rotbraune Brühe der Systemveränderer lauert.

(Lebhafter Widerspruch von den GRÜNEN)

Ich kann nur alle Jugendlichen nachhaltigst bitten, auf die nicht lösbaren Widersprüchlichkeiten grüner Politik zu achten. Es sind Widersprüche, meine sehr verehrten Damen und Herren, die sich wie folgt darstellen:

Die GRÜNEN fordern die Streichung sämtlicher Rüstungsausgaben, bejahen aber die Entscheidung anderer Völker, in ihrem sog. Befreiungsprozeß auch bewaffnete Widerstandsformen einzusetzen.

Die GRÜNEN reden von Selbstbestimmung, predigen aber den Verzicht auf die Wiedervereinigung Deutschlands.

(Zustimmung von der CSU)

Die GRÜNEN wollen heraus aus der NATO, ignorieren aber die Bedrohung durch den Warschauer Pakt.

Die GRÜNEN stellen extreme Forderungen an unsere Wirtschaft, verschweigen aber, wieviele Menschen durch ihre Verwirklichung arbeitslos würden.

(Beifall bei der CSU)

Die GRÜNEN beanspruchen das Prädikat „gewaltlos“, sympathisieren aber mit gewalttätigen Demonstranten.

(Beifall bei der CSU)

Die GRÜNEN sprechen von Selbstverwirklichung, rauben aber den Familien die Grundlagen dazu.

Die GRÜNEN fordern eine härtere Bestrafung von Umweltverschmutzern, setzen sich aber für die Straffreiheit von homosexuellen Handlungen an Minderjährigen ein.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das stimmt überhaupt nicht!)

– Das steht in Ihrem Programm! Lesen Sie doch Ihr Programm durch!

Erster Vizepräsident Möselein: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Freller (CSU): Nein. Sie sollen doch ihr Programm lesen!

Die GRÜNEN verneinen Experimente mit Embryonen, erlauben aber die Abtreibung bis zum neunten Monat.

Die GRÜNEN geben vor, Tiere und Pflanzen schützen zu wollen, dulden aber die Tötung ungeborenen Lebens.

GRÜNE, meine sehr verehrten Damen und Herren, beten am Bauzaun von Wackersdorf, vertreten aber in ihrer Mehrheit eine Ideologie, die Gott leugnet.

(Zuruf von den GRÜNEN: Woher wissen Sie das?)

Das Gefährlichste, das unsere Gesellschaft und der Jugend durch die GRÜNEN droht, ist die Pervertierung der Werte.

Frau Bause – sie ist leider nicht da –, ist Ihnen klar, daß Sie mit Ihrer geplanten völligen Freigabe der Abtreibung menschliches Leben der absoluten Schutzlosigkeit preisgeben und daß Sie damit zutiefst

(Freller [CSU])

Menschenrechte mißachten? Frau Scheel, ist Ihnen bewußt, daß Ihre Absage an den besonderen Schutz von Ehe und Familie zu Lasten hilfloser Kinder geht?

(Abg. Bäumer: Sie wissen überhaupt nicht, wovon Sie reden!)

Herr Bäumer, ist Ihnen klar, daß Sie eine pervertierte Rechtsauffassung haben, wenn Sie das lebensbedrohende Fällen von Strommasten nicht als Terrorakt ansehen?

(Beifall bei der CSU – Erregter Widerspruch von den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist leider nicht das erste Mal in der deutschen Geschichte, daß lebenstragende und lebensschützende Grundwerte einer politischen Ideologie preisgegeben werden. Dagegen anzugehen, muß unser gemeinsames Ziel sein.

Gemeinsam haben wir den nachwachsenden Generationen zu verdeutlichen, daß nur ein christliches Menschenbild den Menschen auf Dauer vor Willkür und ideologischer Vereinnahmung schützt.

Gemeinsam müssen wir den nachwachsenden Generationen vermitteln, daß unsere Freiheit und Demokratie keine Selbstverständlichkeiten sind, sondern immer wieder aufs neue und durch jeden einzelnen geschützt werden müssen, auch durch den regelmäßigen Gang zur Wahlurne.

Gemeinsam gilt es, den nachwachsenden Generationen bewußt zu machen, daß wir alle dem Gemeinwohl verpflichtet sind und nur im Miteinander die Zukunft unserer Heimat, die Zukunft Bayerns liegt, auf daß Bayern zum modernsten Staat Europas wird. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Möslin: Das Wort hat die Frau Abgeordnete Pausch-Gruber.

Frau **Pausch-Gruber** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Freller, ich möchte doch versuchen, auch mit Ihnen ein bißchen ins Gespräch zu kommen, obwohl man wirklich tiefes Mitleid empfindet, wenn man sieht, wie ein so junger Mensch einen so greisenhaften Kopf haben kann.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN –
Abg. Otto Meyer: Im Gegensatz zu Ihnen! –
Weitere Zurufe von der CSU)

– Ich meine doch nicht das Aussehen; ich meine das Innere!

(Abg. Georg Rosenbauer: Was haben Sie gegen Greise? – Weitere Zurufe)

– Dazu könnte ich Ihnen viel sagen; aber dafür ist die Zeit zu schade. Darüber sprechen wir einmal unten in der Gaststätte. Das habe ich Ihnen schon einmal angeboten.

(Abg. Dr. Rost: Aber nicht ausgeführt!)

Herr Freller, Sie haben den Jugendbericht zitiert, der gestern in Bonn vorgestellt wurde; wir konnten es heute alle in den Zeitungen nachlesen. Es ist aber sehr interessant, daß Sie ein total selektives Wahrnehmungsvermögen haben;

(Abg. Brosch: Frau Professorin!)

wahrscheinlich hängt das mit Ihrer frühzeitigen Vergeisung zusammen. Ihnen ist nämlich offenbar entgangen, daß der Jugendbericht sagt, die Situation der Mädchen in der Jugend- und Verbandsarbeit sei sehr kritisch zu beurteilen und geradezu ein wunder Punkt. Man könne sogar sagen, die Jugend- und Jugendverbandsarbeit, die staatlich gefördert wird, sei eine „Jungenarbeit“. Da hätte mich an sich sehr, sehr interessiert, welche Möglichkeiten Sie sehen, dieser Situation auf bayerischer Ebene abzuwehren. Aber das nehmen Sie eben nicht wahr.

Ich habe die Berichte heute ziemlich aufmerksam gelesen und erlaube mir mit Genehmigung des Herrn Präsidenten, aus den Berichten zu zitieren. Hier ist die Rede von Frau Minister Süßmuth, die im Zusammenhang mit einem Perspektivenwandel in der Jugendhilfe folgende Meinung geäußert hat: Dieser Wandel – in der Jugendhilfe nämlich – sei notwendig, sagte die Frau Minister, die der regierenden Koalition angehört, weil sich Familienbilder, Erziehungsstile und die Rollenverteilung zwischen Mann und Frau laufend veränderten. Da man wegen dieser Entwicklung längst nicht mehr von einem allen gemeinsamen Familienbild ausgehen könne, müsse sich die Jugendhilfe also auch an dieser unterschiedlichen Familienwirklichkeit orientieren.

Da sind wir genau an dem entscheidenden Punkt. Der Herr Ministerpräsident hat sich in seiner Orientierung an der Wirklichkeit – sagen wir einmal so: – an den Bildern von vorgestern orientiert, wobei wir schon sehr dankbar sind, in den letzten vier Jahren bemerken zu können, daß Ihr Frauenbild nicht mehr ganz das des 18. oder 19. Jahrhunderts ist, sondern sich doch den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg annähert. Wir haben eine gewisse Hoffnung, daß Sie aufgrund der öffentlichen Diskussion auf diesem Gebiet doch noch lernfähig sind.

Ich möchte heute ein paar Bemerkungen zu drei Bereichen machen. Der erste Bereich ist der Wandel, der bereits in den Familien stattgefunden hat, insbesondere die Tatsache, daß es eine ganze Reihe jüngerer Väter gibt, die gerne mehr Familienengagement verwirklichen würden,

(Beifall bei den GRÜNEN)

wenn die Flexibilität in der Arbeitswelt, die Sie fordern, für sie auch nur ansatzweise zu verwirklichen wäre.

Wie stark das etwas mit Familieneinkommen zu tun hat, wurde an verschiedenen Orten gesagt, hier von Frau Jungfer, aber auch von anderen Sprecherinnen und Sprechern dieses Parlaments. Ich möchte nur noch vertiefend sagen: Eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie, wie sie in den Lebensplanungen aller jungen Frauen heute als selbstverständlich vorausge-

(Frau Pausch-Gruber [SPD])

setzt wird und wie sie auch von den Vätern zunehmend gefordert wird, ist bei Ihrer Form von Familienpolitik in keiner Weise möglich. Nicht nur, daß Sie es durch das verstärkte Angebot von Teilzeitarbeit, welche in der Regel geringfügige Arbeit ohne Sozialversicherung und ohne Krankenversicherung bedeutet, Ehepaaren ganz unmöglich machen, überhaupt eine freie Entscheidung zu treffen; vielmehr zwingen Sie die Familien mit Ihrer Politik immer wieder in dieselbe Entscheidungsschiene hinein.

Wenn Sie jetzt damit anfangen, gemeinsam mit der Wirtschaft intensiv über Sonntagsarbeit zu sprechen, garantiere ich Ihnen, meine Damen und Herren von der CSU: Darüber werden wir in diesem Parlament noch oft streiten. Im Sozialpolitischen Ausschuß hat der Streit ja auch schon begonnen. Wissen Sie, da enthüllt sich doch alles! Wer das Wochenende zerschlägt, der zerschlägt Familien in einer Weise, die er durch einen Kinderfreibetrag für gut verdienende Familien niemals wieder gutmachen kann.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir werden darüber, glaube ich, sehr ernsthaft sprechen müssen. Wir werden Ihnen auch zeigen, welche Politik Sie hier im Grunde verfolgen.

Es ist leider nicht möglich, ein Thema auszuschließen, das Sie immer so stark in Rage bringt und das auch mich, wie ich gestehe, in Rage bringt. Ich habe wenig Hoffnung, daß Sie da auch nur einmal etwas ruhiger reagieren können. Ich erlaube mir, zu Beginn wieder die Ministerin, die in Bonn für diesen Bereich verantwortlich ist, nämlich Frau Süsmuth, zu zitieren. Frau Süsmuth hat in einem Interview ganz zu Beginn ihrer Amtszeit im Fernsehen im Zusammenhang mit den Problemen des § 218 gesagt: Die letzte Entscheidung trifft die Frau.

Sehen Sie, meine Herren insbesondere, aber auch meine Damen von der CSU: Da unterscheidet sich eben eine Frau, die sich in die Situation von Menschen wirklich hineindenkt, von Ihnen, die Sie – das werden Sie nun gar nicht gern hören – in meinen Augen in dieser Frage völlig verbohrt sind. Wir haben Ihnen in diesem Parlament mehrere Dutzend Mal gesagt, daß für uns wie für Sie jeder Schwangerschaftsabbruch ein Schwangerschaftsabbruch zu viel ist. Wir haben in den Auseinandersetzungen der siebziger Jahre gesagt, daß es nicht darum geht, die Gewissensentscheidung von Menschen, die sagen: Trotz aller Beschwerden will ich das Kind bekommen, in irgendeiner Weise zu diskriminieren. Ganz im Gegenteil! Ihnen gebührt der größte Respekt der gesamten Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Aber genauso geht es darum, daß für die Frauen, die sich nicht in der Lage sehen, ein Kind, ein weiteres Kind oder ein Kind zu diesem Zeitpunkt zu bekommen, in dieser Gesellschaft ein Klima der Anteilnahme und des Mitfühlens geschaffen wird, daß die Frauen in extremen Notlagen nicht allein gelassen werden und daß sie endlich begreifen – das wissen auch alle

Beraterinnen in den Beratungsstellen –, daß Notlagen nicht allein materiell zu beheben sind.

Ich bin den CDU-Frauen im Deutschen Bundestag sehr dankbar, daß sie bis heute verhindert haben, daß ein Gesetz, das wirklich nicht allen Ansprüchen genügt – insbesondere nicht seine Ausführungsbestimmungen in Bayern –, weiter zu Lasten der Frauen verschärft wird.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich muß Sie in diesem Zusammenhang an Ihre sehr, sehr peinliche Doppelmoral erinnern.

(Abg. Dr. Wilhelm: Donnerwetter!)

In der Bundesrepublik kursieren Referentenentwürfe zu einem Gesetz, das sich Embryonenschutzgesetz nennt.

Herr Freller, Ihnen möchte ich zunächst sagen: Die christliche Weltanschauung und die christliche Religion sind es, die diesen Staat stark prägen; sie sind vorherrschend. Aber das Grundrecht der Religionsfreiheit schützt auch denjenigen, der den mohammedanischen Glauben oder den jüdischen Glauben hat oder sich zum Atheismus bekennt. Das sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zurück zum Referentenentwurf! In ihm ist z. B. die Formulierung enthalten, daß das künstlich hergestellte, das im Glas hergestellte Embryo um jeden Preis geschützt werden muß. Das klingt gut. Aber die Praxis, meine Herren und meine Damen, wird die sein, daß dem Mißbrauch vorhandener Embryonen zu allerlei wissenschaftlichen oder scheinwissenschaftlichen Zwecken aufgrund des „Schutzgesetzes“ Tür und Tor geöffnet werden. Ich muß Sie bitten, die Dinge doch etwas komplexer zu sehen und nicht immer hier eine Schiene und da eine Schiene aufzubauen, hier auf den einen oder dort auf den anderen einzudreschen, aber auf jeden Fall moralisch erhaben zu scheinen. So ist es leider nicht.

(Abg. Brosch: Das wollten wir so nicht sagen, Frau Kollegin!)

Wenn man sich ständig über Schwangerschaftsabbrüche erregt, die es so lange gibt wie die Menschheit, und gleichzeitig ein Gesetz vorbereitet, das den Mißbrauch von Embryonen, den Handel und die Manipulation möglich macht, dann ist das Doppelmoral. Ich hoffe, Sie haben das jetzt verstanden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN –

Abg. Brosch: Sie unterstellen uns da etwas!
Das ist infam! Das ist das Höchste!)

– Sie wollen nicht; das ist klar.

Erfreulicherweise – auch das ist ein neuer Zungenschlag – hat der Herr Ministerpräsident in seiner Rede auf Seite 100 des Manuskripts etwas zur Gewalt gegenüber Frauen gesagt. Das ist sehr schön. Aber wo steht dies? Im Abschnitt über die Polizei! Da offenbart sich beim Herrn Ministerpräsidenten wieder jenes berühmte Verständnis von gesellschaftlichen Problemen wie etwa zu Anfang dieses Jahrhunderts.

(Frau Pausch-Gruber [SPD])

Die Gewalt gegen Frauen ist nun wirklich nichts, was mit Polizei geregelt werden könnte; sie kommt in diesen Fällen immer zu spät.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Damit die Forderung nach mehr Polizei, welcher Art auch immer, zu verknüpfen, heißt, die Ursachen der Gewalt in der Gesellschaft überhaupt, aber insbesondere gegen Frauen und Kinder, sträflich zu verkürzen, loszulösen und zu vereinzeln, die Fragen nach den Ursachen überhaupt nicht zu stellen und nicht zur Kenntnis zu nehmen, daß die Masse der Vergewaltigungen und des sexuellen Mißbrauchs in der Familie oder im familiären Umfeld vorkommt. Da helfen keine Polizisten; da helfen Frauenhäuser, deren Finanzierung durch eine staatliche Vereinbarung geregelt ist. Gegen Gewalt auf der Straße helfen Ruftaxis und eine bessere Stadtplanung, die düstere Winkel vermeidet.

(Abg. Brosch: Das Beispiel Freiburg hat gezeigt, daß das ein Versager war!)

- Ja, ja, es gibt immer Rückschläge. Bielefeld hat auch einen Flop erlebt. Man muß alles untersuchen und neue Modelle entwickeln. Dann werden wir weiterkommen.

Erster Vizepräsident Möslein: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Frau Pausch-Gruber (SPD): Ich komme nun zum letzten Satz.

(Abg. Brosch: Gott sei Dank!)

Wir brauchen Einrichtungen und Maßnahmen nicht im Polizeibereich, sondern in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen. Wir brauchen vor allem eine Gesellschaft, die weniger egoistisch und weniger auf Geldverdienen aus ist, was Sie mit Ihrem extremen Leistungsdenken fördern.

(Abg. Brosch: Sie müssen uns kennen, Frau Kollegin!)

Zum Abschluß der Satz: Ich hatte bereits in der letzten Legislaturperiode mit dem Herrn Präsidenten einen Briefwechsel über den Sexismus, den Mitglieder dieses Parlaments gegenüber weiblichen Kollegen immer wieder an den Tag legen, wenn diese sprechen. Einige erschreckende Beispiele dieses Sexismus wurden heute wieder abgeliefert.

(Zustimmung von der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Möslein: Frau Kollegin, ich muß jetzt wirklich bitten, zum Ende zu kommen.

Frau Pausch-Gruber (SPD): Ich gehe davon aus, daß es auch für Sie nur ein Gewöhnungsprozeß ist, daß Sie sich daran gewöhnen und in Ruhe zuhören können, wenn Frauen ihre eigene Sicht der Dinge und ihre eigenen Bedürfnisse formulieren und auch darlegen, wie für sie Politik aussehen soll.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN -
Abg. Hiersemann: Bravo, war gut!)

Erster Vizepräsident Möslein: Als nächste Rednerin erteile ich der Frau Kollegin Meier das Wort.

(Abg. Brosch: Jetzt wird es besser!)

Frau Meier Christa (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann es mir nicht verkneifen, doch etwas zum Kollegen Freller zu sagen, der vorhin der Jugend so sehr gedankt hat. Das ist immer das Schönste; die CSU dankt unentwegt irgendjemandem.

(Abg. Willi Müller: Die SPD beschimpft alle!)

Auf der anderen Seite baut sie aber zum Beispiel den Jugendarbeitsschutz ab. Dazu sagt man dann „Förderung der Leistungsbereitschaft“. Oder sie erschwert die Freistellung von Jugendvertretern. Aber man dankt der Jugend! Sie ist gegen selbstverwaltete Jugendzentren, sie zieht beim Bayerischen Jugendring die finanzielle Schraube an, wenn die Funktionäre nicht so tanzen, wie sie pfeift. Aber man dankt der Jugend!

Es werden Gottesdienste in Zweifel gezogen, die vom BDKJ, von der Katholischen Landjugendbewegung oder von der Katholischen Jungen Gemeinde veranstaltet werden.

(Abg. Brosch: Ich dachte, von der Kollegin Meier!)

Da werden die Leute beschimpft, die jeden Sonntag um 14 Uhr am Bauzaun eine Andacht abhalten. Sie könnten ja einmal hingehen; dann würden Sie sehen, wer da ist. Sie übersehen nämlich, daß das nicht irgendwelche Ideologen, Chaoten oder sonstwelche sind, sondern katholische und evangelische Priester und die Bevölkerung aus Schwandorf und der Oberpfalz.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen und den Leuten nicht Mißbrauch des christlichen Glaubens vorzuwerfen, sondern vielleicht einmal ernsthaft die Bibel zu lesen und zu versuchen, nach der Bibel zu leben, wie es die Menschen tun, die sich nicht nur christlich nennen, sondern sich auch so verhalten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Gestern hat der Herr Ministerpräsident - damit komme ich zu meinem eigentlichen Thema - in seiner Regierungserklärung gesagt: „Wir wollen ein leistungsfähiges, menschliches und sozial gerechtes Bildungswesen.“ Ich füge hinzu: auch ein demokratisch gestaltetes. Sozialdemokraten wollen auch das. Außerdem hat er gefordert, daß die Schule auch Lebensraum sein soll. Das sagen wir schon lange. Schule soll nicht nur Wissen und Können vermitteln, sondern auch Herz und Charakter bilden. So zitierte er die Bayerische Verfassung. Diese aber ist maßgeblich von Sozialdemokraten gestaltet.

Die Bildungspolitik, sagt er, „wird sich weiterhin an den Bedürfnissen der Kinder, nicht an abstrakten Ideologien ausrichten“. Auch diese Formulierung können Sozialdemokraten unterschreiben. Allerdings

(Frau Meier Christa [SPD])

kommt es darauf an, die Sprachhülsen zu hinterfragen.

Welchen Inhalt sehen wir darin anders als Sie? Ideologie ist nicht allein links angesiedelt. Sie haben ebenfalls ideologische Scheuklappen, wenn auch auf der anderen Seite. Nur erkennen sie manche von ihnen nicht mehr.

(Abg. Brosch: Sie haben auch welche; das drücken sie damit aus!)

Ich möchte Ihnen sagen: Was sich in Ihrer Bildungspolitik abspielt, ist zu bezeichnen als die Angst vor neuen Ideen. Sie erstarren im bloßen Festhalten am Bestehenden oder wenden sich sogar rückwärts, wie einige Passagen in Ihrem „Freude“-Papier ganz deutlich zeigen.

Wenn Sie von der Schule als Lebensraum sprechen, dann seien Sie doch bitte bereit, allen Kindern die Möglichkeit zu geben, gemeinsam länger in eine Schule zu gehen! Die Schule wäre ein Lebensraum, wenn man länger in der Kameradschaft, in der Nachbarschaft verbliebe, als das im Augenblick der Fall ist.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Wengenmeier)

Seien Sie bereit, über neue Ideen zu diskutieren! Diskutieren Sie doch hier im Plenum den Bericht über die Gesamtschule am Hasenberg in München, die Sie noch nicht haben kaputt machen können, und nehmen Sie endlich das zur Kenntnis, was dort an Fortschrittlichem geschieht und was dort für benachteiligte Kinder geschieht! Dazu sind Sie aber nicht bereit.

Schule in CSU-Ausprägung heißt nach wie vor Sortiermaschine nach der vierten Klasse, heißt nach wie vor, Kinder im Alter von zehn Jahren auseinanderzudividieren, zwingt nach wie vor die Lehrer, obwohl sie inzwischen andere pädagogische Konzepte haben, Berechtigungsscheine für Lebens- und Berufschancen auszustellen. Auf der Strecke bleiben – das wissen Sie auch – die Sonderschüler und die Hauptschüler. Aber von der Aufwertung der Hauptschule reden Sie ja nur; es bleibt beim Lippenbekenntnis. Sie sind nicht imstande und nicht willens – das habe ich Ihnen schon des öfteren gesagt –, tatsächlich etwas zu tun.

Was ist denn die Maxime Ihres Bildungskonzepts? Konkurrenz von der Wiege bis zur Bahre! Das ist das, was Sie den Kindern predigen, und dann sprechen Sie davon, daß Sie eine menschliche Schule wollen.

(Beifall bei der SPD)

Herz und Charakter bilden Sie nicht dadurch, daß Sie schon die Sechs- und Siebenjährigen in die Konkurrenz jagen, sondern dadurch, daß Sie die Kinder dazu befähigen, gemeinsam und solidarisch zu lernen und zu handeln, indem Sie ihnen Möglichkeiten zur Teamarbeit geben, indem Sie ihnen Erziehung zur Selbständigkeit anbieten, indem Sie ihnen ermöglichen, differenziertes Denken, Kritikfähigkeit und Konfliktlö-

sungsfähigkeit zu lernen; denn die Konfliktlösungsfähigkeit ist die Voraussetzung zur Friedensfähigkeit, die wir alle miteinander bitter nötig haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Kinder sollen lernen, ihren eigenen Standpunkt zu erarbeiten, ihn zu formulieren, ihn zu vertreten; sie sollen lernen – das folgt aus der Fähigkeit, einen eigenen Standpunkt zu entwickeln –, daß Zivilcourage ein ganz wichtiger Schlüsselbegriff unserer Demokratie ist und daß common sense, die Bereitschaft, sich für Fragen des öffentlichen Lebens zu engagieren, etwas ist, wozu auch schon in der Schule der Grund gelegt wird.

Das würde z. B. bedeuten, daß Sie die Zensur bei den Schülerzeitungen abschaffen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das würde bedeuten, daß Sie endlich bereit sein müßten, die rudimentären Ansätze einer Mitwirkung von Eltern, Schülern und Lehrern in der Schule auszubauen. Das würde auch bedeuten, daß Sie die Studenten im neuen Hochschulgesetz nicht knebeln, sondern ihnen mehr Rechte als bisher zugestehen.

Sie sagen auch – da stimme ich Ihnen zu –, daß die Qualität des Lehrers entscheidend ist für die Qualität der Schule. Sie stellen die charakterliche Eignung in den Vordergrund – der Herr Ministerpräsident und der neue Bildungsminister haben das auch getan –, die im Beamtengesetz neben Befähigung und Leistung ein Qualitätsmerkmal sei. Charakterliche Eignung, natürlich! Aber warum stellen Sie dieses Kriterium im Augenblick bei den Lehrern heraus? Brauchen wir neben Befähigung und Leistung charakterliche Eignung nicht auch bei Ärzten, bei Richtern, bei Staatsanwälten, bei Politikern?

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten uns auch einmal selbst ein wenig kritisch betrachten.

Ich bin Ihrer Meinung: Die überwiegende Zahl der Lehrer sind auch Vorbilder für ihre Schülerinnen und Schüler. Wenn Sie aber sagen, daß die charakterliche Eignung geprüft werden soll, dann habe ich manchmal den Eindruck, das artet dahingehend aus, daß darauf geachtet wird, ob die Lehrer im vorausgehenden Gehorsam Ihre Ideologie vertreten und ob sie sich subaltern genug verhalten. Ich denke nur an das, was der Landtag schon behandeln mußte: Rügen gegen BLLV-Bezirksvorsitzende und gegen einen Rektor, der gegenüber einem behinderten Schüler menschlich gehandelt hat. All diese Dinge sind mir in schlechter Erinnerung. Deswegen habe ich ein bißchen Kopfweh, wenn ich höre, daß Sie die charakterliche Eignung stärker gewichten und prüfen wollen.

Der Herr Ministerpräsident hat gestern in seiner Rede gesagt:

Die Diskussion aktueller Themen setzt eine gründliche, an wissenschaftlicher Erkenntnis orientierte Information und eine objektive Darstellung voraus. Die Lehrer sollen den ihnen anvertrauten jungen

(Frau Meier Christa [SPD])

Menschen Lebenshilfe für die Herausforderungen und Probleme unserer Zeit geben.

Der Kultusminister sagte in einer Pressemitteilung vom 3. Dezember, entscheidend bei der Behandlung aller Themen sei eine wissenschaftlich fundierte, sachkundige und ausgewogene Darstellung von Pro und Contra. Wörtlich sagte er:

Es sind nicht die schlechtesten Lehrer, die eine eigene Meinung haben. Diese Meinung kann im Unterricht auch erkennbar sein; nur darf sie nicht im dominierenden Mittelpunkt stehen.

Auch dem stimme ich zu. Dann gleichen Sie aber doch bitte die bayerische Praxis einmal an Ihre eigenen hehren Forderungen an!

(Beifall bei der SPD)

Was läuft denn ständig ab? Da werden Lehrer zu Fortbildungsseminaren über die Kernenergie abkommandiert. Wer darf dort sprechen? Nur Vertreter der DWK; kritische Wissenschaftler kommen gar nicht zu Wort.

(Zustimmung von den GRÜNEN)

Das ist dann Ihre „objektive Information“.

Da wird Friedenserziehung gepredigt. Aber das Papier, auf das sich die CDU und die SPD geeinigt haben, darf in Bayern nicht verbreitet werden. Nein, da gibt es eine eigene CSU-Friedenserziehung. Da werden Jugendoffiziere in Schulen eingeladen; aber Zivildienstleistende dürfen dort nicht auftreten.

(Zustimmung von der SPD und den GRÜNEN)

Da werden Reden über Deutschland verteilt, die der Ministerpräsident in den Kammerspielen gehalten hat. Aber die Reden von Schriftstellern und Künstlern, die dort auch gesprochen haben, z. B. vor kurzem Daniel Cohn-Bendit, finden keinen Eingang in bayerische Schulen.

(Zuruf des Abg. Spitzner)

Das nennen Sie „objektive Information“!

(Zustimmung von der SPD)

Man könnte die Reihe fortsetzen; aber ich möchte noch zu einigen anderen Punkten kommen.

Richtig steht in den Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten, daß der Weiterbildung große Bedeutung zukommt. Er sieht das im Zusammenhang mit der Qualifikationsoffensive, die wir alle miteinander unternehmen müßten, um unsere Arbeitnehmer auf Dauer am Arbeitsmarkt wettbewerbsfähig zu erhalten.

Berufliche Weiterqualifizierung ist ein wichtiges Ziel. Aber sie darf nicht das einzige sein; denn der Mensch ist nicht nur Arbeitnehmer. Der Mensch hat eine Persönlichkeit, der Mensch hat Freizeit. Die Menschen sollten beruflich, persönlich und im gesellschaftlichen Sinne weitergebildet werden. So verstehen wir Weiterbildung und Erwachsenenbildung.

Auch im dritten Lebensabschnitt haben die Menschen ein Anrecht auf Entfaltung ihrer Persönlichkeit. Ich habe z. B. ein Wort vermißt zum Seniorenstudium, zur Öffnung der Hochschulen für ältere Menschen, zu dem, was Erwachsenenbildung leisten kann, auch für Leute, die über 60 Jahre alt sind und noch fast ein Drittel ihres Lebens vor sich haben.

(Beifall bei der SPD)

Man muß darüber sprechen, wie die Erwachsenenbildung in Zukunft mit Mitteln ausgestattet werden muß. Man muß darüber sprechen, wie die Hochschulen auch für solche geöffnet werden können, die die formale Zugangsvoraussetzung nicht haben. Man muß darüber sprechen, wie wir auch ihnen die Teilnahme an wissenschaftlicher Qualifikation eröffnen können.

Der Kulturstaat Bayern ist gestern wieder einmal angesprochen worden – zwar nur kurz – zu kurz für meine Begriffe –, aber er ist immerhin angesprochen worden. Da hieß es, man würde Gemälde ankaufen und sie in irgendein Gebäude hängen. Natürlich tun wir das. Die 10, 50 oder 100 Gemälde, die angekauft werden und dann irgendwo verstauben, sind ein bißchen wenig. Das ist keine Kunstförderung; das geschieht in München in den Museen. Wo aber ist die breite Kunstförderung für junge Künstlerinnen und Künstler,

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN –
Abg. Dumann: Wer ist das?)

die Ateliers brauchen, die Übungsräume brauchen, die Ausstellungsmöglichkeiten brauchen, die eine Katalogfinanzierung brauchen, die Starthilfen brauchen?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wer den Kunstmarkt kennt, weiß doch, daß auch hier wieder die Etablierten die Chancen unter sich verteilen und die Jungen draußen stehen.

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dumann?

Frau Meier Christa (SPD): Bitte sehr!

Dumann (CSU): Frau Kollegin, können Sie mir sagen: Wann ist man ein Künstler?

(Lachen bei der SPD – Abg. Hiersemann:
Ich weiß nur, daß Sie keiner sind,
Herr Dumann!)

Frau Meier Christa (SPD): Herr Kollege Hiersemann, Sie haben mir die Antwort gerade aus dem Mund genommen: Herr Kollege Dumann, Sie gehören bestimmt nicht zur Spezies der Künstler.

(Zurufe von der CSU)

Wir könnten hier aber gerne einmal eine Diskussion darüber führen, was Kunst ist; denn Kunst ist nicht nur das, was offiziell teuer gekauft wird und was Sie absegnen,

(Zurufe von der CSU)

(Frau Meier Christa [SPD])

sondern Kunst ist die Auseinandersetzung des Menschen mit der dinglichen, menschlichen und natürlichen Umwelt, indem er sie gestaltet, darstellt, übersetzt oder abstrahiert. Das alles ist Kunst – nicht nur das, was Sie ankaufen.

(Abg. Hiersemann: Deswegen ist der Dumann kein Künstler! – Abg. Dr. Rost: Er hat die SPD aus dem Konzept gebracht!)

Wenn Sie sagen, Sie hätten etwas für die Restauratorausbildung und für die Sicherung unseres überkommenen kulturellen Erbes getan, Herr Kollege Dr. Rost, dann zeigen gerade Ihre Anträge und die von Herrn Dr. Schosser, daß das mit der Fachakademie wohl doch nicht der richtige Weg war, sondern daß Sie sich dem versammelten Expertenverband widersetzt haben und die Restauratorausbildung anders angesiedelt haben, als es alle Experten gefordert haben, auch die in Ihren Museen und in den vorzüglichen staatlichen Werkstätten. Vielleicht kann man das aber noch korrigieren. Man soll die Hoffnung auf Einsicht bei sich und anderen nie aufgeben.

(Zurufe von der CSU: Sehr gut!)

Ich nenne einen weiteren Punkt, weil wir gerade bei der Kunst sind. Die Freiheit der Kunst ist verfassungsrechtlich garantiert. Was nutzt aber die Freiheit der Kunst, wenn sie auf dem Papier steht und in Wirklichkeit doch Schritt für Schritt über Filmförderungsprogramme, über Kommissionen, über Verächtlichmachung und auch z. B. über den Gesetzentwurf, den Sie nun im Bundesrat eingebracht haben, wonach die Strafe bei Verunglimpfung religiöser Gefühle verschärft werden soll, eingeengt und abgewürgt wird?

Da kann man die Kunst ganz schnell ins Zwielicht bringen und nur noch das, was man selbst in seiner beschränkten Sichtweise – jeder von uns ist in irgendeiner Weise beschränkt – als Kunst betrachtet, gelten lassen. Ich meine, daß wir darauf ein wachsames Auge haben müssen, damit sich in Bayern nicht eine Kunstszene entwickelt, die vom gesamten Kunstgeschehen abgehängt ist, weil das, was Sie unter Kunst verstehen, unter Umständen zur Richtschnur der Förderung von Kunst und Wissenschaft in Bayern werden könnte. Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund: Nächster Redner ist der Herr Kollege Otto Meyer. Ich erteile ihm das Wort.

Meyer Otto (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Jungfer, bleiben Sie doch noch eine Minute da!

(Heiterkeit bei der CSU)

Ich nehme natürlich die Rüge einer Dame besonders ernst. Nur habe ich das, wofür Sie mich gerügt haben, gar nicht gesagt. Sie haben meinen Zwischenruf

falsch verstanden. Sie haben nämlich gerügt, ich hätte gesagt: Wenn der Herr Ministerpräsident gewußt hätte, was da für ein nettes Mädchen spricht, dann wäre er sicher da.

Das habe ich gar nicht gesagt, obwohl ich nichts dagegen habe festzustellen, daß die Frau Kollegin Scheel ein nettes Mädchen ist. Ich habe nichts dagegen!

(Zuruf von den GRÜNEN: Das ist kein Mädchen! – Frau Abg. Jungfer: Das können wir im Protokoll nachlesen!)

Ich habe gesagt: Er wäre wahrscheinlich da, wenn er wüßte, welche hervorragende Rede die Frau Kollegin Scheel hält. Das kann doch nicht zu rügen sein.

Frau Kollegin, wenn man in diesem Parlament keinen Humor für einen humorvoll gemeinten Zwischenruf aufbringen kann, dann können wir alle miteinander im Parlament aufhören.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ein wesentliches Merkmal menschlichen Zusammenlebens ist, daß es von einem gewissen Maß von Humor gekennzeichnet ist.

(Beifall bei der CSU)

Der Herr Ministerpräsident hat gestern in der Regierungserklärung eindeutig die Fortsetzung der erfolgreichen bayerischen Kultur- und Bildungspolitik unterstrichen. Das Bildungswesen und die Kulturförderung im Freistaat befinden sich heute auf einem noch nie in der Geschichte Bayerns vorhanden gewesen hohen Leistungsstandard. Noch nie gab es so viele Schulen

(Abg. Loew: Noch nie so viele Staatssekretäre!)

und eine solche Vielfalt von Schulen. Noch nie gab es ein derart differenziertes Angebot für das Leistungsvermögen jedes einzelnen unserer Kinder. Noch nie gab es eine derart günstige Schüler-Lehrer-Relation, wie wir sie heute in Bayern haben.

Bayerische Schulabschlüsse sind in der ganzen Bundesrepublik hochbegehrt und anerkannt. Bei Wettbewerben schließen unsere bayerischen Schüler in der ganzen Bundesrepublik mit am besten ab. Die Universitätsprofessoren drängen sich zuhauf, an eine bayerische Universität zu kommen. Bei den Studenten ist es nicht anders. In München haben wir im Augenblick 100 000 Studenten; das entspricht der Bevölkerung einer ganzen Großstadt!

(Zuruf von den GRÜNEN: Wollen Sie zur Kenntnis nehmen, daß es auch Schülerinnen und Studentinnen gibt?)

Wie glaubwürdig können Sie angesichts dieser Fakten sein, wenn Sie am laufenden Band, ohne selbst entscheidende Alternativen bieten zu können, an unserem Bildungswesen herumäkeln? Das gilt auch hinsichtlich der Förderung unserer Schüler und unserer Studenten; denn auch da sind wir absolute Spitze: mit dem bayerischen Ausbildungsförderungsgesetz, mit dem Schülerbegabtenförderungsgesetz, mit

(Meyer Otto [CSU])

der bayerischen Hochbegabtenförderung, mit der Vielzahl spezieller Stipendien – erst unlängst haben wir das Büchergeld eingeführt –, mit der Schulwegfreiheit, mit der Lernmittelfreiheit etc.

Ein Drittel des bayerischen Staatshaushaltes geben wir für Kultur und Bildung aus. Das ist ein Faktum, mit dem sich Bayern – weiß Gott! – sehen lassen kann.

(Beifall bei der CSU)

Frau Kollegin Meier, ich habe bedauert, daß Sie keine Alternativen aufgezeigt, sondern nur kritisiert haben. Hätten Sie halt der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Ihre SPD-Programmatik entgegengestellt! Sie haben es nicht getan. Ich möchte aber auf die Ihrer Meinung nach wesentlichsten Punkte Ihres Programms für die Landtagswahl eingehen.

Eine alte Geschichte ist die, daß wir mehr Planstellen haben müßten. Offensichtlich haben wir Sie so überzeugt, daß Sie dieses Thema gar nicht mehr anschnitten.

(Frau Abg. Meier: Haushaltsberatungen!)

In Bayern sind beispielsweise im Herbst vom Staat noch einmal 2400 junge Lehrer angestellt worden. In Nordrhein-Westfalen stehen 2000 Lehrer vor der Tür, und ganze 288 wurden heuer im Herbst in den Schuldiensten übernommen. Das ist der Unterschied zwischen SPD und Christlich-Sozialer Union!

(Beifall bei der CSU)

Gerade lese ich, daß von Ihnen ein Antrag vorliegt, die Förderung der Personalkosten in den Kindergärten zu erhöhen. Frau Kollegin Meier, meine Kolleginnen und Kollegen von der SPD! Gehen Sie doch nach Hessen! Dort bemüht sich die CDU seit zehn Jahren darum, ein Kindergartengesetz durchzubringen, um eine Förderung der Personalkosten zu erreichen. In Hessen zahlt die SPD keinen Pfennig!

(Hört, hört! bei der CSU)

Dann haben Sie natürlich kurz Ihren Wunsch angeschnitten, die Orientierungsstufe einzuführen, das heißt, die Kinder bis zur 6. Klasse in der Grundschule zu belassen. Das ist eine ganz alte Forderung, die für Sie den Einstieg in die Gesamtschule bedeute. Im übrigen haben Sie unserer Konzeption nach wie vor nichts anderes entgegensetzen als die Forderung nach der Gesamtschule. Der Kollege Dr. Böddrich ist vor zwölf Jahren – ich bedauere, daß er dem Landtag nicht mehr angehört – schon einmal an diesem Rednerpult gestanden und hat gesagt: Wir werden uns die Gesamtschule mit dem Stimmzettel holen! Ich muß sagen: Sie bräuchten noch viele Stimmzettel, um in Bayern eine Gesamtschule nach Ihrer Vorstellung durchzusetzen.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt möchte ich noch ein paar Bemerkungen zu den GRÜNEN machen! Meine Damen und Herren, was ist die Bildungspolitik der GRÜNEN?

(Abg. Dr. Rost: Gar keine!)

Ich muß zunächst einmal einen Ihrer kompetenten Leute, nämlich Ihren Ex-MdB Professor Gert Jannsen, zitieren, der festgestellt hat: Eine grüne Bildungspolitik gibt es nicht.

(Hört, hört! bei der CSU)

Wenn ich heute gehört habe, wie konfus Sie daherreden, kann ich Ihrem Ex-MdB nur bestätigen, daß es eine Bildungspolitik der GRÜNEN – weiß Gott! – nicht gibt.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den GRÜNEN: Wir haben zur Bildungspolitik noch gar nichts gesagt!)

Wenn man in die Details geht, um zu eruieren, was an Bildungspolitik vorhanden ist, ist es wirklich schwer, sie fassen zu können. Jeder Landesverband sagt bei den GRÜNEN etwas anderes. Jeder Ortsverband sagt etwas anderes. Wenn man wirklich einmal auf ein Thema eingeht, dann weiß man nicht, ob nicht am nächsten Tag das Ganze auf einer außerordentlichen Versammlung bereits wieder umgeschmissen worden ist.

Meine Damen und Herren! Man muß sich an das halten, was es tatsächlich an Initiativen der GRÜNEN gibt, z. B. die zur Reform des Sexualstrafrechts mit der Abschaffung des § 175, der das Verbot homosexueller Handlungen mit Minderjährigen betrifft, oder die zur Annullierung des § 182, der die Verführung von Mädchen unter 16 Jahren unter Strafe stellt.

Zu den Dingen, wo man sie konkret fassen kann, paßt auch ihre Forderung, die bayerischen Rahmenrichtlinien für Sexualkunde zugunsten der Belange der Homosexuellen mit dem Ziel zu ändern – ich zitiere wörtlich aus dem GRÜNEN-Papier –, „verschiedene Formen der Sexualität als Möglichkeiten persönlicher Entfaltung anzunehmen“.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Über die persönliche Entfaltung unserer bayerischen Jugendlichen haben wir allerdings andere Vorstellungen!

(Beifall bei der CSU)

Das ist nicht mal eine Alternative. Vielmehr ist das, was Sie hier sagen, eine Verhöhnung der Bayerischen Verfassung, die klar zum Ausdruck bringt, wie unsere Kinder und Jugendlichen zu erziehen sind.

(Beifall bei der CSU)

Was Ihre sonstigen bildungspolitischen Äußerungen betrifft, so sind sie weder besonders grün noch aufregend neu noch gar eine Alternative zu unserem reichhaltigen Bildungsgefüge. Zu dem, was Ihr ureigenstes Anliegen sein müßte, nämlich zur Erziehung zum Umweltschutz oder zum Naturschutz, haben Sie in Ihrem Programm fast überhaupt nichts stehen. Da machen wir seit zehn Jahren viel mehr.

(Beifall bei der CSU)

Ansonsten sind Sie auch für die Gesamtschule. Vor allem wollen Sie – das ist wirklich neu –, daß eine Klasse mit 20 Kindern geteilt wird. Da machen

(Meyer Otto [CSU])

wir dann aus einer Klasse mit 20 Kindern zwei à 10 Kinder. Ein Lehrer kostet ja „nur“ 70 000 DM. Was Sie hier vorschlagen, würde den bayerischen Staatshaushalt allein mit zusätzlich etwa 700 Millionen DM belasten. Das sind doch unmögliche Visionen!

Dann sind Sie natürlich für die Abschaffung der Noten und wollen es nach Möglichkeit den Kindern überlassen, ob sie zur Schule gehen oder nicht. Ferner wollen Sie – ein großartiger Einfall! – eine Prüfung darüber, ob die bayerischen Schulbücher die Frauen diskriminieren. Jetzt bin ich 16 Jahre kulturpolitischer Sprecher der Regierungspartei; aber einen solchen Unsinn hat mir noch niemand vorgetragen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Total daneben liegen Sie mit Ihrer Behauptung, die berufliche Bildung würde von uns – wörtlich – „skandalös vernachlässigt“. Manche von Ihnen sind ja noch relativ jung und können es nicht wissen – nachgelesen haben sie es vielleicht nicht –; aber die Älteren müßten sich doch ein bißchen daran erinnern können, was wir gemacht haben: Wir haben die aufsteigenden Fachklassen gebildet, wir haben die Blockbeschulung eingeführt, wir haben die Berufsfachschule geschaffen, wir haben die Fachoberschule geschaffen, die Berufsaufbauschule, die Berufsoberschule, die Fachakademie und wir haben bei einer Steigerung des bayerischen Staatshaushalts in den letzten 15 Jahren um 300 Prozent die Ansätze für unser berufliches Schulwesen um 750 Prozent erhöht. Wir lassen uns von niemandem übertreffen, wenn es darum geht, unsere Kinder optimal in praktischen Berufen auszubilden.

(Beifall bei der CSU)

Zum Schluß, meine sehr verehrten Damen und Herren, unterstreiche ich in vollem Umfang, was Sie als bildungspolitisches Ziel angeben. Ich zitiere:

Die GRÜNEN streben eine gewaltfreie Gesellschaft an, in der die Unterdrückung des Menschen durch den Menschen und Gewalt von Menschen gegen Menschen aufgehoben ist. Unser oberster Grundsatz lautet: Humane Ziele können nicht mit inhumanen Mitteln erreicht werden. Die Respektierung unterschiedlicher Weltanschauungen sind für die GRÜNEN Grundrechte, die nicht eingeschränkt werden dürfen.

Das können wir unterstreichen. Allerdings wird dies von den widersprechenden Ereignissen der letzten Jahre, Monate und Tage überschattet.

(Beifall bei der CSU)

Das Umsägen eines Strommastes ist kein Kavaliersdelikt eines aktiven Demonstranten. So kann man die Dinge nicht interpretieren.

(Widerspruch von den GRÜNEN)

So darf auch unsere Jugend nicht erzogen werden.

Der Kollege Hiersemann hat heute gesagt, mit mehr Polizisten werde man keinen Terroristen mehr fangen. Ich sage demgegenüber dem Kollegen Hiersemann und den GRÜNEN: Geben Sie unserer Jugend kein schlechtes Beispiel, sondern arbeiten Sie mit uns daran, daß unsere Jugend grundsätzlich eine positive Einstellung zu unserem demokratischen Rechtsstaat bekommt!

(Beifall bei der CSU und den GRÜNEN)

Wir wollen nicht, daß in unseren Schulen zu christlich-sozial Hörigen oder zu SPD-Jugendlichen erzogen wird

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

– oder zu grünen Jugendlichen! Aber wir wollen – das verlangen wir auch von jedem Lehrer, und die Parteien sollten ihnen das vorleben –, daß wir eine Verantwortung gegenüber unserer Volke haben, die darin liegt, daß sich keine Partei in dem Bemühen übertreffen lassen darf, unseren demokratischen Rechtsstaat zu wahren und zu festigen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund: Das Wort hat Frau Kollegin Paulig.

Frau **Paulig** (DIE GRÜNEN): Sehr geehrte Damen und Herren! Eine Frage gleich an Herrn Meyer: Bis zu welchem Alter bezeichnen Sie Frauen als Mädchen?

(Abg. Otto Meyer: Eine nette Frau ist für mich immer auch ein nettes Mädchen! – Heiterkeit)

– Gut. Dann darf ich gleich auf eine andere Äußerung zurückkommen. Sie haben sehr oft unser Programm zitiert. In einem Punkt haben Sie es offenbar falsch gelesen, nämlich was die Klassenstärke betrifft. Ich lese es Ihnen vor:

Zum Abbau des Stundenausfalls und zur Verkleinerung der Klassen auf nicht mehr als 20 Schülerinnen und Schüler sollen arbeitslose Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden.

Es war nie die Rede davon, Klassen mit 20 Schülern zu teilen. Wir wären froh, wir hätten solche Klassen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Abg. Otto Meyer: Frau Kollegin, ist Ihnen nicht bekannt, daß wir mehr als 1000 Klassen mit weniger als 20 Schülern haben?)

Nun zur Bildung! Dazu gehört für mich die Fähigkeit – dies als Vorbemerkung –, anderen zuzuhören, auch wenn es „nur“ Frauen sind.

Ich darf noch einmal unser Landesprogramm zitieren. Manchmal weiß ich nicht, aus welchem Programm Sie zitieren. Ich zitiere also das Landesprogramm zur Bildung:

Bildung ist nicht primär die Anhäufung von Wissen. Sie bietet dem Menschen vielmehr die Möglichkeit, sich in einem ganzheitlichen, Geist und Körper umfassenden Sinn zu entfalten und sich mit seiner Umwelt auseinanderzusetzen. Bildung

(Frau Paulig [DIE GRÜNEN])

ist insofern gesellschaftliches Anliegen, als sie einen wesentlichen Beitrag zu verantwortlichem Handeln und kritischem Denken leistet. Und dies ist die notwendige Voraussetzung für eine gelebte Demokratie.

Lassen Sie mich an diesem unserem Anspruch bestehende Bildungseinrichtungen und entsprechende Forderungen der Regierungserklärung kritischer betrachten!

Schule sollte also Kindern die Möglichkeit bieten, sich, Geist und Körper umfassend, zu entfalten. Schulen, wie wir sie heute antreffen, normieren aber die Individualität, verhindern Selbstbestimmung und zerstören kindliche Neugier und Phantasie.

Ein Instrument dazu ist die Notengebung; Sie haben das sehr richtig angesprochen. Wir wenden uns gegen die Notengebung. In die 1. und 2. Klasse gehen die Kinder noch ganz gerne; sie haben Freude an der Schule und sind stolz auf die Schule. In der 3. Klasse setzen die Noten oft ganz verschärft ein, und dann haben wir gerade bei lernschwachen Kindern Leistungsverweigerung, sozialen Rückzug oder auch zunehmende aggressive Tendenzen. Ich bitte Sie, dies zu bedenken. Wir müssen das Prinzip der Ziffernzensuren kritisch hinterfragen und dürfen in den nächsten Jahren nicht fantasielos daran festhalten.

Auch Lehrerinnen und Lehrer leiden hier unter einem Zwang. Sie stumpfen ab, wenn sie sich täglich gezwungen sehen, Kinder und Jugendliche gerecht zu demütigen. Manche Schülerin und mancher Schüler wurden durch „Notenschüsse“ auch schon getötet; Sie wissen das sehr wohl.

Wir müssen uns also um eine Schulpolitik bemühen, die Kinder individuell unterstützt, die ihnen Erfolg ermöglicht, die Lernfortschritte aufzeigt und die die Kinder befähigt, sich einander zu helfen, anstatt sie zu gegenseitigem Ausstechen zu verführen. Wir müssen die Kinder und ihre Bedürfnisse und nicht, wie es in der Regierungserklärung angeklungen ist, die Anforderungen der Wirtschaft in den Mittelpunkt stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das bedeutet konkret: Wir brauchen kleinere, überschaubarere Schulen und wir sollten den Kindern, hochbegabten und schwächeren, behinderten und nichtbehinderten, ärmeren und reicheren und den Kindern aus verschiedenen Schichten und Nationalitäten, die Chance einer gemeinsamen Erziehung geben mit der Möglichkeit des Miteinander- und Voneinander-Lernens, mit der Möglichkeit, unterschiedliche Begabungen und sich selbst mit den eigenen Interessen und Fähigkeiten einzubringen. Dazu brauchen wir wirklich kleinere Klassen und mehr Lehrer.

Das kann auch bedeuten, daß wir Sonderschullehrer und -lehrerinnen und Sozialpädagogen an Regelschulen brauchen. Es gab hierzu in München sehr positive Modellversuche. Leider wurden diese Modellversuche wieder abgebrochen, obwohl die Ansätze durchaus erfolgversprechend waren.

Wir fordern mehr Mitspracherechte der Lehrerinnen und Lehrer, der Eltern und im fortgesetzten Alter auch der Schülerinnen und Schüler.

Wir können nicht mit Ihnen darin übereinstimmen, daß die Vielfalt des bayerischen Schulsystems ausreichend sei. Immer wieder haben Eltern den Wunsch, behinderte Kinder in Regelschulen zu geben. Dies wird ihnen meistens verwehrt.

Wir haben den Wunsch nach besonderen pädagogischen und inhaltlichen Konzepten. Wenn Eltern Initiativen ergreifen und private Schulen gründen wollen, werden ihnen viele Steine in den Weg gelegt: Waldorfschulen, Montessori-Schulen und Freie Schulen sollten allen Kindern offenstehen, nicht nur den Kindern finanziell Bessergestellter.

Darum brauchen wir eine bessere finanzielle Unterstützung der Gründung solcher Schulen in Bayern und eine höhere Übernahme von Verwaltungskosten. Gerade private Schulen haben besondere Auslagen und eine Bezahlung der Lehrerinnen und Lehrer, die sich wie in öffentlichen Schulen am Dienstalter oder an der Kinderzahl orientiert. Wir brauchen auch Hilfe und Unterstützung bei der Suche und der Genehmigung entsprechender Räume.

Wir fordern aber auch die Einrichtung von Integrationsklassen und von Klassenzügen mit besonderer pädagogischer oder inhaltlicher Prägung an Regelschulen. Wir schlagen dazu weiter vor, die Stunden-gliederung und die Stundengestaltung zu ändern. Wir müssen wegkommen von starrer Stunden- und Fächeraufteilung.

Wir setzen uns dafür ein, daß neben intellektuellen gleichberechtigt auch künstlerische, handwerkliche und berufliche Elemente – auch außerschulisch – angeboten werden. Wir erheben diese Forderung genauso für den Gymnasialbereich. An Gymnasien können Sie gerade in der Mittelstufe beobachten, daß ein großes Desinteresse an Schule und Lernen vorhanden ist. Hier könnte eine stärkere handwerkliche und berufliche Orientierung Hilfe bieten.

Wir fordern inhaltliche Änderungen, wir fordern eine Verstärkung der ökologischen und friedenspolitischen Inhalte, eine Überarbeitung des Lehrmaterials hinsichtlich der Rollenklischees von Frauen und Ausländern und eine Abschaffung der Zensur von Schülerzeitungen. Wir fordern Unterricht in Handarbeiten, Säuglingspflege, Kindererziehung und Hauswirtschaft auch für Jungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe gehört, daß geplant ist, in den Klassen der 5. und 6. Jahrgangsstufe an Gymnasien auch Jungen Handarbeiten anzubieten. Das ist sehr positiv und zu begrüßen.

Wir fordern die Aufwertung der Hauptschule durch ein stärker gegliedertes Unterrichtsangebot. Wir sehen auch im freiwilligen zehnten Schuljahr eine Möglichkeit, die Durchlässigkeit im gegliederten Schulsystem zu erhöhen. Das ist wahrscheinlich auch

(Frau Paulig [DIE GRÜNEN])

der Grund dafür, daß einige in Ihrer Partei dagegen sind.

Im hochschulpolitischen Bereich darf ich die eingeleiteten Veränderungen an unserem Bildungsbegriff überprüfen. Wir sprechen uns gegen eine weitere Standardisierung des Studiums aus: Regelstudienzeit, Einschränkungen der Möglichkeiten individueller Studiengänge, Verschulung des Lehr- und Forschungsbetriebs.

Einerseits werden schnellere Abschlüsse gefordert, andererseits erfolgen Streichungen im BAFÖG-Bereich. Dies bedeutet für Studentinnen und Studenten den Zwang zu arbeiten. Sie kennen sicher alle den Abschlußbericht zur Sozialerhebung an Hochschulen und Universitäten: Die Angst vor dem Schuldenberg am Anfang des Berufslebens, die Angst vor der zunehmenden Akademikerarbeitslosigkeit führt gerade bei Jugendlichen, deren Eltern weniger Geld haben, oft zu dem Entschluß, doch nicht zu studieren.

Noch einmal zur Standardisierung des Studiums! Wir fordern für Studentinnen und Studenten die Chance, sich im Studium eigenständig in ein Gebiet einzuarbeiten. Was heute geboten wird, führt häufig dazu, daß der Abschluß „Magister“ oder „Diplom“ nichts mehr wert ist. Das sieht auch die Wirtschaft zunehmend so. Weitere Qualifikationen müssen sich anschließen. Die Standardisierung, die Verschulung des Studiums macht es nicht mehr möglich, daß an der Hochschule das gelernt und gelehrt wird, was wir für unsere künftige Gesellschaft brauchen.

Ökologische Katastrophen erfordern neue Wege. Sie sind Herausforderungen, die nicht immer nur technisch lösbar sind. Die Hochschule muß darauf achten, daß Methoden, Kreativität und Innovation angesprochen werden und daß Studentinnen und Studenten die Möglichkeit gegeben wird, selbständig gesellschaftlich notwendige Forschung und Arbeit anzugehen.

Lassen Sie mich noch ein Wort zur charakterlichen Eignung der Lehrer sagen! Wie wollen Sie denn neben fachlicher Leistung und pädagogischer Befähigung die charakterliche Eignung messen? Ich hoffe wirklich nicht, am richtigen Parteibuch. Schauen Sie lieber verstärkt auf die pädagogische Ausbildung und die pädagogische Befähigung der Lehrerinnen und Lehrer! Sie liegen oft im argen.

Zur Medienpolitik! Auch uns GRÜNE hat es peinlich berührt, daß privaten Anbietern erhöhte Werbeeinnahmen und Mittel aus den Rundfunkgebühren zugesichert werden. Es ist doch unbestritten, daß mit steigendem Programmangebot, gerade im Fernsehen, der Konsum steigt, vor allem bei Kindern. Dies dient nicht dem Wohl der Kinder und auch nicht dem der Erwachsenen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zwischenmenschliche Kontakte bleiben auf der Strecke. Auch die These, daß Fernsehen mehr Information bringe, ist eindeutig widerlegt. Unser Problem ist heute: zuviel Information, zuwenig Reflexion.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Überflutung mit Bildern läßt keine innere Ruhe aufkommen. Ich darf hier noch einmal an die Weihnachtsrede von Herrn Heubl erinnern; ich war von ihr sehr angenehm berührt. Dort wurde etwas angesprochen, was ich bei unserem Gedankenaustausch hier sehr oft vermisste.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Überflutung durch Medieneinflüsse führt zur Abstumpfung, zur Passivität. Sie führt zum Gegenteil einer gelebten Demokratie: Staatsverdrossenheit wird gefördert, Partizipation verhindert. Ich hoffe nicht, daß das auch eine uneingestandene Absicht der Befürworter ist.

Die Programmgestaltung erfolgt, gerade im privaten Bereich, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten, nach Einschaltquoten. Das bedeutet mehr Werbung, mehr flache Unterhaltung, mehr Sex and Crime; Sie wissen das. Es bedeutet gerade in Bayern infolge der forciert vorangetriebenen Verkabelung auch eine verstärkte politische Kontrolle. Man kann mißliebige Sendungen ausblenden; das haben wir in Bayern schon erlebt. Eine derartige Entwicklung lehnen wir ab.

Ein kurzes Wort zur Kultur! Kultur erschöpft sich nicht in der Pflege des kulturellen Erbes, so wichtig sie uns auch ist. Sie erschöpft sich auch nicht im Ankauf von Werken für öffentliche Gebäude. Es ist notwendig; ich will das nicht abstreiten. Es ist aber angesichts der Finanznot vieler Künstler leider nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Förderung der Kultur bedeutet zunächst, einen Freiraum für Kunstschaffende zu bieten, einen freiheitlichen Raum, in dem sich auch Andersdenkende ausdrücken dürfen. Es bedeutet auch – hier bitte ich Sie besonders um Aufmerksamkeit –, sich auf die Aussagen der Künstler einzulassen, auch wenn man sie zunächst nicht ganz versteht. Manche Entwicklungen werden von Künstlern sensibler wahrgenommen als von uns Politikerinnen und Politikern.

(Beifall bei der SPD)

Lassen wir uns von den Aussagen der Künstler berühren, ansprechen, ohne sie gleich in Schubladen zu schieben oder zu verurteilen!

Im übrigen bin ich der Meinung, daß von unserem Boden alle Atomanlagen und Atomwaffen zu verschwinden haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Haas. Ich erteile ihr das Wort.

Frau Haas (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bedauere es, daß im Moment der Kollege Otto Meyer nicht da ist – ich sehe ihn zumindest nicht –; denn ich hätte ganz gern noch einmal seine spezielle Freude getrübt, die er bezüglich der Lehreranstellung in Bayern verbreitet hat. Er hat natürlich nicht die Stelleneinzüge erwähnt, er hat nicht die 400 Stellen erwähnt, die sich durch die Altersermäßigungsstunden ergeben hätten, und er hat nicht die

(Frau Haas [SPD])

Debatte über die beiden Anstellungstermine erwähnt, die gestern geführt wurde. Wir, die wir hier sitzen, wissen, daß diese Debatte weitergeführt wird, weil wir das gestern gemeinsam beschlossen haben.

Daß Kollege Otto Meyer nicht hier ist, tut mir auch deshalb leid, weil ich ihm selbstverständlich bestätigen will, daß es schlecht um eine Gesellschaft, um eine Bevölkerung und ein Parlament bestellt wäre, wenn man zu keinem Humor mehr fähig wäre.

(Abg. Dr. Wilhelm: Sehr richtig!)

Die Grenzen des Humors – das müßte vielleicht an diesem späten Nachmittag einmal besonders gesagt werden – liegen allerdings dort, wo ich die Gefühle anderer verletze. Die Kolleginnen und Kollegen von der CSU wissen sehr gut, was damit gemeint ist. Wenn ich z. B. die religiösen Gefühle anspräche, wüßten Sie sehr gut, wo diesbezüglich die Grenzen des Humors liegen.

Wenn ich dies auf den heutigen Nachmittag und auf Gefühle von Rednerinnen, aber auch Zuhörerinnen übertrage, möchte ich Sie doch ganz herzlich bitten, in aller Ruhe zu reflektieren, wo da wohl die Grenzen des Humors liegen und wo es dringend notwendig wäre, vielleicht generell einmal über einen Begriff zu diskutieren, den wir zwar in Wahlkampfreden gebrauchen, aber selten anwenden, nämlich über den Begriff der politischen Kultur.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich hoffe, wir kommen einmal dazu. Diese Bitte, meine Damen und Herren, richte ich nicht an eine Partei, sondern an uns alle. Dazu gehört auch, daß wir bei aller politischen Gegnerschaft eine bewußt sachliche Auseinandersetzung führen, in der nicht Begriffe wie „rot-braune Brühe“ ihren Platz finden, in der nicht, wie vorhin geschehen, bewußt Geschichtsklitterung betrieben wird; im Zusammenhang mit Schwangerschaftsabbrüchen wurde da auf eine Zeit verwiesen, in der genau das Gegenteil das Staatsziel war, nämlich, durch brutale Sanktionierung der Vermehrung der Bevölkerung das Wort zu reden. Deshalb halte ich es einfach für unredlich, sich heute nachmittag hierherzustellen und solche Vergleiche anzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Dies liegt auf dem gleichen Niveau wie die seinerzeitige Diskussion, in der die Pazifisten als die eigentlichen Faschisten oder Vorbereiter des Faschismus dargestellt wurden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Nun, meine Damen und Herren, zurück zum Ressort, zum Thema Bildung und Kultur! Der Begriff Kultur beinhaltet auch – das beziehe ich wirklich auf uns alle; Frau Kollegin Meier hat das bereits an anderer Stelle angesprochen – ein lebenslanges Lernen und Erlernen. Das bedeutet, daß es für verschiedene Bereiche keine Trennung von Bildung und Kultur gibt. Das bedeutet ferner, um einmal den traditionellen Be-

griff von Kultur und Bildung zu benutzen, wie ihn schon Pestalozzi angewandt hat, daß Bildung und Kultur nicht nur den Kopf, nicht nur das Herz, nicht nur die Hand angeht, sondern den ganzen Menschen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich betone das an dieser Stelle besonders deswegen, weil der Herr Ministerpräsident gestern eine Passage in seiner Regierungserklärung hatte, in der er in gewohnter Art – wir kennen das aus anderen Zusammenhängen – disqualifizierend auf die Kollegschulen zu sprechen kam. Die Erprobung der Kollegschaften, meine Damen und Herren, war, wie Sie sich erinnern werden, ein Auftrag der Kultusministerkonferenz.

(Beifall bei der SPD)

Der Versuch, die gesamte Bildung von Kopf, Herz und Hand tatsächlich zusammenzubringen, wurde jetzt ausgeführt. Das möchte ich aber ganz gern auch von Ihnen an anderer Stelle hören, wenn Sie dieses Anliegen vertreten.

Es hat mich allerdings außerordentlich seltsam berührt, daß in einer Regierungserklärung, die vor allem im Bereich Bildung auf die Naturwissenschaften abhob, zu denen untrennbar auch die Mathematik gehört, genau die Kollegschule als eine Schule dargestellt wurde, die – dies zitiere ich aus der Regierungserklärung – „zu einer doppelten Halbqualifikation führt“.

(Abg. Dr. Rost: Richtig!)

Ich weiß nicht, was ich daraus lernen soll.

(Abg. Hofmann: Nichts!)

– Sie meinen, ich muß nichts mehr lernen? Hervorragend, Kollege Hofmann! Das gefällt mir ausgezeichnet.

(Heiterkeit und Zurufe)

Meine Damen und Herren, die Aussage kann mehreres bedeuten. Entweder sieht es wirklich so schlecht aus mit den naturwissenschaftlich-mathematischen Fähigkeiten dessen, der sie getroffen hat – denn $\frac{1}{2}$ mal 2 ist 1; das heißt, eine „doppelte Halbqualifikation“ ergibt eine volle Qualifikation –, oder er hat vielleicht einen anderen Rechengang gemeint, aber als solchen nicht erkannt. Dann wäre es vielleicht wirklich durchaus gerechtfertigt, eine Trennung vorzunehmen und zu sagen: Wir müssen wirklich mehr tun für Mathematik und Naturwissenschaften in diesem Land. Ich befürchte, die Zielrichtung war etwas anders, als ich sie gerade vorgestellt habe.

Nehmen wir dennoch, meine Damen und Herren, einmal die gutwillige Version, so bleibt der Wunsch, mit der Teilung des Ministeriums tatsächlich neue Ressortbeschreibungen und neue Gewichtungsvorhaben und neue Auseinandersetzungsfelder beschreiten zu können. Ich bitte Sie, dies so positiv aufzunehmen. Ich betone es auch deshalb, weil ich nicht so vermessen sein und dem neuen Minister für Wissenschaft und Kunst heute einen Stempel aufdrücken will. Er hat ja noch gar keine Gelegenheit gehabt, diesem Parlament seine Ziele vorstellen zu können. Deshalb kann ich mich mit ihm selbstverständ-

(Frau Haas [SPD])

lich nur über das auseinandersetzen, was ich gestern der Regierungserklärung entnommen habe, von der ich doch annehme, daß sie auch ein bißchen die „Handschrift“ des neuen Ministers trägt. Oder irre ich mich da völlig?

(Zurufe von der CSU)

Ich denke, die Aufklärung erfolgt noch.

(Abg. Otto Meyer: Er hat alles gehört, was Sie gesagt haben!)

– Alles klar!

Meine Damen und Herren! Selbstverständlich kann bei einer solchen positiven Betrachtung der Ansatzpunkt zur Chance der Neuorientierung eine durchaus diskussionswürdige Basis sein. Dies wird aber in der Regierungserklärung, auf die ich mich immer berufen muß, nicht sichtbar. Vielmehr werden Widersprüche erkennbar, die wohl in der Beschreibung dessen liegen, was eine moderne Bildungs- und Kulturpolitik nun eigentlich ist.

Ist es modern – im Sinne des PR-Begriffes „modisch“ –, etwas zu werden, was derzeit gerade „in“ ist, oder sind die Wörter „Mode“ und „modern“ in einem nachdenklichen Sinn zu verstehen, nämlich im Sinn einer modifizierten Auseinandersetzung in der Gegenwart für die Zukunft?

Auf Seite 35 der Regierungserklärung lese ich, daß „die entscheidenden Initiativen in der Forschung“ von den Wissenschaftlern selbst ausgehen müssen, „weil die in der Verfassung verankerte Freiheit der Forschung den Staat von wissenschaftslenkenden Maßnahmen fernhält.“

Eine Seite vorher ist in der Regierungserklärung allerdings ausgeführt – wer möchte dies bestreiten? –: „Zu den Schranken, die nicht überschritten werden dürfen, gehört die Würde des Menschen.“ Dies wird allerdings auf Embryonen und Gene eingeeengt und nicht auf den Menschen in jeder Stellung seines Lebens bezogen. Das müssen wir an dieser Stelle deutlich machen.

(Beifall bei der SPD)

Nur, meine Damen und Herren, steht sich beides nach wie vor als Widerspruch gegenüber. Wir möchten gern wissen, in welche Richtung die Entscheidung fallen wird. Beides ist gleichermaßen angedeutet: die Freiheit der Wissenschaft ohne Einschränkung auf der einen Seite und die lenkende Maßnahme, bedingt durch die Würde des Menschen, auf der anderen Seite. Wir sind der Meinung, daß es hier überhaupt keinen Zweifel gibt: Es kann nur eine Politik im Sinne der Menschenwürde, also eine Wissenschaftspolitik im Sinne der Würde aller Menschen und der Gesellschaft, geben.

Nun einige weitere Widersprüche, meine Damen und Herren! In ähnlichen Beschreibungen ist sowohl von der Weiterentwicklung der Natur als auch der der Geisteswissenschaften die Rede. Anschließend werden allerdings die Naturwissenschaften in den einzel-

nen Wirtschafts- und Wissenschaftsbereichen explizit hervorgehoben.

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang verwundert mich besonders, daß auf der gleichen Seite der Regierungserklärung, auf der gesagt wird, Hochschulpolitik sei eine Förderung von Natur- und Geisteswissenschaften, die totale Absage an vorstellbare Alternativen betont wird, die sich im Sinne der Menschenwürde engagieren. Es wird behauptet, daß die alternative Wissenschaft dumpfe Ängste schüre und nur verunsichere.

Meine Damen und Herren! Das sind Aussagen am Ende des 20. Jahrhunderts, bei denen ich fragen muß: Welche modernen Modelle werden denn angeboten? Geht es darum, Spitzenleistung und Spitzentechnologie als Spitze der Gegenwart zu begreifen? Dann muß ich aber auch wissen, daß diese Spitze einen steilen Abbruch hat. Oder möchte ich die Spitze der Gegenwart zum Umdenken für eine Zukunftsbewältigung benutzen? Dafür, meine Damen und Herren, werben wir im Sinne aller Menschen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund: Meine Damen und Herren! Mit Rücksicht auf die Weihnachtsfeier der CSU-Fraktion erteile ich nur noch einem Redner das Wort; dies auch nur deswegen, weil Herr Kollege Dr. Schosser zugesichert hat, nicht die volle Redezeit auszuschöpfen. Er gilt als zuverlässig.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Dr. Schosser, Sie haben das Wort.

Dr. Schosser (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Ich möchte die Redezeit nicht ausschöpfen, weil ich Ihre Erschöpfung nicht noch vergrößern möchte. Ich möchte mich auf die Themen „Hochschule“ und „Forschung“ beschränken. Frau Kollegin Haas, Sie können gern erfahren, was der Minister dazu genau sagt; aber ich habe natürlich eine eigene Meinung.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ein Abgeordneter ist kein Untergebener eines Ministers; aber ich werde ihm nicht widersprechen. Ich bin davon überzeugt, daß Minister Wild das unterstreichen kann, was ich jetzt in Kürze vortrage.

Wir verstehen *Spitzenforschung* in dem Sinne, der zuletzt geäußert wurde. Wir halten das Thema in der Tat für überragend wichtig. Nicht umsonst hat es ja in der Regierungserklärung eine beträchtliche Rolle gespielt.

Ich meine, die These ist nicht widerlegbar, daß Wissenschaft und Forschung heute im Wettlauf der Nationen die entscheidenden Kräfte sind. Wenn man das akzeptiert – wir akzeptieren es übrigens alle dadurch, daß die entsprechenden Titel in unserem Haushalt die größte Ausstattung erfahren –, dann muß man natürlich versuchen, eine Politik zu machen, die diesen Rang von Wissenschaft und Hochschule auch zeigt und dokumentiert.

(Dr. Schosser [CSU])

Ich bin der Meinung, daß das, was der Ministerpräsident gesagt hat, richtig war: Wir können nicht vorschreiben, wie geforscht wird. Wir können auch nicht so gestalten, Kollege Hiersemann, wie Sie meinten, daß wir es machen sollten, aber nicht machen.

(Abg. Hiersemann: Versuchen könnt ihr es!)

Wir können einiges tun. Die Regierungserklärung verwendet den sehr beliebten Begriff „Rahmenbedingung“. In der Tat ist der Staat dazu fähig und aufgefordert, und er tut es auch. Ich bin so frei zu sagen, daß wir die Rahmenbedingungen für die Forschung im Freistaat Bayern noch verbessern können und müssen.

Lassen Sie mich dazu nur stichwortartig einiges nennen! Wir können die Rahmenbedingungen verbessern, wenn wir unseren Hochschulen weniger Verwaltung aufbürden und

(Zuruf des Abg. Hiersemann)

wenn wir die Frage der Nebentätigkeit nicht restriktiv, wie das bisher hauptsächlich der Fall war, sondern offen sehen. Wenn wir nämlich – lassen wir jetzt einmal bestehende Mißbräuche weg, für die ich mich natürlich nicht einsetze! – dahin kommen sollten, das Nebentätigkeitsrecht einzuengen und noch restriktiver zu handhaben als bisher, dann wäre, wie ich aus vielen Gesprächen mit Professoren weiß, die schlichte Folge, daß der Transfer von Wissenschaftlern von der Universität in die Praxis nachlassen würde. Das wäre ein schwerer Mangel und würde genau dem widersprechen, was wir seit Jahren emsig verfolgen und wozu wir ja einiges getan haben, nämlich, die Kooperation zwischen Wissenschaft und Hochschule zu fördern.

Man sollte auch einmal darüber nachdenken, ob die Verordnung zur Regellehrverpflichtung in der jetzigen pauschalierten Weise Spitzenforscher nicht benachteiligt.

(Abg. Klasen: Drei Stunden in der Woche!)

Genauso sollte darüber nachgedacht werden, ob die Eingangsbesoldung für junge Wissenschaftler so niedrig angesetzt werden muß, wie sie zur Zeit ist. Es gab eine Absenkung. Ich halte die Eingangsbesoldung für den wissenschaftlichen Nachwuchs für miserabel.

(Beifall der Frau Abg. Christa Meier und des Abg. Loew)

Ich halte sie im Grunde genommen auch für unverantwortlich, weil die besten Wissenschaftler heute in die Wirtschaft gehen, das aber genau die Leute sind, die wir in den neunziger Jahren dringend brauchen, wenn die Hochschulen nach neuen Hochschulprofessoren rufen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

(Abg. Loew: Was tun Sie dagegen? Sie stimmen doch mit!)

Genauso sollten wir den Wettbewerb der Hochschulen und an den Hochschulen nicht immer wieder nur apostrophieren und fordern, sondern ihn auch fördern. Dazu muß eine Menge getan werden. Dazu

gehört zum Beispiel – ich muß es auch hier bei einem Stichwort belassen – das Recht der Hochschulen, über die Zulassung der Studenten zu entscheiden; diese Forderung wird leider im Augenblick durch das unselbige Rahmenrecht verhindert.

Lassen Sie mich noch einen Blick in die Zukunft werfen! Ich halte es für richtig, was die Regierungserklärung angesprochen hat: Wir müssen versuchen, unser Potential in Großprojekte einzubringen, und zwar im Sinne der Subsidiarität. Was Bayern allein nicht schaffen kann, muß auf deutscher Ebene und, wenn es da nicht geht, auf europäischer Ebene gelöst werden.

Ich halte es deshalb für außerordentlich wichtig – weil es wichtig ist, wurde es in der Regierungserklärung auch genannt –, eine Beteiligung an EUREKA und an SDI zu suchen. Bei letzterem möchte ich nicht nur die militärische Komponente sehen; darüber kann man streiten, und darüber wird gestritten. Das ist ganz klar. Man sollte genauso die wissenschaftliche Komponente sehen, die möglicherweise bedeutender sein kann als die militärische. Niemand weiß das; aber es gibt hier sicherlich Möglichkeiten, die auszuloten sind.

Ich bin auch der Meinung, daß wir in Zukunft von uns aus einige Gebiete stärker fördern müssen, die bisher ein gewisses Schattendasein geführt haben, obwohl sie in der Zukunft wahrscheinlich eine überragende Bedeutung gewinnen werden. Das ist die optische Biophysik, die für die Medizin offensichtlich ganz neue Dimensionen eröffnet, das ist die Lasertechnik in Bereichen, die über die bisher bekannten und bevorzugten hinausgehen, und das ist die Plasmaphysik.

Meine Damen und Herren! Wenn der Landtag das Geld des Steuerzahlers und das geistige Kapital unserer Wissenschaftler zusammennimmt und in die Forschung steckt und die Hochschulen entsprechend ausstattet, leistet er einen Beitrag zur Zukunftsbewältigung, mit welcher wir alle düsteren Aspekte zwar nicht völlig negieren, aber zumindest als zweitrangig einstufen können. Nicht mit Pessimismus, sondern nur mit einem erlaubten Skeptizismus und einem großen Optimismus – beides läßt sich verbinden – können wir die Zukunftsaufgaben bewältigen, die hier anstehen und zu deren Bewältigung wir als CSU bereit sind.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund: Ich bedanke mich bei Herrn Kollegen Dr. Schosser, daß er sein Versprechen gehalten hat. Ich breche hier die Aussprache ab.

Wir haben noch 22 Wortmeldungen. Das läßt den Schluß zu, daß wir, wenn keine Meldungen zurückgezogen werden, noch eine Aussprachezeit von mindestens 5 1/2 Stunden haben werden.

Die Sitzung beginnt morgen um 9 Uhr.

Ich schließe die heutige Sitzung.

(Schluß der Sitzung: 18 Uhr 04 Minuten)

S. 316